



# Stadtentwicklung für Familien

Was hat das Audit Familiengerechte Kommune  
in den Städten und Gemeinden bewegt?

Sebastian Kurtenbach, Sinje Mareille Brinkmann



Audit  
Familiengerechte  
Kommune

| BertelsmannStiftung



# Stadtentwicklung für Familien

Was hat das Audit Familiengerechte Kommune  
in den Städten und Gemeinden bewegt?

Dr. Sebastian Kurtenbach, Sinje Mareille Brinkmann

# Inhalt

Zentrale Erkenntnisse der Studie	6
Vorwort	8
<b>1</b> Einleitung	9
<b>2</b> Worum geht es?	11
<b>3</b> Was ist das Audit Familiengerechte Kommune?	12
<b>4</b> Wie haben wir die Wirkung des Audits vor Ort untersucht?	15
<b>5</b> Welche Städte und Gemeinden sind im Audit Familiengerechte Kommune?	16
5.1 Demographisches Profil der Untersuchungskommunen	16
5.2 Soziales Profil der Untersuchungskommunen	18
5.3 Ökonomisches Profil der Untersuchungskommunen	18
<b>6</b> Welche Städte und Gemeinden haben wir genauer untersucht?	21
6.1 Indikatoren für die Auswahl der zehn Kommunen	21
6.2 Beschreibung der Untersuchungskommunen	21
6.3 Zusammenfassende Darstellung der Untersuchungskommunen	61
<b>7</b> Experteninterviews mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Untersuchungskommunen	62
7.1 Beschreibung der Daten und des Vorgehens der Interviewauswertung	62
7.2 Empirische Ergebnisse der Interviewauswertung	64
7.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Interviewauswertung	79
<b>8</b> Auswertung des politischen Diskurses zu Familien in den politischen Gremien der Untersuchungskommunen	81
8.1 Beschreibung der Daten und des Vorgehens der Auswertung der Niederschriften politischer Debatten	81
8.2 Empirische Ergebnisse des politischen Diskurses	83
8.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Niederschriften politischer Debatten	94

---

<b>9</b>	<b>Auswertung der Pressemeldungen zur Familiengerechtigkeit in den Untersuchungskommunen</b>	<b>96</b>
9.1	Beschreibung der Daten und der Zeitungsanalyse	96
9.2	Empirische Ergebnisse der Zeitungsanalyse	98
9.3	Zusammenfassung der Ergebnisse der Zeitungsanalyse	113
<b>10</b>	<b>Integrierte Analyse</b>	<b>114</b>
10.1	Handlungsfeldübergreifende integrierte Auswertung	114
10.2	Handlungsfeldspezifische integrierte Auswertung	115
10.3	Gesamtbewertung der Analysen des Audits Familiengerechte Kommune	120
<b>11</b>	<b>Fazit</b>	<b>123</b>
11.1	Beantwortung der Forschungsfragen	123
11.2	Zentrale Erkenntnisse der Evaluationsstudie	124
11.3	Impulse für die Weiterentwicklung des Audits Familiengerechte Kommune	125
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>127</b>
	Impressum	130

## Zentrale Erkenntnisse der Studie

Neben den forschungsleitenden Fragen wurden zahlreiche Erkenntnisse zum Audit Familiengerechte Kommune gewonnen, welche einer Beachtung bedürfen. Insgesamt hat sich das Audit als strategisches Instrument kommunaler Familienpolitik bewährt. Durch den Auditierungsprozess und nicht zuletzt durch den dahinterstehenden politischen Beschluss wird eine Vorgehensweise evidenzbasierter kommunaler Familienpolitik entwickelt und zugleich ein Steuerungsinstrument implementiert, das auf die jeweilige kommunale Situation anwendbar ist.

### Impulse für die Weiterentwicklung des Audits Familiengerechte Kommune

Vor dem Hintergrund der breiten Beschäftigung mit dem Audit Familiengerechte Kommune werden nachfolgend noch weitere Anmerkungen getroffen, welche eine Weiterentwicklung des Audits Familiengerechte Kommune unterstützen können.

- **Konkurrierende Logiken:** Es besteht das Risiko, dass sich das Audit nicht kommunalpolitischen Logiken, sondern Regeln der Kommunalverwaltung unterwirft. Dadurch wird es systemimmanent, wodurch seine reformerische Wirkung eingeschränkt werden könnte.
- **Nachhaltigkeitsstrategie:** Es stellt sich die Frage, wie das Audit eine Nachhaltigkeit garantieren kann. Dafür braucht es noch mehr Verbindlichkeit und regelmäßige Berichte im Rat. Ein Vorschlag wäre, dass einmal pro Wahlperiode der Verein Familiengerechte Kommune vor dem Stadtrat aus externer Perspektive über den Stand der Familiengerechtigkeit der Kommune berichtet. Weiterhin sollten die Kom-

munen alle vier Jahre evaluiert werden, auch indem eine repräsentative Familienbefragung durchgeführt und veröffentlicht wird.

- **Politische Verankerung:** Eine politische Verankerung von Familie kann zusätzlich durch die Einrichtung eines Familienausschusses oder auch namentliche Angliederung an einen bestehenden Ausschuss erreicht werden.
- **Finanzieller Gegenwert:** Für die Legitimationssteigerung des Audits wäre es hilfreich, auch seinen finanziellen Gegenwert darzustellen. Damit könnten die eingesetzten Kosten einem Nutzen gegenübergestellt werden, was vor allem in Entscheidungssituationen hilfreich ist.
- **Gewinnung von Schlüsselpersonen:** Familienorientierung wird stark von Schlüsselpersonen geprägt. Daraus folgt die Herausforderung, wie solche Schlüsselpersonen für ein bestimmtes Thema gewonnen werden können, wenn sich diese (noch) nicht für Familienpolitik engagieren.
- **Dialogformate:** Bürgerbeteiligung wurde mehrfach als wichtiges Element kommunaler Familienpolitik benannt. Hier bedarf es allerdings mehr Wissens über geeignete Dialog- und Beteiligungsformate als bisher.

### Anmerkungen für die kommunale Ebene:

- **Personal:** Familienpolitik braucht neben politischer auch personelle Aufmerksamkeit, was eine grundsätzliche strategische Entscheidung ist. Wenn Familien den Kommunen als wichtiges Handlungsfeld erscheinen, dann sollte

dieses nicht allein durch Projektfinanzierungen bedacht werden, was allerdings abhängig von der kommunalen Finanzsituation ist.

- *Kommunale Implementationsstrategie:* Kommunen sind aufgefordert, Implementationsfähig zu werden, indem sie ihre Anforderungen noch klarer formulieren und so externe Ergebnisse und Impulse besser aufnehmen können. Die kommunale Selbstverwaltung sollte konsequent ernst genommen werden. Das bedeutet, dass die Kommunen selbst „implementierungsfähig“ werden müssten, indem sie explizit formulieren, was sie umsetzen wollen, was sie dafür an (zeitlichen) Ressourcen benötigen, was die Verwaltung ämterübergreifend bereit ist, dazu beizutragen, und wer dafür verantwortlich zeichnet. Das ist aber zuallererst eine kulturelle Frage.
- *Familie als Querschnittsthema:* Auch außerhalb der klassischen Familienthemen (wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf), die z. B. in den Zuständigkeitsbereich etwa des Bauamtes oder des Grünflächenamtes fallen, ist es sinnvoll zu prüfen, ob sie auch Familien im Fokus haben. Wenn Familie tatsächlich ein Querschnittsthema ist, dann sollte es auch in der gesamten (!) Kommunalverwaltung thematisiert werden und nicht lediglich an Stellen, die ohnehin mit klassischen Themen der Familienpolitik befasst sind.

Abschließend lässt sich feststellen, dass das Audit Familiengerechte Kommune ein flexibles und innovatives Instrument zur evidenzbasierten (Selbst-)Strukturierung kommunaler Familienpolitik ist. Es wird mit hoher Anerkennung vom Verein Familiengerechte Kommune umgesetzt und leistet einen signifikanten Beitrag, Familie dauerhaft in den Mittelpunkt zu stellen.

## Vorwort

---

Kommunales Handeln beeinflusst in hohem Maße die Lebensqualität von Familien und gelingende Familienpolitik stellt einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar. Das Audit Familiengerechte Kommune will als strategisches Planungs- und Führungsinstrument wichtige Entwicklungsprozesse in den Kommunen in Gang setzen und unterstützen. Nach insgesamt zehn Jahren, in denen Ziele und Maßnahmen als Ergebnisse aus den Prozessen zum „Audit Familiengerechte Kommune“ in den Kommunen und Kreisen umgesetzt werden, ist es an der Zeit, nach den Wirkungen des Instrumentes zu fragen.

Diese Aufgabe haben Dr. Sebastian Kurtenbach von der Fachhochschule Münster und Sinje Brinkmann von der Universität Bielefeld übernommen. Einen herzlichen Dank dafür und für die resultierenden Ergebnisse, die dazu beitragen, das Audit Familiengerechte Kommune weiter zu qualifizieren.

In Beantwortung der Forschungsfragen konnten folgende positive Effekte festgestellt werden:

Im Bereich Steuerung; Vernetzung, Nachhaltigkeit wird das Audit seinem Anspruch eindeutig gerecht. Durch den Auditprozess gewinnt Familienpolitik in der Kommune an Verbindlichkeit und wird in der gesamten Verwaltung als strukturgebendes Element etabliert. Familien scheinen durch das Audit an politischer Aufmerksamkeit zu gewinnen bzw. haben die Kommunen, die am Audit teilnehmen, Familien als politisches Aufgabenfeld identifiziert. Konkrete Ziele und Maßnahmen – am Bedarf der Familien orientiert – sind umgesetzt!

Folgende Impulse gibt die Evaluation: Unter anderem noch stärker darauf zu achten, dass Familienpolitik nicht an der Verwaltungslogik, sondern am Bedarf der Familien orientiert wird. Weiter kann die Nachhaltigkeit der Auditprozesse dadurch unterstützt werden, dass Berichte zur Umsetzung im Rat extern durch den Verein erfolgen und Kosten-Nutzenaspekte fokussiert werden. Mehr Wissen über geeignete Dialog- und Bürgerbeteiligungsformate sollten ergänzend in den Kommunen vermittelt werden.

Der Verein wird die Anregungen aus der Evaluation aufnehmen und insbesondere gerade den besonders im Fokus stehenden Handlungsfeldern Wohnumfeld und Lebensqualität sowie Senioren und Generationen noch mehr Aufmerksamkeit schenken.

Der Vorstand bedankt sich ausdrücklich bei allen, die bei den Experteninterviews im Rahmen der Evaluation mitgewirkt haben. Das sehr positive Feedback für die Auditorinnen und die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle machen deren Beitrag zum Gelingen der Prozesse vor Ort sowie der Vernetzung der Auditkommunen deutlich.

*Dr. Kirsten Witte*

Director Programm LebensWerte Kommune  
Bertelsmann Stiftung

Vorstandsvorsitzende  
Verein Familiengerechte Kommune e.V.

# 1 Einleitung

Familien sind Adressanten unterschiedlicher Politiken. Es wird über die Vereinbarkeit von Familie mit Beruf oder Pflege diskutiert, Familien sollen im Alltag oder bei Sonderbelastungen, wie dem Erwerb eines Eigenheims, finanziell unterstützt und zugleich bei der Erziehung von Kindern begleitet werden. Die Prägnanz der familienpolitischen Themen ist in den Blickpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gelangt (Dienel 2007: 300). Doch so selbstverständlich das Thema Familie klingen mag, so komplex sind familienpolitische Programme, insbesondere im föderalen System. Hier kommt zumeist dem Bund eine erhöhte Aufmerksamkeit zu, da dort über die Verteilung der Gelder aus den Sozialversicherungen sowie der Familienkasse entschieden wird. Dabei gerät schnell die lebensweltliche Einbettung von Familien, die auf der kommunalen Ebene verortet ist, aus dem Blick. Ob eine Kommune<sup>1</sup> familiengerecht ist oder nicht, kann bei der Alltagsbewältigung von Familien sowie der Wohnstandortwahl und damit der demographischen Zukunft eines Ortes von essenzieller Bedeutung sein.

Daher verfolgt das Instrument des *Audits Familiengerechte Kommune* ein ambitioniertes Ziel im doppelten Sinne. Zum einen soll Familienpolitik als kommunales Thema nachhaltig und selbsttragend gestärkt werden, indem Kommunen und insbesondere Kommunalverwaltungen ein Programm aufbauen, das dazu führen soll, dass Familien bei allen kommunalen Entscheidungen nicht nur mitgedacht, sondern auch besonders berücksichtigt werden sollen. Zum anderen soll soziale Strukturpolitik für Familien betrieben werden.

<sup>1</sup> Im folgenden Bericht werden zugunsten der besseren Lesbarkeit alle Formen der Gebietskörperschaften als Kommunen bezeichnet. Auch das Audit Familiengerechter Kreis wird im Folgenden in die Bezeichnung Audit Familiengerechte Kommune miteinbezogen.

Denn durch die Zentralsetzung familienpolitischer Themen bei kommunalen Entscheidungen werden auch Akteurinnen und Akteure außerhalb der Kommunalverwaltung dazu angehalten, über familienpolitische Themen zu debattieren. Doch Familienpolitik gibt es nicht „von der Stange“ (Schultz, Strohmeier und Wunderlich 2009: 200) und daher folgt das Audit, wie in Kapitel 3 noch genauer beschrieben wird, keinem festen Rahmen oder setzt allgemeingültige Benchmarks, sondern es liefert passgenaue und selbst erarbeitete Lösungen für die jeweilige Kommune.

Im Fokus der Evaluationsstudie stehen damit die Wirkung und Reichweite eines Auditierungsprozesses als familiengerechte Kommune, wofür drei Felder untersucht werden, die zugleich die forschungsleitenden Fragen bilden:

1. Wie wirkt sich das Audit Familiengerechte Kommune in der Wahrnehmung beteiligter Akteurinnen und Akteure innerhalb der Kommunalverwaltung aus?
2. Wie wirkt sich das Audit Familiengerechte Kommune auf den kommunalpolitischen Diskurs aus?
3. Wie wirkt sich das Audit Familiengerechte Kommune auf den medialen Diskurs aus?

Ob das Audit seinen Ansprüchen gerecht wird und eine Wirkung innerhalb der Kommunalverwaltung entfaltet, soll in dieser Evaluationsstudie genauer untersucht werden. Dabei ist die vorliegende Studie keine prüfende Arbeit im klassischen Sinne, sondern verfolgt einen verstehenden Ansatz, wodurch die grundlegenden Ziele der Handlungsfelder des Audits Familiengerechte Kommune im

Fokus stehen. Demnach werden die verschiedenen Politiken in möglichst unterschiedlichen Kommunen untersucht, um besser nachzuvollziehen, wie und ob das Audit Wirkung entfalten kann und wo es Barrieren oder besondere Erfolge gibt. Um dies zu erreichen, wird ein Mehrmethodenansatz gewählt, welcher sowohl die Auswertung statistischer Daten als auch qualitative Interviews und die systematische Auswertung von Dokumenten beinhaltet.

Die Studie ist wie folgt strukturiert: Im zweiten Kapitel werden die Ergebnisse des Forschungsstands zu kommunaler Familienpolitik zusammengefasst und daraus Folgerungen für die empirische Untersuchung abgeleitet. Im dritten Kapitel wird das Audit Familiengerechte Kommune erläutert und im vierten das empirische Design vorgestellt. Im fünften Kapitel werden alle Kommunen des Audits Familiengerechte Kommunen hinsichtlich ausgewählter Merkmale mit allen anderen Kommunen in Deutschland verglichen und die Folgerungen für die Auswahl der Untersuchungskommunen getroffen. Im anschließenden sechsten Kapitel werden die Untersuchungskommunen beschrieben, wofür sowohl Daten des Wegweisers Kommune der Bertelsmann Stiftung als auch Dokumente des Vereins Audit Familiengerechte Kommune herangezogen wurden. Im siebten Kapitel werden leitfadengestützte Interviews, im achten Kapitel Protokolle politischer Debatten und im neunten Kapitel Auswertungen von Zeitungsartikeln aus den Untersuchungskommunen systematisch und vergleichbar ausgewertet. Auf diesem Weg können perspektivenabhängige Unterschiede herausgearbeitet werden. Eine Kurzzusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse findet sich jeweils am Ende der empirischen Kapitel. Im zehnten Kapitel wird eine integrierte Auswertung unternommen, während das elfte Kapitel eine abschließende Reflexion der Studie vornimmt und die Ergebnisse zusammenfasst.

## 2 Worum geht es?

Bei der konkreten Gestaltung von Politik für Familien kommt der kommunalen Ebene eine besondere Rolle zu, denn hier wird der Alltag von Familien organisiert. Dadurch rückt auch zwangsläufig die Kommunalverwaltung in den Fokus bei der Umsetzung familienpolitischer Ziele zu. Hierzu haben Engelbert und Schwarze (2010: 31–32) aus der Komplexität der Aspekte kommunaler Familienorientierung fünf Aufgaben für die kommunale Verwaltung abgeleitet, welche sich durch (1) *Ver-netzung* mit der Vielzahl von beteiligten Akteurinnen und Akteuren, (2) *Koordination* und Steuerung der angestoßenen Prozesse, (3) *Information* über Bedarfs- und Angebotsstrukturen als auch Finanzierungsmöglichkeiten, (4) *Finanzierung* und Unterstützung von bedürftigen Familien als auch der kommunalpolitischen Prozesse und (5) *Qualitäts-entwicklungsleistungen* zusammenfassen lassen.

Dabei ist unbedingt zu beachten, dass familienorientierte Kommunalpolitik mehr meint als Nachwuchssicherung, sondern darüber hinaus auch Investitionen in die Standortqualität und Entwicklungschancen von Kommunen umfasst (BMFSFJ 2009: 9). So führe familiärer Wandel zu Veränderungen sozialräumlicher Strukturen und umgekehrt sei sozialer Wandel erfahrbar und demnach eng mit den Familien und ihren Strukturen verknüpft (vgl. Strohmeier 1989: 457). Eine solche Herausforderungskulisse sorgt dafür, dass kommunales Management für Familien nicht spontan und planlos, sondern strategisch ausgerichtet und innerhalb der Familienpolitik verankert werden muss (vgl. Engelbert und Schwarze 2010: 34). Demnach sollten Kooperationsnetzwerke Ziele festlegen, was Aushandlung- und Diskussionsprozesse voraussetzt, und es müssen Bedarfe aufgedeckt und zielorientiert angegangen werden. Einen großen Stellenwert nimmt dabei

auch die Beteiligung der lokalen Bevölkerung ein. Die Mitgestaltung der eigenen Lebensumwelt und demokratischen Mitbestimmung steht im Zentrum von sozialer und räumlicher Integration der einzelnen Bürgerinnen und Bürger (vgl. Deutscher Städtetag 2013: 10). Familienpolitik kann im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung also nicht als Top-down-Prozess ablaufen, sondern muss immer wieder die Bedarfe der Anwohnerinnen und Anwohner erfassen und sich konkret daran ausrichten.

An diesem Punkt setzt das Audit Familiengerechte Kommune an, denn es bietet einen Prozess der Selbstorganisation der Kommunalverwaltung und -politik zugunsten von Familien. Wie und ob das gelingt und mit welchen Barrieren zu rechnen ist, ist unklar. Neben der evidenzbasierten Ausarbeitung der lokalen Situation scheint ein wichtiger Baustein nachhaltiger Familienpolitik zu sein, dass eine Kommunalverwaltung trotz ihrer bedeutsamen Stellung nicht losgelöst von der lokalen Trägerlandschaft agieren kann, um nachhaltige Strukturen zu schaffen. Zudem braucht es einen dauerhaften Diskurs zum Thema, sodass Familienpolitik „auf der Agenda“ bleibt und passgenaue familienpolitische Lösungen erarbeitet werden können, welche im Einklang mit den Bedürfnissen von Familien und Ressourcen der Akteurinnen und Akteure sind.

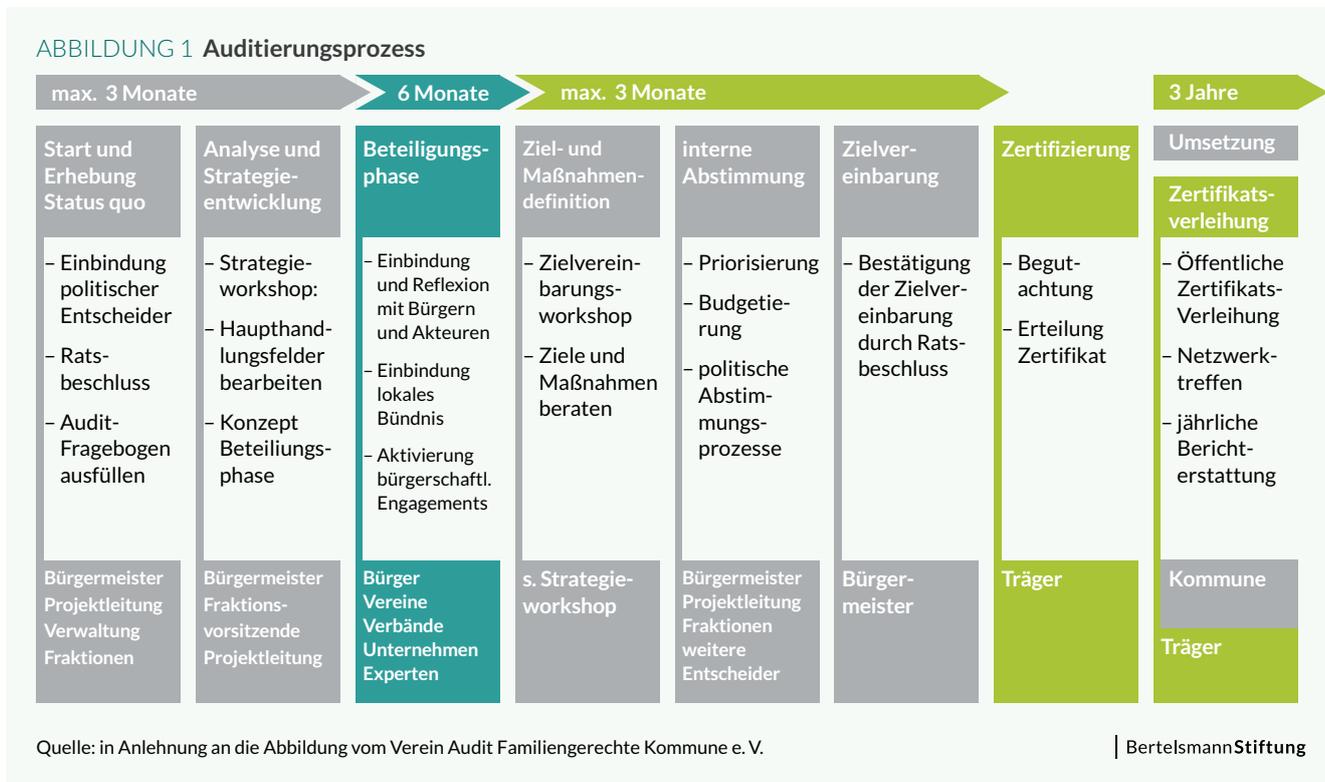
### 3 Was ist das Audit Familiengerechte Kommune?

Um Familiengerechtigkeit in den Kommunen zu stärken und eine Skalierung zu ermöglichen, wurde vom Land Nordrhein-Westfalen, der Bertelsmann Stiftung und der Hertie Stiftung das Instrument Audit Familiengerechte Kommune entwickelt. Dieses Instrument, das wie ein Managementprozess aufgebaut ist, wurde dem Verein Familiengerechte Kommune e.V., welcher sich 2011 gründete, zur Verfügung gestellt. Dieser unterstützt nun mit einem strategischen Planungs- und Führungsinstrument bundesweit Kommunen bei der Etablierung einer integrierten kommunalen Familienpolitik. Entscheiderinnen und Entscheider in Politik und Verwaltung werden gemeinsam mit intermediären Akteurinnen und Akteuren, wie Vertreterinnen und Vertretern der ansässigen Vereine, Industrie, Verbände, der freien Wohlfahrtspflege und anderweitigen Netzwerken, dabei unterstützt, eine familien-gerechte Ausrichtung, die zielbezogenen, integrierten Steuerungsprozessen zugrunde liegt, zu entwickeln. Durch den fortlaufenden, demokratischen und partizipativen Prozess sollen die Vernetzung und Zusammenarbeit von kommunaler Verwaltung, Politik und den Bürgerinnen und Bürgern nachhaltig positiv beeinflusst werden.

Da der Auditierungsprozess zunächst durch die kommunalpolitische Zustimmung beschlossen werden muss, ist das Verfahren nachhaltig abgesichert und die vereinbarten Ziele gewinnen an Verbindlichkeit. Weil die Maßnahmen in den Mittelpunkt gerückt werden, reicht der Mehrwert des Audits über eine reine Zertifizierung hinaus. Ist der Auditierungsprozess durch die Politik beschlossen, wird zunächst eine Bestandsaufnahme der familienpolitischen Angebote und Maßnahmen vor Ort erhoben. Diese faktenbasierte Analyse der Ausgangslage soll den Kommu-

nen helfen, Bedarfe zu erfassen und vorhandene Aktivitäten zu bündeln, um so zu einem stärker aufeinander abgestimmten Vorgehen aller Beteiligten zu führen. Darauf aufbauend wird eine Gesamtstrategie für die nächsten Prozessjahre entwickelt, die alle beteiligten Akteurinnen und Akteure mittragen können und wollen. So werden Ziele miteinander abgestimmt und konkrete Maßnahmen vereinbart, die für alle Generationen eine positive Entwicklung erzielen sollen. In einer Zielvereinbarung werden alle Ziele mit entsprechenden Maßnahmen festgeschrieben und noch einmal vom Rat beschlossen. Durch ein unabhängiges Gremium werden diese Vorhaben anhand von transparenten Kriterien geprüft und ggf. das Zertifikat Familiengerechte Kommune verliehen, welches die Kommunen für drei Jahre erhalten und verwenden können. In diesen drei Jahren werden die gesteckten Ziele der Kommune umgesetzt, wobei jährlich die Durchführung von Maßnahmen und das Erreichen von Zielen von der Kommune als Selbstevaluation und vom Verein im Sinne eines Controllings überprüft werden. So wird nicht nur die Verbindlichkeit gesteigert, sondern somit entwickeln die Kommunen ein Verständnis dafür, welche Maßnahmen passgenau umgesetzt und welche aus gegebenen Anlässen angepasst, präzisiert oder neu definiert werden sollten. Ein zeitlicher und inhaltlicher Überblick über die Phasen der Auditierung wird in Abbildung 1 dargestellt.

Über diese Zeit hinweg sind teilnehmende Kommunen an einem kollegialen Fortbildungs- und Austauschnetzwerk beteiligt, das vom Verein organisiert wird. Nach diesem ca. vier Jahre andauernden Prozess mit einer Zertifikatsverleihung ist das Grundaudit abgeschlossen. Das heißt jedoch nicht, dass bereits alle Aspekte der Familiengerechtigkeit umgesetzt werden konnten, da



das Thema sehr vielfältige Anknüpfungspunkte hat und immer wieder neue aufwirft. Die Arbeit an Familiengerechtigkeit und integrierter Familienpolitik wird als Prozess angesehen, der auch nach einer erfolgreichen Zertifizierung nicht abgeschlossen ist. Die Kommunen können also auch über das Grundaudit hinaus weiterhin mit dem Verein zusammenarbeiten, indem sie ein Bilanzierungsaudit anschließen.

Das Bilanzierungsaudit verläuft ähnlich wie der Prozess des Grundaudits, doch können hierbei

bereits geknüpfte Netzwerke genutzt und auf erreichten Zielen aufgebaut werden. Neue Maßnahmen und Ziele werden mit Einbezug aller Beteiligten entwickelt, die dann wieder in einer Zielvereinbarung vom politischen Gremium verabschiedet und in einem ca. dreijährigen Prozess umgesetzt werden. Mit Abschluss des Bilanzierungsaudits kann davon ausgegangen werden, dass das Verständnis von Familienpolitik so weit in der kommunalen Verwaltung und Politik verankert werden konnte, dass eine eigenständige und dauerhafte Durchführung in Eigenverantwortung



TABELLE 1 Empirisches Vorgehen

Vorgehen	Daten	Erkenntnisinteresse
Beschreibung aller Auditkommunen sowie Auswahl der Fallbeispiele	Wegweiser Kommune auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte zum 31.12.2016	Fallbeispiele werden ausgewählt und in den deutschen Gesamtkontext eingeordnet.
Erstanalyse des Audits in den Beispielmunicipalitäten	Zielvereinbarungen und Jahresberichte der Kommunen	Stand des jeweiligen Auditprozesses wird herausgearbeitet.
Auswertung qualitativer Interviews	28 Protokolle mit leitfadengestützten Telefoninterviews mit Projektleiterinnen und -leitern, Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltungsspitze sowie intermediären Organisationen	Wahrnehmung des Audits sowie Einschätzung der Wirksamkeit und Hemmnisse werden sichtbar gemacht.
Auswertung des politischen Diskurses	Auswertung von Protokollen der jeweiligen Gemeinderäte und des Kinder- und Jugendhilfeausschusses (bzw. äquivalenten Ausschusses)	Herausarbeiten, ob Familienpolitik tatsächlich „auf der Agenda“ ist und wie in den Auditkommunen über Familien gesprochen wird.
Auswertung des medialen Diskurses	Auswertung von Medienberichten zu Familien in den jeweiligen Lokalzeitungen	Herausarbeiten, ob im öffentlichen Diskurs Familien bedeutsam sind und welche Hemmnisse ggf. gesehen werden.
Quelle: eigene Darstellung		BertelsmannStiftung

stattfinden kann. Die Begleitung des Prozesses durch den Verein ist nicht mehr notwendig, wenn auch weiterhin möglich.

Zum Zeitpunkt der Evaluation im Jahr 2018 haben 43 Kommunen aus zehn Bundesländern den Auditierungsprozess durchlaufen.<sup>2</sup> Teilgenommen haben kreisangehörige und kreisfreie Städte, aber auch Landkreise, Samtgemeinden und ein Großstadtbezirk. Inhaltlich ist die Auditierung durch sechs Handlungsfelder gerahmt, welche in Abbildung 2 veranschaulicht werden. Ergänzend dazu können noch die Module „Prävention“, „Inklusion“, „Akzeptanz und Integration“ und „Familienzeitpolitik“ für eine Schwerpunktbildung hinzugezogen werden.

In diesen thematischen Handlungsfeldern sind die Kommunen angehalten, aufgrund einer Analyse auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Daten und vorhandener Berichte Handlungsbedarfe herauszuarbeiten und hierzu Ziele zu formulieren und zielgerichtete Maßnahmen zu entwi-

ckeln. So wird ein umfassender Blick auf Familien gewährleistet und dafür gesorgt, dass nicht nur einzelne Nischen des Themas bearbeitet werden.

Da alle Kommunen diesen Handlungsfeldern gefolgt sind und sich dementsprechend die Zielvereinbarungen und Jahresberichte daran orientieren, wird auch der vorliegende Bericht anhand dieser Logik aufgebaut sein. Zusätzlich werden jedoch noch weitere Aspekte hinzugezogen, um den Prozess in den einzelnen Kommunen umfassender abbilden zu können. Darunter fallen beispielsweise die Öffentlichkeitsarbeit für das Thema Familiengerechtigkeit, das persönliche Erleben des Auditierungsprozesses einzelner Beteiligten, Vorstellungen von guter Familienpolitik und einem Familienbegriff sowie kommunalspezifische Themen.

<sup>2</sup> Kommunen aus Bayern, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein sind bisher noch nicht unter den Auditkommunen vertreten.

## 4 Wie haben wir die Wirkung des Audits vor Ort untersucht?

Das Instrument Audit Familiengerechte Kommune wurde bereits zweimal mit unterschiedlichem Interesse evaluiert. Das erste Mal wurden im Jahr 2010 aus Gesprächen mit beteiligten Akteurinnen und Akteuren der Pilotphase erste Erfolge, aber auch Verbesserungsmöglichkeiten der eingesetzten Instrumente und Prozessgestaltungen herausgearbeitet (Wunderlich 2010). Die zweite Evaluation wurde drei Jahre später durchgeführt und prüfte die Entwicklungen und Ergebnisse des Auditierungsprozesses in den teilnehmenden Kommunen (Engelbert 2014).

In dieser Evaluationsstudie gehen wir einen Schritt weiter und wählen einen verstehenden Ansatz. Das heißt, dass wir herausarbeiten wollen, wie das Audit in unterschiedlichen Rahmenbedingungen Wirkung erzielt oder warum diese ausbleibt. Dass das Audit einen Mehrwert hat, wurde bereits festgestellt, wir wissen aber noch nicht, wie dieser Mehrwert zustande kommt, welche Faktoren hinderlich sind und wie weit die Wirkung reicht. Um diesen Mehrwert in Verbindung mit den selbst gesteckten Zielen empirisch informiert zu skizzieren, wählen wir einen methoden- und datenpluralen Ansatz. Der Vorteil ist, dass so die Stärke unterschiedlicher Methoden und Daten, wie Statistiken, Interviews und Dokumente, miteinander kombiniert werden und dadurch ein ganzheitliches Bild gewonnen werden kann. Dazu werden die einzelnen Schritte inhaltlich aufeinander abgestimmt, sodass jeder Schritt eine jeweils eigene Erkenntnis generiert, welche sich in der Summe zu einem Gesamtbild zusammensetzt. Grundsätzlich orientieren wir uns an den sechs Handlungsfeldern als inhaltliches Gerüst des Audits, was sowohl bei der Analyse von Dokumenten als auch in der Auswertung zum Tragen kommt. Tabelle 1

zeigt die unterschiedlichen Schritte, Daten und den jeweiligen Erkenntnisgewinn.

Zu Beginn des jeweiligen empirischen Kapitels werden die Daten und Methoden beschrieben. Weiterhin findet sich am Ende jedes empirischen Kapitels eine Kurzzusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.

## 5 Welche Städte und Gemeinden sind im Audit Familiengerechte Kommune?

Bevor die Auswahl der Kommunen getroffen wird, soll ein inhaltlicher Überblick zur Verteilung aller Auditkommunen vorgenommen werden. Dafür werden Daten aus dem Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung zum Datenstand 31.12.2016 auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte herangezogen. Im Falle von kreisangehörigen Kommunen wurde der Landkreis gewählt. Durch eine deskriptive Annäherung wird gezeigt, ob diejenigen Kommunen, die sich im Audit befinden, sich von den übrigen Kreisen und kreisfreien Städten unterscheiden. Ein solches Vorgehen ist aus zweierlei Hinsicht relevant: Erstens wird so herausgearbeitet, ob Kommunen mit einem spezifischen Profil, beispielsweise erhöhten Alterungstendenzen, sich um eine Auditierung bemühen oder ob dies unabhängig von der sozialstrukturellen Situation ist. Zweitens hilft eine solche Annäherung bei der Auswahl der Auditkommunen für die tiefer gehende Untersuchung. Für die deskriptive Untersuchung der Auditkommunen werden Indikatoren zur demographischen, sozialen und ökonomischen Lage herangezogen, die in Tabelle 2 aufgeführt sind.

### 5.1 Demographisches Profil der Untersuchungskommunen

Ob die Auditkommunen Auffälligkeiten in Hinsicht ihrer demographischen Charakteristika aufweisen, wird im Folgenden untersucht. Hierfür wurden die Mittelwerte aller Auditkommunen sowie aller Kommunen in Deutschland berechnet. Abbildung 3 zeigt die Gegenüberstellung.

Zu erkennen ist, dass die Auditkommunen in keinem der aufgeführten Indikatoren von den allgemeinen Tendenzen abweichen. Das gilt, wie

TABELLE 2 Indikatoren zur Profilierung der Auditkommunen

Demographisches Profil	Soziales Profil	Ökonomisches Profil
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung	SGB-II-Quote	Verschuldung im Kernhaushalt
Anteil der Eltern-generation an der Bevölkerung	Kinderarmut	Umsatzsteuer (2014)
Anteil der über 80-Jährigen an der Bevölkerung	Arbeitslosenanteil	Beschäftigungsquote
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030	Schulabgänger ohne Abschluss	Existenzgründungen
Natürlicher Bevölkerungssaldo	Ausländeranteil	Bruttoinlandsprodukt in Euro je Einwohner (2015)
Wenn nicht anders angegeben, ist der Datenstand zum Jahr 2016.		
Quelle: eigene Darstellung		BertelsmannStiftung

Abbildung 4 exemplarisch zeigt, auch bei Merkmalszusammenhängen, z. B. zwischen dem Bevölkerungsanteil der unter 18-Jährigen und dem natürlichen Bevölkerungssaldo. Hier sind Kommunen, welche im Audit Familiengerechte Kommune beteiligt sind, in allen Teilsegmenten der Verteilung vorzufinden.

Für die Auswahl der Untersuchungskommunen bedeutet dies, dass sie ebenso eine möglichst hohe Diversität bezogen auf demographische Indikatoren haben sollen. Allerdings bedeutet es auch, dass eine typengeleitete Untersuchung nicht möglich ist, sondern das Audit als Ganzes untersucht werden muss.

ABBILDUNG 3 Demographisches Profil

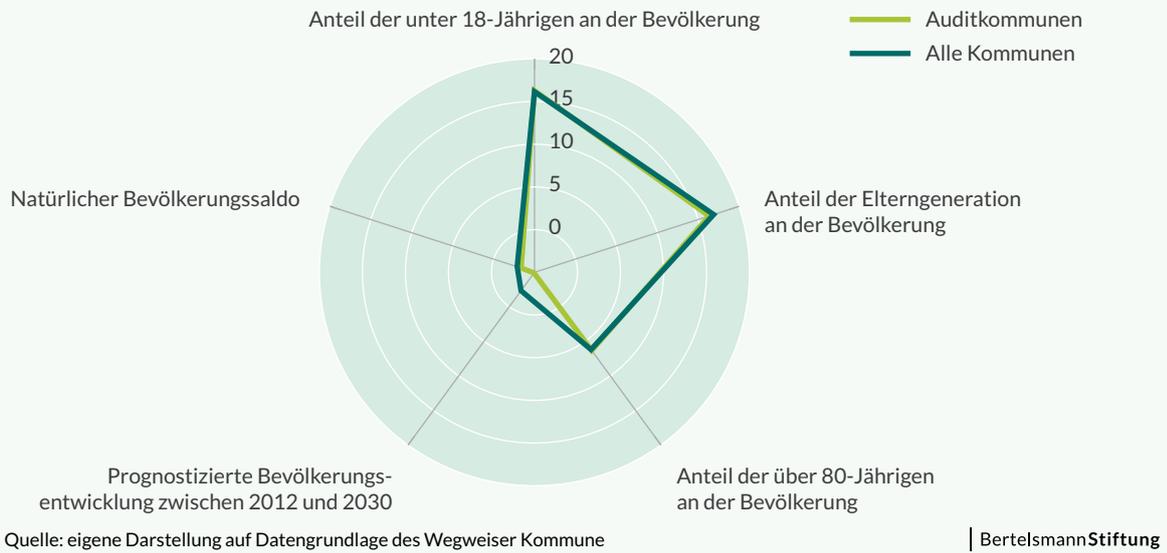


ABBILDUNG 4 Streudiagramm zum demographischen Profil 2016

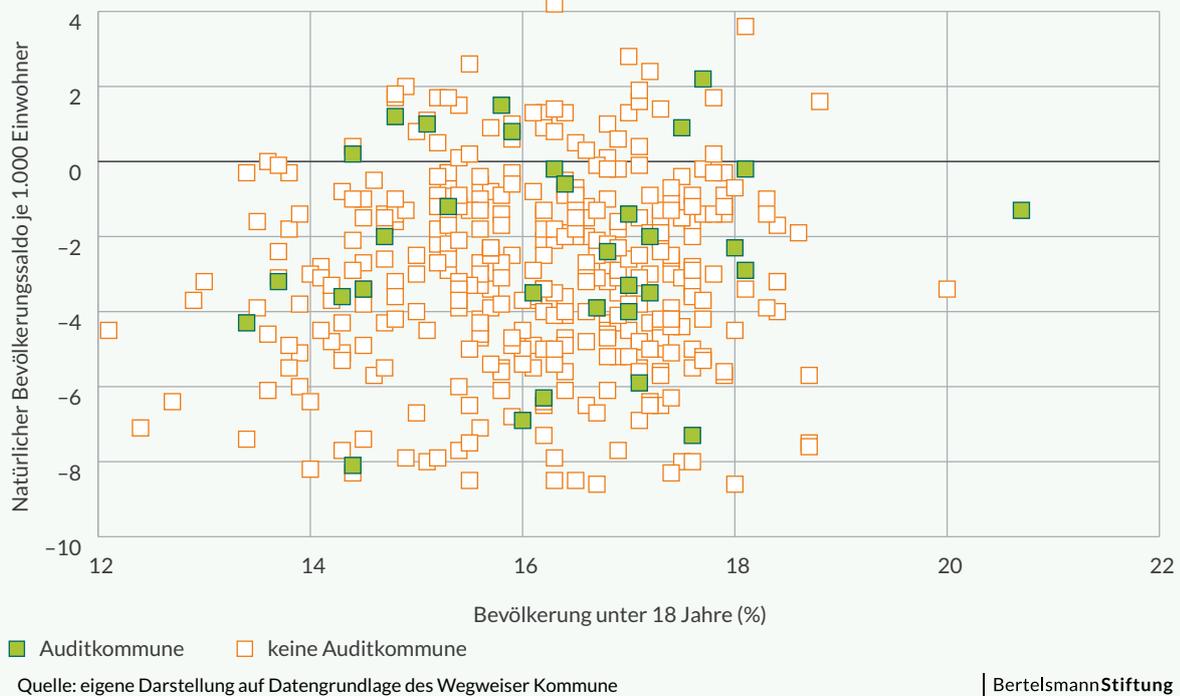
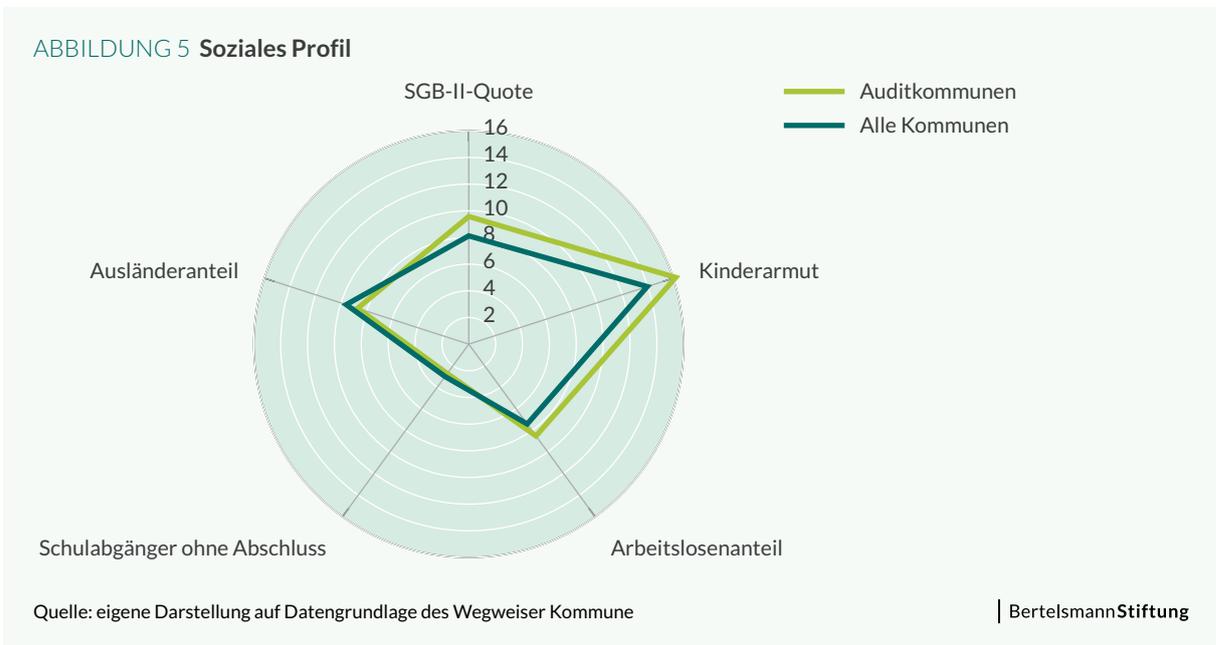


ABBILDUNG 5 Soziales Profil



## 5.2 Soziales Profil der Untersuchungskommunen

Vergleichbar mit der Untersuchung des demographischen Profils wird auch bei der Untersuchung des sozialen Profils vorgegangen. Abbildung 5 zeigt die Gegenüberstellung der Mittelwerte der Auditkommunen und aller Kommunen in Deutschland.

Ebenso wie beim demographischen Profil findet sich auch beim sozialen Profil keine Unterscheidung zwischen den Auditkommunen und allen Kommunen in Deutschland. Gleiches gilt beim Blick auf Merkmalszusammenhänge, die in Abbildung 6 dargestellt sind.

Damit ist auch hier der Schluss zu ziehen, dass bei der Auswahl der Kommunen für die tiefer gehende Untersuchung hinsichtlich des sozialen Profils möglichst unterschiedliche Kommunen ausgewählt werden sollten, um das Instrument der Auditierung in seiner Wirkung auf die Verwaltung oder sogar Stadtgesellschaft verstehend zu untersuchen.

## 5.3 Ökonomisches Profil der Untersuchungskommunen

Auch bei der Untersuchung des ökonomischen Profils werden wieder die ausgewählten Indikatoren gegenübergestellt. Da die Skalierung der Indikatoren aber sehr unterschiedlich ist, geschieht dies an dieser Stelle in Tabellenform (Tabelle 3).

Zu erkennen ist, dass es auch hier keine klaren Unterschiede zwischen den Kommunen im Audit und allen Kommunen in Deutschland gibt. Das zeigt sich auch bei der exemplarischen Untersuchung von Merkmalszusammenhängen (Abbildung 7).

Damit gilt auch hinsichtlich der ökonomischen Dimension, dass möglichst unterschiedliche Kommunen für eine tiefer gehende Analyse ausgewählt werden sollten. Die Auswahl und Beschreibung der Kommunen werden im folgenden Kapitel vorgestellt.

ABBILDUNG 6 Streudiagramme zum sozialen Profil 2016



Quelle: eigene Darstellung auf Datengrundlage des Wegweiser Kommune

| BertelsmannStiftung

TABELLE 3 Ökonomisches Profil

	Alle Kommunen	Auditkommunen
Verschuldung im Kernhaushalt (Euro je Einwohner)	1799,36	1906,69
Umsatzsteuer (2014)	1467,56	1508,65
Beschäftigungsquote	58,20	58,05
Existenzgründungen je 1.000 Einwohner	6,24	6,12
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro je Einwohner (2015)	34.685,92	32.019,60

Wenn nicht anders angegeben, ist der Datenstand zum Jahr 2016

Quelle: eigene Darstellung auf Datengrundlage des Wegweiser Kommune

ABBILDUNG 7 Streudiagramm zum ökonomischen Profil 2016



Anmerkung: Kinder, die nicht direkt in einer Kommune leben, können dort betreut werden. Dadurch kann der Wert über 100 % steigen, da er auf die Bestandsbevölkerung zwischen 2 und 5 Jahre in der jeweiligen Kommune bezogen wird.

Quelle: eigene Darstellung auf Datengrundlage des Wegweiser Kommune

| BertelsmannStiftung

## 6 Welche Städte und Gemeinden haben wir genauer untersucht?

Aus dem vorangegangenen Kapitel wurde deutlich, dass sich die Kommunen im Audit kaum sozialstrukturell von solchen unterscheiden, die sich nicht selbst diesen Prozess auferlegt haben. Aus den 43 Kommunen, die das Audit Familiengerechte Kommune bisher genutzt haben, wurden für die qualitative Evaluation zehn für eine nähere Betrachtung ausgewählt. Die Auswahl erfolgte so, dass eine größtmögliche Heterogenität anhand der nachfolgend beschriebenen Indikatoren erzeugt wurde. Eine getroffene Vorauswahl von 13 Kommunen wurde dann in Rücksprache mit dem Verein Audit Familiengerechte Kommune eingegrenzt. Der Verein stellte auch den Erstkontakt zu den Kommunen her, lieferte Dokumente und stand pro Kommune für ein Hintergrundgespräch zur Verfügung.

### 6.1 Indikatoren für die Auswahl der zehn Kommunen

Zum einen sollte eine geographische Diversität abgebildet werden. Die zehn ausgewählten Kommunen liegen in sieben verschiedenen Bundesländern aus Nord-, Süd-, West- und Ostdeutschland. Zum anderen sollten auch die Größe der Kommunen und die damit einhergehenden Verwaltungsstrukturen möglichst unterschiedlich sein. So sind Groß- und Mittelstädte (kreisfrei und kreisangehörig) im Sample enthalten, aber auch ein Landkreis, eine Samtgemeinde und ein Großstadtbezirk. Die Verwaltungsstrukturen und auch kommunalpolitischen Organisationsformen unterscheiden sich je nach Kommune grundlegend. Darüber hinaus wurden die Kommunen auch anhand der Zu- und Abwanderung ausgewählt. So sind schrumpfende und wachsende Kommunen im Sample enthalten. Ebenso wurde die demo-

graphische, soziale und ökonomische Lage mitbetrachtet, welche sich in den Kommunen – wie dargestellt – erheblich unterscheiden und auch entscheidende Faktoren der integrierten Familienpolitik sind. Ein weiterer Aspekt für die Auswahl der Untersuchungskommunen war der Stand im laufenden Auditierungsprozess. Die zeitliche Dimension erstreckt sich von 2012, als die erste der zehn Kommunen mit dem Grundaudit begann, bis 2017, als die letzten ausgewählten Kommunen mit der Auditierung begonnen haben. Je nachdem, wann die Kommunen in die Auditierung eingestiegen sind, sind sie nun entweder noch am Beginn der Umsetzungsphase oder aber schon im Bilanzierungsaudit vorangeschritten. Zwei der im Sample aufgenommenen Kommunen haben in der Zwischenzeit ein ruhendes Audit, was bedeutet, dass sie aktuell nicht weiter an der Umsetzung arbeiten und demnächst entscheiden werden, das Zertifikat verfallen zu lassen oder doch an einer Bilanzierung weiterzuarbeiten. Des Weiteren wurden die Kontinuität in der Verwaltungsspitze als auch andere personelle Umbrüche im Verlauf des Auditierungsprozesses als diversifizierende Kriterien bei der Auswahl berücksichtigt.

### 6.2 Beschreibung der Untersuchungskommunen

Im Folgenden werden nun die zehn ausgewählten Kommunen anhand verschiedener statistischer Indikatoren sowie ihrer gesetzten Ziele in den unterschiedlichen Handlungsfeldern beschrieben. So bilden sich bereits deutliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen heraus.

TABELLE 4 Dokumente der Kommunen

Kommune	Analysiertes Dokument	Stand
Bebra	Zielvereinbarung	September 2017
Berlin-Lichtenberg	Zielvereinbarung	Juli 2018
Bochum	Jahresbericht	Juni 2017
Düsseldorf	Jahresbericht	Dezember 2016
Gladbeck	Jahresbericht	September 2014
Görlitz	Jahresbericht	Januar 2016
Landau in der Pfalz	Jahresbericht	Juli 2016
Landkreis Osnabrück	Zielvereinbarung	November 2016
Oranienburg	Jahresbericht	Dezember 2017
Samtgemeinde Neuenkirchen	Zielvereinbarung	Juni 2016

Quelle: eigene Darstellung

Für die Dokumentenanalyse wurden jeweils die aktuellsten Berichte ausgewertet, die wir vom Verein Familiengerechte Kommune e. V. zur Verfügung gestellt bekamen. Je nach Stand des Audits in den einzelnen Kommunen wurden deren Jahresberichte oder Zielvereinbarungen zur Grundlage genommen. In Tabelle 4 ist eine Übersicht der ausgewählten Dokumente zu finden.

Aus den hier genannten Dokumenten wurden die Formulierungen größtenteils direkt übernommen, um die Aussagen so wahrheitsgetreu wie möglich zusammenzufassen. Auf die einzelne Markierung der übernommenen Zitate wird an dieser Stelle jedoch verzichtet. Die in Tabelle 4 genannten Dokumente sind die Quellen der nachfolgenden Kapitel 6.2.1 bis 6.2.10 zur Darstellung der Handlungsfelder in den einzelnen Kommunen.

### 6.2.1 Bebra

Bebra ist eine kreisangehörige Gemeinde des Landkreises Hersfeld-Rotenburg und hat rund 14.000 Einwohner. Wie in Tabelle 5 dargestellt, ist Bebra eine schrumpfende und alternde Stadt mit einer erhöhten Armutsquote. Allerdings ist der Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung

auf dem Niveau des Landesdurchschnitts, sodass ein verstärktes Engagement in der Kommune für Familien folgerichtig erscheint, um der Schrumpfung der Gemeinde entgegenzuwirken.

TABELLE 5 Deskriptive Indikatoren Bebra

	Bebra	Hessen
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung (%)	16,6	16,7
Anteil der ab 65-Jährigen an der Bevölkerung (%)	24,1	30,4
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030 (%)	-13,1	1,8
Medianalter	47,7	45,0
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner	-4,2	-1,3
SGB-II-Quote (%)	9,9	8,5
Ausländeranteil (%)	11,2	15,1

Quelle: eigene Darstellung

Zudem ist die Betrachtung der Zu- und Fortzüge, die in Abbildung 8 dargestellt sind, für die Einschätzung der Herausforderungen der Kommune entscheidend.

Zu erkennen ist, dass vor allem Menschen in den Zwanzigern die Kommune verlassen, mutmaßlich um eine Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Insgesamt ist das Ausmaß der Fortzüge aber relativ gering. Abwanderung ist demnach nicht das vordringlichste Problem der Kommune bei Ausrichtung ihrer familienfreundlichen Rahmenbedingungen.

Die hessische Kleinstadt Bebra ist seit September 2017 zertifizierte Familiengerechte Kommune und befindet sich zum Zeitpunkt der Untersuchung inmitten des noch bis 2020 andauernden Grundaudits. Die nachfolgenden Inhalte sind aus der Zielvereinbarung vom 12. Juni 2017 entnommen, da ein Jahresbericht aufgrund des frühen Stadiums noch nicht vorlag.

Eingangs wird in der Zielvereinbarung von einer Entwicklung von Familienfreundlichkeit hin zur Familiengerechtigkeit berichtet. Wo vorher vor-

ABBILDUNG 8 Wanderungsprofil Bebra 2009–2012



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 9 Demographischer Wandel in Bebra



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

rangig die Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs betrachtet wurde, rücken jetzt ein Stadtbau mit dem Ziel eines „positiven Gefühls für das eigene Gemeinwesen“, die Integration „zahlreicher Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen“ als auch „ein gut funktionierendes Vereinswesen“ mit hohem Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den Fokus. Der im November 2016 diskutierte Familienbegriff wird in der Zielvereinbarung wie folgt definiert:

*„Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, sich gegenseitig unterstützen und füreinander sorgen. Familie ist da, wo Kinder sind, aber auch da, wo Gemeinschaften mit starken Bindungen, in mehreren Generationen oder in Freundschaft verbunden sind. Dies ist unabhängig davon, ob sie unter einem Dach oder in einem oder verschiedenen Gemeinwesen leben.“*

Familienpolitik soll sich demnach nicht mehr nur an Familien mit Kindern oder den Bedürfnissen von Seniorinnen und Senioren, sondern explizit an der Gemeinschaft mehrerer Generationen orientieren. Das oberste Entwicklungsziel für Bebra im Rahmen der Auditierung lautet: „Bebra im Jahr 2025 ist bunt und beweglich.“ Durch soziale Netzwerk- und Infrastrukturen soll das Klima „Offener – Miteinander – Fairer“ gestaltet werden, sodass Zuwanderung generiert und Abwanderung vermindert wird. Abbildung 9 verdeutlicht die demographische Herausforderung der Kommune. Die Stadt schrumpft und altert bis 2030 deutlich, sodass es eine Verschiebung der Bedarfe hin zu einer größeren Gruppe Älterer geben wird.

#### HANDLUNGSFELD 1 Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit

Das erste Ziel im übergeordneten Handlungsfeld ist es, die vorhandenen Netzwerkstrukturen als Expertenrunde bei sozialen Fragen wahrzunehmen und zu beteiligen, sodass diese die kommunale Verwaltung und Politik beim Treffen und Umsetzen von qualitativ angemessenen Entscheidungen unterstützen kann.

Des Weiteren sollen Familien einen Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin mit Lotsenfunktion für alle familienrelevanten Themen im Rathaus finden, sodass lange Wege durch fehlendes Wissen an unterschiedlichen Stellen vermieden werden könnten.

Das dritte Ziel dieses Handlungsfeldes betrifft bezahlbaren Wohnraum für Familien in allen Wohngebieten der Stadt und eine ansprechende Infrastruktur. Die Wohnungsgeber sollen sich im Rahmen eines „runden Tisches“ vernetzen und so gemeinsam entsprechende Bedingungen schaffen bzw. verbessern bis hin zu einer positiv gemischts- strukturierten Mieterlandschaft. Das letzte übergeordnete Ziel ist es, die Wertschätzungskultur in Bezug auf Vereine, Verbände und andere mit Ehrenamtlichen arbeitenden Institutionen und Organisationen zu verbessern und systematisch zu verstetigen.

Ehrenamtlichem Engagement wird eine besondere Rolle zuerkannt, die für den ländlichen Raum viele Versorgungslücken der fehlenden Infrastruktur füllt und somit die Lebensqualität deutlich erhöht.

#### HANDLUNGSFELD 2 Familie und Arbeitswelt, Betreuung

Im Handlungsfeld 2 werden in Bebra drei Ziele festgeschrieben. Zum Ersten nimmt sich die Stadt vor, eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur für Eltern und Kinder zu gewährleisten. Darüber hinaus wird professionelle Elternarbeit auf Augenhöhe von qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertagesstätten als auch Sozialpädagoginnen und -pädagogen in der Jugendarbeit zum Ziel gesetzt, um die Zufriedenheit aller Nutzerinnen und Nutzer zu erhöhen.

#### HANDLUNGSFELD 3 Bildung und Erziehung

Um notwendige Informationen für Familien zur Verfügung zu stellen, wird ein besserer Überblick über Bildungs- und Erziehungsangebote zum Ziel gesetzt. Ein weiteres Ziel dieses Handlungsfeldes betrifft die Kooperation zweier regional ansässiger

Schulen. Eine Grund- und eine Gesamtschule sollen zukünftig ihre Bildungsbegleitung, Schulsozialarbeit und Lehrerschaft miteinander in Verbindung bringen, um gelingende Übergänge für die Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.

#### HANDLUNGSFELD 4 Beratung und Unterstützung

Im vierten Handlungsfeld setzte sich Bebra zum Ziel, Eltern bei der Entwicklung ihrer Familienkompetenzen zu fördern. Dafür wird eigens eine Bildungs- und Begegnungsstätte für Eltern in den Räumlichkeiten einer Kindertagesstätte ausgebaut.

#### HANDLUNGSFELD 5 Wohnumfeld und Lebensqualität

Innerhalb dieses Handlungsfeldes bettet Bebra vielfältige Bundes- und Landesprogramme im Bereich der integrierten Stadtentwicklung ein. Ziel ist es darüber hinaus, Familien im Wohnumfeld generationsübergreifende Spiel-, Begegnungs- und Bewegungsräume sowie ihnen in allen Lebenslagen bedarfsgerechte Wohnstrukturen in der Kernstadt als auch in den Ortsteilen zu ermöglichen. Altersgerechtes Wohnen, bezahlbare Mietwohnungen und Treffpunkte für Jung und Alt sind nur einige damit zusammenhängende Schlagwörter.

Des Weiteren soll die Aufenthaltsqualität für alle zukunftsfähig gestaltet werden, sodass in einer lebendigen Nachbarschaft barrierefrei und interkulturell zusammengelebt werden kann und der Zusammenhalt gestärkt wird. Dafür sollen insbesondere Grün- und Freiflächen zur öffentlichen Nutzung weiterentwickelt werden. Familien, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Beeinträchtigungen sollen ferner eine angemessene familienorientierte Behörden-, Gastronomie- und Einkaufsinfrastruktur vorfinden. Dafür sollen auch Akteursgruppen aus Handel, Gewerbe und Behörden sensibilisiert und dazu angeregt werden, ihre Infrastrukturen dahingehend zu qualifizieren.

#### HANDLUNGSFELD 6 Senioren und Generationen

Das Ziel im sechsten Handlungsfeld ist die Förderung von generationsübergreifenden Dialogen, da der Wissenstransfer zwischen Alt und Jung zu gegenseitiger Wertschätzung und Verständnis gegenüber der jeweils anderen Altersgruppe führen soll. In diesem Zusammenhang wurde bereits ein Generationstreff mit unterschiedlichen Veranstaltungen aufgebaut.

##### 6.2.2 Berlin-Lichtenberg

Für den Bezirk Lichtenberg liegen keine differenzierten Daten im Wegweiser Kommune vor, sodass einzig die Gesamtstadt Berlin betrachtet werden kann. Daher sind die Interpretationen nur bedingt auf Lichtenberg zu übertragen, da die Unterschiede zwischen den Stadtteilen einer Stadt häufig größer sind als zwischen Städten. Berlin ist insgesamt eine stark wachsende Stadt, die allerdings auch überaltert ist und mit einer erhöhten Armutsquote zu kämpfen hat (Tabelle 6).

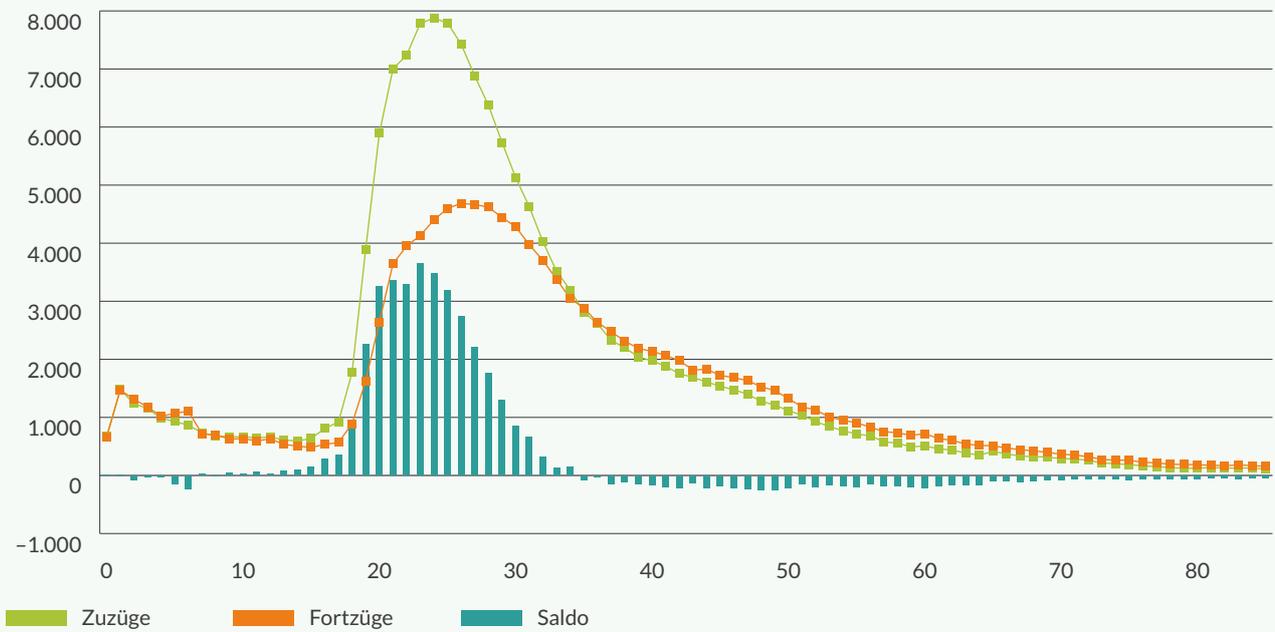
TABELLE 6 Deskriptive Indikatoren Berlin

	Berlin
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung (%)	16,2
Anteil der ab 65-Jährigen an der Bevölkerung (%)	19,3
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030 (%)	10,3
Medianalter	41,7
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner	1,3
SGB-II-Quote (%)	18,9
Ausländeranteil (%)	16,7
Quelle: eigene Darstellung	

Abbildung 10 zeigt das Wanderungsprofil der Bundeshauptstadt, das Hinweise auf die Präferenz der Stadt als Wohnstandort für Familien geben kann.

Es sind starke Wanderungsgewinne bei jungen Menschen zu verzeichnen, welche in Berlin ein

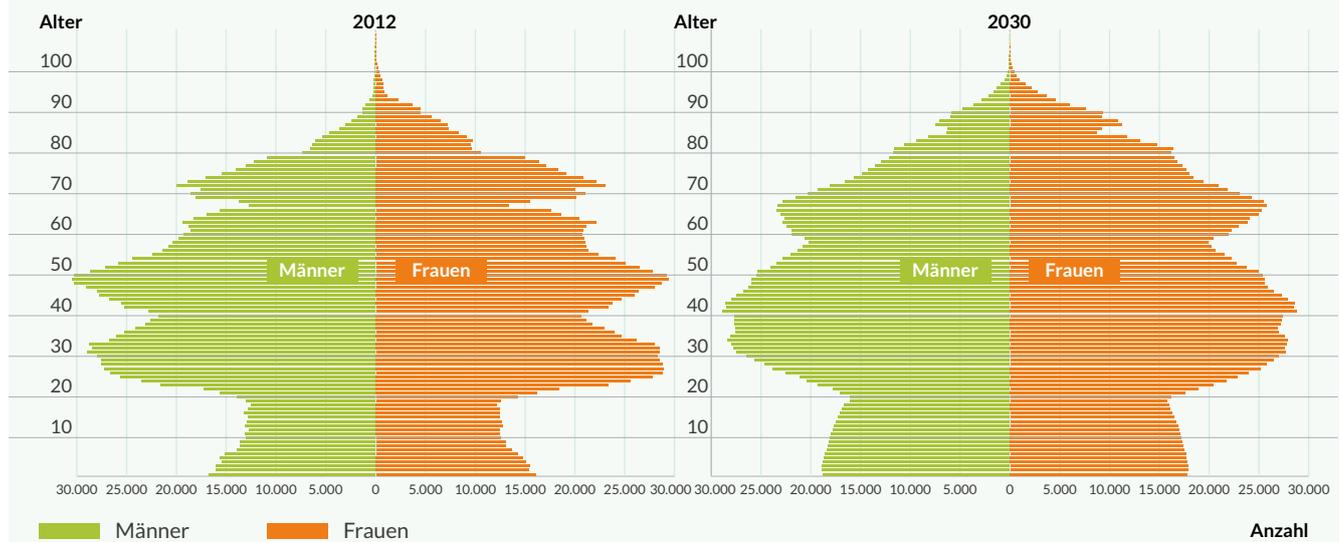
ABBILDUNG 10 Wanderungsprofil Berlin 2009–2012



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 11 Demographischer Wandel in Berlin



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

Studium aufnehmen oder eine Ausbildung beginnen. Allerdings weist der ausgeglichene bzw. negative Wanderungssaldo in der Generation der unter Zehnjährigen darauf hin, dass Familien die Stadt verlassen. Über die Wanderungsmotive gibt die Graphik allerdings keine Informationen. Für eine familienfreundliche Stadtpolitik bedeutet dies, dass sie herausgefordert ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich auch Familien auf Dauer vorstellen können, in Berlin zu leben, was sowohl eine infrastrukturelle Ausstattung als auch bezahlbaren Wohnraum und eine positiv erlebte Nachbarschaft miteinschließt.

Der in Abbildung 11 dargestellte Wandel zeigt, dass Berlin, die Bundeshauptstadt, nur eingeschränkte Verschiebungen hinsichtlich ihres demographischen Aufbaus zu erwarten hat, wenn auch die jüngeren Jahrgänge etwas zurückgehen werden, während die Lebenserwartung ansteigt.

Die folgenden Darstellungen zu den Zielen des Audits in Lichtenberg sind aus dem Jahresbericht von Juli 2018 entnommen.

#### HANDLUNGSFELD 1 Steuerung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Der Bezirk Lichtenberg von Berlin setzt sich ein familienpolitisches Leitbild zum Ziel, welches in der Bezirksverordnetenversammlung als ressortübergreifendes Querschnittsthema beschlossen werden sollte. Dieses Ziel ist bisher nicht vollständig erreicht worden, wird aber als zentraler Prozess in das Bilanzierungsaudit überführt. Mit einer bezirksweiten Imagekampagne wird bereits mit dem familienpolitischen Leitbild in der Außendarstellung und im Dialog mit familienpolitisch relevanten Personen geworben.

Unter dem Leitslogan „Lichtenberg – der familienfreundliche Bezirk“ stellen sich alle Fachbereiche und -ämter des Bezirksamtes mit ihren Themen in Bezug auf Familiengerechtigkeit in einer Broschüre vor. Zudem wurde eine Wort-Bild-Marke für das Bezirksamt Lichtenberg entwickelt. Zielgruppenorientiert, proaktiv, multikanalfähig und aktuell sollen zukünftig familienrelevante

Angebote kommuniziert werden, sodass Transparenz den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber entsteht. Familienpolitische Akteurinnen und Akteure sollen dafür vernetzt und sozialraum- und themenorientiert zusammenarbeiten.

Aktuelle familienbezogene Daten liegen bereits als Instrument der Wirkungskontrolle und Steuerung lokaler Familienpolitik vor und werden zur Weiterentwicklung der lokalen Familienpolitik im Bezirk genutzt. Ebenso wird zum vierjährlich erscheinenden Berliner Familienbericht zugearbeitet. Stadtteilprofile (Bezirksregionenprofile) wurden als wesentlicher Baustein für die Umsetzung der Sozialraumorientierung erstellt, beschlossen und fortgeschrieben und bilden so politische Zielmarken und eine Arbeits- und Verständigungsgrundlage für Verwaltung und Politik.

Darüber hinaus finden einmal jährlich Stadtteilkonferenzen und eine bezirkliche Gemeinwesenkonferenz zwischen Vertreterinnen und Vertretern des Bezirksamtes, von bezirklichen Vereinen und Trägern zum gegenseitigen Austausch statt und es wurde ein stadtteilübergreifender Kalender aller Angebote und Veranstaltungen der im und für den Bezirk tätigen (freien) Träger gestaltet. Ebenfalls wurde ein Handlungs- und Umsetzungskonzept für ein bezirkliches Familienbüro entwickelt, das mit zwei Verwaltungskräften und zwei Sozialarbeiterinnen ausgestattet ist.

Darüber hinaus soll eine Beteiligungskultur mit vielfältigen Partizipationsangeboten und Einbindungsmöglichkeiten den familienpolitischen Gestaltungsspielraum erhöhen und dadurch die familiengerechte Gestaltung des Bezirks vorantreiben. Der „Wegweiser Bürgerbeteiligung“ wurde entwickelt, der als Leitfaden Möglichkeiten und Grenzen der Partizipation darstellt, um die zielgruppengenaue Ausrichtung und ressourcenorientierte Organisation von Beteiligungsprozessen zu ermöglichen.

Des Weiteren wurden ein Leitfaden zur Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben als Broschüre erstellt, ein Aufruf zur Beteiligung unter dem Motto „Lichtenberg machen“ geschaltet und eine Koor-

dinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung in der Bezirksverwaltung eingesetzt. Als konkrete Maßnahmen wurden die bereits für mehrere Regionen erstellten Kinder-Kiez-Karten flächendeckend im partizipativen Prozess erweitert.

Das letzte Ziel dieses übergeordneten Handlungsfeldes ist, geeignete Präventionsmaßnahmen bereitzustellen, um lebenslange Gesundheitsförderung zu begünstigen. Dafür wird eine Präventionskette über den Lebenslauf aufgebaut, wobei zunächst der Schwerpunkt im Kindes- und Jugendalter gesetzt wird. So sollen Doppelstrukturen vermieden und Bedarfe offengelegt werden.

#### HANDLUNGSFELD 2 Familie und Arbeitswelt, Betreuung

---

Das Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Kinderbetreuung und onlinegestützte Informationsmöglichkeiten über diese zu gewährleisten, wurde erreicht. Zudem wurde der Kita-Fachtag 2015 zum Thema der Öffnungszeiten, Randzeiten und Notfallversorgung durchgeführt, sodass die dort gewonnenen Erkenntnisse in neue Überlegungen einbezogen werden können. Ein Modellprojekt „MoKiS – Mobiler Kindertagesbetreuungs-service“ wurde daraufhin für die Betreuung von Kindern außerhalb der regelmäßigen Öffnungszeiten eingerichtet.

Auch die Pflege von Angehörigen wird im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarfsgerechter gestaltet. Pflegenden Angehörigen werden nun multimedial Informationen zur Entlastung ihrer Situation zur Verfügung gestellt und das Bezirksamt unterstützt vorhandene Netzwerke im Bereich der Pflege, insbesondere das Weiterbestehen des Netzwerkes „Demenzfreundliche Kommune Lichtenberg“.

Außerdem sollten bürgernahe Dienstleistungen durch familienfreundlichere Beratungs- und Sprechzeiten und bedarfsgerechte Ausstattung der Bezirksverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Dieses Ziel konnte aber noch nicht erreicht werden. Dennoch hat das Bezirksamt Lichtenberg

eine Vorbildfunktion als familienfreundlicher Arbeitgeber eingenommen und im Auditierungsprozess die Maßnahmen aus dem vorangegangenen Audit „Beruf und Familie“ überprüft und wo erforderlich angepasst.

Dazu gehören im Wesentlichen die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und des Arbeitsortes, eine Willkommens- und Verabschiedungskultur der neu eingestellten Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und der das Amt verlassenden Beschäftigten sowie die Gesunderhaltung und Arbeitsfähigkeit der Belegschaft.

Zudem möchte das Bezirksamt auch die Beteiligung und Sensibilisierung von Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft vertiefen, weshalb es selbst als Kooperationspartner zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für andere Arbeitgeberinnen, Arbeitgeber und Unternehmen im Bezirk auftritt. Dafür wurden Dialogveranstaltungen mit Wirtschaft und Wissenschaft zur Vermittlung des Leitbildes und der Leitziele in verschiedenen Formaten durchgeführt.

#### HANDLUNGSFELD 3 Bildung und Erziehung

---

Familien sollen in ihrer wohnortnahen Umgebung zielgruppengenaue Bildungs- und Aktionsangebote für jede Lebensphase vorfinden. Dabei werden vorhandene Bildungsangebote durch eine entsprechende Kommunikationskultur sowohl inhaltlich als auch organisatorisch in Bildungsverbänden ausgerichtet. Bereits vorhandene Angebote der Kinder- und Senioren-Uni werden verstetigt und ausgebaut. Darüber hinaus werden Kooperationspartnerschaften in der Hochschullandschaft und unterschiedliche Finanzierungsquellen neu untersucht.

#### HANDLUNGSFELD 4 Beratung und Unterstützung

---

Im vierten Handlungsfeld wurde eine qualifizierte Beratung und Unterstützung für Familien eingearbeitet bzw. ausgebaut mit einem besonderen Fokus auf die Themen Elternstärkung sowie Entwicklung und Stärkung der Lebensphasenkompe-

tenz in die vorhandene Angebotsstruktur. So wurden Angebote der Familienförderung in Bezug auf das Ziel entsprechend dem sozialräumlichen Bedarf zielgruppenspezifisch ausgebaut und in der Volkshochschule werden präventive Elternkurse angeboten.

Bürgerfreundlichkeit und Willkommenskultur werden als Bestandteile des auf Familiengerechtigkeit ausgerichteten Verwaltungshandelns angesehen. Außer eines fest etablierten Netzwerkes zuständiger Akteurinnen und Akteure werden Englisch-Grundkurse für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bereiche der Bezirksverwaltung angeboten, die Zuwanderinnen und Zuwanderer und Flüchtlinge im Rahmen ihres Aufgabengebiets beraten und unterstützen, und Deutschkurse für diese neu Zugezogenen eingerichtet.

Das dritte Ziel dieses Handlungsfeldes ist die Bekanntmachung, Stärkung und Förderung ehrenamtlicher Ressourcen und Erfahrungen, sodass eine generationsübergreifende Vernetzung gelingt. Dafür wurden eine Freiwilligenagentur und eine Tausch- und Dienstleistungsbörse eingerichtet und einzelne Projekte aus dem Ehrenamtsfond bezuschusst.

## HANDLUNGSFELD 5

### Wohnumfeld und Lebensqualität

Durch die Steigerung der Attraktivität der Infrastruktur und des Wohnumfeldes für Familien, an dessen Gestaltung sich die Anwohnerinnen und Anwohner aktiv beteiligen können, wird eine hohe Lebensqualität in Lichtenberg angestrebt. In diesem Sinne sollen die Mobilitätsangebote vernetzt werden, sodass nicht nur die Verkehrssicherheit und Attraktivität des öffentlichen Personenverkehrs sowie Fuß- und Fahrradverkehrs erhöht, sondern auch die verkehrsbedingten Emissionen reduziert werden.

Zu diesem Zweck wurde bereits ein Klimaschutz-Teilkonzept „Klimafreundliche Mobilität in Berlin-Lichtenberg“ in Kooperation mit der Technischen Universität Berlin erarbeitet und dessen Einführung vom Bezirksamt beschlossen. Zudem

wird der Dialog zwischen dem Management bezirklicher Einkaufszentren, Kundinnen und Kunden und den zuständigen Ämtern der Bezirksverwaltung zur familienfreundlichen Gestaltung von Einkaufszentren und Freiflächen gefördert, um so Kommunikationsorte zu schaffen.

## HANDLUNGSFELD 6

### Senioren und Generationen

Das Ziel des sechsten Handlungsfeldes wird fortlaufend umgesetzt. Es werden generationsübergreifende und -verbindende Orte und Möglichkeiten der Begegnung ausgebaut, sodass das Miteinander der Generationen über gemeinsame Aktivitäten und Diskurse befördert wird. Gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren aller Generationen wurden die vorhandenen Maßnahmenpläne weiterentwickelt, wobei besonders auf eine generationengerechte Infrastruktur und Stadtgestaltung geachtet wurde.

Ein Fachtag „Miteinander der Generationen in Lichtenberg“ wurde in Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den beiden Mehrgenerationenhäusern veranstaltet. Außerdem wurde eine Zufriedenheitsstudie für die ältere Generation erstellt und veröffentlicht. Dazu wurde ein Workshop durchgeführt, der Impulse für die Fachdiskussion zur Erstellung des dritten Handlungskonzeptes für Seniorinnen und Senioren gab.

### 6.2.3 Bochum

Die Ruhrgebietskommune ist geprägt vom Strukturwandel einerseits und der Bildungsexpansion mit der Ruhr-Universität andererseits. Mit Blick auf die in Tabelle 7 aufgeführten Indikatoren zeigen sich, im Vergleich zum Landesdurchschnitt, nur zwei Ausfälligkeiten. Zum einen ist Bochum eine besonders schrumpfende Kommune, zum anderen eine Kommune mit erhöhter Armutsquote. Beides ist als Folge des Strukturwandels zu interpretieren.

TABELLE 7 Deskriptive Indikatoren Bochum

	Bochum	Nordrhein-Westfalen
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung (%)	14,5	16,7
Anteil der ab 65-Jährigen an der Bevölkerung (%)	21,9	20,7
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030 (%)	-6,4	-2,7
Medianalter	45,6	45,6
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner	-4,2	-2,3
SGB-II-Quote (%)	15,3	11,7
Ausländeranteil (%)	11,7	12,4
Quelle: eigene Darstellung		

In Abbildung 12 ist das Wanderungsprofil der Kommune aufgeführt.

Zu sehen ist, dass die Stadt vor allem Wanderungsgewinne von Menschen im Ausbildungsalter verzeichnet, was durch die Ruhr-Universität mit ihren rund 43.000 Studentinnen und Studenten, aber auch die öffentlichen und privaten Fachhochschulen zu erklären ist. Wanderungsverluste finden sich vor allem in der Phase der beruflichen Etablierung. Für die Ausgestaltung kommunaler Familienpolitik bedeutet dies, dass sie vor allem Menschen in der Familiengründungsphase adressieren muss, damit werdende Familien die Kommune nicht verlassen.

Diese Wanderbewegungen schlagen sich auf die demographische Entwicklung dieser Ruhrgebietsstadt nieder, wie Abbildung 13 zeigt. Bochum ist in den kommenden Jahrzehnten mit Schrumpfung und Alterung konfrontiert, während zu erwarten ist, dass nach wie vor Studentinnen und Studenten in der Kommune leben werden. Daher braucht es neben klassischen Ansätzen zielgruppenbezogener Arbeit innovative Konzepte der Familienpolitik sowie die Stärkung intergenerationeller Ansätze auf der Nachbarschaftsebene.

Die im Folgenden dargestellten Inhalte zu den Zielen und Maßnahmen aus Bochum wurden aus dem Jahresbericht von Juni 2017 entnommen. Dabei handelt es sich bereits um den zweiten von der Verwaltung Bochum erstellten Jahresbericht.

Die Hauptzielsetzung im Auditierungsprozess lautet, die Familiengerechtigkeit nachhaltig zu erhöhen und konkret für die Menschen in Bochum spürbar zu machen. Zu diesem Zwecke soll die Familiengerechtigkeit gesteuert, vernetzt und nachhaltig implementiert werden, sodass sie als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge etabliert wird. Schwerpunktthemen sind daher die systematische Bekanntmachung der Familienpolitik und strategische Weiterentwicklung, die Vernetzung von Aktivitäten, Intensivierung der Zusammenarbeit von Kommune mit ihren Bürgerinnen, Bürgern und freien Wohlfahrtsträgern sowie eine effizientere und wirkungsvollere Gestaltung der kommunalen Familienpolitik.

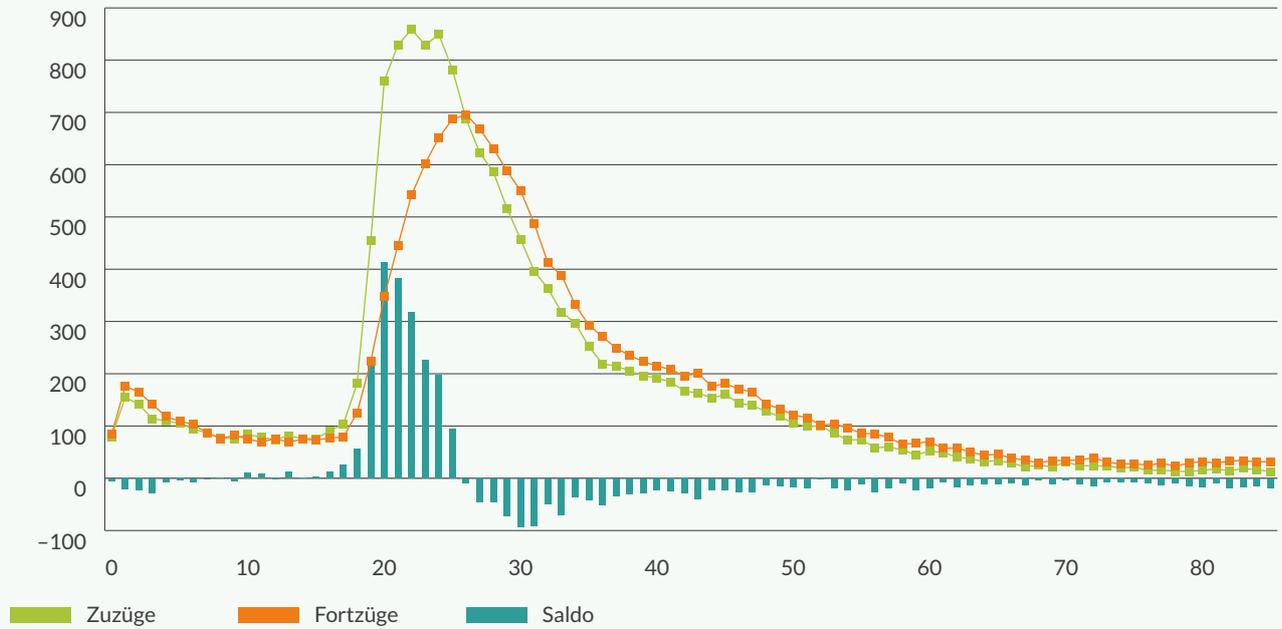
## HANDLUNGSFELD 1

### Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit

Das strategische Ziel des ersten Handlungsfeldes ist es, Familiengerechtigkeit zu steuern, zu vernetzen und nachhaltig zu implementieren, sodass Familienpolitik als Querschnittsaufgabe in der Stadt etabliert wird. Dies wird als stetiger Prozess angesehen, der als wichtiger Baustein zentral innerhalb der Stadtverwaltung verortet werden muss. Als langfristige Zielsetzungen werden unter anderem der Verbleib der gut ausgebildeten Hochschulabsolventinnen und -absolventen im Rahmen der Bildungszuwanderung in Bochum, die Ansiedlung von Unternehmen und die Förderung von Existenzgründungen benannt. Um die Lebensbedingungen in der Stadt Bochum noch attraktiver zu gestalten, hat der seit Oktober 2015 amtierende Oberbürgermeister Thomas Eiskirch gemeinsam mit dem Verwaltungsvorstand einen Strategieprozess, die „Bochum Strategie 2030“ initiiert.

Dort nimmt Familiengerechtigkeit, insbesondere im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Berufs-,

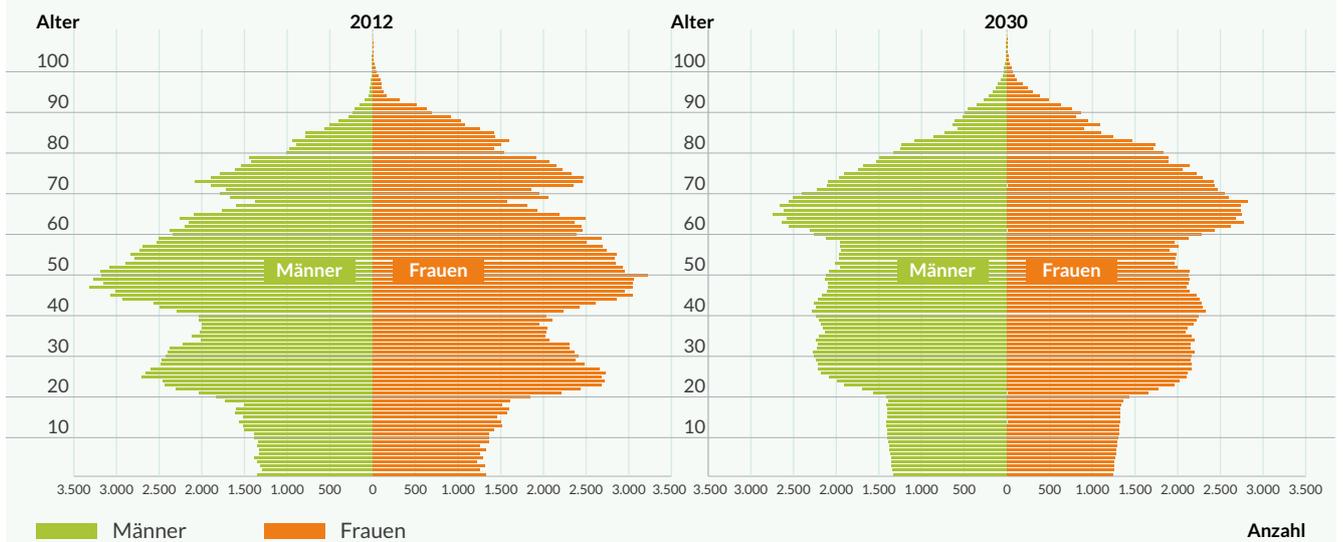
ABBILDUNG 12 Wanderungsprofil Bochum 2009–2012



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 13 Demographischer Wandel in Bochum



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

Privat- und Familienleben eine Rolle ein. Im Hinblick auf Präventionsketten entlang des Lebenslaufs von Kindern und Jugendlichen sollen im Rahmen des Landesprogramms „Kein Kind zurücklassen! Für ganz Nordrhein-Westfalen“ alle Angebote der Bereiche Gesundheit, Bildung, Kinder- und Jugendhilfe und Soziales gebündelt und miteinander verknüpft werden.

Innerhalb der Sozialberichterstattung wurde ein detailliertes Kapitel zur Familienberichterstattung mit jährlicher Rückmeldung im Jugendhilfeausschuss als fester Bestandteil integriert. Zudem erscheint jährlich die Broschüre „Bochumer Ortsteile kompakt“, die Bedarfe aus den Sozialräumen beschreibt und den zuständigen Gremien vorgestellt wird. Darüber hinaus wurden sozialraumorientierte, wohnortnahe Angebote und Informationen auch unter Berücksichtigung der Angebotsstrukturen der freien Träger vernetzt.

Ein neues Konzept für Bürgernähe soll zielgruppenorientierte Beteiligung in unterschiedlichen Handlungsfeldern fördern, wie beispielsweise durch eine Bürgerkonferenz. Ebenso sollen gesundheitsrelevante Aspekte für Kinder, Jugendliche, Familien sowie Seniorinnen und Senioren in allen Handlungsfeldern Betrachtung finden.

## HANDLUNGSFELD 2 Familie und Arbeitswelt, Betreuung

Das Ziel des zweiten Handlungsfeldes ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie von Pflege und Beruf zu erleichtern. Mit der Beteiligung verschiedenster Akteurinnen und Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft wird fortlaufend durch ein vernetzendes Marketingkonzept zu mehr Sensibilisierung für diese Themen beigetragen. Das Angebot der Kinderbetreuung soll hinsichtlich der Öffnungszeiten, Randzeiten und der Notfallversorgung auf Bedarfsgerechtigkeit untersucht und die Beratung zu betrieblich unterstützter Kinderbetreuung ausgebaut werden.

Seit Frühjahr 2017 wurden im Rahmen und mit Mitteln des Bundesprojekts „PlusKita“ in einer Bochumer Kita ein stark erweitertes Öffnungs-

zeitenangebot eingerichtet und ein einheitliches Anmeldeverfahren für Kindertagesstätten online gestellt, in das zukünftig auch die Kindertagespflege mit angebunden werden soll. Zudem dient die neue Internetplattform zur Transparenz der Angebotsstruktur.

## HANDLUNGSFELD 3 Bildung und Erziehung

Im dritten Handlungsfeld lautet das strategische Ziel, den Bildungsstandort Bochum für alle Altersgruppen so auszubauen, dass auch Bildungs- und Beschäftigungschancen für Benachteiligte gestärkt werden. Die Kooperation verschiedenster Institute zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes soll auch unter Berücksichtigung des Familienaspekts verlaufen.

Das Ziel, die Betreuung der unter dreijährigen Kinder bis auf 40 Prozent auszubauen, konnte bis zur Erstellung des Jahresberichtes nicht erreicht werden, besteht aber auch noch weiterhin. Ein Netzwerk zur Optimierung der Schnittstelle zwischen Kindertagesstätten und den Grundschulen ist in enger Zusammenarbeit des Jugendamtes, des Schulverwaltungsamtes und der Schulaufsicht fest etabliert worden.

Zudem wurde ein Konzept zur Schulsozialarbeit nach Maßgabe des landesweiten Kinder- und Jugendförderplans flächendeckend umgesetzt. Darüber hinaus wurde die offene Ganztagschulbetreuung mithilfe des Landesprogramms „Gute Schule 2020“ ausgebaut. Ebenso wird das Thema Familie fortlaufend in der Inklusionskonferenz behandelt.

## HANDLUNGSFELD 4 Beratung und Unterstützung

Zielgruppenorientierte Information über Beratungs- und Unterstützungsangebote in Bochum ist das strategische Ziel des vierten Handlungsfeldes. Transparenz für Beratungs- und Unterstützungsangebote soll durch die Einrichtung eines Kinder- und Familienbüros als feste Anlaufstelle und zur Bündelung der Angebote für Familien geschaffen werden. Darüber hinaus wurden im Jahr

2014 sechs Seniorenbüros auf Stadtbezirksebene eingerichtet, die transparent über Beratungsangebote zum Thema Pflege informieren und beraten. Die vielfältige Angebotsstruktur für Familien in Bochum soll erhalten bleiben und auch die Geschlechtergerechtigkeit wird als Querschnittsaufgabe mitberücksichtigt.

**HANDLUNGSFELD 5**  
**Wohnumfeld und Lebensqualität**

Im fünften Handlungsfeld wurde die Attraktivitätssteigerung des Wohnumfeldes und der Infrastruktur für Familien in Bochum zum Ziel gesetzt. Die Lebensqualität im Sozialraum soll durch den aus Landesmitteln finanzierten Ausbau von jährlich zwei Kindertagesstätten zu Familienzentren in insbesondere sozial benachteiligten Stadtteilen gefördert werden. Ebenso wird ein sozialraumorientiertes Beteiligungsverfahren zum Thema Familiengerechtigkeit im Rahmen der Bezirks- und Sozialraumkonferenz organisiert.

In Zukunft soll ein „Handlungskonzept Wohnen“ erstellt werden, sodass die Attraktivität des Bochumer Wohnungsmarktes für verschiedene Zielgruppen gesichert und gesteigert werden kann. Kernbestandteil dieses Handlungskonzeptes soll ein Arbeitsprogramm bilden, das verschiedene Maßnahmen mit gesamt- und teilräumlichem Bezug enthält, welche priorisiert und sukzessive in die Umsetzung geführt werden sollen. Auch auf Quartiersebene wurden bereits vorhandene Potenziale genutzt und neue Entwicklungsimpulse durch städtebauliche und sozialintegrative Maßnahmen gesetzt und sollen künftig ausgebaut werden.

**HANDLUNGSFELD 6**  
**Senioren und Generationen**

Das strategische Ziel des sechsten Handlungsfeldes ist es, Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes, selbstgestaltetes Leben im vertrauten Umfeld im Alter zu schaffen. Die Informationen für eine hochwertige Pflege und die Arbeit der Haupt- und Ehrenamtlichen aller Bochumer Seniorenbüros insgesamt werden laut Jahresbericht

von den Menschen in den Bezirken sehr gut angenommen.

**6.2.4 Düsseldorf**

Die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt weist eine tragfähige und diversifizierte Wirtschaft sowie zahlreiche Behörden auf. Doch auch in weiteren Punkten ist die Kommune im Vergleich zum gesamten Land bemerkenswert. Düsseldorf verzeichnet einen positiven natürlichen Bevölkerungssaldo, hat eine relativ junge Bevölkerung und einen erhöhten Ausländeranteil. Zudem wächst die Stadt deutlich, wie Tabelle 8 zu entnehmen ist.

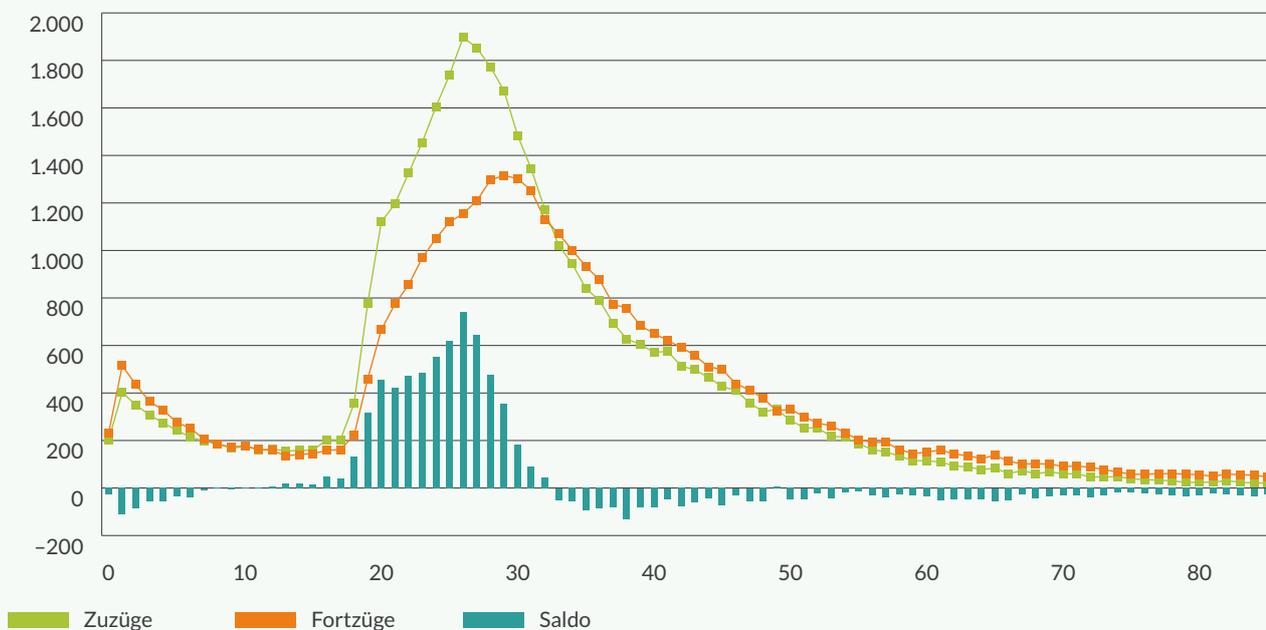
**TABELLE 8 Deskriptive Indikatoren Düsseldorf**

	Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung (%)	15,8	16,7
Anteil der ab 65-Jährigen an der Bevölkerung (%)	19,5	20,7
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030 (%)	3,8	-2,7
Medianalter	42,8	45,6
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner	0,6	-2,3
SGB-II-Quote (%)	12,6	11,7
Ausländeranteil (%)	19,2	12,4

Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 14 zeigt das Wanderungsprofil Düsseldorf.

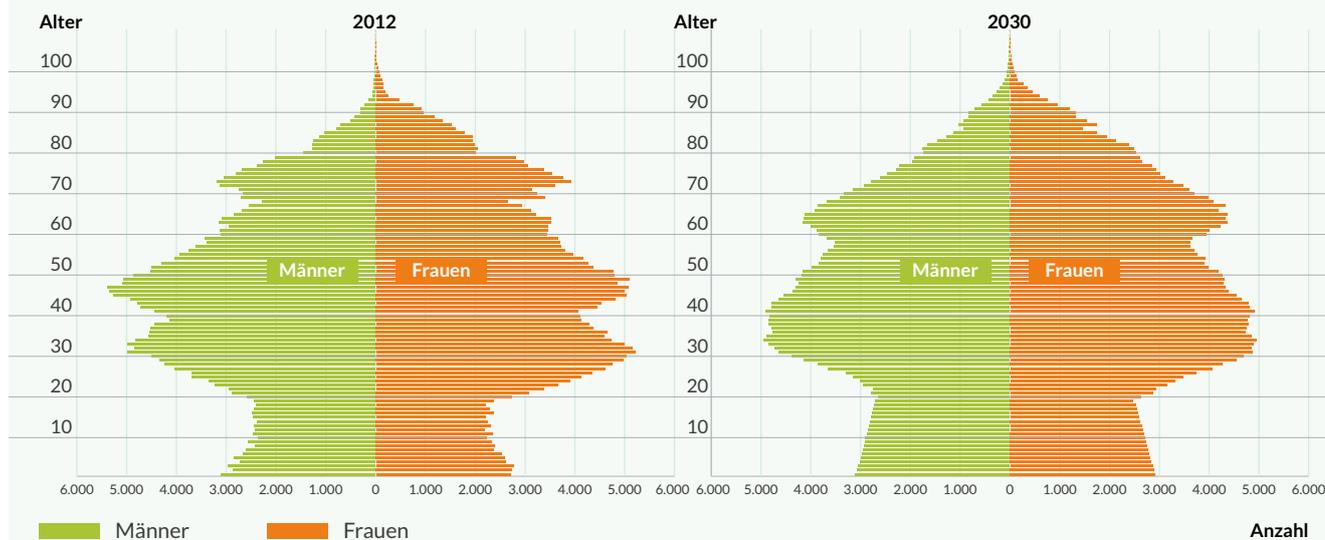
ABBILDUNG 14 Wanderungsprofil Düsseldorf 2009–2012



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 15 Demographischer Wandel in Düsseldorf



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

Zu erkennen ist, dass die Stadt vor allem junge Menschen anzieht, die später die Stadt nicht in gleicher Zahl verlassen. Offenbar können Studentinnen, Studenten und Auszubildende in der Rhein-Metropole ein Auskommen finden. Bemerkenswert ist allerdings der negative Wanderungssaldo im ersten Lebensjahrzehnt. Familien scheinen die Stadt zu verlassen, was eventuell mit höheren Mieten im Vergleich zum Umland zusammenhängt. Die Stadtpolitik ist demnach herausgefordert, Familien in der Kommune halten zu können. Bezogen auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung kann Düsseldorf mit einer relativ stabilen Entwicklung, auch hinsichtlich des aktuellen Altersaufbaus, rechnen, wie Abbildung 15 zeigt.

Die nachfolgende Darstellung der Ziele und Maßnahmen der einzelnen Handlungsfelder des Audits Familiengerechte Kommune wurde dem Jahresbericht von Dezember 2016 entnommen. Die dort festgeschriebenen Hauptzielsetzungen für das Bilanzierungsaudit sind:

- Herausstellung der Attraktivität der Landeshauptstadt Düsseldorf als Lebens- und Arbeitsort
- Betonung der Standortqualität für Unternehmen
- Stärkung von Familienkompetenzen
- Verstärkung der Prävention und Integration mit einem in die Zukunft gerichteten Blick
- Weiterentwicklung und Qualifizierung verlässlicher Kooperationen, um wachsenden Herausforderungen gewachsen zu sein
- Die sozialräumliche Betrachtung aus Sicht des öffentlichen Kinder- und Jugendhilfeträgers soll mithilfe von Sozialraumreports erfolgen. Dabei sollen die jeweiligen Bedingungen in den einzelnen Stadtteilen und Stadtbezirken bei den Infrastruktur- und Jugendhilfemaßnahmen berücksichtigt werden.

Mit der Verfolgung dieser Ziele soll die familien-gerechte Ausrichtung der Stadt als Querschnittsthema fortgeschrieben werden.

#### HANDLUNGSFELD 1

##### Steuerung, Vernetzung und Nachhaltigkeit – „Familiengerechtigkeit als gemeinsames Ziel“

Im übergeordneten Handlungsfeld wurde ein nachhaltiges Marketing für die familiengerechte Kommune entwickelt. Über eine Internetseite der Stadt Düsseldorf wird seit 2016 mit benutzerorientiertem Design und Aufbau über familienrelevante Themen für Bürgerinnen und Bürger transparent informiert. Ebenfalls steht Eltern eine aktualisierte Informationsbroschüre zur Verfügung, die in vier verschiedenen Teilen, je nach Alter der Kinder, über alle familienrelevanten Themen und Angebote in Düsseldorf informiert.

Das Angebot des Elternbesuchsdienstes wird stadtweit beworben und soll durch Besuche bei Neubürgerinnen und Neubürgern und ihren Kindern zu deren Integration beitragen. Ebenfalls werden von Ehrenamtlichen der Stadtteiltreffs Rundgänge durch die Stadt(-bezirke) und Infoabende für Neubürgerinnen und Neubürger angeboten, um die Stadt und ihre Angebote kennenzulernen.

Ein Stadtteilkompass in Form einer Informationsbroschüre für Kinder, Eltern sowie Seniorinnen und Senioren wurde bereits in einem Stadtteil entwickelt und steht gedruckt sowie zum Download in sechs Sprachen zur Verfügung. Dieses Angebot soll ausgeweitet werden, sodass auch in anderen Stadtteilen über Angebote und Ansprechpersonen in den verschiedenen Anlaufstellen für Familien in dieser Form informiert wird.

#### HANDLUNGSFELD 2

##### Familie und Arbeitswelt, Betreuung – „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Im zweiten Handlungsfeld wurde das Ziel der verlässlichen Planbarkeit der Betreuung eines Kindes zur Absicherung einer Arbeitsaufnahme erreicht. Es wurde dazu ein Informationssystem zur

Tagespflege installiert, das noch weiter ausgebaut werden soll, bis alle Betreuungsstandorte eingepflegt sind.

Auch die Funktion des Kita-Navigators wird fortlaufend reflektiert und kundenorientiert angepasst. Eine zusätzliche Maßnahme ist die Zusage der Betreuung der Kinder der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durch die Inbetriebnahme von drei Betriebskindertagesstätten, die Ausweitung des Kindertagespflegeangebots und Möglichkeiten der Anschlussbetreuung ergänzend zu den Regelzeiten abgeschlossen wurde.

Darüber hinaus werden (berufstätige) Alleinerziehende, Eltern in Ausbildung und SGB-II-/SGB-III-Bezieherinnen und Bezieher bei der Kinderbetreuung vorrangig beachtet. Dabei sorgt eine Kooperation zwischen Jobcenter und i-Punkt Familie für kurze Wege. Eine zukunftsorientierte Personalpolitik zu fördern und die Unterstützung und Motivierung von Firmen, betriebliche Betreuungsplätze zu schaffen, sind weitere Maßnahmen, die fortlaufend umgesetzt werden.

Ebenso werden bedarfsdeckende Betreuungs- und Freizeitangebote für Schülerinnen und Schüler ab der fünften Klasse vorgehalten, des Weiteren wurde die Gestaltung des Übergangs von der Grundschule in die weiterführende Schule vereinbart.

### HANDLUNGSFELD 3 Bildung und Erziehung – „Bildungschancen“

Die Berücksichtigung der Belange von Kindern, Jugendlichen und Eltern mit Migrationshintergrund bei Angeboten in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendhilfe wurde als eines der Ziele im dritten Handlungsfeld festgeschrieben. Innerhalb der Bundesprogramme „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ sowie dem Nachfolgerprogramm „Frühe Chancen: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ wurden die bilingualen Angebote in Kindertagesstätten und Schulen als Zusatzangebote zur Förderung der Integration erweitert und die Sprachangebote

in Bezug auf die Bevölkerung in Düsseldorf fortlaufend differenziert.

Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der Bildungschancen durch passgenaue Schulwahl beim Wechsel von der Grundschule auf die weiterführende Schule, sodass die Zahl von Schulwechslerrinnen und -wechslern nach der sechsten Klasse zurückgeht. Zu diesem Zwecke wurden eine aktuelle Präsentation der weiterführenden Schulen und ergänzender Angebote in Düsseldorf erarbeitet sowie Informationsveranstaltungen geplant und durchgeführt. Außerdem wurden Schulen zu inklusiven Schulen entwickelt, die jedes Kind individuell fördern und so das gemeinsame Lernen steigern.

Dass dieses Ziels erreicht wurde, lässt sich anhand deutlich steigender Zahlen der Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung in den einzelnen allgemeinbildenden Schulen zeigen. Hierzu beigetragen hat, dass ein Angebot zur Information, Beratung und prozessorientierten Schulentwicklungsbegleitung aufgebaut und Unterstützungsangebote zur Inklusion entwickelt und gebündelt wurden.

Darüber hinaus sollen Schülerinnen und Schüler gleiche Berufsbildungschancen im Rahmen einer ausgewogenen und umfangreichen Berufswahlorientierung, unabhängig von ihrer Schulform und dem angestrebten Schulabschluss, erhalten. Damit sollen die Passgenauigkeit im Übergang Schule – Ausbildung und Schule – Hochschule erhöht und gleichsam die Warteschleifen für die Schülerinnen und Schüler reduziert werden. Das Ziel wird im Rahmen der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) bearbeitet.

Eine individuelle Entwicklungsplanung wurde bereits als Grundelement bei der Berufswahlvorbereitung an allen Haupt- und Förderschulen implementiert, ebenso wurden eine Praktikumsbörse als Internetportal mit Zugriffsmöglichkeiten für alle Düsseldorfer Schulen eingerichtet und fest terminierte Berufsorientierungstage für alle Düsseldorfer Schulformen etabliert.

**HANDLUNGSFELD 4**

**Beratung und Unterstützung – „Stärkung von Familienkompetenzen“**

Innerhalb des vierten Handlungsfeldes wurden Förderangebote verstärkt. Dabei wurden verlässliche Kooperationen von Erziehungsberatungsstellen und Familienbildungsträgern zu Tageseinrichtungen und Schulen weiterentwickelt und qualifiziert, um so Förderangebote zu ermöglichen.

**HANDLUNGSFELD 5**

**Wohnumfeld und Lebensqualität – „Familiengerechte Infrastruktur“**

Ziel des fünften Handlungsfeldes ist es, attraktive sowie familien- und altersgerechte Wohn- und Lebensbedingungen zu bezahlbaren Konditionen zu schaffen, damit junge Familien in Düsseldorf wohnen wollen und sich neue Familien ansiedeln. Im maßgeblichen Konzept „Zukunft Wohnen. Düsseldorf“ wurde der Anteil des preisgebundenen Wohnungsbaus neu festgelegt. Damit sollen auch Düsseldorfer Stadtteile gestärkt werden, die bisher nicht gleichermaßen von der positiven Entwicklung der innerstädtischen Stadtteile profitieren konnten. Das Quartiersmanagement läuft im Rahmen des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“. Auch im Zuge des Stadtentwicklungskonzeptes STEK 2025+ mit dem Leitbild „Mehr Leben. Mehr Stadt. Für alle“, wird ein Stadtteil zukunftsfähig gestaltet. Zudem wurden Maßnahmen im Rahmen der Initiative „Kein Kind zurücklassen!“ neu entwickelt und eine kommunale Präventionskette mit den Kernthemen Gesundheit und Bildung aufgebaut.

**HANDLUNGSFELD 6**

**Senioren und Generationen – „Miteinander der Generationen“**

Die Wahrnehmung und Nutzung der vielfältigen Angebote der „zentren plus“ als Treffpunkte für ältere Menschen im Stadtgebiet sind das dauerhafte Ziel des sechsten Handlungsfeldes in Düsseldorf. Die Seniorenhilfe des Jugendamtes wurde nach einer Organisationsentwicklung strategisch

neu aufgestellt, wobei die Kooperation mit den „zentren plus“ nochmals gestärkt wurde.

Das Aufgabenspektrum wird zudem vor dem Hintergrund geänderter Anforderungen überprüft und angepasst und die Vernetzung der in der Seniorenarbeit tätigen Beratungskräfte mit dem Verbund Schuldnerberatungsstellen weiterentwickelt. Als Ergebnis wurde ein Flyer mit Informationen zum Angebot der Schuldnerberatungsstelle an Vielzahl Anbieter und Träger der Seniorenhilfe versendet.

**6.2.5 Gladbeck**

Die Ruhrgebietskommune gehört dem Landkreis Recklinghausen an und ist, wie die Mehrzahl der nördlichen Kommunen an Ruhr und Emscher, vom Strukturwandel geprägt. Im Vergleich zum Land sind vor allem ein erhöhter natürlicher Bevölkerungssaldo und eine deutlich erhöhte Armutsquote hervorzuheben, die durch den bereits angesprochenen Strukturwandel bedingt ist. Allerdings ist der Schrumpfungsprozess der Kommune nicht so deutlich wie der des Landesdurchschnitts (Tabelle 9).

**TABELLE 9 Deskriptive Indikatoren Gladbeck**

	Gladbeck	Nordrhein-Westfalen
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung (%)	17,7	16,7
Anteil der ab 65-Jährigen an der Bevölkerung (%)	21,4	20,7
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030 (%)	-1,8	-2,7
Medianalter	46,0	45,6
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner	-4,3	-2,3
SGB-II-Quote (%)	19,7	11,7
Ausländeranteil (%)	13,8	12,4

Quelle: eigene Darstellung

Die geringe Schrumpfung der Kommune, trotz teils problematischer Rahmenbedingungen, weist bereits darauf hin, dass sie Wanderungsgewinne verzeichnen muss, da der natürliche Bevölkerungssaldo negativ ausfällt. Abbildung 16 zeigt das Wanderungsprofil der Kommune.

Zu erkennen ist, dass nahezu alle Altersgruppen, mit Ausnahme derjenigen, die eine Ausbildung oder ein Studium aufnehmen, in die Stadt hinziehen oder zumindest nicht fortziehen. Offenbar gelingt es der Stadtpolitik, dass die Kommune für Familien ein attraktiver Wohnort ist. Das bedeutet aber auch, dass sie eine entsprechende Infrastruktur vorhalten muss, welche den Bedürfnissen der Familien auch gerecht wird.

Ihre Attraktivität für Familien führt auch dazu, dass die Stadt nur im geringeren Maße Altersverschiebungen in der demographischen Entwicklung zu erwarten hat, wie Abbildung 17 zeigt. Zwar steigt der Anteil der Hochbetagten, doch zugleich ist auch zu erwarten, dass auch in Zukunft Familien mit Kindern in Gladbeck in ähnlicher Anzahl leben wie heute.

Die fünf Hauptzielsetzungen, die in der Zielvereinbarung zum Bilanzierungsaudit von September 2014 in Gladbeck festgeschrieben wurden, sind:

- Bilanzierung im Hinblick auf die Umsetzungserfolge des vorherigen Zielpapiers und Analyse der Ergebnisse im Hinblick auf zukünftige Schwerpunktsetzungen
- konsequente Weiterentwicklung und Stabilisierung begonnener Prozesse und geschaffener Strukturen
- Synergien durch Bündelung verschiedener Projekte und Handlungsstränge im Themenfeld „Generationengerechtigkeit“, insbesondere durch die nachhaltige Verankerung der Ergebnisse aus dem Projekt „Kein Kind zurücklassen!“ sowie den Tätigkeitsbereichen im Rahmen des „Bündnisses für Familie – Erziehung, Bildung, Zukunft“, wozu vor allem die kritische Betrachtung von bestehenden An-

geboten für Kinder, Jugendliche und Familie gehört, um durch bedarfsgerechte Umstrukturierung bestehende Ressourcen neu bzw. gezielter einzusetzen

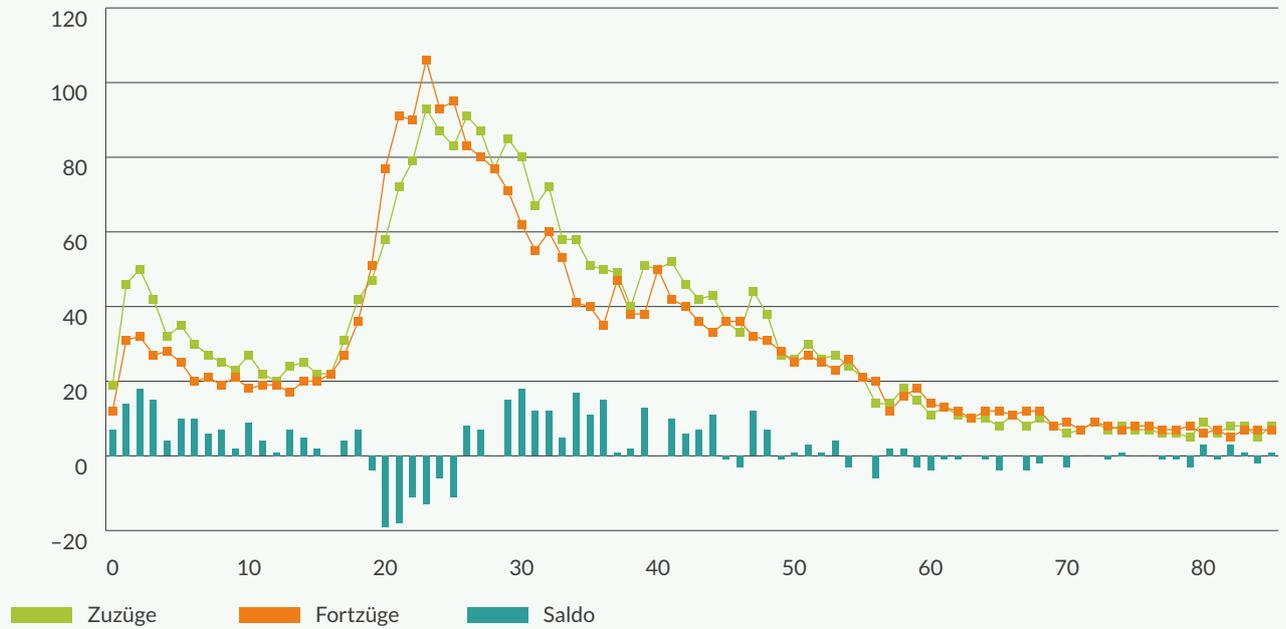
- Schließen von Lücken aus dem ersten Zertifizierungsprozess, wie die Einbindung der Gladbecker Wirtschaft zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- familiengerechte Profilentwicklung und aktive Öffentlichkeitsarbeit durch ein leistungsstarkes Kommunikationskonzept, damit die Aktivitäten zur Förderung von Familien in Gladbeck in der Öffentlichkeit sichtbar bleiben und institutionenübergreifend wahrgenommen werden

#### HANDLUNGSFELD 1 Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit

Im übergeordneten Handlungsfeld wird das Ziel gesetzt, aktuelle Sozial- und Demographiedaten zur Grundlage aller familienpolitischen Entscheidungen zu nehmen. Als Voraussetzung dafür sollen diese gebündelt vorliegen und allen Ämtern des Dezernats IV und des Amtes für Wahlen und Statistik zugänglich sein. Dafür soll das Datenerfassungs- und Datenaufbereitungsprogramm „Kommunale Entwicklung – Chance zur Kooperation“ (KECK) im Rahmen des Landesprogramms installiert werden, worüber alle relevanten Sozialdaten sowie die demographischen Daten der Stadt Gladbeck erfasst, zur Verfügung gestellt und als Grundlage familienpolitischer Entscheidungen genutzt werden sollen.

Zudem soll ein Arbeitskreis „Integrierte Sozialplanung“ gegründet werden, um partnerschaftliche Zusammenarbeit zu kommunalpolitisch relevanten Themen anzuregen. Ein weiteres Ziel ist, in einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe ein familiengerechtes Leitbild für Gladbeck zu erstellen, das als Grundlage der familienpolitischen Aktivitäten und als Kommunikationsbasis der Familiengerechtigkeit in Gladbeck dienen soll. Dabei soll das Leitbild der Arbeitsgruppe (AG) „Jugend und Soziales“ und das künftige „Gladbecker Ver-

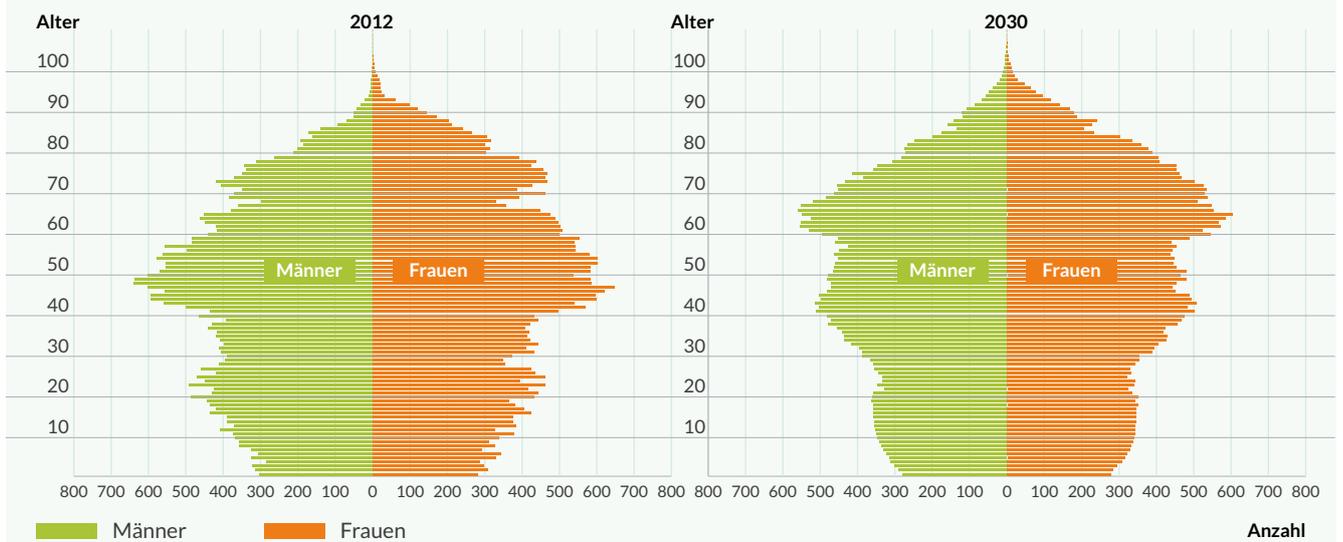
ABBILDUNG 16 Wanderungsprofil Gladbeck 2009–2012



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 17 Demographischer Wandel in Gladbeck



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

sprechen“ (Produkt des Projekts „Kein Kind zurücklassen!“) berücksichtigt werden.

Zudem wurde sich zum Ziel gesetzt, dass die Sozial- und Stadtplanung auf Grundlage des Leitbildes Prüffaktoren für eine „familiengerechte Planung“ entwickelt und anwendet. Ein Kommunikationskonzept für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit für die familiengerechte Entwicklung der Stadt Gladbeck wird erstellt. In Abstimmung mit dem Amt für Wirtschaftsförderung und Kommunikation soll das Amt für Jugend und Familie dafür ein Rahmenkonzept erstellen, sodass die kontinuierliche Arbeit für Familien einen wiederkehrenden Platz in der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt erhält.

Zudem ist die Ausweitung eines Integrationskonzeptes auf mehrere Stadtteile zum Ziel gesetzt, dessen Moderation zum entwicklungsprofilgenauen Integrationskonzept das Büro für interkulturelle Arbeit übernehmen soll.

## HANDLUNGSFELD 2 Familie und Arbeitswelt, Betreuung

Im zweiten Handlungsfeld soll ein Arbeitgebernetzwerk aus mindestens fünf interessierten Betrieben mit konkreten Zielen zur Förderung der lebensphasenorientierten Vereinbarkeit von Familie und Beruf initiiert werden. Darin sollen sich die Gladbecker Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie die Verwaltung der Stadt zu einem kontinuierlichen Prozess zur Verbesserung der lebensphasenorientierten Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den jeweiligen betrieblichen Abläufen verabreden. Zwei Treffen fanden bereits vor der Erstellung der Zielvereinbarung statt und wurden durch die Verwaltung moderiert und jeweils durch ein Fachreferat begleitet.

Eine Fortbildungsreihe zum Thema Lebensphasenorientierte Personalplanung und die Überreichung einer Pflegebox sowie eines Informationssets zum Thema Pflege von Angehörigen an Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind Ideen für das Arbeitgebernetzwerk. Ein weiteres Ziel ist die Sensibilisierung Gladbecker Betriebe für eine ver-

stärkte Förderung von jungen Familien in der Erwerbstätigkeit, wofür ein Ausbildungskreis vom Jobcenter initiiert werden soll, um entsprechende Stellen in den Gladbecker Betrieben einzurichten.

Ein anderes Ziel dieses Handlungsfeldes betrifft den Ausbau des offenen Ganztagsangebots in den Grundschulen und weiterführenden Schulen anhand der Ergebnisse einer aktuellen Bedarfsermittlung, der von einem entsprechenden Qualitätszirkel eingerichtet und begleitet werden soll. In die Kooperation des Qualitätszirkels wurden bereits freie Träger der Jugendhilfe, verschiedene Sportvereine, die Musikschule und andere Partnerinnen und Partner einbezogen.

Des Weiteren wird die Sicherstellung einer durchgängigen Ferienbetreuung im Bereich der Kindertagesstätten und der Offenen Ganztagsgrundschulen angestrebt. Dafür sollen die Einrichtungen und die Träger der Jugendhilfe ihre Ferienangebote bedarfsgerecht für die Familien abstimmen und das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren weiter ausbauen.

## HANDLUNGSFELD 3 Bildung und Erziehung

Ein Ziel des dritten Handlungsfeldes ist die Erstellung einer Bildungsvereinbarung mit klar formulierten Qualitätskriterien zur „kindergerechten“ Gestaltung der Übergänge zwischen dem Bereich des Kinderbildungsgesetzes (Kibiz), den Grundschulen und den weiterführenden Schulen, wobei die Sprachförderung einen Schwerpunkt darstellen soll. Die Einrichtung eines Qualitätszirkels „Übergänge von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen“, in dem ein Maßnahmenkatalog erarbeitet werden soll, wird als Maßnahme dafür umgesetzt.

Das zweite Ziel dieses Handlungsfeldes ist die gemeinsame Weiterentwicklung des Programms „Körperliche Bewegung und Gesundheitserziehung“ durch Vertreterinnen und Vertreter aus Kindertagesstätten und Grundschulen. Das Maßnahmenpaket soll auch Eltern bei der Entwicklungsförderung ihrer Kinder aktivieren und unterstützen.

#### HANDLUNGSFELD 4

##### Beratung und Unterstützung

Ein aktuelles Internetportal, welches über die vielfältigen familienunterstützenden Angebote der örtlichen Träger und Institutionen informiert, soll entwickelt werden, damit die Gladbecker Familien einen gut erreichbaren Zugang zu allen familienunterstützenden Angeboten haben. Dafür sollen die freien Träger der Jugendhilfe, die Ämter der Stadt Gladbeck und andere Anbieter von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Familien ihre Leistungen untereinander abstimmen und den Familien entsprechende Informationen leicht zugänglich zur Verfügung stellen.

#### HANDLUNGSFELD 5

##### Wohnumfeld und Lebensqualität

Im fünften Handlungsfeld soll ein „Bündnis für Wohnen“ eingerichtet werden, an dem sich mehrere Ämter der Stadtverwaltung und maßgebliche Wohnungsmarktakteurinnen und -akteure sowie die ortsansässigen Wohlfahrtsverbände beteiligen. Gemeinsam sollen sie eine Grundlage für eine gemeinwohlorientierte Wohnbauentwicklung, der eine ausgewogene, nachhaltige Quartiersentwicklung zugrunde liegt, schaffen. Ein „Runder Tisch Wohnen“ soll sich dafür zweimal jährlich zusammenfinden und Regeln für die Zusammenarbeit vereinbaren. Wohnungspolitische Ziele sollen unter Mitwirkung der Politik entwickelt, fortgeschrieben und kontrolliert werden.

#### HANDLUNGSFELD 6

##### Senioren und Generationen

Das Ziel des sechsten Handlungsfeldes ist es, Handlungsempfehlungen des Behindertenberichtes konsequent zu bearbeiten und umzusetzen, sodass eine inklusive Gesellschaft in Gladbeck entsteht, in der jeder und jedem Einzelnen mit Fairness, Offenheit und Respekt begegnet wird. Das Leben für die Menschen aller Bevölkerungsgruppen in der Stadt soll so attraktiv und interessant gestaltet werden, dass sie dort gerne leben und sich auch durch bürgerschaftliches Engagement in das Miteinander der Generationen einbringen.

Dafür wird eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Seniorenbeirat, dem Behindertenbeirat und dem Jugendrat angestrebt, in der Ziele, Zweck und Form der Zusammenarbeit festzulegen sind, damit die Interessen der von ihnen vertretenen Menschen noch besser Gehör finden und entsprechend berücksichtigt werden können. Darüber hinaus wurde bereits vor der Erstellung der Zielvereinbarung eine Steuerungsgruppe „Teilhabe“ unter der Projektleitung des Ersten Beigeordneten und Sozialdezernenten der Stadt eingerichtet, der mehrere Amtsleitungen des Sozialdezernats angehören.

Diese Steuerungsgruppe wird vom Arbeitskreis „Teilhabe“ und der Projektgruppe „Teilhabe“ bei der Koordination, Prüfung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Behindertenberichtes unterstützt, sodass eine Wirkungsanalyse nachvollziehbar und überprüfbar möglich wird.

#### HANDLUNGSFELD 7 Prävention

Die Weiterentwicklung und regelmäßige Fortführung der bedarfsgerechten Präventionskette zur Unterstützung und Förderung von Familien mit Kindern von der Schwangerschaft bis ins junge Erwachsenenalter, von Jugendlichen und von jungen Erwachsenen ist Ziel des siebten Handlungsfeldes. Der verwaltungsinterne Arbeitskreis „Integrierte Sozialplanung“ soll durch intersektorale Bündelung von Sozialdaten eine evidenzbasierte Steuerung von Präventionsangeboten ermöglichen und dabei alle vorhandenen Angebote und Leistungen unterschiedlicher Träger berücksichtigen.

Zur Erreichung dieses Ziels ist eine verstärkte sozialräumliche Netzwerkarbeit gefordert. Das Handlungsfeld wird in der empirischen Analyse in den Kapiteln 7 bis 10 nicht mit einbezogen, um eine Vergleichbarkeit zwischen den Kommunen zu gewährleisten.

#### 6.2.6 Görlitz

Die ostsächsische Stadt Görlitz gehört dem gleichnamigen Landkreis an. Es ist eine Grenzstadt, die mit der polnischen Stadt Zgorzelec zusam-

menhängt. Die Strukturschwäche der Kommune wirkt sich trotz der ansässigen Hochschule Zittau/Görlitz deutlich auf die Sozialstruktur der Kommune aus. So ist die Armutsquote nahezu doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt, durch die Grenznähe und die Hochschule ist der Ausländeranteil ebenfalls doppelt so hoch wie im gesamten Freistaat.

TABELLE 10 Deskriptive Indikatoren Görlitz

	Görlitz	Sachsen
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung (%)	15,5	15,3
Anteil der ab 65-Jährigen an der Bevölkerung (%)	28,1	25,6
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030 (%)	-10,3	-5,9
Medianalter	49,8	48,8
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner	-6,0	-4,1
SGB-II-Quote (%)	20,1	10,7
Ausländeranteil (%)	9,2	4,2
Quelle: eigene Darstellung		

Abbildung 18 zeigt das Wanderungsprofil der Kommune.

Deutlich zu erkennen ist, dass die Stadt bei nahezu allen Altersgruppen, mit Ausnahme Älterer, Wanderungsverluste verzeichnet. Die Kommune kann diesen Trend kaum aufhalten, aber gestalten. Dafür werden in Görlitz innovative Ansätze implementiert, wie beispielsweise das Projekt „Probewohnen“<sup>3</sup> zeigt. Ähnliche Ansätze finden sich bei der Ansprache älterer Bewohner. Das jetzt bereits relativ hohe Medianalter der Kommune führt auch dazu, dass die Stadt in den kommenden Jahren deutlich schrumpfen und noch weiter altern wird, wie Abbildung 19 verdeutlicht.

<sup>3</sup> <http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/gorlitz-wohnen-auf-probe>; Download 16.8.2018.

Die folgende zusammenfassende Darstellung der Ziele und Maßnahmen in Görlitz ist dem Jahresbericht von Januar 2016 entnommen. Dort wurden die Erarbeitung eines gemeinsamen familienpolitischen Gesamtkonzeptes, die Vernetzung der familienpolitischen Akteurinnen und Akteure der Stadt und die Herstellung von Transparenz über die Aktivitäten in den zentralen familienpolitischen Handlungsfeldern als Hauptziele formuliert. Zudem soll die Beteiligung von Familien weitergeführt und intensiviert werden, weshalb eine enge Schnittstelle zum Beteiligungsprojekt der Stadt gesehen wird. Dieses möchte Bürgerinnen und Bürger über die wichtigsten Projekte und Entscheidungen der Stadt Görlitz informieren sowie ihnen die Möglichkeit geben, sich aktiv an politischen Entscheidungen zu beteiligen, sodass sie bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitwirken können.

#### HANDLUNGSFELD 1

##### Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit – „Familiengerechtigkeit als gemeinsames Ziel“

Ein familienpolitisches Konzept auf der Basis des Audits Familiengerechte Kommune, welches aus der Praxis, im Dialog mit den familienpolitischen Akteurinnen und Akteuren weiterentwickelt wird, ist das Ziel des übergeordneten Handlungsfeldes. Das familienpolitische Konzept soll einen Orientierungsrahmen für Entscheidungen über familienrelevante Themen bilden und sich die Ergebnisse des Audits nutzbar machen.

Ein weiteres Ziel ist es, familienpolitische Akteurinnen und Akteure zu vernetzen, sodass sie themenorientiert zusammenarbeiten und eine Transparenz über Familienthemen und Angebote für Familien gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern herstellen. Dafür wurde die Stärkung des Bündnisses für Familien als Kommunikations- und Netzwerkplattform gefördert und ein zentrales Familienbüro als Anlaufstelle für die Anliegen von Familien eingerichtet.

Es herrscht bereits eine enge Vernetzung zwischen der Anlaufstelle und unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren aus Verwaltung, Wirtschaft und

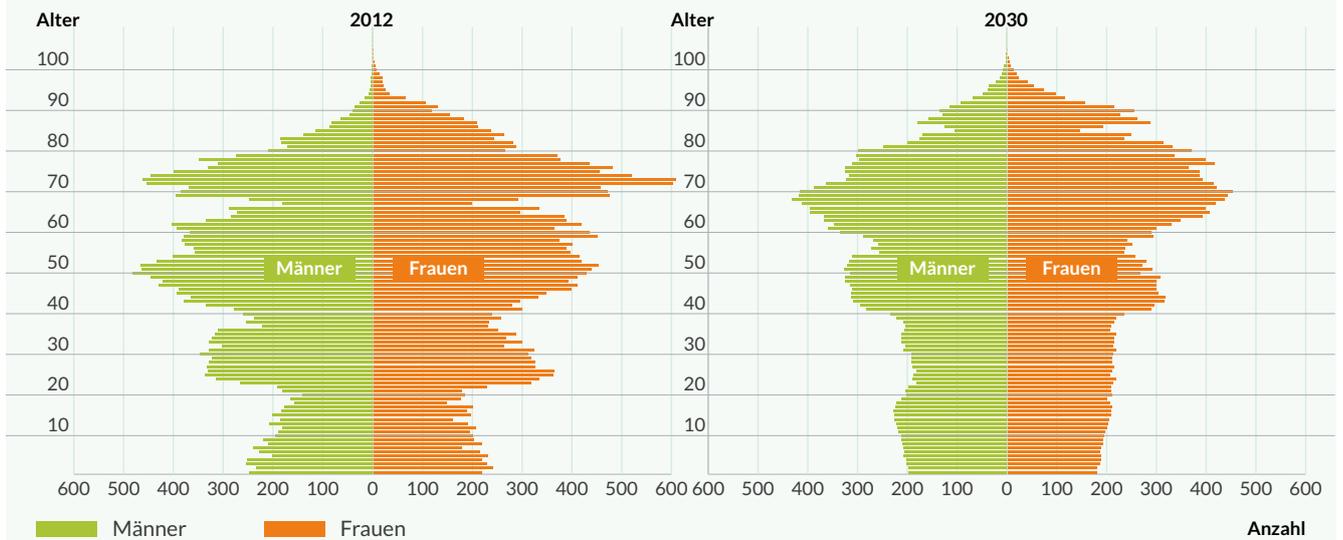
ABBILDUNG 18 Wanderungsprofil Görlitz 2009–2012



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 19 Demographischer Wandel in Görlitz



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

Politik, die auch weiterhin ausgebaut werden soll. Darüber entsteht ein Informationsaustausch, so dass zeitnah, unkompliziert und autorisiert Familien informiert werden können.

Das Ziel, aktuelle familienbezogene Daten als Instrument der Wirkungskontrolle und Steuerung lokaler Familienpolitik für die Weiterentwicklung der lokalen Familienpolitik in der Stadt zu nutzen, wurde bisher noch nicht erreicht. Der erste Familienbericht ist noch nicht erstellt worden, es wird aber weiterhin über den Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen nachgedacht.

Zum Teil wurde hingegen das Ziel einer verbindlichen und kontinuierlichen Beteiligung von Familien als zentraler Baustein der städtischen Familienpolitik erreicht. Durch die aktive Beteiligung der Familien soll auch weiterhin eine Vertrauenskultur entstehen, was eine zentrale Schnittstelle zum Beteiligungsprojekt der Stadt Görlitz bilden soll.

Dafür wurden zielgruppenspezifische Beteiligungsformate für Familien und quartiersbezogene Diskussionen mit der Zielgruppe Familie über Möglichkeiten kontinuierlicher Beteiligung gemeinsam mit dem Verein „Görlitz für Familie e. V.“ entwickelt, in einer Satzung zur Bürgerbeteiligung verabschiedet und bereits teilweise durchgeführt. Für die Umsetzung wurde eigens eine Stabstelle Bürgerbeteiligung in der Stadtverwaltung eingerichtet.

### HANDLUNGSFELD 2 Familie und Arbeitswelt, Betreuung – „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Das erste von drei Zielen des zweiten Handlungsfeldes ist, dass die Arbeitgeberin Stadt Görlitz und dabei insbesondere die Stadtverwaltung zum Vorbild für familiengerechte Arbeitsbedingungen werden möchte. Der Stadtrat soll beispielsweise für familiengerechte Arbeitsbedingungen sensibilisiert werden.

Eine verwaltungsinterne Umfrage oder die Durchführung einiger Workshops zur Familiengerech-

tigkeit mit dem Ziel, konkrete Maßnahmen zu entwickeln, wurden zum Zeitpunkt des Jahresberichtes noch geplant. Die Verbesserung der Familiengerechtigkeit in bürgernahen Dienstleistungs- bzw. Servicebereichen der Stadtverwaltung wurde bereits teilweise erreicht.

Die Entlastung der Situation pflegebedürftiger Angehöriger, welche das zweite Ziel darstellt, ist durch das Angebot bedarfsgerechter Unterstützungsaktivitäten teilweise umgesetzt worden. So wurde ein Schwerpunkt auf die Beratung von pflegenden Angehörigen in der Anlaufstelle für Familien gesetzt.

Das dritte Ziel dieses Handlungsfeldes ist es, die Unternehmen für Familiengerechtigkeit zu sensibilisieren. Kooperationen und Dienstleistungsangebote für Familien wurden unter Mitwirkung erster Unternehmen teilweise realisiert. Dialogveranstaltungen mit Unternehmen zu verschiedensten Themen der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wurden hingegen noch nicht durchgeführt, doch Gespräche mit einzelnen Unternehmen mit dem Ziel einer konkreten Zielvereinbarung zur Verbesserung der Familiengerechtigkeit haben bereits stattgefunden.

### HANDLUNGSFELD 3 Bildung und Erziehung – „Bildungschancen“

Eines der beiden Ziele im dritten Handlungsfeld ist, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und andere Akteurinnen und Akteure das Profil und die Stärken des Kindertagesstätten- und Schulstandortes Görlitz kennen und wahrnehmen. Dafür wurde und wird auch noch weiterhin das „LITTLE BIRD®“-Projekt (ein digitales Kita-Such- und Informationsportal) an den Kindertagesstätten ausgebaut, das nun auch mit dem Familienbüro zusammenarbeitet. Zudem wurde eine Zusammenarbeit zwischen kommunalen Kindertagesstätten und dem Familienbüro entwickelt und ausgebaut, was unter anderem Beratung, Annahme von Beschwerden und Informationsvermittlung beinhaltet.

Das zweite Ziel ist, den Bildungsstandort durch ein starkes demokratisches Miteinander zu stärken. Auch hier sind bereits Maßnahmen umgesetzt worden, wie die enge Zusammenarbeit des Jugendparlamentes, der städtischen Jugendförderung und der Elternwerkstätten des Bündnisses für Familien an kooperierenden Schulen.

#### HANDLUNGSFELD 4

##### Beratung und Unterstützung – „Stärkung von Familienkompetenzen“

Die elterlichen Erziehungs- und Beziehungskompetenzen werden bereits durch bedarfsgerechte Angebote für Familien mit Säuglingen, Kindern und Jugendlichen gestärkt und von diesen nachgefragt bzw. angenommen. Eine Übersicht der Angebote wurde im Familienbüro veröffentlicht und im geplanten Familienbericht soll eine Bestandsaufnahme mit aufgenommen werden.

Im Land Sachsen lief zur Zeit der Berichterstattung eine vom Sächsischen Ministerium für Soziales und Verbraucherschutz beauftragte Bestandsaufnahme zu den Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten. Eine Nutzung der Erhebung bzw. eine entsprechende Kooperation mit der Schnittstelle im Freistaat wird angestrebt. Auch die Überarbeitung der Homepage der Stadt Görlitz ist in der Zielsetzung mit inbegriffen.

Ein weiteres Ziel ist die Kommunikation und Kooperation mit dem Landkreis Görlitz, die eine zielorientierte Steuerung der Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Familien ermöglichen würde. Abstimmungsgespräche zwischen der Stadt und dem Landkreis Görlitz finden fortlaufend statt und eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis, der Sozialplanung und der Netzwerkestelle Soziales Frühwarnsystem besteht ebenfalls.

#### HANDLUNGSFELD 5

##### Wohnumfeld und Lebensqualität – „Familiengerechte Infrastruktur“

Das Ziel, attraktivere Wohn-/Umfeldbedingungen zu entwickeln, damit Familien in Görlitz bleiben wollen und sich neu ansiedeln, wurde bis zum

Zeitpunkt der Erstellung des Jahresberichtes noch nicht erreicht. Eine Konzeption zur Definition familiengerechten Wohnens sollte mit der Wohnungsbaugenossenschaft Görlitz eG (WGG) und ggf. weiteren Vermieterinnen und Vermietern, Bürgerinnen und Bürgern und weiteren Akteurinnen und Akteuren erarbeitet werden. So sollte ein Katalog über die Vorstellungen und Bedürfnisse aus Sicht der Familien in ihrer Vielfalt erarbeitet werden.

Die Maßnahme, gezielte und angemessene Unterstützung wohnbegleitender, familiengerechter Projekte und Angebote für das Wohnen von Familien in der Innenstadt anzubieten, konnte noch nicht umgesetzt werden.

Die Analyse des subjektiven Sicherheitsempfindens der Familien in der Görlitzer Innenstadt und die Entwicklung von Maßnahmen sind teilweise umgesetzt worden. Dafür kooperieren das Familienbüro und das Stadtplanungsamt/die Verkehrsplanung, um rückgemeldetes Sicherheitsempfinden von Familien, z. B. im Verkehr, schnell in die Planung der Verwaltung einfließen lassen zu können. Auch eine Kooperation mit Ladenbesitzerinnen und -besitzern vor Ort wurde mit einem Projekt umgesetzt.

Ein weiteres Ziel wurde ebenfalls teilweise erreicht: familiengerechte, wohnbegleitende Infrastrukturangebote dienen als städteplanerische Grundlage für die Zukunftsperspektiven von Familien. Dafür wurden bereits bestehende Konzepte für die Infrastruktur auf Familiengerechtigkeit geprüft und die Beteiligung der verschiedenen Fachämter hat positiv auf das Selbstverständnis des Themas eingewirkt.

Das dritte Ziel des fünften Handlungsfeldes betrifft Jugendliche und junge Erwachsene, die sich mit der Stadt identifizieren und zur aktiven Mitgestaltung von zur Verfügung gestellten Räumen angeregt werden sollen, um zu erfahren, dass es sich lohnt, sich in Görlitz zu engagieren und einzubringen. Dafür wurde die Einrichtung eines Zentrums für Jugend- und Soziokultur beschlossen und umgesetzt.

## HANDLUNGSFELD 6 Senioren und Generationen – „Miteinander der Generationen“

Generationsübergreifende bürgerschaftliche Ressourcen sollen eingebracht werden, um Familien finanziell zu entlasten und zu unterstützen. Eine ehrenamtliche, familiennahe und generationsübergreifende Tausch- und Dienstleistungsbörse soll dazu auf Basis eines Konzeptes eingerichtet werden, um unter anderem Aufgaben der Information, Beratung und Vermittlung ehrenamtlicher, generationsübergreifender Tätigkeiten und die Organisation ehrenamtlicher Einsatzmöglichkeiten übernehmen zu können.

In diesem Kontext soll auch die Idee der „Seniorenengossenschaften“ berücksichtigt werden. Das Bündnis für Familie und die Stadtverwaltung kooperieren bei der Konzepterarbeitung zum Programm „Engagierte Stadt“, zudem wurde bereits eine Engagementbörse durch den Netzwerkverein eingerichtet. Das zweite Ziel dieses Handlungsfeldes ist es, generationsübergreifende Orte und Möglichkeiten der Begegnung zu schaffen und auszubauen, um das Miteinander der Generationen und den gegenseitigen Wissenstransfer zu fördern.

### 6.2.7 Landau in der Pfalz

Die kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz liegt im südlichen Rheinlad-Pfalz, nahe der deutsch-französischen Grenze. Sie weist eine breite wirtschaftliche Basis auf, welche von Erdölförderung bis hin zum Campus der Hochschule Koblenz-Landau reicht. Wie Tabelle 11 zeigt, weichen nur zwei Indikatoren relativ deutlich vom Landesdurchschnitt ab. Zum einen wächst die Kommune, während Rheinlad-Pfalz schrumpft, was auch mit dem vergleichsweise jungen Medianalter der Stadt zusammenhängt.

TABELLE 11 Deskriptive Indikatoren Landau in der Pfalz

	Landau	Rheinland-Pfalz
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung (%)	15,1	16,1
Anteil der ab 65-Jährigen an der Bevölkerung (%)	19,0	21,3
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030 (%)	3,3	-2,8
Medianalter	42,8	46,7
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner	-1,7	-2,8
SGB-II-Quote (%)	7,4	7,2
Ausländeranteil (%)	9,5	10,1

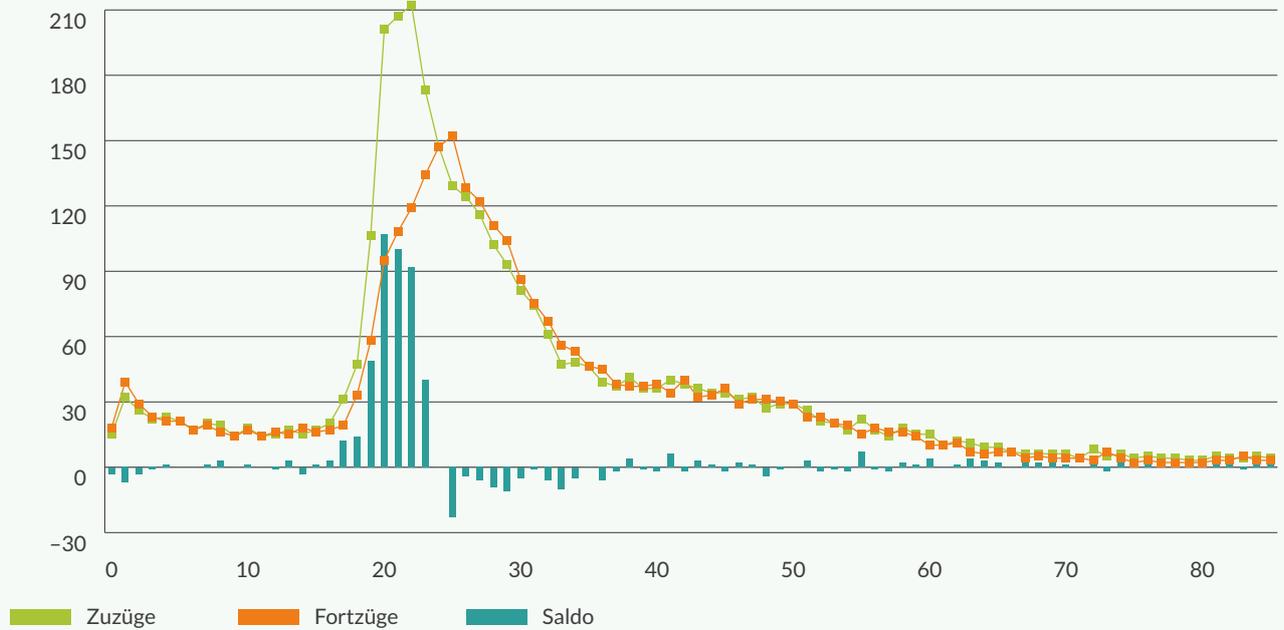
Quelle: eigene Darstellung

Das Wanderungsprofil der Kommune ist in Abbildung 20 aufgeführt.

Zu sehen ist, dass die Kommune größtenteils einen ausgeglichenen Wanderungssaldo zeichnet. Allerdings sind erhebliche Wanderungsgewinne der Altersgruppe Anfang zwanzig zu sehen, was auf Studentinnen, Studenten und Auszubildende hinweist. Für die Gestaltung familienfreundlicher Politik bedeutet dies, dass sie einerseits für flexiblen und günstigen Wohnraum Sorge tragen und zum anderen für alle Altersgruppen eine leistungsfähige Infrastruktur betreiben muss. Die Nachfrage von relativ jungen Haushalten führt auch dazu, dass Landau nicht schrumpfen wird und auch nicht so deutlich überaltert wie andere Kommunen in der Region (Abbildung 21).

Grundlage der folgenden Darstellungen der Handlungsfelder in Landau ist der Jahresbericht von Juli 2016. Die zwei in diesem festgeschriebenen Hauptziele haben sich seit der Zielvereinbarung im Januar 2014 nicht verändert: Die Verankerung der Familiengerechtigkeit als Querschnittsthema in der Verwaltung und Politik und die Zusammen-

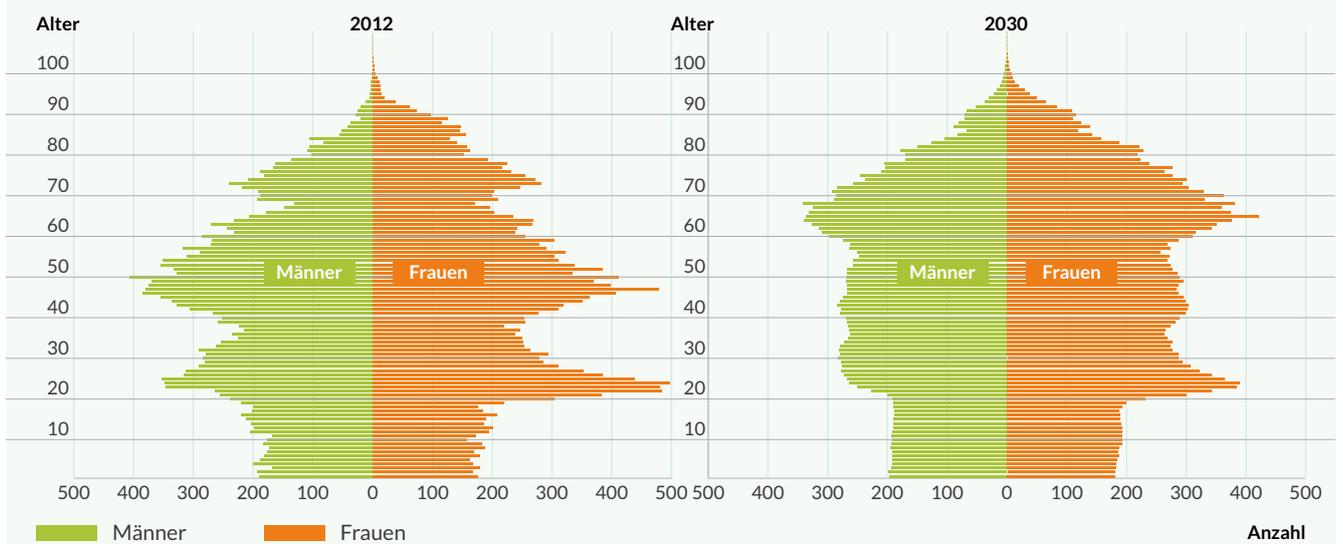
ABBILDUNG 20 Wanderungsprofil Landau in der Pfalz 2009–2012



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 21 Demographischer Wandel in Landau in der Pfalz



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

führung der Beteiligungsstrukturen in den Bereichen Integration und Inklusion zu einer interkulturellen, inklusiven und familiengerechten Kommunikations- und Steuerungsstruktur werden weiterhin angestrebt.

### HANDLUNGSFELD 1 Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit

Das Ziel, Familiengerechtigkeit in der Verwaltung als Querschnittsaufgabe so zu verankern, dass es als Qualitätskriterium in verwaltungsinternen Planungs- und Entscheidungsprozessen berücksichtigt wird, ist laut dem Jahresbericht erreicht worden. Zur Umsetzung dieses Ziels wurden eine Koordinierungsstelle „Familiengerechtigkeit“ und eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe „Familiengerechtigkeit“ eingerichtet, sodass die Fachdezernate ämterübergreifend in städtische Projekte miteinbezogen werden.

Ein weiteres Ziel war es, bestehende Beteiligungsstrukturen in den Bereichen Integration und Inklusion zu einer abgestimmten interkulturellen, inklusiven und familiengerechten Beteiligungsstruktur weiterzuentwickeln. Relevante Schlüsselakteurinnen und -akteure dieser Bereiche arbeiten gemeinsam an der Weiterentwicklung der Stadt Landau, vermeiden dadurch unnötige Doppelstrukturen und denken die Familiengerechtigkeit gewinnbringend für Inklusion und Integration mit. Zahlreiche Projekte wurden bereits in Kooperation verschiedenster Vereine, Schulen und anderer Organisationen im Hinblick auf Inklusion und Integration realisiert und umgesetzt.

Das dritte Ziel des übergeordneten Handlungsfeldes ist die Entwicklung eines ganzheitlichen, mit den verschiedenen Handlungsfeldern abgestimmten Kommunikationskonzeptes zwischen haupt- und ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren sowie mit den Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt Landau. Eine Balance zwischen neuen Medien und traditionellen Kommunikationselementen soll dabei im Blick behalten werden, um auch Menschen ohne Internetzugang weiterhin zu erreichen. In einer webbasierten Sozialplattform sollen vielfältige, bereits bestehende Netzwerke

miteinander verbunden werden. Die Umsetzung war zum Zeitpunkt des Jahresberichtes noch nicht abgeschlossen.<sup>4</sup>

### HANDLUNGSFELD 2 Familie und Arbeitswelt, Betreuung

Eines der beiden Ziele im zweiten Handlungsfeld ist es, die Vereinbarkeit von Familien und Beruf durch die Schaffung von Transparenz über wohnortnahe Angebote der Freizeitgestaltung, Betreuung und Unterstützung für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen im Quartier zu stärken. Auch dieses Ziel soll mit der Einführung der digitalen Sozialplattform erreicht werden. Ein Überblick im Internet über entsprechende Angebote durch die relevanten Schlüsselakteurinnen und -akteure aus der Jugendhilfe und der Seniorenberatung wurde zum Zeitpunkt des Jahresberichtes bereits mit dem Ziel einer Verlinkung auf dieser Sozialplattform erstellt. Das zweite Ziel betrifft die Schaffung einer qualifizierten Betreuungssituation in der Ferienzeit für Berufstätige mit Kindern oder mit pflegebedürftigen Angehörigen. Das Betreuungsangebot für die Kinder von Berufstätigen wurde bereits erweitert, die Betreuungssituation der pflegebedürftigen Angehörigen von Berufstätigen in den Ferien wurde zum Zeitpunkt der Berichtserstellung jedoch noch nicht überprüft.

### HANDLUNGSFELD 3 Bildung und Erziehung

Im dritten Handlungsfeld ist das Ziel der langfristigen Förderung eines generationsübergreifenden zivilgesellschaftlichen Engagements breiter Bevölkerungskreise teilweise erreicht worden. Dafür haben sich die vorher getrennt agierenden Netzwerke „Seniorenbüro/Ehrenamtsbörse“ und „Familienbildung“ gemeinsam beteiligt und detaillierte Ziele und Inhalte der thematischen Zusammenarbeit festgelegt. Darüber hinaus wurde ein gemeinsames Netzwerkforum mit einer Ehrenamtsbörse durchgeführt. Wenn Vernetzung und Austausch auch zwischen städtischen Einrichtungen und freien Trägern erreicht wurde, barg die große Vielfalt der Themen und Schwer-

<sup>4</sup> Unter [www.familie-landau.de](http://www.familie-landau.de) ist die Sozialplattform nun einsehbar.

punkte jedoch Schwierigkeiten. Deshalb hat die Stadt über die Zielsetzung hinaus eine Koordinationsstelle (50 Prozent) für Ehrenamtliche mit dem Schwerpunkt Flüchtlingsarbeit geschaffen.

#### HANDLUNGSFELD 4 Beratung und Unterstützung

Ratsuchende sollen nun in Landau ein niedrigschwellig angelegtes, qualifiziertes, mehrere Generationen übergreifendes, gut vernetztes Beratungs- und Unterstützungsangebot vorfinden. Mit Zunahme der Flüchtlinge haben sich die Beratungs- und Unterstützungsangebote stärker vernetzt, ihre Angebote gut miteinander abgestimmt und auch Ehrenamtliche mit eingebunden. So wurde ein Beratungsnetzwerk zur gegenseitigen Information und zur qualitativen Weiterentwicklung der Beratungsinfrastruktur insbesondere für Familien mit Kindern aufgebaut. Ebenso wurden Räumlichkeiten für diese Angebote gesucht, personell besetzt und die Bedarfspläne überprüft. Das zweite Ziel dieses Handlungsfeldes war es, Ratsuchende über unterschiedliche Informationskanäle über die Vielfalt der bestehenden Beratungsmöglichkeiten zu informieren. Dieses Ziel wurde mit der Einrichtung einer Meldestelle zur Koordination der Informationsarbeit, bei der die unterschiedlichen Beratungsanbieter ihre konkreten Themen und Inhalte installieren können, in die webbasierte Sozialplattform integriert.

#### HANDLUNGSFELD 5 Wohnumfeld und Lebensqualität

Das Ziel des fünften Handlungsfeldes war, eine gute Durchmischung der Wohnbevölkerung für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und soziale Milieus und die Bereitstellung von ausreichendem, bezahlbarem Wohnraum zu erreichen. Dieses Ziel hat eine hohe Priorität bei den kommunalpolitischen Entscheiderinnen und Entscheidern und ist deshalb direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt. Dafür wurde eine Kooperation zwischen den Akteurinnen und Akteuren der Stadtentwicklung und der privaten Wohnungswirtschaft initiiert, die darüber hinaus bereits in zahlreichen Projekten bzw. Prozessen zusammenarbeitet.

In der Initiative „Landau baut Zukunft“ wurden Maßnahmen, wie die Verabschiedung eines Wohnraumversorgungskonzeptes als auch die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft mit hälftiger städtischer Beteiligung, der aktiven Mitarbeit im landesweiten „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ und dem Modellprojekt „Kommune der Zukunft“ getroffen. Zudem wurden bestehende Stadtentwicklungs- bzw. Stadtplanungsprozesse mit Fragen der Familiengerechtigkeit, der Durchmischung und der Bezahlbarkeit verknüpft.

#### HANDLUNGSFELD 6 Senioren und Generationen

Durch die Stabilisierung primärer, sozialer Netzwerke und durch eine möglichst quartiersbezogene Versorgung werden die Teilhabechancen von älter werdenden, pflegebedürftigen Menschen aufrechterhalten. Dafür wurde die Pflegestrukturplanung an interkulturellen, inklusiven und familiengerechten Standards ausgerichtet, die Umsetzung dieses Vorhabens ist zurzeit des Jahresberichtes in Bearbeitung.

Darüber hinaus wurde beschlossen, den Datenreport vom Sozialamt und der Stadtverwaltung Landau zukünftig in Zusammenarbeit mit der Universität Koblenz-Landau zu erstellen. Auch die Erkenntnisse, welche aus dem Projekt „Gemeindeschwerster plus“ zur Vermeidung bzw. zeitlichen Hinauszögerung von Pflegebedürftigkeit im Alter gewonnen werden, sollen in die Pflegestrukturplanung mit einfließen. Des Weiteren wurde ein Demenzforum von Ehren- und Hauptamtlichen durchgeführt und eine Beratungs- und Koordinierungsstelle mit Schwerpunkt Demenzberatung eingerichtet.

Weitere Ziele dieses Handlungsfeldes sind: Stärkung des Ehrenamtes, Gewinnung von Ehrenamtlichen, Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und (quartiersbezogene) Bündelung vorhandener Ressourcen. Teilweise wurde dieses Ziel bereits erreicht. So wurden z. B. eine Veranstaltung zur Nachbarschaftshilfe durchgeführt und ein Netzwerk Ehrenamt gebildet.

### 6.2.8 Landkreis Osnabrück

Der Landkreis Osnabrück, der sich um die Universitätsstadt Osnabrück erstreckt, ist eines der Zentren des Landes Niedersachsen. Wie Tabelle 12 zeigt, ist die Mehrzahl der ausgewählten Indikatoren im Vergleich zum Landesdurchschnitt unauffällig. Einzig die relativ geringe Armutsquote spricht für eine vergleichsweise gute Finanzausstattung der Kommunen und des Landkreises.

**TABELLE 12 Deskriptive Indikatoren  
Landkreis Osnabrück**

	LK Osnabrück	Nieder- sachsen
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung (%)	18,1	16,7
Anteil der ab 65-Jährigen an der Bevölkerung (%)	20,2	21,6
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030 (%)	-2,2	-1,8
Medianalter	45,9	46,4
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner	-1,7	-2,9
SGB-II-Quote (%)	5,5	9,3
Ausländeranteil (%)	7,2	8,5
Quelle: eigene Darstellung		

Das Wanderungsprofil des Landkreises ist in Abbildung 22 aufgeführt.

Der Landkreis Osnabrück verzeichnet zu Beginn der ausbildungsgeprägten Jahrgänge eine verstärkte Abwanderung. Allerdings sind auch Wanderungsgewinne von Jahrgängen vor und nach dieser Phase zu erkennen, was auf teils starke Familienzüge hinweist. Ob dies in Wechselwirkung mit der Stadt Osnabrück steht, geht aus dem Wanderungsprofil nicht hervor, ist aber zu vermuten. Demnach ist der Landkreis bei der Gestaltung familienfreundlicher Rahmenbedingungen unter anderem gefordert, Bauland und Wohnungen für Familien bereitzustellen oder freizugeben sowie

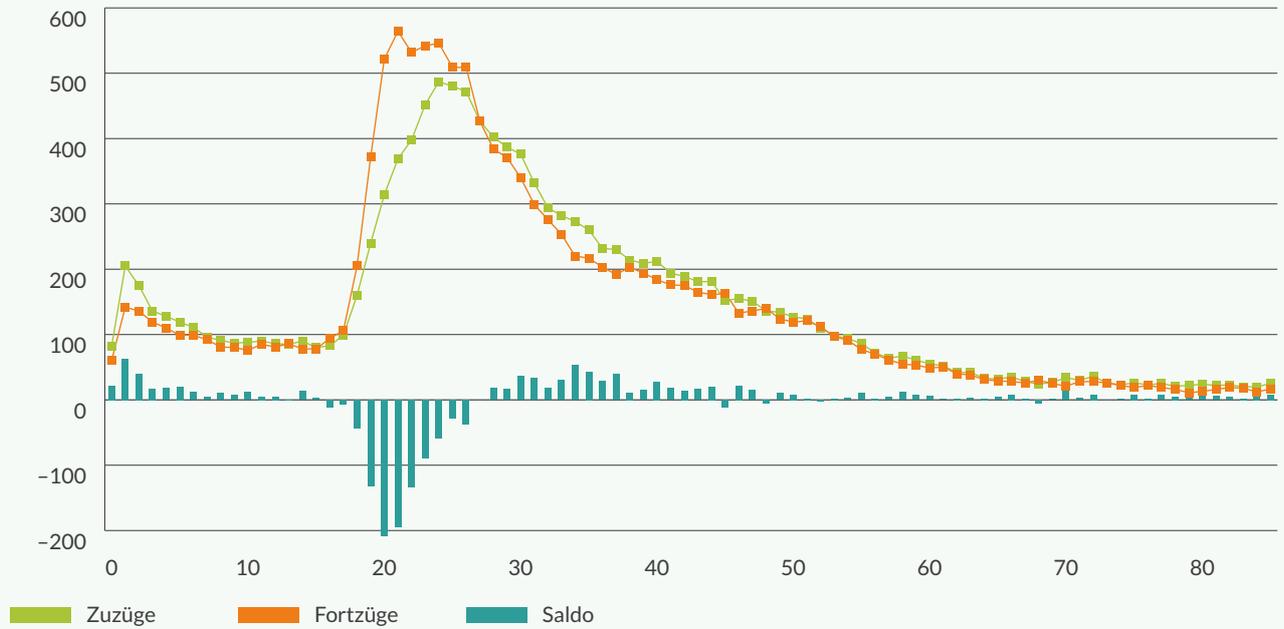
eine tragfähige Infrastruktur vorzuhalten. Dabei schrumpft der Landkreis insgesamt und der demographische Aufbau verschiebt sich zugunsten der älteren Bevölkerung, wie Abbildung 23 zeigt. Das weist darauf hin, dass es innerhalb des Landkreises ein demographisches Mosaik unterschiedlicher Dynamiken gibt. Schrumpfende und prosperierende Gemeinden werden auch in Zukunft innerhalb des Landkreises zu finden sein, sich aber noch deutlicher voneinander unterscheiden und jeweils eigene Herausforderungen aufweisen.

Für die Darstellung der vorgenommenen Ziele in den sechs Handlungsfeldern wurde im Landkreis Osnabrück auf die Zielvereinbarung von November 2016 zurückgegriffen. Die in diesem Bericht dokumentierten Hauptzielsetzungen sind grundsätzlich auf Familiengerechtigkeit ausgerichtete Handeln der Kreisverwaltung, die Unterstützung familiengerechter Rahmenbedingungen in den einzelnen Kommunen des Landkreises, der Ausbau der Familiengerechtigkeit als Standortfaktor und die Intensivierung der Wertschätzung für gegenwärtige und zukünftige Familienmodelle in Gesellschaft und Politik.

Rahmenbedingungen für unterschiedliche Lebensbedingungen von Familien sollen zukunftsorientiert ausgebaut werden, darunter fallen auch die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Angebotsvielfalt der familienpolitischen Leistungen und der flexible und bedarfsgerechte Ausbau der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Zudem sollen über die einzelnen Biographiestufen hinweg gerechte Bildungschancen ermöglicht, erhalten und weitergetragen als auch die Chancen von zugewanderten Menschen verbessert werden.

Ebenso stehen eine generationengerechte Infrastruktur, generationsübergreifende Lebensbedingungen und Beratungsangebote sowie die Chancengleichheit für Mädchen und Jungen sowie Frauen und Männer auf der Liste der Hauptzielsetzungen. Ergänzend soll auch das Marketing über den Landkreis Osnabrück als Lebens- und Wohnort für Familien intensiviert werden.

ABBILDUNG 22 Wanderungsprofil Landkreis Osnabrück 2009–2012



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 23 Demographischer Wandel im Landkreis Osnabrück



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

Der Familienbegriff wurde in der Zielvereinbarung wie folgend festgeschrieben:

*„Familie bedeutet emotionale Bindung in der Vielfalt der Lebensbeziehungen und verankert generationsübergreifend Erziehung, Bildung, Toleranz, Solidarität und Verantwortung.“*

Der Familienbegriff geht also über die Kernfamilie hinaus und berücksichtigt mehrere Generationen und verschiedenartige Beziehungskonstellationen. In der familiären Sozialisation wird das Fundament für Erziehung, Bildung und soziales Miteinander gelegt und die Heterogenität der familiären Strukturen und damit verbundenen Herausforderungen sollte auch von Unternehmen berücksichtigt werden, um die Vielfalt und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Osnabrücker Land voranzutreiben. Zusätzlich zu den sechs vom Audit vorgegebenen Handlungsfeldern hat sich der Landkreis Osnabrück mit einem weiteren Modul auch Ziele in einem siebten Handlungsfeld gesteckt.

#### HANDLUNGSFELD 1

**Dokumentation, Steuerung, Vernetzung und Nachhaltigkeit – „Familiengerechtigkeit als gemeinsames Ziel“**

Integrierte Berichtsstrukturen für das Querschnittsthema der Familiengerechtigkeit sollen als Ziel des übergeordneten Handlungsfeldes etabliert werden. Die so veröffentlichten Daten sollen von der Kreisverwaltung und kreisangehörigen Kommunen für Planungs- und Entwicklungsprozesse genutzt werden und den Bürgerinnen und Bürgern einen kompakten Überblick geben. Auf der Basis der Familienberichterstattung sollen Analyse- und Strategieentwicklungsprozesse angestoßen werden, sodass ein Standardkonzept für modernisierte Prozesse und Abläufe erarbeitet und in allen Kommunen im Landkreis Osnabrück vorgestellt und umgesetzt werden kann.

Des Weiteren soll die Steuerung der familienpolitischen Aktivitäten im Landkreis Osnabrück durch wirksame Gremienstrukturen unterstützt werden, um eine verbindliche Kommunikation und Kooperation zwischen dem Landkreis und den

kreisangehörigen Kommunen sowie Akteurinnen und Akteuren sicherzustellen und zu gewährleisten. Zudem möchte sich der Landkreis als ein Wohn- und Lebensort mit starker Anziehung- und Bindungskraft für Familien im Sinne des Familienbegriffs positionieren, wofür ein Konzept zur Partizipation von Familien und eine Marketingstrategie erarbeitet werden sollen.

#### HANDLUNGSFELD 2

**Familie und Arbeitswelt, Betreuung – „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“**

Flexible und bedarfsgerechte Arbeitszeitmodelle sollen gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren am Arbeitsmarkt, insbesondere in den Unternehmen, entwickelt und allen Beteiligten bekannt gemacht werden. Auch die Betreuungsangebote sollen durch Flexibilität, Bedarfsgerechtigkeit, Verlässlichkeit, Umfang, Bezahlung und Qualität zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf beitragen.

#### HANDLUNGSFELD 3

**Bildung und Erziehung – „Bildungschancen“**

Wirksame und dauerhaft erforderliche Maßnahmen und Projekte im Bildungsbereich sollen je nach Rahmenbedingungen und Möglichkeiten als verlässliche Angebote etabliert werden, um die Nachhaltigkeit langfristig zu gewährleisten. Hinzu sollen alle Beteiligten die Notwendigkeit und Chancen der Gestaltung von Übergängen zwischen den vielfältigen Lebens- und Bildungsbereichen erkennen. Um einen Bildungsweg ohne Brüche zu ermöglichen, soll eine Transparenz über die Übergangsaktivitäten vorhanden sein, sodass die Gestaltung der Übergänge sichergestellt und kontinuierlich weiterentwickelt werden kann.

#### HANDLUNGSFELD 4

**Beratung und Unterstützung – „Stärkung von Familienkompetenzen“**

Im vierten Handlungsfeld ist es das Ziel des Landkreises Osnabrück, Familien durch passgenaue Beratungs- und Unterstützungsangebote zu begleiten und diese bei den Familien bekannt zu ma-

chen, sodass sie genutzt werden können. Dafür soll ein Konzept zur Entwicklung gemeinsamer Aufgabenstandards entwickelt werden, bei der der erweiterte Familienbegriff in den Blick genommen wird. Die Familienzentren in den kreisangehörigen Kommunen sollen dabei zu einer Lotsenfunktion ausgebaut werden.

**HANDLUNGSFELD 5**  
**Wohnumfeld und Lebensqualität – „Familiengerechte Infrastruktur“**

Ziel des fünften Handlungsfeldes ist ein attraktives, gutes und bedarfsorientiertes Infrastrukturangebot für alle Generationen, sodass die wohnortnahe Grundversorgung in den kreisangehörigen Kommunen vorhanden ist und durch mobile Angebote und neue Technologien unterstützt wird. Dazu soll unter anderem ein „Kommunaler Vitalitäts-Check“ als Steuerungsinstrument für die kreisangehörigen Kommunen entwickelt und umgesetzt werden.

**HANDLUNGSFELD 6**  
**Senioren und Generationen – „Miteinander der Generationen“**

Im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit sollen sich die älter werdenden und älteren Menschen im Landkreis ihrer Chance der Teilhabe und ihres Wertes für die Gesellschaft bewusst und dies auch von den jüngeren Menschen anerkannt werden. Dafür sollen die vielfältigen Möglichkeiten eines Engagements für die Gemeinschaft transparent und auch genutzt werden. Für diesen Zweck soll ein generationspolitisches Leitbild aufbauend auf einer ganzheitlichen Strategie für das selbstbestimmte Wohnen und Leben in allen Lebenssituationen gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen entwickelt werden.

**HANDLUNGSFELD 7**  
**Integration und Akzeptanz**

Das zusätzliche Handlungsfeld aus dem Modul Integration und Akzeptanz wurde für die Erreichung des Ziels, allen zugewanderten Menschen ein wertschätzendes Willkommen entgegenzubrin-

gen und langfristig gute Zukunftsperspektiven zu ermöglichen, entwickelt. Diese Personen sollen ein Angebot zur Beratung, Begleitung und Unterstützung um eine direkte Bildungs- und berufliche Integration erfahren. Mit dem gemeinnützigen Analyse- und Beratungshaus für wirkungsvolles gesellschaftliches Engagement Phineo gAG wurde dafür ein Check-up Integration erstellt, das das Migrationsmanagement an aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen anpasst und inhaltlich ergänzt. Das Handlungsfeld wird in der empirischen Analyse in den Kapiteln 7 bis 10 nicht mit einbezogen, um eine Vergleichbarkeit zwischen den Kommunen zu gewährleisten.

**6.2.9 Oranienburg**

Die Kreisstadt des Landkreises Oberhavel liegt im Einzugsgebiet Berlins und hat in den vergangenen Jahren einen deutlichen Zuzug erfahren. Das spiegelt sich auch in den in Tabelle 13 aufgeführten Daten wider. So ist die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung deutlich positiv, während die Bevölkerung des Landes Brandenburg schrumpft. Alle anderen Indikatoren sind im Vergleich zum Landesdurchschnitt unauffällig.

**TABELLE 13 Deskriptive Indikatoren Oranienburg**

	Oranienburg	Brandenburg
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung (%)	16,1	16,6
Anteil der ab 65-Jährigen an der Bevölkerung (%)	22,1	31,3
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030 (%)	6,3	6,3
Medianalter	48,0	51,4
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner	-3,6	-8,3
SGB-II-Quote (%)	10,9	11,0
Ausländeranteil (%)	4,1	4,0

Quelle: eigene Darstellung

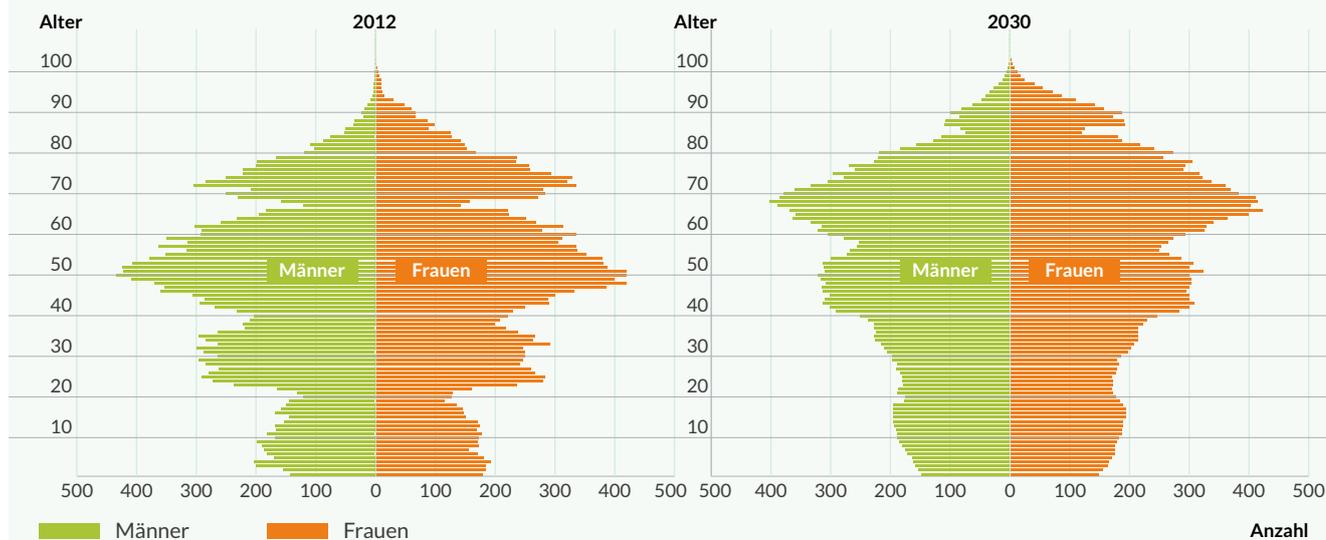
ABBILDUNG 24 Wanderungsprofil Oranienburg 2009–2012



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 25 Demographischer Wandel in Oranienburg



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

Abbildung 24 zeigt das Wanderungsprofil der brandenburgischen Kommune.

Zu erkennen ist, dass mit Ausnahme der Jahrgänge, welche häufig von der Aufnahme eines Studiums oder einer Ausbildung geprägt sind, alle Altersgruppen einen positiven Wanderungssaldo aufweisen. Auch wenn dies für die Attraktivität der Gemeinde spricht, so stellt sie dieser Trend vor immense Herausforderungen. Dabei müssen mehrere Zielgruppen mit unterschiedlichen sowie überlappenden Bedarfen gleichzeitig adressiert werden. Das bezieht sich sowohl auf die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder sowie auf Pflegeplätze für Ältere, aber auch auf familienfreundlichen Wohnraum. Daher folgt der Prozess der Auditierung als familiengerechte Kommune in Oranienburg, in der Verwaltung der Logik einer ganzheitlichen Ausrichtung auf die Bedarfe von Familien. Dieser findet aber statt unter den Rahmenbedingungen deutlicher Alterung und Schrumpfung, wie Abbildung 25 zeigt.

Die Hauptzielsetzungen der Stadt Oranienburg, die im zweiten Jahresbericht im Dezember 2017 festgeschrieben wurden, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Kreisstadt des Landkreises Oberhavel möchte sich als familiengerechter Wohn- und Lebensort profilieren, die Zuwanderung von Familien fördern und diese in allen Altersgruppen betrachten, um sich als prosperierende Stadt erhalten zu können. Es sollen bedarfsgerechte Angebote für verschiedene Altersgruppen (weiter-)entwickelt und das soziale Miteinander aller Altersgruppen gestärkt werden, um die Abwanderung bestimmter Altersgruppen aus Oranienburg zu stoppen bzw. abzuschwächen. Auch die Erreichbarkeit und innerstädtische Mobilität von Familien soll sich verbessern. Für die Erreichung aller dieser Ziele sollen zunächst Bestandsanalysen durchgeführt und das bestehende Angebot hinterfragt werden, sodass neu entschieden werden kann, was zukünftig für Familien getan werden kann.<sup>5</sup>

Grundlegend dafür war der Familienbegriff, dass Familie dort ist, wo Menschen in einer Gemeinschaft füreinander eintreten und verantwortlich sind bzw. in einer Verantwortungsbeziehung zueinander stehen. Diese Definition als auch die Zielgruppe der Familienpolitik werden innerhalb des Berichtes noch mit weiteren Aspekten konkretisiert.

#### HANDLUNGSFELD 1

##### Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit – „Familiengerechtigkeit als gemeinsames Ziel“

Im übergeordneten Handlungsfeld 1 Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit wurden die ressortübergreifende Abstimmung, der Austausch und die Steuerung der Anliegen von Familien als Ziele gesetzt. Fortlaufend wird die Familienpolitik als Querschnittsthema etabliert und die Ämter beteiligen sich aktiv an der Weiterentwicklung der Familiengerechtigkeit in Oranienburg. Diese Weiterentwicklung der Familiengerechtigkeit wird nun als gemeinschaftliches Ziel aller Beteiligten in der Stadt verstanden.

Darüber hinaus werden die familienpolitischen Akteurinnen und Akteure weiterhin miteinander vernetzt, sodass sie sich in Eigenorganisation in die thematische Weiterentwicklung der Familienpolitik einbringen können. Die Potenziale aller Beteiligten werden so fortlaufend für die familienpolitischen Aktivitäten und ortsübergreifende Kooperation genutzt. Die vorhandenen Netzwerke sollen ihre Arbeit noch stärker an den Zielgruppen ausrichten und sich im fachorientierten Austausch über konkrete Themen austauschen. Dieser Austausch wird beispielsweise am „Tisch der Sozialen Verantwortung“ ermöglicht.

Zudem wird das ehrenamtliche Engagement für Familien weiterhin ausgebaut und dessen Struktur sowie eine Anlaufstelle „Ehrenamtliche für Familien“ im Bürgerzentrum implementiert, um so die Eigenverantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und bei der Hilfe zur Selbsthilfe zu unterstützen. Dafür sollen Synergien zwischen verschiedenen Häusern und Zentren stärker genutzt und die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements fokussiert werden.

<sup>5</sup> Im ersten Jahresbericht wurde zusätzlich die Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Hauptzielsetzung genannt.

## HANDLUNGSFELD 2 Familie und Arbeitswelt, Betreuung – „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Im zweiten Handlungsfeld wird eine praxisorientierte und schrittweise Inklusion mit dem Ziel der Entwicklung eines Inklusionskonzeptes umgesetzt. Dafür wird eine Schule in der Stadt barrierefrei umgebaut und unter Einbeziehung der Schülerschaft, der Schul- und Hortleitung als auch der Träger und Fachleute neu konzipiert. Diese „Piloterfahrungen“ sollen in das Gesamtkonzept einfließen.

Zudem sollen die vielfältigen Angebote der Stadt Oranienburg zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarfsgerecht weiterentwickelt und über bestehende Angebote Transparenz hergestellt werden. Die Öffentlichkeitsarbeit zu den bestehenden Betreuungsangeboten soll durch den Einsatz diverser PR-Instrumente intensiviert werden. So wurde 2017 erstmalig ein „Ferienpass“ der Stadt veröffentlicht.

Auch die Unternehmen wurden für Familiengerechtigkeit sensibilisiert, doch für Kooperationen und Dienstleistungsangebote für Familien unter Mitwirkung erster Unternehmen wurde kein Bedarf erkannt, weshalb die weitere Beteiligung der Oranienburger Unternehmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege und Arbeitswelt zunächst eingestellt wurde.

## HANDLUNGSFELD 3 Bildung und Erziehung – „Bildungschancen“

Das gesetzte Ziel, Schulen als Orte für gemeinsames und generationsübergreifendes Lernen multifunktional zu nutzen, wurde in Teilen erreicht. Dazu wird beispielsweise ein Impulsprojekt zum Thema Lebenslanges Lernen mit Vorbildwirkung für andere Kommunen durchgeführt. In Bezug auf Outdoor Education ist beispielsweise ein Bürgergarten entstanden, der mit vielfältigen Bildungsinstitutionen und -initiativen eine kommunale Bildungslandschaft darstellt, in der Bürgerinnen und Bürger intergenerationell und interkulturell in Kontakt treten können. Einander und den res-

pektvollen Umgang mit der Umwelt kennenlernen wird dabei angestrebt.

Weitere Ziele betrafen die Weiterentwicklung des Ganztagsangebots in den Schulen der Stadt und die Gestaltung des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Grundschule. Für Letzteres wurde in neun Schulen, 16 Kindertagesstätten und zehn Horten eine Onlinebefragung durchgeführt. Auch der Übergang von der weiterführenden Schule in den Beruf wurde dahingehend bearbeitet, dass sich die Schülerinnen und Schüler ihrer Fähigkeiten und Stärken bewusst werden und ihre beruflichen Perspektiven einzuschätzen lernen.

## HANDLUNGSFELD 4 Beratung und Unterstützung – „Stärkung von Familienkompetenzen“

Ein zentrales Ziel des vierten Handlungsfeldes zur Stärkung von Familienkompetenzen ist die Information der Eltern über Beratungs- und Kommunikationsangebote als Möglichkeit zum Austausch über ihre Anliegen. Dafür wird im Eltern-Kind-Treff ein Elterncafé angeboten sowie eine halbjährlich erscheinende Broschüre über neue Angebote herausgegeben.

Eine Kooperation mit einem freien Träger konnte noch nicht umgesetzt werden. Stattdessen wird das Bürgeramt stärker auf die Belange und Anliegen von Familien ausgerichtet und übernimmt dabei eine Verweisfunktion auf städtische Einrichtungen, Angebote im Sozialatlas und den Märkischen Sozialverein.

## HANDLUNGSFELD 5 Wohnumfeld und Lebensqualität

Das Verkehrskonzept der Stadt Oranienburg wird mit Blick auf die Zielgruppe der Familien weiterentwickelt und umgesetzt. Die unter Beteiligung zahlreicher Akteurinnen und Akteure erarbeitete Definition des Begriffes „Familiengerechte Mobilität“ wurde in bestehende Teilstrategien der Stadtentwicklung eingeflochten und bei der Erstellung neuer Konzepte berücksichtigt. Zusätzlich dazu ist ein Beteiligungsprozess mit Ju-

gendlichen in Schulen geplant und auch bei der Erstellung des öffentlichen Personennahverkehrskonzeptes sollen zukünftig auch Vertreterinnen und Vertreter der Jugend sowie Seniorinnen und Senioren im Fachgremium beteiligt werden.

Als weitere Maßnahme im Sinne der Familien ist die Förderung des Radverkehrs durch eine Erarbeitung eines Radverkehrskonzeptes angedacht. Bei allen Planungsprozessen der Stadt Oranienburg wird die Barrierefreiheit berücksichtigt. Dabei werden nicht nur bauliche Maßnahmen, sondern z. B. auch die barrierefreie Gestaltung der Internetseite der Stadt vom Arbeitskreis für Belange von Behinderten in Oranienburg in den Blick genommen.

Darüber hinaus war ein Konzept für generationsübergreifendes Wohnen geplant, das jedoch bisher nicht erreicht wurde und im Rahmen des Bilanzierungsaudits erneut aufgegriffen werden soll. Das Ziel der multifunktionalen Nutzung von öffentlichen Gebäuden und Gestaltung gepflegter, öffentlicher Flächen und Räume als Aufenthaltsräume für Familien wurde erreicht. Die Eröffnung des Bürgergartens, in dem nun Stadtfeste und Kulturveranstaltungen stattfinden, ist ein weiterer Teil dieses Handlungsfeldes.

#### HANDLUNGSFELD 6 Senioren und Generationen – „Miteinander der Generationen“

Die Anliegen der Generationen wurden bereits teilweise bedarfsgerecht und zielorientiert in den Ortsteilen weiterentwickelt und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt. So sollen in Zukunft für jedermann zugängliche Begegnungsorte geschaffen und multifunktional genutzt werden. In einem der Ortsteile wurde bereits ein Boule-Platz als Freizeit- und Aufenthaltsort zur Förderung des Miteinanders von Jung und Alt gebaut.

### 6.2.10 Samtgemeinde Neuenkirchen

Die Samtgemeinde Neuenkirchen ist Teil des Landkreises Osnabrück (siehe Kapitel 6.2.8 Landkreis Osnabrück). Daher ähnelt das Profil der Kommune auch dem des Landkreises, wenn auch das prognostizierte Wachstum geringer ausfällt (Tabelle 14).

TABELLE 14 Deskriptive Indikatoren  
Samtgemeinde Neuenkirchen

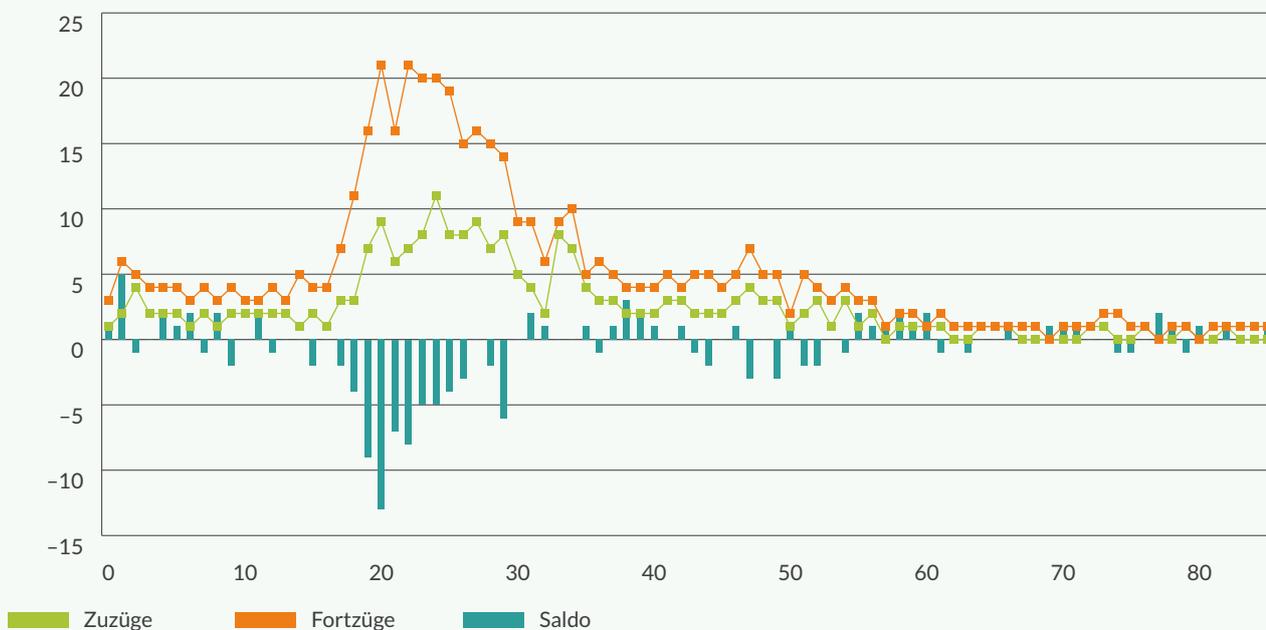
	SG Neuen- kirchen	Nieder- sachsen
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung (%)	20,4	16,7
Anteil der ab 65-Jährigen an der Bevölkerung (%)	16,4	21,6
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zwischen 2012 und 2030 (%)	0,7	-1,8
Medianalter	42,6	46,4
Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner	1,3	-2,9
SGB-II-Quote (%)	4,1	9,3
Ausländeranteil (%)	5,0	8,5

Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 26 zeigt das Wanderungsprofil der niedersächsischen Samtgemeinde.

Auch aufgrund der geringen Größe der Kommune mit rund 10.000 Einwohnern sind die Wanderungsbewegungen nur eingeschränkt zu interpretieren. Einzig der klare Zusammenhang der Abwanderung in den Jahrgängen, die von Ausbildung oder Studium geprägt sind, ist als Bildungsabwanderung zu interpretieren. Ansonsten liegen die Fallzahlen der Wanderungssalden im geringen einstelligen Bereich. Für die Gestaltung einer familienfreundlichen Stadt besteht die Herausforderung für die Kommunalpolitik darin, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen nach ihrer Ausbildung wieder zurück nach Neuenkirchen ziehen.

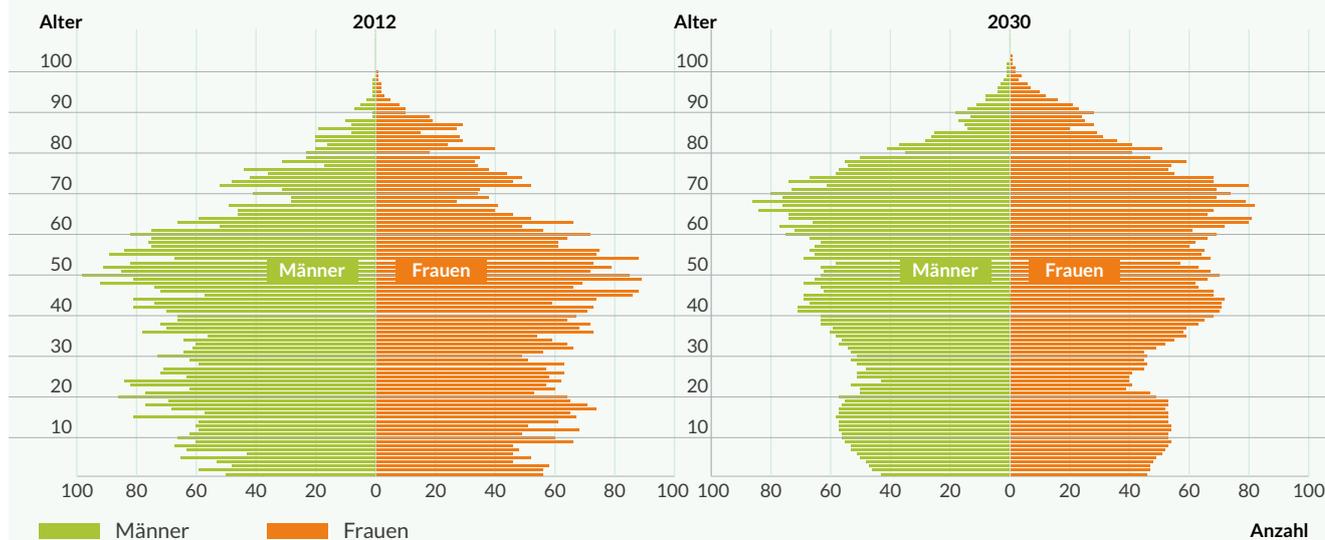
ABBILDUNG 26 Wanderungsprofil Samtgemeinde Neuenkirchen 2009–2012



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 27 Demographischer Wandel in Neuenkirchen



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

Dazu gehört auch, familienfreundlichen Wohnraum und die Möglichkeit der Kundenbetreuung und des Pendelns zum Arbeitsplatz vorzuhalten. Während es in den ausbildungsbezogenen Jahrgängen noch Dynamik gibt, ist die Bevölkerung ab ca. 40 Jahren relativ sesshaft, was auch zur Überalterung des Ortes führen kann. Abbildung 27 legt nahe, dass die Kommune deutlich schrumpfen und überaltern wird.

Im Juni 2015 hat der Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen mit seinen Mitgliedsgemeinden Merzen, Neuenkirchen und Voltlage die Durchführung des Audits Familiengerechte Kommune beschlossen. Die nachfolgenden Inhalte wurden aus der Zielvereinbarung entnommen, die ein Jahr darauf getroffen wurde.

Der darin festgeschriebene Familienbegriff lautet: Familie ist ...

- dort, wo Menschen mehrerer Generationen füreinander Sorge tragen und einen sicheren Ort für die eigene Entfaltung finden.
- geprägt von Vertrauen, Zuverlässigkeit, Gemeinschaft und Nachbarschaft.
- ein Verbund, der sich weiterentwickeln kann und über das Verwandtschaftsverhältnis hinausgeht.

Eine Vielzahl von Entwicklungszielen wurde erarbeitet, die sich wie folgt zusammenfassen lassen. Die Samtgemeinde möchte ihre Attraktivität für alle Generationen steigern und die generationsübergreifende Zusammenarbeit stärken, sodass ein konfliktfreies Zusammenleben aller Generationen und Kulturen ermöglicht werden kann und die Toleranz und Wertschätzung gegenüber dem Nächsten gestärkt werden. Für Dialog und Austausch sollen Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Auch Wünsche und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen sollen erkannt und den Familien präventive Unterstützung in allen Lebensbereichen geboten werden. Zudem sollen nicht nur altersgerechte, barrierefreie und interkulturelle Wohnmöglichkeiten bereitgestellt,

sondern auch günstige Grundstücke an Familien vergeben werden.

Des Weiteren sollen auch die Infrastruktur und Einkaufsmöglichkeiten in der Samtgemeinde verbessert und darüber hinaus ortsnahe Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Somit soll die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf beibehalten und weiterentwickelt werden. Damit einhergehen auch die Ermöglichung von flexibler Kinderbetreuung im Kindergarten- und Grundschulalter, der Vernetzung von Betrieben, Kindertagesstätten, Krippen, Tagespflege und Bildung vor Ort sowie qualifiziertem Fachpersonal in bestehenden Einrichtungen.

#### HANDLUNGSFELD 1

##### Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit

Ein übergeordnetes Leitbild der familienpolitischen Aktivitäten soll die Grundlage für das familienpolitische Handeln bilden. Die Zusammenarbeit der drei Mitgliedsgemeinden sollte auf Basis gemeinsam vereinbarter Ziele stattfinden und zu einer Weiterentwicklung aller Mitgliedsgemeinden ausgerichtet sein.

Ein weiteres Ziel stellt die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Integration neu Zugezogener in die Dorfgemeinschaft dar, sodass diese sich aktiv in das örtliche Leben einbringen können. Der Austausch zwischen den Generationen und die Information über Angebote in Vereinen und Verbänden sollen in diesem Kontext ermöglicht werden.

Vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten aller Generationen sollen von Neuenkirchen bereitgestellt werden. Darüber hinaus ist es das Ziel der Samtgemeinde, Ansprechpartner für alle Generationen zu sein und das bisherige Angebot so zu erweitern, dass eine generationsübergreifende Steuerung und Vernetzung realisiert werden kann.

#### HANDLUNGSFELD 2

##### Familie und Arbeitswelt, Betreuung

Das Betreuungsangebot soll bedarfsgerecht ausgebaut werden, sodass Familien Rahmenbedin-

gungen vorfinden, die eine Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll einmal jährlich eine gemeinsame Abfrage der Betreuungsbedarfe durchgeführt werden, deren Ergebnisse mit allen Beteiligten besprochen werden und die Grundlage für die Weiterentwicklung der Betreuungsangebote darstellen sollen.

Versorgungslücken sollen dabei identifiziert und bedarfsgerecht und finanzwirtschaftlich geschlossen werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die Samtgemeinde möchte als kompetenter Partner für die Information, Beratung und Unterstützung von Familien von 0 bis 99 wahrgenommen werden, damit diese sich über alle familienrelevanten Themen und Angebote im Bereich der Bildung, Betreuung, Pflege und Unterstützung informieren und das Angebot nutzen können.

### HANDLUNGSFELD 3 Bildung und Erziehung

Im Handlungsfeld 3 soll ein strategisches Gesamtkonzept Bildung und Erziehung erarbeitet werden, das den Rahmen für die Weiterentwicklung der Bildungsaktivitäten in der Samtgemeinde Neuenkirchen bildet. Damit sollen eine bessere Abstimmung aller Bildungsakteurinnen und -akteure untereinander sowie eine Abstimmung und Bündelung der bildungspolitischen Aktivitäten in der Samtgemeinde erreicht als auch die Zusammenarbeit der drei Mitgliedsgemeinden im Bildungsbereich gestärkt werden.

Ein Schulentwicklungskonzept und die Schulsozialarbeit sind unverzichtbare Bestandteile des Bildungskonzeptes. Die Vernetzung der kommunalen Akteurinnen und Akteure im Bildungsbereich soll stattfinden, sodass ein Netzwerk unter Beteiligung der Samtgemeinde Neuenkirchen, von Unternehmen und Stiftungen sowie der Kirche regelmäßig zusammenkommt. Dieses Netzwerk soll an das bisherige Netzwerk Schule, Wirtschaft, Zukunft anknüpfen, aber auch neue Themen aufgreifen und weiterentwickeln.

### HANDLUNGSFELD 4 Beratung und Unterstützung

Ziel innerhalb dieses Handlungsfeldes ist es, Orte der Beratung und Begegnung so aufzubauen, dass sie von Bürgerinnen und Bürgern aller Generationen genutzt werden, und die Infrastruktur für Dienstleistungen und ehrenamtliches Engagement zu stärken. Das Bundesprojekt „Dreh-scheibe“, welches sich bereits vor Beginn des Auditierungsprozesses im Aufbau befand, soll in diesem Sinne umgesetzt werden.

### HANDLUNGSFELD 5 Wohnumfeld und Lebensqualität

Die Mobilität zwischen den Mitgliedsgemeinden soll erreicht werden, indem der öffentliche Personennahverkehr durch alternative Mobilitätsangebote ergänzt wird. Für die Erreichung dieses Ziels soll ein Konzept zur Verbesserung der innerörtlichen Mobilität zwischen den Orten entwickelt werden. Ferner sollen neue Strukturen zur Unterstützung des Ehrenamtes und Vereinswesens aufgebaut und innerhalb der Bürgerschaft bekannt gemacht werden.

Fortbildungsangebote für Vereine, professionelle Begleitung des Ehrenamtes, Angebote zum Coaching und zur Supervision für Ehrenamtliche, ein „Runder Tisch“ der Vereine und ein wirkungsvolles Miteinander von Haupt- und Ehrenamtlichen sind nur einige der genannten Maßnahmen dafür. Künftig sollen sich auch Kinder, Jugendliche und Erwachsene aktiver in die Gestaltung des Gemeindelebens einbringen, ihre Wünsche und Bedarfe für Freizeitaktivitäten äußern sowie entsprechende Angebote mitgestalten bzw. nutzen können.

### HANDLUNGSFELD 6 Senioren und Generationen

Ziel des sechsten Handlungsfeldes ist es, einen generationsübergreifenden Dialog stattfinden zu lassen, der für die Weiterentwicklung der Mitgliedsgemeinden sorgt. Ein weiteres Ziel ist die Entlastung von pflegenden Angehörigen durch

ein Angebot an bedarfsgerechten Unterstützungsmöglichkeiten und die Weiterentwicklung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Pflegebedürftige Menschen sollen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben.

### 6.3 Zusammenfassende Darstellung der Untersuchungskommunen

	Bundesland	Bevölkerung	Zertifiziert seit
Bebra	Hessen	13.963	September 2017
Berlin-Lichtenberg	Berlin	283.334*	Juni 2015
Bochum	Nordrhein-Westfalen	364.920	Juni 2014
Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	613.230	Juni 2010
Gladbeck	Nordrhein-Westfalen	75.532	Juli 2010
Görlitz	Sachsen	55.904	März 2014
Landau	Rheinland-Pfalz	46.006	Juni 2014
Landkreis Osnabrück	Niedersachsen	354.807	April 2017
Oranienburg	Brandenburg	44.079	Juni 2015
Samtgemeinde Neuenkirchen	Niedersachsen	10.097	Februar 2017

\* Daten bezogen vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; alle übrigen von [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de)

Quelle: eigene Darstellung

## 7 Experteninterviews mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Untersuchungskommunen

Die erste der drei Perspektiven auf die Ziele des Audits wird durch eine Auswertung von Interviews eingenommen. Dadurch wird zugleich auch die erste der drei forschungsleitenden Fragen adressiert. Interviews, auch wenn sie leitfragengestützt sind und Fachkräfte und thematisch Engagierte befragt werden, sind nicht als objektive Sichtweise auf einen Sachverhalt zu verstehen. Sie fördern aber die Deutung eines Sachverhalts aus der eigenen Rolle. Ihre Aussagekraft gewinnt die Perspektive durch die vergleichbare Befragung von Akteurinnen und Akteuren in der gleichen sozialen Rolle über alle Untersuchungskommunen hinweg. Im Folgenden werden die Datenerhebung und das empirische Vorgehen dieses Teilkapitels näher beschrieben. Anschließend werden die Ergebnisse detailliert dargestellt und abschließend die wichtigsten Ergebnisse im Hinblick auf die Wirkung des Audits sowie möglicher Einschränkungen diskutiert.

### 7.1 Beschreibung der Daten und des Vorgehens der Interviewauswertung

In den zehn ausgewählten Untersuchungskommunen wurden leitfadengestützte Experteninterviews (Helfferich 2014) aus drei unterschiedlichen Blickwinkeln geführt. Der Leitfaden umfasste dabei stets die gleichen Fragen und orientierte sich jeweils am spezifischen Handlungsfeld der Akteurinnen und Akteure. Hauptsächlich wurde nach dem Verständnis guter Familienpolitik, dem eigenen Erleben des Auditierungsprozesses und dem Sprechen über Familie in der Kommune gefragt. Hinzuziehend wurden die Sicherung und Vermarktung kommunaler Familienpolitik und kommunalpolitische Schwierigkeiten mit dem

Thema Familie erfragt. Tabelle 16 zeigt die gestellten Fragen, mitsamt der Zuordnung zu den sechs Handlungsfeldern, die den Rahmen für die Auswertung bilden.

Zunächst wurden die zehn Projektleiterinnen und -leiter des Audits Familiengerechte Kommune in den Untersuchungskommunen telefonisch befragt. Die Hälfte war männlich, die andere Hälfte weiblich. Das kürzeste Gespräch dauerte 21, das längste 56 Minuten, wobei der Mittelwert bei 40,8 Minuten und der Median bei 40,5 Minuten lag. Mit ihnen wurde im Anschluss an das Gespräch besprochen, welcher Ansprechpartner oder welche Ansprechpartnerin aus der Verwaltungsspitze der jeweiligen Kommune für ein zweites Telefoninterview geeignet wäre und wie am einfachsten ein Termin mit der entsprechenden Person vereinbart werden könnte. Ebenso wurde nach Vertreterinnen und Vertretern intermediärer Organisationen gefragt, die am Auditierungsprozess beteiligt waren und etwas zu der Entwicklung der familienpolitischen Zustände der Kommunen beitragen können. Sofern es die Terminplanung der Führungspersonen der Kommunalverwaltung zuließ, wurden im zweiten Schritt Telefoninterviews mit diesen Personen durchgeführt. Innerhalb dieser Statusgruppe wurden drei weibliche und sieben männliche Personen befragt. Die Gespräche dauerten zwischen 19 und 60 Minuten. Der Mittelwert liegt bei 31,4 Minuten, der Median bei 26 Minuten. Hier wurde ebenfalls noch einmal nach möglichen Gesprächspersonen für die Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der intermediären Organisationen gefragt, die außerhalb der Verwaltung und der Kommunalpolitik sein sollten und dennoch am Auditierungsprozess beteiligt waren. Die Telefoninterviews aus der dritten Kategorie wurden mit den unterschiedlichsten Vertreterinnen

TABELLE 16 Leitfragen der qualitativen Interviews

Frage	Nachfrage
Wie kam es dazu, dass Ihre Kommune sich für das Audit Familiengerechte Kommune entschieden hat?	Wie wurde das Thema Familie schon vorher in der Kommune bearbeitet?
Was macht Ihrer Meinung nach gute Familienpolitik aus?	Was können Kommunen konkret gestalten, um Familien zu fördern?
Wie haben Sie den Auditierungsprozess erlebt?	Würden Sie sich rückblickend etwas anders wünschen?
Wie wird heute über Familien in der Kommune gesprochen?	Inwieweit ist Familie heute ein Querschnittsthema geworden?
Wie werden die Entwicklungen in Bezug auf eine integrierte kommunale Familienpolitik gesichert?	Wie könnten Fortschritte z. B. vor einem Wechsel in der Verwaltungsspitze oder Kommunalpolitik gesichert werden?
Wie wird die Familienorientierung in der Kommune vermarktet?	Was kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern von dem Auditierungsprozess an?
Welche kommunalpolitischen Schwierigkeiten mit dem Thema Familie sind bereits aufgetreten?	Welche könnten zukünftig noch auftreten?
Wie würde es bei Ihnen in der Kommune um das Thema Familie bestellt sein, wenn es das Audit Familiengerechte Kommune nicht geben würde?	

Quelle: eigene Darstellung

und Vertretern der intermediären Organisationen geführt. Dabei war jedoch der Bezug zu familienpolitischen Themen in ihrem beruflichen Alltag ausschlaggebend – wenn auch auf unterschiedlichsten Ebenen. Hier drehte sich das Geschlechterverhältnis im Vergleich zur Verwaltungsspitze um: Es wurden mit fünf Vertreterinnen und drei Vertretern Telefongespräche geführt. Diese Interviews dauerten 24 bis 56 Minuten und im Mittel 38 Minuten. Der Median liegt dabei jedoch nur bei 33 Minuten.<sup>6</sup>

Für alle 28 Interviews wurden im Anschluss an das Telefongespräch ausführliche strukturierte Interviewprotokolle angefertigt. Grundlage für wörtliche Zitate waren Tonaufnahmen der Gespräche, jedoch wurden im Sinne des forschungspraktischen Vorgehens keine vollständigen Transkriptionen angefertigt. Anhand der Verlaufsprotokolle wurden die Interviewpassagen mit der Software der Firma VERBI für computergestützte quali-

tative Daten- und Textanalyse MaxQDA (Version 12.3.5) halboffen codiert. Die Codiereinheiten wurden gleichzeitig markiert und codiert, wobei das Spektrum von einzelnen Wörtern bis hin zu Gesprächsabschnitten reichte. Während der gesamten Codierung der Interviewprotokolle wurde der Codebaum mehrfach modifiziert. Grundlage war die Zuordnung der Aussagen zu den sechs (bzw. sieben) Handlungsfeldern des Audits, welche als übergeordnete Kategorien dienen. In Tabelle 17 sind die jeweiligen Zuordnungen dargestellt.

Die Aussagen aus den Interviews werden daher nicht anhand der zehn Kommunen oder Statusgruppen der einzelnen Befragten, sondern anhand der vom Audit vorgegebenen Handlungsfelder analysiert. So ist keine Rückführung der Antworten auf einzelne Personen mehr möglich und die unterschiedlichen Ansichten und Erfahrungen der jeweiligen Personengruppen fließen gemeinsam in das Gesamtbild mit ein.

<sup>6</sup> In Bochum kam trotz mehrfachen Nachfragens der Forscherin keine Terminvereinbarung innerhalb des Erhebungszeitraums mit der vorgeschlagenen Person einer intermediären Organisation zustande. In der Samtgemeinde Neuenkirchen ist keine Person außerhalb der Verwaltung für ein Interview vorgeschlagen worden.

**TABELLE 17** Handlungsfelder und zugehörige Kategorien der Interviewcodierung

			N = 1.045
<b>1.</b>	<b>Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit</b>	<b>646</b>	
	Steuerung		247
	Vernetzung		73
	Beteiligung		51
	Nachhaltigkeit und Sicherung		59
	Audit		157
	Öffentlichkeitsarbeit		59
<b>2.</b>	<b>Familie und Arbeitswelt, Betreuung</b>	<b>123</b>	
	Vereinbarkeit und Arbeitgeber		40
	Alleinerziehende		4
	Schulische Betreuung		16
	Elementarbereich		54
	Kinderbetreuungskosten		3
	Pflege und Beruf		6
<b>3.</b>	<b>Bildung und Erziehung</b>	<b>30</b>	
	Bildungsangebote		3
	Schule		22
	Erziehung		5
<b>4.</b>	<b>Beratung und Unterstützung</b>	<b>55</b>	
	Beratung		5
	Unterstützung		44
	Jugendhilfe		6
<b>5.</b>	<b>Wohnumfeld und Lebensqualität</b>	<b>145</b>	
	Wohnen & Bauen		39
	Stadtplanung & Lebensqualität		61
	Verkehr		16
	Freizeit		29
<b>6.</b>	<b>Senioren und Generationen</b>	<b>42</b>	
	Senioren		20
	Pflege		5
	Mehrgenerationen- und Familienzentren		17
Codes mit einer Zuordnung von N < 3 wurden nicht ausgewiesen.			
Quelle: eigene Darstellung			

## 7.2 Empirische Ergebnisse der Interviewauswertung

Die nachfolgenden Informationen entstammen der Auswertung der strukturiert angefertigten Gedächtnisprotokolle auf der Grundlage von Notizen und der Tonspur der telefonischen Experteninterviews. Wörtliche Zitate wurden aus den Audio-dateien nachträglich transkribiert und entsprechen dem O-Ton der Interviewpartnerinnen und -partner. Für die Anonymisierung der Interviews wurden die Interviews nach Statusgruppen sortiert und in der Reihenfolge, in der sie geführt wurden, nummeriert.<sup>7</sup> Da die Interviewtermine sich an den Zeitfenstern der Befragten orientieren, sind Rückschlüsse auf die Interviewten oder die Kommune, die sie vertreten haben, ausgeschlossen.

### 7.2.1 Ergebnisse der Interviewauswertung im Handlungsfeld 1

Der Kategorie Steuerung wurden 247 Textstellen und damit die meisten des ersten Handlungsfeldes zugeordnet. Da aus jeder Kommune Experteninterviews mit zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern der Verwaltung geführt wurden, ist es auch naheliegend, dass über Aspekte der Führung und Steuerung häufig berichtet wurde. Ein weiterer Grund für die hohe Zahl an zugeordneten Textstellen ist die teilweise schwerpunktmäßige Ausrichtung der Kommunen am Audit Familiengerechte Kommune auf steuerungsrelevante Abläufe innerhalb der Kommunalverwaltung.

Steuerung wird im Allgemeinen in Bezug auf planerische Tätigkeiten, in Bezug auf die Analyse von sich ständig wandelnden Bedarfen und die Ausrichtung an diesen verhandelt. Strategische Steuerung erfordert eine solide Datenbasis, um konkrete Angebote planen zu können. Dabei steht nicht nur die Generierung der Informationen, sondern auch die Herstellung von Transparenz im Vordergrund. So konnten bei der Analyse des Ist-

<sup>7</sup> Die Kürzel PL, V und IO stehen für die jeweilige Statusgruppe der Projektleiterinnen und -leiter, Verwaltungsspitzen sowie Vertreterinnen und Vertreter der intermediären Organisationen.

zustands in einigen Kommunen Doppelstrukturen identifiziert werden, was in den meisten Fällen die Gründung eines Familienbüros zur Folge hatte. Besonders in kreisfreien Städten kann schnell der Überblick über parallel vorhandene Angebote verloren gehen. Familienbüros hingegen helfen, familienbetreffende Aufgaben und Hilfe suchende Familien zu verknüpfen, indem sie bürgernah Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Sie halten aber auch Angebote, die nicht speziell für Familien geplant wurden, mit Blick auf Familiengerechtigkeit vor.

Die datenbasierte Planung, die durch das Audit Familiengerechte Kommune angestoßen wurde, eröffnet auch neue Wege innerhalb der kommunalen Möglichkeiten. Ein Projektleiter berichtet beispielsweise, dass das Audit den Anlass gegeben habe, sich über das Quartiersmanagement in der Kommune Gedanken zu machen, dessen Weiterentwicklung im Kontext der Familiengerechtigkeit anschließend häufig diskutiert wurde.

Das Audit habe vielen Akteurinnen und Akteuren die Bedeutung des Themas Familiengerechtigkeit vor Augen geführt, diesbezügliches konkretes Handeln habe aber im Alltagsgeschäft keine Priorität, weil andere Aufgaben vorrangig erledigt werden müssten. Um jedoch Familiengerechtigkeit langfristig zu etablieren, sei eine personelle Ausstattung erforderlich, berichtet ein Projektleiter weiter. Einige Kommunen hätten aufgrund des Audits bereits eine personelle Aufstockung vorgenommen, in vielen Kommunen sei allerdings die Unterversorgung an zuständigem Personal nach wie vor ein Thema. Für die Durchsetzung sei viel Überzeugungs- und Beziehungsarbeit erforderlich, die sehr zeitintensiv sei, weil Kommunikation mehr Zeit erfordere als die Arbeit an Akten. Auch seien in kleineren Kommunen Absprachen innerhalb der Ämter leichter als in größeren. Für alle Kommunen aber gelte, dass Kooperationen mit externen Akteurinnen und Akteuren, wie z. B. Familienbündnissen oder anderen ehrenamtlich organisierten Netzwerken, wichtige treibende Kräfte sind.

Eine Gefahr nach der Zertifizierung ist nach Meinung der Projektleiterinnen und Projektleiter, dass sich die Verantwortlichen zurücklehnen und auf ihren bisherigen Erfolgen ausruhen. In diesem Zusammenhang komme es darauf an, wo das Audit Familiengerechte Kommune innerhalb der kommunalen Verwaltungsstrukturen angesiedelt ist. Dessen Ansiedlung unmittelbar unter der Bezirks-, Ober- oder Samtgemeindebürgermeisterin bzw. -bürgermeister oder der Landrätin bzw. dem Landrat lasse eher Erfolg versprechende Entwicklungen erhoffen. Diesbezüglich wird von einer breiteren Adressierung und einer beratenden Funktion aller Ämter der Kommune als auch einer Beständigkeit des Audits auch bei verwaltungsinternen Umstrukturierungen gesprochen. Einigkeit besteht auch darüber, dass die Erfolgsaussichten des Audits Familiengerechte Kommune sinken, wenn es nicht „ganz oben“ angesiedelt ist, sondern in anderen Ämtern, beispielsweise im Jugendamt.

Innerhalb der Kategorie Steuerung wird der Begriff Querschnittsthema aufgegriffen. Die Mehrzahl der Befragten berichtet, dass das Thema Familie in den Kommunen zum Querschnittsthema geworden ist. Gleichwohl treffe dies aber nur dann zu, wenn man einzelne Personen bzw. Ämter dazu befragt. Alle würden je nach Themengebiet mehr oder weniger die Belange von Familien berücksichtigen oder wenigstens Verständnis für dieses Thema entwickeln. Es komme aber immer noch kaum vor, dass die einzelnen Akteurinnen und Akteure gemeinsam in Sachen Familiengerechtigkeit aktiv werden, auch aufgrund der Tatsache, dass Absprachen untereinander oft nicht möglich seien.

In der Kategorie Steuerung wurde auch die Unterkategorie Definition der Begriffe (N=46) gebildet. Weil Familie „die kleinste, aber wichtigste Zelle im Staate“ (IW IO1) darstellt, schreiben ihr die Interviewten eine große Bedeutung zu. Die Mehrzahl von ihnen bestätigt, dass die Suche nach der Definition von Familie ihren Horizont für familiäre Belange geöffnet und als Konsequenz eine breitere Aufstellung an Familienangeboten bewirkt und vorangetrieben habe. Ziel sei dabei, Fami-

lien nicht mehr nur in Sparten, sondern als Kontinuum wahrzunehmen. Auch wenn die Familienpolitik ihr Hauptaugenmerk auf die klassische Kernfamilie richte, sei diese dennoch nur ein Teil des Ganzen.

Nach Meinung der Befragten ist die Unterstützung von besonderen Bedarfsgruppen, wie Alleinerziehenden oder Harz-IV-Empfängerinnen und Empfängern, ebenso wichtig wie die Bereitstellung von Angeboten für gut situierte Familien, z. B. Möglichkeiten für Auslandsaufenthalte der Kinder. Nach übereinstimmender Meinung sollten generationsübergreifend Großeltern, Nachbarinnen und Nachbarn sowie Freundesgruppen in den Familienbegriff miteinbezogen werden, ganz nach dem Motto: „*Jeder ist Familie*“ (IW V7). Auch über Regenbogen- und Queer-Familien solle nachgedacht werden. Darüber bestehe auch parteipolitisch weitgehend Einigkeit, weil dieses Thema alle angeht.

Auch wenn vielfach von der Weitung der Altersgruppe und der Loslösung von biologischer Abhängigkeit innerhalb der Familien, z. B. aufgrund neuer Formen von Lebensgemeinschaften oder der zunehmenden Anzahl von Patchworkfamilien, gesprochen wird, fällt dies in der konkreten Umsetzung des Audits nicht auf. Besonders zu generationsübergreifenden Themen und der Pflege von Angehörigen lässt sich in den Interviews fast nichts finden, was sich auch in der geringen Trefferrate im Handlungsfeld 6 ausdrückt. Darüber hinaus ist fällt auf, dass sich bei der Codierung keine Kategorie für Inklusion ergeben hat. Dies zeigt, dass Menschen mit Beeinträchtigungen in den zehn befragten Kommunen kein wirkliches Thema des Audits sind.

Ebenfalls wird die Differenzierung der Familiengerechtigkeit im Unterschied zur Familienfreundlichkeit angesprochen. Dieser Wandel wird als große Bereicherung für die Kommunen dargestellt. Familiengerechtigkeit sei dann eingeschränkt, wenn jemand aufgrund der Tatsache, dass er eine Familie hat, Angebote nicht nutzen kann. Die Interviewten teilen die Auffassung, dass Gerechtigkeit überprüfbar und im Allgemei-

nen objektiver zu beurteilen ist als Freundlichkeit. Gleichwohl haben sie den Begriff „Familiengerechtigkeit“ je nach subjektiver Haltung oder Parteizugehörigkeit unterschiedlich ausgelegt, was rege Diskussionen zur Folge hatte.<sup>8</sup>

Eine weitere Unterkategorie ergab sich zur Finanzierung und Haushalt (N=41), denn „*Familienpolitik kostet viel Geld*“ (IW V7) und vor allem „*eine gute Familienpolitik kostet*“ (IW PL10): familiengerechte Kindergärten, Schulen, Ganztagsbetreuungs- und Präventionsangebote, schnelles Internet, öffentlicher Personennahverkehr, Öffnungszeiten der Verwaltung und viele andere Maßnahmen sind insgesamt gesehen nach Meinung der Befragten für die kommunalen Haushalte zu teuer und gehen über die Pflichtvorgaben hinaus. Die angespannte finanzielle Lage der Kommunen wird in fast allen Interviews angesprochen. Weil aufgrund der steigenden Bedarfe der Familien die finanzielle Belastung der Kommunen immer größer werde, reiche das hohe Engagement der beteiligten Akteurinnen und Akteure nicht aus.

Obwohl allen politisch Verantwortlichen bewusst sei, dass noch weitere, insbesondere finanzielle Ressourcen erforderlich sind, um die Vielzahl der Aufgaben erfüllen zu können, sei die Finanzierung durch Bund und Länder zu gering. Es fehle dabei also nicht nur an Geld, sondern auch an erforderlichem Personal. Hinzu komme im Alltagsgeschäft der Kommunen, dass bei gesicherter Finanzierung von Projekten oder Infrastrukturmaßnahmen diese dann auch schnell umgesetzt werden müssten, ohne zusätzliche Abstimmungsabläufe durchlaufen zu können. Aufgrund dessen bleibe meist keine Zeit mehr, Überlegungen zur Familiengerechtigkeit zu berücksichtigen.

Für einen Dezernenten ist es „*das einzige Problem (...), dass die Geldquellen endlich sind*“ (IW V7). Die Fördermittelakquise wird zum zentralen Thema in den Interviews. Bundesprogramme wie „Frühe Hilfen“ und „Demokratie leben!“ helfen den Kommunen, die Umsetzung ihrer Auditziele zu

<sup>8</sup> Ein konkretes Beispiel war dabei, ob die Ausschreibung von Baugebieten in der Stadt oder Fördermittel für den Hauskauf auf dem Land familiengerechter sei.

finanzieren bzw. Ziele dieser Bundesprogramme in ihr Audit zu überführen, um Synergieeffekte zu nutzen. Dies könnte auch eine Erklärung dafür sein, dass es auffällig viele Maßnahmen in Präventionsketten und politischer Bürgerbeteiligung und allgemein geförderten Handlungsfeldern gibt, in nicht bundesprogrammfinanzierten Handlungsfeldern jedoch deutlich weniger.

Die aufgrund knapper Finanzen notwendige finanzielle Schwerpunktsetzung in der kommunalen Familienpolitik führt auch zu einer Sicherung der Ergebnisse: Eine der untersuchten Kommunen hat dafür ihren Etat für Familien im Haushalt erhöht, eine andere den Überschuss ihres Haushalts für Familien eingesetzt. Zwei Beispiele, wie Kommunen Familiengerechtigkeit durch ihre Finanzierung verankern. Generell profitieren sie davon, wenn sie vor Kommunalwahlen bei der Verabschiedung ihrer Haushaltsbeschlüsse familienpolitische Maßnahmen, wie beispielsweise die Finanzierung eines Familienbüros, berücksichtigen. Das gilt auch für die Sicherung des Audits Familiengerechte Kommune in den schriftlich fixierten Zielvereinbarungen, die nach den darauffolgenden Kommunalwahlen nicht mehr umgeschrieben werden können.

Diesen Aspekt heben die Befragten unabhängig von der Verankerung des Audits in der Verwaltung als positiv und hilfreich für die Verbesserung der Bedingungen für Familien in ihrer Kommune hervor. Gleichzeitig betonen sie, dass die Entscheidung zugunsten des Audits Familiengerechte Kommune maßgeblich von der ausreichenden Finanzierung und Schwerpunktsetzung durch den Haushalt bestimmt ist. Ein Interviewpartner gab an, seine Kommunen habe zunächst die Durchführung des Audits nicht angestoßen, sondern vorerst aus Kostengründen nur Workshops mit einer Auditorin veranstaltet.

Über interne Evaluationen und Berichterstattungen wurde nur wenig in den Interviews berichtet. Erwähnung fand aber, dass das Audit verstärkt zur Familienberichterstattung beitrage bzw. dazu geführt habe, dass ein Kapitel über Familien in die Sozialberichterstattung integriert wurde. Zudem

wurde angemerkt, dass die Struktur der Jahresberichte des Audits mit der der Zwischenberichte des Jugendhilfeausschusses redundant sei und deshalb zur Mehrarbeit ohne zusätzlichen Erkenntnisgewinn führe. Zusammenfassend zeigen die Textstellen, die der Kategorie Steuerung zugeordnet wurden, dass Familiengerechtigkeit eine gezielte Planung voraussetzt, die Herausforderungen grundsätzlich mitbedenkt. Dies bedarf jedoch kontinuierlicher Arbeit, da Bedarfe kontinuierlich in den Blick genommen und Maßnahmen stetig daran neu ausgerichtet werden müssen.

Das erste Handlungsfeld wird auch von der Kategorie Audit (N = 157) selbst bestimmt, zu dem die zweithäufigsten Textstellen zugeordnet werden konnten. Aufgrund der Interviewführung zum Audit Familiengerechte Kommune ist dieses Ergebnis plausibel.<sup>9</sup> Interessant ist, dass der Unterkategorie Ergebnisse die meisten Textstellen (N=71) zugeordnet werden konnten. Hier beschreiben die Interviewten die gewinnbringenden Entwicklungen der Familiengerechtigkeit – auch im Hinblick auf ihre steigende Bedeutung in der Kommune. Dabei betonen sie als positives Ergebnis des Audits insbesondere die Veränderung der Wahrnehmung des Themas nicht nur bei Personen in der Verwaltung, sondern auch bei Politikerinnen und Politikern: Es ist langsam „in den Köpfen drin“ (IW PL2). In den Experteninterviews ist oft davon die Rede, dass das Bewusstsein für das Thema Familie in ihren Kommunen bereits vor der Auditierung aktuell gewesen war und man deswegen überhaupt erst an diesem Programm teilgenommen habe.

Somit habe sich nicht die Wahrnehmung dieses Themas geändert, sondern die Verbindlichkeit der es betreffenden Maßnahmen. Die Zertifizierung werde davon ausgehend als Auszeichnung dafür verstanden, was bereits zuvor in der Kom-

<sup>9</sup> Die Unterkategorie Entscheidungen für das Audit (N=29) wird an dieser Stelle nicht ausgewertet, da die Frage danach als „Eisbrecherfrage“ und lockerer Einstieg in das Interview gedacht war. Wichtige Inhalte, die bei der ersten Frage genannt wurden, werden dennoch in den zugehörigen Kategorien ausgewertet.

mune für die Familiengerechtigkeit getan wurde,<sup>10</sup> und helfe nun bei der Generierung von Geldern. Im Gegensatz dazu wird ebenfalls die Ansicht vertreten, dass das Audit eben nicht als Siegel, sondern als Prozess verstanden wird, der an inneren Strukturen ansetzt.

Durch den politischen Beschluss und die damit verbundene Festschreibung der Verfahren und Maßnahmen in der Zielvereinbarung bietet das Audit Familiengerechte Kommune einen neuen Rahmen für Planungsprozesse im ganzheitlichen Ansatz, sodass dem Prozess nicht mehr ausgewichen werden könne und dadurch auch langfristige Erfolge realisiert werden könnten. Durch diese strukturelle (und weniger thematische) Hilfe könnten Abläufe in der Verwaltung vereinheitlicht und das Handeln unterschiedlichster Akteurinnen und Akteure auf konkrete Ziele und Maßnahmen ausgerichtet werden. Dabei würden sie immer wieder für das Thema Familiengerechtigkeit sensibilisiert:

*„Durch das Audit und die Erinnerung an das Audit wird immer wieder Familie auf die Agenda gehoben“*

(IW IO6).

Beteiligung wird bei der Auditierung als Erfolgsfaktor angesehen, der den Dialog mit Trägern und unterschiedlichsten Gruppen vorangetrieben hat und die Kooperation und Zusammenarbeit ohne Parallelstrukturen transparent machte:

*„Der Vorteil besteht darin, dass die familienpolitischen Fragestellungen jetzt alle Bereiche des Landkreises durchdringen, was vielleicht vorher nicht geschehen ist oder was vorher nicht der Fall war. Ja, also ohne würde gehen, aber mit ist besser“*

(IW V7).

In einer Kommune wird das Audit als „*günstigstes Qualitätsmanagement*“ (IW PL3) angesehen, das

durch die Bestandsaufnahme eine Überprüfbarkeit und Vergleichbarkeit ermöglicht. In einer anderen Kommune wird vom strategisch schnellsten Weg zum Ziel gesprochen. Mehrere Interviewpartnerinnen und -partner heben die anfängliche Datenanalyse als hilfreich hervor, da sie für Transparenz, Kontinuität und somit für Nachhaltigkeit gesorgt hat. Eine Vielzahl von ihnen gab als konkrete Erfolge die Schaffung von Personalstellen, die Familienberichterstattung und die Etablierung von Familienbüros an. Zusammenfassend berichteten sie, dass in denjenigen Bereichen gute Erfolge erzielt worden sind, bei denen das Thema Familiengerechtigkeit bereits etabliert war. Weniger gute Ergebnisse hingegen seien dort zu verzeichnen gewesen, in denen die Einbindung des Themas Familiengerechtigkeit noch Schwierigkeiten hervorruft.

Die Wirksamkeit des Audits Familiengerechte Kommune lässt sich nach Auffassung einiger Befragten im Anstieg der Einwohnerzahl ablesen, auch wenn noch weitere Faktoren, wie etwa Baupreise, eine erhebliche Rolle bei der Zu- bzw. Abwanderung in eine bzw. aus einer Kommune oder Region spielen.

Weitere Ziele (N=12) der Auditierungsprozesse drücken die befragten Akteurinnen und Akteure in abstrakten Formulierungen, wie Verbesserung der Rahmenbedingungen vor Ort, Eingehen auf Bedürfnisse von (werdenden) Familien oder dem Wunsch, dass sich die Menschen in der Kommune wohlfühlen und gern dort wohnen, aus. Sie benennen aber auch konkrete Ziele, wie Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums oder Ausbau der Digitalisierung.

In der Unterkategorie Meinungen zum Audit (N=46) können die unterschiedlichen Bestandteile der Auditierung aus Sicht der Befragten dargestellt werden. Positiv hervorgehoben wurden die umsetzungsfreundlichen Strukturen des Audits Familiengerechte Kommune, weil es von jeder Kommune selbst entwickelt und dadurch mit den politischen Entscheidungsprozessen und kommunalen Verwaltungsstrukturen kompatibel wird. Aufgrund dessen werde das Audit auch nicht als

<sup>10</sup> In einer Kommune habe sich außer der Auszeichnung nichts durch das Audit geändert und in dem, was für Familien getan werde, habe sich „mit keinem Millimeter“ verändert (IW V3).

„Fremdkörper“ (IW IO2) in der Verwaltung wahrgenommen. Dennoch seien nicht alle Aspekte des Audits in ihrer Umsetzung eindeutig: So wurde beispielsweise der Wunsch nach etwas konkreteren Anweisungen während der Beteiligungsphase geäußert.

Als gut strukturiert wurden die Bestandsaufnahme anhand von Checklisten und die Bestimmung der Verantwortlichkeiten hervorgehoben. Dies ermögliche auch kleinen Kommunen, tiefgehende Analysen durchzuführen. Allerdings habe sich der Arbeits- und Zeitaufwand dabei als deutlich höher erwiesen, als zunächst erwartet worden war, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung in Ressourcen- und personale Engpässe brachte.

Viele der Befragten hätten sich im Vorfeld genauere Informationen über die für das Audit benötigten (insbesondere zeitlichen) Ressourcen gewünscht. Sie heben besonders die große Redundanz in der Berichterstattung hervor. Auch wenn die Inhalte hilfreich waren, wird der Wunsch nach einer verschlankten Form der Berichterstattung laut, aber auch nach einer offeneren Diskussion der Ergebnisse. Auch das mit der Organisation der Workshops zusammenhängende Zeitproblem, das es schwer mache, alle gewünschten Akteurinnen und Akteure für diesen Termin zu gewinnen, wird als Herausforderung dargestellt.

Die Netzwerktreffen der teilnehmenden Auditkommunen werden von den Befragten durchweg positiv bewertet. Ohne explizit nach diesen Veranstaltungen gefragt worden zu sein,<sup>11</sup> berichteten mehrere über den hilfreichen Austausch der Kommunen bei diesen Treffen, aber auch die Erkenntnis, dass sie alle – unabhängig von ihrer Größe – ähnliche Probleme haben. Wie die Kommunen die Netzwerktreffen für sich nutzen, wird besonders in der Bezeichnung „Projekttauschbörse“ (IW PL7) deutlich.

Gewünscht wird die Fortführung der für das Audit aufgebauten Kommunikationsstrukturen auch

nach der Zertifizierung. Obwohl viele Befragte davon berichten, dass es zu Beginn des Auditierungsprozesses schwierig gewesen ist, alle Beteiligten von dem neuen Querschnittsthema zu überzeugen, bewerten sie die Kommunikation der einzelnen Akteurinnen und Akteure während der laufenden Auditierung untereinander recht positiv. Nach der Zertifizierung habe der Kontakt zwar wieder nachgelassen, da kein neues Gremium gebildet wurde, das sich auch in der Folgezeit regelmäßig trifft, sich weiterhin untereinander austauscht und die Rolle einer weiteren Prüfungsinstanz zur Politik einnimmt.

Eine auf Dauer ausgerichtete Implementierung eines solchen Gremiums wird in der Struktur des Audits vermisst. Auch andere Befragte hätten sich Veranstaltungen nach Abschluss der Zielvereinbarung gewünscht, da das geweckte Interesse und der Informationsfluss thematischer Einblicke nicht aufrechterhalten werden konnten. Demgegenüber hätten andere Kommunen ihre Gremienstruktur umgestellt und dieses Gremium langfristig installiert, weshalb von einer guten Möglichkeit gesprochen wird, „dass angestoßene Projekte nicht an Fahrt verlieren oder aus den Augen geraten“ (IW V7). Eine Koordinierungsgruppe innerhalb der Verwaltung einer Kommune hat beispielsweise dafür gesorgt, dass Themen aus der Familienpolitik regelmäßig vorgestellt, besprochen und bewertet werden. Diese Ergebnisse zeigen die unterschiedliche Anwendung und Etablierung des Audits in den Kommunen.

Ein weiterer Aspekt, der innerhalb der Unterkategorie Meinungen zum Audit vermehrt zur Sprache kam, betrifft die Kosten des Audits. Dadurch, dass für die Arbeit des Vereins Familiengerechte Kommune ein Kostenbeitrag erhoben wird und je nach Bundesland wenig bis keine Unterstützung aus Landesmitteln erfolgt, stellt es für die Projektleiterinnen und -leiter eine Herausforderung dar, die Politikerinnen und Politikern von der Auditierung zu überzeugen, zumal der Prozess einen hohen Arbeitsaufwand mit dem Einsatz eigener personeller Ressourcen erfordert.

<sup>11</sup> Zu den gestellten Leitfragen in den Experteninterviews siehe Tabelle 16.

In diesem Kontext wurde der Wunsch geäußert, den politischen Gremien ein Instrument vorstellen zu können, das den direkten Gegenwert für die finanziellen Aufwendungen veranschaulicht und somit die Vermarktung des Audits unterstützen könnte. Auch die Bilanzauditierung wird von den Interviewten in erster Linie in Bezug zur Kostenfrage gesetzt. Dabei stellen sie nicht die Sinnhaftigkeit dieser Auditierung infrage, sondern führen Kosten-Nutzen-Kalküle durch.

Selbst Kommunen, die sich bereits für den finanziellen Mehraufwand des Audits entschieden haben, zögern erneut, wenn es um die Frage der Bilanzauditierung geht.

Unabhängig davon nehmen viele der Befragten die Arbeit des Vereins Familiengerechte Kommune positiv wahr, z. B. weil dieser Fragen unkompliziert beantwortet und professionell arbeitet. Insbesondere betonen sie, von den Mitarbeiterinnen des Vereins das Gefühl vermittelt zu bekommen, ernst genommen zu werden. Auf die Frage „Was würden Sie sich rückblickend anders wünschen?“ wurde beispielsweise geantwortet: Das Audit ist

*„vom Verein hervorragend umgesetzt worden. Ich habe da keinerlei weitere Kritikpunkte oder Ideen, wie man das noch besser machen könnte“  
(IW V7).*

Insbesondere wird der Einsatz von Beatrix Schwarze, der Geschäftsführerin des Vereins Familiengerechte Kommune, gelobt. Sie sei verlässlich, stehe unentgeltlich für die Projektpartnerinnen und -partner in den Kommunen zur Seite und setze sich auch vor Ort mit den politischen Vertreterinnen und Vertretern auseinander.

Der Kategorie Vernetzung des ersten Handlungsfeldes wurden 73 Textstellen zugeordnet. Ihren Mehrwert für die untersuchten Kommunen sehen die Interviewpartnerinnen und -partner in der Kooperation und Zusammenarbeit ohne Ausbildung von Parallelstrukturen. Sie schaffe Transparenz durch Abstimmungsprozesse innerhalb der Verwaltung und beteilige auch externe Akteurinnen und Akteure der Kommune. In diesem Zu-

sammenhang werden besonders die Partizipation und Vernetzung außerhalb der Verwaltung betont.

Auf operativer Ebene bestehen manche Netzwerke bereits seit mehreren Jahrzehnten, andere kommen neu hinzu, sodass sich Arbeitsgruppen, Beiräte und Initiativen bilden und sich zu bestimmten Themen auch zusammenschließen. In Kommunen, deren Vernetzung schon vor dem Zertifizierungsprozess gut war, konnte das Audit aber noch bestehende Lücken schließen und noch mehr Maßnahmen anstoßen. Aus einer Kommune wird berichtet, dass sich bei Workshops verschiedene Beteiligte zusammengefunden haben, die im Nachhinein ein Thema bearbeiteten, das gar nicht Teil des Audits war.

Institutionen wie der Düsseldorfer „Familiengerechte“ fördern die Vernetzung einzelner Akteurinnen und Akteure ungemein, da sich dort mehrmals jährlich alle wichtigen Vereine, Träger oder Institute mit dem Ziel der Vernetzung versammeln und so – unabhängig von Politik und Verwaltung – eine bessere und schnellere Weitergabe von gegenseitigen Informationen ermöglichen.

Befragte kleinerer Kommunen berichten von dem Vorteil, dass dort eine ausgeprägte Kommunikationskultur – auch mit verschiedenen Trägern der freien Wohlfahrtsverbände oder anderen Beteiligten der Zivilgesellschaft – einfacher sei. Die Akteurinnen und Akteure würden sich untereinander kennen, sodass auch Personalwechsel schneller bekannt würden und somit eine frühe Einführung der Nachfolgerinnen und Nachfolger in die Netzwerke und deren Themen ermöglichten. Auch die Vernetzung mit anderen Kommunen wurde positiv hervorgehoben, z. B. ein Qualifizierungszentrum für Sprache und Arbeit, das eine Kommune mit drei anderen Städten der Region aufgebaut hat, oder der Kontakt zwischen den Auditkommunen.

Den Unterkategorien Nachhaltigkeit und Sicherung sowie Öffentlichkeitsarbeit wurden gleich viele Textpassagen zugeordnet (N=59), deren Aussagen zunächst mit Blick auf die Sicherung der Familienpolitik in den Kommunen dargestellt wird.

Dabei fallen zwei deutlich unterschiedliche Positionen auf: Einige der Befragten waren der Meinung, Kontinuität der Personen in der Kommunalverwaltung und persönliches Engagement Einzelner führten dazu, dass familienpolitische Themen weiter behandelt werden: *„Es steht und fällt mit der Person“* (IW PL7). Dafür sei auch das Engagement der Verwaltungsspitze ausschlaggebend.

Als Gegenposition dazu wurde jedoch angeführt, dass durch bestimmte Sicherheitsaspekte die Familienpolitik auch unabhängig von einzelnen Engagierten mehr an Funktionen und Aufgaben geknüpft werde, z. B. durch Dokumentensicherungen wie der Zielvereinbarung. Durch Verabschiedung der Leitziele und Maßnahmen in den Stadträten werde politisches und verwaltungstechnisches Handeln schriftlich fixiert. Funktionen seien damit wichtiger als einzelne Personen, da durch die Maßnahmen auch klare Aufgabenbeschreibungen in den Dokumenten enthalten sind und die Jahresberichte einen Überblick über bereits erreichte Meilensteine oder eventuelle Abweichungen geben. Die politischen Beschlüsse für mehrere Jahre führten so zu einer Verankerung der Familienpolitik, was ebenso mit der Sicherung durch finanzielle Schwerpunktsetzung einhergehe.<sup>12</sup>

Die Ansiedlung des Audits in einem übergeordneten Querschnittsamt wird aufgrund der Beständigkeit der Strukturen bei Verschiebungen der Ämteranordnung ebenfalls als Sicherung der Familienpolitik angesehen. Doch auch zur Sicherung in der Verwaltung sind die Meinungen geteilt. In manchen Kommunen haben sich innerhalb der Verwaltung eine Abteilung Familienförderung oder andere zusätzlich thematisch fokussierte Arbeitsgruppen gebildet, die mit intermediären Organisationen und Netzwerken, wie dem Familientisch oder dem Netzwerk Frühe Hilfen, kooperieren und somit die Weiterentwicklung der Familiengerechtigkeit im Blick haben.

Das Gegenmodell sieht vor, dass die kommunalen Strukturen so vielfältig implementiert wer-

den sollten, dass alle Schritte dokumentiert und gesichert werden, dadurch sich die Strukturen verfestigen und in allen Abteilungen und Ämtern mitlaufen. In diesem Sinne wird von einem integrierten Stadtentwicklungskonzept bzw. -plan gesprochen statt von einzelnen Fachplanungen. Dabei nimmt die Beteiligung verschiedener in-frage kommender Interessenvertreterinnen und -vertreter einen Teil der Sicherung ein.

Alles in allem soll das Thema Familie so vorange-trieben werden, dass sich diesem keine Politikerin und kein Politiker, unabhängig der Parteizugehörigkeit und ob vor oder nach einer Wahl, entziehen kann. Im Gegensatz zu negativ konnotierten *„Leuchtturmprojekten“* (IW PL7), die sich durch kurzfristige Finanzierung auf Landes- oder Bundesebene kennzeichnen, soll Familiengerechtigkeit nachhaltig in der Kommunalpolitik verankert werden.

Zitate wie *„Man kommt vom Begriff nicht mehr weg“* (IW PL4), *„Es ist in den Köpfen verankert mittlerweile“* (IW V7) und *„Der Auditierungsprozess hat es fest verankert, sodass keiner mehr vorbeikommt“* (IW IO3) zeigen, dass die betreffenden Kommunen – alle auf ihre individuelle Art und Weise – auf dem besten Wege zur nachhaltigen Implementierung des Familienthemas in ihrer Kommunalpolitik und -verwaltung sind. Von aufgrund des Audits bedingter Einheitlichkeit kann in diesem Zusammenhang jedoch nicht die Rede sein.

In der Kategorie Öffentlichkeitsarbeit lassen sich wieder zwei unterschiedliche Ansichten auf das Audit und den Umgang mit diesem zusammenfassend darstellen. Auf der einen Seite gehen manche Kommunen proaktiv mit dem Zertifikat um: Sie stimmen sämtliche Publikationen auf das Audit ab, erkennbar z. B. am Auditlogo auf dem Briefpapier und der Homepage und am Verweis auf das Siegel „Familiengerechte Kommune“. Die Kommunen verwenden den Slogan der Familiengerechten Kommune als Alleinstellungsmerkmal gegenüber ihren Nachbarkommunen und „vermarkten“ ihn regelrecht, um so als attraktive Stadt für neu hinzuziehende Familien zu werben.

<sup>12</sup> Siehe für weitere Erläuterungen unter den Ausführungen zur Unterkategorie Finanzierung und Haushalt der Kategorie Steuerung des ersten Handlungsfeldes.

Die Kommunalpolitiker nehmen die Familiengerechtigkeit „in jedem 5. Satz in den Mund“ (IW V3) und die Lokalredaktion berichtet über diese und weitere Entwicklungen auf dem Weg zur Zertifizierung.<sup>13</sup> Auch werden die im Rahmen des Audits Familiengerechte Kommune errichteten Familienbüros häufig erwähnt, da sie aufgrund ihrer zentralen Lage im Stadtkern und der medialen Berichterstattung in den Fokus der Bürgerinnen und Bürger gerückt sind.

Auf der anderen Seite wird das Audit von manchen Kommunen als ein interner Prozess verstanden, der Defizite identifiziert und eine kontinuierliche Aktualisierung und Modifizierung der kommunalen Angebote für Familien ermöglicht. Damit die angesprochenen Zielgruppen von diesen Angeboten erfahren und sich auch trauen, diese in Anspruch zu nehmen, wurden Internetportale, beispielsweise in Form von Sozialplattformen, aufgebaut, die über diese Angebote gebündelt informieren. Des Weiteren werden beispielsweise Familienzentren weiterentwickelt und Maßnahmen, wie etwa ein Familienpass für ermäßigte Preise, angestoßen. Zudem helfen Familienberichterstattungen den Kommunen, den Überblick über den Zustand und die Bedürfnisse der Familien zu wahren.

*„Und wichtig ist eben für die Auditierung, dass die Leute es auch wollen. Also nur die Auditierung als Marketinginstrument – das geht schief. Dazu würde ich auch jeder Kommune abraten“ (IW V4).*

Einige Befragte geben an, dass in ihren Kommunen die Einbindung der Familien im Vordergrund des Auditierungsprozesses steht. Demnach seien Partizipation und Vernetzung auch außerhalb der Verwaltung wichtig, da diese es allein nicht schaffen könne, Familiengerechtigkeit zu etablieren. Damit grenzen sich diese interviewten Personen vom Begriff „Vermarktung“ ab. Ihnen geht es nicht um die Vermarktung der Familiengerechtigkeit, sondern um die Beteiligung der Familien.

In der letzten Kategorie dieses Handlungsfeldes Beteiligung wird in 51 Textpassagen näher beschrieben, was die 28 Interviewpartnerinnen und -partner unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger ihrer Kommunen verstehen. Einige bezeichnen Bürgerinnen und Bürger als das „Kapital der Kommune“ (IW PL7), dessen Bedürfnisse gehört und für das Gelegenheiten zur Partizipation geschaffen werden sollten. Es gehe darum, ein partizipatives Klima entstehen zu lassen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger trauen, ihre Wünsche zu äußern, und die Verwaltung bestrebt ist, sie bei Entscheidungen einzubinden. Dabei dient die Bürgerbeteiligung als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern. Sie gilt als „wichtigster Pfeiler“ (IW V6), da die Stadt nicht alle Details aus ihren Stadtteilen kennen kann und deshalb auf die Informationen ihrer Anwohnerinnen und Anwohner angewiesen ist, die z. B. die Organisation von Stadtteilstreffen selbst in die Hand nehmen oder am besten wissen, wo Trampelpfade ausgebaut werden müssten. Entsprechend messen die Befragten der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger große Bedeutung bei.

Typische Formate der Bürgerbeteiligung sind beispielsweise kleine Workshops oder Veranstaltungen zu konkreten Themen oder Beteiligungsforen, wie z. B. Stadteildialoge. Bei Veranstaltungen wie diesen lenkt das Thema Familie die Aufmerksamkeit von Politikerinnen und Politikern, Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalverwaltung als auch der Bürgerinnen und Bürgern auf sich. Hier können Anwohnerinnen und Anwohner beispielsweise ihre Meinung zur Gestaltung ihres Wohnumfeldes kundtun. Ein Oberbürgermeister ließ sich von Familien mit ihren Kinderwagen beim Spaziergang begleiten, um sich über die Belange vor Ort ein Bild zu machen.

Eine der untersuchten Kommunen wiederum legt ihr Augenmerk auf die Ausgestaltung kommunikativer Flächen. So wurde beispielsweise ein Bürgergarten etabliert, der ebenfalls durch den Landkreis und das Bundesprogramm Demokratie leben! finanziell unterstützt wird. Er hat sich als Plattform für Geflüchtete, neu Zugezogene und die alteingesessenen Bürgerinnen und Bür-

<sup>13</sup> Siehe Kapitel 9.

ger etabliert. Dieser Garten bietet den Besucherinnen und Besuchern nicht nur eine große Auswahl an Angeboten, wie z. B. Konzerte oder Lesungen, sondern auch die Möglichkeit, einfach hinzugehen, um dort zu ernten und/oder zu pflanzen. Zusätzlich wurden Spielplätze oder sogenannte „Naschinseln“ errichtet, die dazu dienen, als Kommunikationsorte Bürgerinnen und Bürger im Alltag zusammenzubringen.

Darüber hinaus waren auch erzielte Ergebnisse Thema der Interviews. Die Erfahrungen mit der Beteiligung der Bürgerinnen- und Bürger wurden insgesamt als gut bewertet, sodass deren Meinung auch bei zukünftigen Entscheidungen mitberücksichtigt wird. Aufgrund dieser Erfahrung sei die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erst in den Möglichkeitsraum mancher Hauptamtlichen der Kommunalverwaltung gerückt. Dadurch wird die Arbeit auf dem Amt über die Arbeit in der „Amtsstube“ (IW IO6) hinaus ausgeweitet. Aber es wurden auch Schwierigkeiten mit den Formaten der Bürgerbeteiligung angesprochen. So habe sich z. B. die Koordination der Vorbereitung insbesondere in einer untersuchten Großstadt aufgrund der Vielzahl der interessierten Akteurinnen und Akteure als sehr schwierig erwiesen. Wenn sie alle in Arbeitsgruppen, die jeweils ein Thema bearbeiten, zusammengeführt würden, sei fraglich, ob die Bürgerinnen und Bürger noch wirklich mit eingebunden sind. Auch Befragte aus kleineren Kommunen beschreiben die Auswahl bestimmter Bürgerinnen und Bürger für bestimmte Formate als sehr herausfordernd. Festgehalten werden kann, dass Bürgerbeteiligung erhebliche zeitliche Ressourcen bindet und die Prozesse um einiges verlängert. Deshalb ist abzuwägen, welche Art von Beteiligung wann notwendig und sinnvoll ist.

### 7.2.2 Ergebnisse der Interviewauswertung im Handlungsfeld 2

Das zweite Handlungsfeld wird von den beiden Kategorien Elementarbereich (N=54) und Vereinbarkeit und Arbeitgeber (N=40) bestimmt. Den übrigen Kategorien wurden jeweils nur unter 20 Textstellen (schulische Betreuung) bzw. unter zehn Textstellen (alle übrigen) zugeordnet. Bereits

diese Verteilung lässt deutliche Rückschlüsse auf den Fokus der Interviewten ziehen.

In der Kategorie Elementarbereich (N=54) bestimmen die Sorgen um ausreichende Plätze in Kindertagesstätten das Bild. In den wachsenden Städten wird nach Meinung der Befragten mit überfüllten Kindertagesstätten und fehlendem pädagogischem Fachpersonal gekämpft. Besonders die Flüchtlingswelle und die fehlerhaften Prognosen rückläufiger Geburtenraten hätten die Betreuungssituation zunehmend angespannt. Vor allem die Erfüllung der gesetzlichen Betreuungsquoten durch die Länder und den Bund stelle eine große Herausforderung dar – insbesondere, weil die Verwaltung und Politik vor Ort nichts daran ändern kann. Auch Kommunen mit 80-prozentiger Bedarfsabdeckung an Kindertagesstätten stünden weiter unter Druck, weil Eltern für ihr Kind einen Kita-Platz „vor der Haustür“ einfordern. Vor allem aber sei es für Eltern mit Migrationshintergrund besonders wichtig, die Kindertagesstätte ohne öffentliche Verkehrsmittel erreichen zu können.

Die Erweiterung der Betreuungslandschaft sei durch kirchliche und freie Träger mitfinanziert worden. Zudem werde versucht, Betriebskindergärten zu errichten. Doch weil die ansässigen Unternehmen die Notwendigkeit dafür noch nicht erkannt hätten, sei dies ein schwieriges Unterfangen. Aufgrund dessen könne die Verwaltung nur alle zwei Jahre bei den größeren Unternehmen nachfassen und versuchen, sie davon zu überzeugen, dass betriebliche Kitas dazu beitragen, Fachkräfte zu gewinnen bzw. zu halten. Des Weiteren werde versucht, die Betreuungszeiten auszuweiten.

Ein Interviewter gab an, dass seine Kommune eine Kooperation mit einer Kindertagesstätte mit langen Betreuungszeiten bis 20 Uhr und Samstagbetreuung eingegangen ist, aber auf eine Fortführung dieses Modellprojekts verzichtet, weil der Nutzen den finanziellen Mehraufwand nicht rechtfertigt. Der von der Politik proklamierte große Bedarf an längeren Betreuungszeiten habe sich nicht bestätigt.

In den Interviews kam auch die Qualität der Kindertagesstätten mehrfach zur Sprache, wurde von den Befragten jedoch nicht konkretisiert. Dafür gaben sie an, dass ihre Kommunen zur besseren Transparenz der Angebotsstruktur Internetportale, wie z. B. das „Kita-Portal Bochum“, eingerichtet haben, die umfangreich über die örtliche Kita-Landschaft informieren und Eltern die Möglichkeit bieten, ihr Kind vorab online in der von ihnen präferierten Kindertageseinrichtung anzumelden.

Ein weiteres, mehrfach genanntes Thema innerhalb dieser Kategorie ist der Übergang von der Kita in die Schule, den sich mehrere Kommunen zum Schwerpunkt gesetzt haben.

Darüber hinaus wird über neu etablierte Betreuungsformen wie Kinderbetreuung für Eltern, die kurz einkaufen gehen wollen, Notfallbetreuungen und die Entlastung von Familien mit kleinen Kindern durch Seniorinnen und Senioren gesprochen.

Generell stimmen die Befragten darin überein, dass die Kita-Planung in ihrer Kommune, genau wie die Schulentwicklungsplanung, auch ohne das Audit Familiengerechte Kommune erfolgen würde. Doch eines habe das Audit bewirkt: Die „Latten wurden gelegt“ (IW IO3) und durch die Spielplatzkonzeption und die gute Versorgung in den Krippen sei der Standard bereits so hoch, dass sie auch nicht mehr verändert werden könnten. Das Ziel sei es, ein „Wohlfühlumfeld“ (IW PL1) für Familien zu schaffen, das die Arbeits- und Betreuungssituation gut miteinander vereinbart und die Außenwirkung und Attraktivität für Familien in den Kommunen steigert.

In den 40 Textstellen, die der Kategorie Vereinbarkeit und Arbeitgeber zugeordnet wurden, wird hauptsächlich über Kooperationen mit ortsansässigen Unternehmen zum Thema Vereinbarkeit Familie und Beruf berichtet, die auch auf langfristige Paradigmenwechsel abzielen und nicht ausschließlich auf kurzfristige Maßnahmen. Die Befragten gaben an, dass bei den Unternehmen zunächst aber erst Verständnis dafür geweckt werden musste, dass das Thema Familiengerechtigkeit nicht ausschließlich ein städtisches Pro-

gramm ist, sondern alle relevanten Akteurinnen und Akteure betrifft. Schließlich seien Unternehmen auf Nachwuchs angewiesen. Unternehmerische Familienpolitik müsse unter anderem stärker in den Fokus rücken, weil für die Akquise und Bindung von Personal auch familienpolitische Angebote erforderlich sind.

In diesem Sinne versuche man, Unternehmen von den Vorteilen, die Betriebskindergärten bieten, zu überzeugen, auch wenn die meisten diesen Bedarf noch nicht sehen. Flankiert werden diese Bemühungen durch Maßnahmen zum leichteren Übergang von der Schule in den Beruf und zur Vereinbarkeit von Pflege eines Familienangehörigen und Beruf. All dies gelinge umso besser, wenn die Unternehmen mithelfen. Doch wenn sie solchen Themen nur eine geringe Bedeutung beimessen, seien den Kommunen die Hände gebunden, da sie selbst nur ein „Player unter vielen“ (IW PL9) sind. Hier sei noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, weil die Wirtschaftskraft einer Kommune von der wirtschaftlichen Entwicklung der ansässigen Unternehmen abhängig ist und diese deshalb für das Thema gewonnen werden müssen.

In diesem Zusammenhang kam auch das Audit berufundfamilie zur Sprache, an dem sich mehrere Kommunalverwaltungen der untersuchten Kommunen beteiligten. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass für die familienpolitischen Ziele der Kommunen zertifizierte Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber vor Ort aus zwei Gründen hilfreich sind: Erstens rückt für diese Unternehmen aufgrund des Audits das Thema Familiengerechtigkeit stärker in den Fokus und zweitens kann sich eine Kommune mit vielen familiengerechten Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern familienpolitisch profilieren und ihre Außenwirkung verbessern. Weitere Maßnahmen zur Steigerung der Familiengerechtigkeit sind nach Meinung der Befragten Ferienbetreuung, schnelles Internet für Homeoffice, die generelle Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung, Reduzierung des Drucks auf Eltern durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten, monetäre Zuschüsse für Neugeborene, Gewährung von Sonderurlaub nach der Elternzeit sowie Arbeitsbefreiung bei kranken Angehörigen.

In der Kategorie schulische Betreuung (N=16) wird zum größten Teil über den Wunsch einer qualitativ guten Ganztagsbetreuung in Grundschulen gesprochen. Darüber hinaus wird einmal auch die Betreuung von Schulkindern in den Schulferien genannt. Flexible Betreuungsmöglichkeiten sowie Unterstützungsangebote für pflegebedürftige Angehörige als auch eine Hospizinitiative wurden implementiert, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (N=6) zu verbessern. Doch für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sei Pflege und Beruf aber *„noch kein Thema und solange es kein Thema ist, setzt man sich auch nicht wirklich damit auseinander“* (IW IO8). In den Kategorien Alleinerziehende (N=4) und Kinderbetreuungskosten (N=3) lassen sich durch die geringen Zuordnungen keine konsistenten Aussagen herausarbeiten.

### 7.2.3 Ergebnisse der Interviewauswertung im Handlungsfeld 3

Im dritten Handlungsfeld Bildung und Erziehung (N=30) wurden in der gesamten Codierung der Interviews die wenigsten Textstellen zugeordnet. Die Kategorie Schule überwiegt dabei mit 22 Passagen. Darüber hinaus wird im weiteren Kapitel lediglich die Kategorie Erziehung (N=5) zusammenfassend dargestellt, da allen anderen Kategorien nicht mehr als drei Textstellen zugeordnet wurden.

In der Kategorie Schule wurde hauptsächlich die Verbesserung der Übergänge von der Kindertagesstätte in die Schule und von der Schule in den Beruf thematisiert. Die befragten Personen sprachen sich dafür aus, dass die Vernetzung von Kindergärten und Schulen im Zusammenspiel mit Fachleuten und Elternvertretungen vorangetrieben werden solle. Im Rahmen des Audits habe man hierzu klare Vereinbarungen getroffen, sodass Kitas, Schulen, Verwaltung und Eltern die vereinbarten Ziele und beschlossenen Maßnahmen auch mit der Politik rückkoppeln können. Diese Beteiligung der unterschiedlichen Ebenen führe zur Sicherung der Absprachen. Ein weiteres großes Thema in den Passagen dieser Kategorie war die zunehmende Überfüllung der Schulen und der damit einhergehende Lehrermangel. Ein Befragter gab an, seine Kommune müsste

aufgrund der steigenden Einwohnerzahl in den nächsten zehn Jahren ca. ein Drittel mehr Schulplätze schaffen.

Die Schaffung von Stellen für Sozialpädagoginnen und -pädagogen und die Finanzierung von Schulsozialarbeit bestimmen die Kategorie Erziehung. Darüber hinaus teilen die Befragten übereinstimmend die Auffassung, dass die vielfältigen familienunterstützenden Angebote dem Bildungsstand und Alter der Eltern und Kinder angemessen sein sollten.<sup>14</sup>

### 7.2.4 Ergebnisse der Interviewauswertung im Handlungsfeld 4

Im vierten Handlungsfeld Beratung und Unterstützung (N=55) sind die meisten Textstellen der Kategorie Unterstützung zugeordnet worden. Die anderen beiden Kategorien Jugendhilfe und Beratung sind mit jeweils unter zehn Kategorien deutlich unterrepräsentiert.

Auf die Frage, was gute Familienpolitik sei, bezogen sich die Antworten häufig auf konkrete Unterstützungsangebote für Familien. Als Beispiel wurde die nachhaltige Implementierung chancengerechter, individueller Förderung genannt, um die Erziehungskompetenzen der Eltern dort zu fördern, wo Bedarfe sichtbar werden. Eine Kommune bietet Unterstützungskurse neuerdings auch online an. Auch in diesem Kontext nutzen die Kommunen die vom Bund im Rahmen der Initiative Frühe Hilfen angebotene finanzielle Unterstützung für den Ausbau der Familiengerechtigkeit. Bezuschusst werden auch die Dienste von Familienhebammen sowie die Etablierung familiengerechter Preise für kommunale Angebote, z. B. in Form eines Familienpasses.

Eine der zehn Kommunen hat in diesem Zusammenhang einen Neugeborenenbegrüßungsdienst eingerichtet, indem im Namen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters den Familien der Neugeborenen ein Willkommensgeschenk über-

<sup>14</sup> Die Textpassagen in der Kategorie Schule beziehen sich auf die auch ohne Audit erfolgte Schulentwicklungsplanung.

reicht und über weiterführende Unterstützungsangebote in der Kommune informiert wird. Dieser seit über zehn Jahren bestehende Dienst wird von den Familien sehr gut angenommen. Generell versuchen die Kommunen, mit Angeboten sozialen Ungleichheiten entgegenzutreten und diese nach Möglichkeit zu verringern.

In den Interviews wurde des Weiteren über ehrenamtliche Unterstützung durch ansässige Vereine und die Einrichtung einer Freiwilligenagentur in einer der Kommunen berichtet. Etabliert haben sich auch Familienbüros, die als zentrale Anlaufstelle aller Familien bürgernah Transparenz über alle bestehenden lebensphasenübergreifende Angebote der Kommune schaffen. Deutlich seltener hingegen kamen die Befragten auf Unterstützungsangebote konkret für Seniorinnen und Senioren zu sprechen. Nur eine der Kommunen hat ein Seniorenbüro eingerichtet, das Betreuungsmöglichkeiten und Unterstützungsangebote für pflegebedürftige Angehörige koordiniert und vermittelt. In einer weiteren Kommune haben sich die beteiligten Akteurinnen und Akteure im Sinne der unterstützenden Maßnahmen des Audits darauf verständigt, dass Seniorinnen und Senioren nicht allein gelassen werden dürften. In diesem Zusammenhang wurden für sie zum Einkaufen spezielle Busdienste etabliert.

In der Kategorie Jugendhilfe (N=6) berichteten die Interviewpartnerinnen und -partner überwiegend von konkreten Angeboten. Eine Kommune hat beispielsweise in Kooperation mit allen Ämtern und weiteren externen Akteurinnen und Akteuren eine Jugendberufsagentur eingerichtet, eine andere ein Jugendzentrum für Freizeitmöglichkeiten unter Aufsicht einer Jugendsozialarbeiterin oder eines Jugendsozialarbeiters. Im einer dritten Kommune wird in einem Fabrikgebäude ein neues soziokulturelles Zentrum eingerichtet: Dort wird Jugendlichen ab der siebten und achten Schulklasse ein Raum zur freien Gestaltung zur Verfügung gestellt, in dem sie unter Einhaltung der Sicherheitsvorkehrungen „ihren“ Raum selber gestalten dürfen.

Des Weiteren wurde über die Einrichtung von Jugendclubs sowie über die Durchführung von Workshops für (zunächst unbegleitete minderjährige) Flüchtlinge berichtet, in denen Vertreterinnen und Vertreter der Verbraucherzentrale und von pro familia gemeinsam mit anderen Akteurinnen und Akteuren die Grundzüge der Demokratie, das Schulsystem und anderes Wissenswertes, wie z. B. Handyverträge, erklären. Dadurch erhalten die Flüchtlinge nicht nur lebenspraktische Unterstützung, sondern werden auch an das Haus der Jugend gebunden, wodurch sie Vertrauen in Institutionen aufbauen können.

In der Kategorie Beratung (N=5) lassen sich keine weiteren Institutionen oder Angebote mehr hinzufügen. Generell werden Familien(service)büros, Seniorenbüros und Familienzentren von Familien als Anlaufstellen genutzt, wenn sie Rat suchen.

### 7.2.5 Ergebnisse der Interviewauswertung im Handlungsfeld 5

Im Handlungsfeld 5 Wohnumfeld und Lebensqualität (N=145) wurden die meisten Textstellen der Kategorie Stadtplanung und Lebensqualität (N=61) zugeordnet, gefolgt von den Kategorien Wohnen und Bauen (N=39), Freizeit (N=29) und Verkehr (N=16). Die übrigen Kategorien werden mangels ausreichender Zuordnungen im Folgenden nicht erläutert.

In der Kategorie Stadtplanung und Lebensqualität (N=61) nannten die Befragten als Zielsetzung, dass die Bürgerinnen und Bürger gerne in der Kommune leben und sich mit ihr identifizieren. Dafür müsse das Leben in der Stadt so angenehm wie möglich gestaltet werden, was eine gute familien- und generationengerechte Infrastruktur voraussetzt. Als Herausforderung wurde in den Interviews häufig über die chronische Unterversorgung von (fach-)ärztlichem und logopädischem Personal in erreichbarer Entfernung gesprochen, ebenso über die bedenkliche Hebammensituation, die jedoch durch die Kassenärztliche Vereinigung geregelt werden, sodass den Kommunen kaum Gestaltungsspielraum bleibt. Deshalb testen einige bereits alternative ärztli-

che Versorgungsmöglichkeiten, beispielsweise in Form von Gemeindepflege und oder Reaktivierung von Hausärztinnen und -ärzten, die bereits im Ruhestand sind, für die erste ärztliche Versorgung von älteren Patientinnen und Patienten, um die Ärzte vor Ort zu entlasten.

Des Weiteren betonten die Befragten die zentrale Bedeutung des Themas „integrierte Stadtentwicklung“ in ihren Kommunen. So finde z. B. ein Umdenken dahingehend statt, dass es bei Straßenbelägen nicht primär um Schönheit, sondern um Familiengerechtigkeit gehen sollte, indem Rollatoren oder Kinderwagen problemlos durch die Stadt geschoben werden können. Auch bei der Stadtentwicklung sei ein Umdenken hin zur sozialen Infrastruktur angebracht: Gebäude müssen nicht nur gebaut, sondern auch sinnvoll genutzt werden. Auch wenn die Städte sich über Bevölkerungszuwachs freuen, verfügen sie aber nur über eine begrenzte Fläche, die zwangsläufig zu Konkurrenzsituationen führt. Auch bei der Sozialraumorientierung und -planung müsse Alters- und Kinderarmut immer wieder in den Blickpunkt der Betrachtung rücken.

So sei es sinnvoll im Sinne einer integrierten Stadtplanung bei der Planung von Neubaugebieten o. Ä. andere Fachbereiche neben Architektinnen und Architekten oder Technikerinnen und Technikern einzubinden, um andere Perspektiven mitberücksichtigen zu können. Auch beim Hoch- und Tiefbau solle auf Familiengerechtigkeit und insbesondere im Stadtbau auf barrierefreie Zugänge geachtet werden. Eine nachhaltige Stadtentwicklung sei besonders für die sogenannten „abgehängten“ Stadt- und Ortsteile wichtig. Hier käme die Bedeutung der Stadtteilzentren zum Tragen, in denen erprobt wird, wie sich Generationen, unterschiedliche Ethnien und auch Menschen mit Behinderungen begegnen.

In der Kategorie Wohnen und Bauen (N=39) ist die Zukunft des Wohnraums ein vielfach diskutiertes Thema. Familiengerechter Wohnraum werde vor allem durch seine Bezahlbarkeit definiert. Deshalb versuchten Kommunen den sozialen Wohnungsbau zu planen bzw. soziale Wohnungen zu

bauen und Kooperationen mit Vermieterinnen und Vermietern voranzutreiben. Befragte aus den neuen Ländern wiesen auf das Problem hin, dass ältere Menschen mit alten Mietverträgen allein in großen Wohnungen wohnen, sich aber aufgrund der dort hohen Mieten kleine Wohnungen in Stadtnähe nicht leisten können. Auch für Familien werde es immer schwerer, ausreichend Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zu finden.

Die Errichtung einer Tauschbörse ohne Erhöhung der Mieten erweise sich jedoch als schwierig, weil die Immobiliengenossenschaften bei solchen Vorhaben finanzielle Verluste in Kauf nehmen müssten. Die Wohnungsknappheit gewinne zusätzlich durch die Integration von Flüchtlingen in den Wohnungsmarkt an Fahrt. Als weiterer Aspekt wird die Unterstützung von jungen Familien beim Hauskauf angeführt. Dafür würden Kommunen Baugebiete für insbesondere junge Familien erschließen. Auch das Wohnen im hohen Alter gehört zu den Dauerthemen, zumal die Wartezeiten auf Heimplätze immer länger werden und die Kommunen deshalb immer mehr auf die Unterstützung durch Privatpersonen angewiesen sind, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen so lange wie möglich zu Hause in gewohnter Umgebung behalten.

Der Kategorie Freizeit wurden 29 Interviewpassagen zugeordnet, die eine Betrachtung des Themas Familie als Querschnittsthema bestätigen. Neben dem Erhalt von vorhandenen Angeboten vor Ort, wie dem Freizeitbad, Ferienspiele und Sportangeboten auch außerhalb von Sportvereinen, wurde häufig über Ehrenämter, Spielplätze und Begegnungen gesprochen. So würden Kommunen die Übernahme von Ehrenämtern durch Bürgerinnen und Bürger beispielsweise durch Kooperationen vorantreiben, etwa mit einer Universität, die Leistungspunkte für dieses Engagement vergibt, oder mit der (Ober-)Bürgermeisterin bzw. dem (Ober-)Bürgermeister, die im Rahmen einer Dankesveranstaltung in einer Ansprache dem freiwilligen Engagement ihre Wertschätzung bekunden, oder aber auch mit einer Freiwilligenagentur, die dem Einsatz ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer koordiniert.

Eine Kommune zeigt mit der Einrichtung eines Runden Tisches Soziales Engagement, dass sie das Thema ernst nimmt. Andere Kommunen beziehen bei der Konzeption von Spielplätzen auch die Bedarfe Erwachsener mit ein, indem sie beispielsweise auf Spielplätzen vermehrt Fitnessgeräte für diese Zielgruppe aufstellen. Ein Befragter berichtete, dass seine Kommune auf ausdrücklichen Wunsch einer Ortschaftskonferenz einen Boule-Platz errichtet habe. Exemplarisch wurden auch Bürgergärten, Eltern-Kind-Treffs, Bürger- und Jugendzentren, soziokulturelle Zentren und Seniorenbegegnungsstätten als Angebote zur Förderung der Begegnung und des Austauschs von Bürgerinnen und Bürgern genannt.

Das Thema Gerechtigkeit und Teilhabe stelle für Kommunen ein generelles Problem dar, insbesondere, weil die bundespolitischen Ideen nicht ihren gewünschten Zweck erfüllen würden. So sei beispielsweise der Eintritt in einen Sportverein für viele Bürgerinnen und Bürger schlichtweg immer noch zu teuer. Instrumente wie der Familienpass und Ferienpass seien zwar adäquate Mittel, um dem gegenzusteuern, aber immer noch nicht ausreichend vorhanden. Bei kostenlosen Angeboten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer übernehmen die Träger die Kosten – diese könnten von den Kommunen aufgrund der zu geringen Landesförderung jedoch nicht abgedeckt werden.

In der Kategorie Verkehr (N=16) wird hauptsächlich über die Themen Erreichbarkeit, öffentlicher Personennahverkehr und Barrierefreiheit gesprochen. Dabei sind sich die Befragten einig in der Auffassung, dass vor allem eine schlechte Infrastruktur besonders hinderlich für Familien sei. Entsprechend planen einige Kommunen, ihre Attraktivität durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu erhöhen. Mit Blick auf die Barrierefreiheit steht mancherorts die Kompatibilität von Niederflurbussen und den Haltestellen vor Ort im Blickpunkt der Betrachtung. In einer Kommune sei es gelungen, das Bauamt davon zu überzeugen, dass eine nicht der DIN-Norm für Rollstühle entsprechende Rampe eines Niederflurbusses nicht nur für Kinderwagen er-

hebliche Erleichterungen mit sich bringt, sondern sich auch für Rollstühle bestens bewährt hat.

### 7.2.6 Ergebnisse der Interviewauswertung im Handlungsfeld 6

Dem sechsten Handlungsfeld Senioren und Generationen konnten 42 Textpassagen zugeordnet werden, wovon etwa die Hälfte auf die Kategorie Senioren (N=20) entfällt. Weitere Codes waren Mehrgenerationen- und Familienzentren (N=17) und Pflege (N=5).

Bei den Textstellen, die der Kategorie Senioren zugeordnet wurden, fällt auf, dass die meisten Aussagen darauf abstellen, dass das Thema Senioren weder von den Kommunen noch in deren Auditingprozess ausreichend berücksichtigt wird. Mehrere der Befragten würden eine stärkere inhaltliche Vertiefung der Themen Pflege und Seniorinnen begrüßen, das zugunsten der klassischen Familienthemen ins Hintertreffen geraten ist. Auf diese inhaltliche Arbeit müsse sich jedoch erst stärker fokussiert werden, denn der demographische Wandel sei in manchen Kommunen schon stärker sichtbar. Andere Kommunen würden sich aber auch schon bevor dies eintritt mit gezielten Gegenmaßnahmen darauf vorbereitet wissen wollen.

Andernorts stößt dieses Thema allerdings noch auf Unverständnis, weil dort die Folgen des demographischen Wandels noch nicht spürbar genug sind. Thematisiert wurden in den Interviews aber auch Angebote wie eine Seniorenbegegnungsstätte zum gegenseitigen Kennenlernen und Treffen oder Spielplätze für ältere Bürgerinnen und Bürger sowie ein Sportprogramm für die Zielgruppe der immer mobiler werdenden Seniorinnen und Senioren. Darüber hinaus kam das ehrenamtliche Engagement von Seniorinnen und Senioren in den Kommunen zur Sprache.

Auf die Frage, was gute Familienpolitik ausmacht, antworteten mehrere der Interviewpartnerinnen und -partnern mit dem Schlagwort „*Miteinander der Generationen*“ (IW V9). Doch auch auf die Frage hin, welche kommunalpolitischen Schwierigkei-

ten mit dem Thema Familie bereits aufgekommen seien, antworteten die Befragten überwiegend mit dem Schlagwort „*Generationengerechtigkeit*“ (IW PL9). In der Kategorie Mehrgenerationen- und Familienzentren (N=17) wurden häufig die Weiterentwicklung der Familienzentren und Eltern-Kind-Treffs angesprochen. So seien beispielsweise „*ganz viele Projekte im Eltern-Kind-Treff*“ (IW V2) bereits angestoßen worden. Andernorts habe man zudem den Etat für Familienzentren, die auf die Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern ihr Augenmerk richten, erhöht. In diesen Zentren können sich Eltern kennenlernen und über ihre Anliegen austauschen.

Dies sei wichtig vor dem Hintergrund, dass die frühe Phase des Elternseins ohne die Möglichkeit, bei Bedarf vor Ort Beratungsdienste zur Familienbildung in Anspruch nehmen zu können, Risiken birgt. Dies gelte für junge Eltern insbesondere bei Fragen zu ihren Kindern, etwa bei Fieber oder Krankheit. Deshalb, so die einhellige Meinung, müsse Elternarbeit in Kindertagesstätten ausgeweitet werden. Hier könnten auch Rentnerinnen und Rentner mit ihrer Lebenserfahrung gute Dienste leisten. Durch ihr Engagement könnten sie zusätzlich vor Einsamkeit geschützt und so beim Führen eines möglichst langen selbstständigen Lebens unterstützt werden.

In der Kategorie Pflege wurde von dem Ziel berichtet, kranke und alte Menschen im Blick zu behalten. Vor allem für die Pflege von Hochbetagten seien innovative Ideen und die Überwindung von bürokratischen und gesetzlichen Hindernissen gefragt. Die Befragten gaben an, dass die Planung der Pflegeangebote komplexer sei als angenommen. Eine Kommune konnte die Planung selbst in Kooperation mit einer Universität noch nicht hinlänglich abschließen.

### 7.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Interviewauswertung

Zusammenfassend lassen sich für das erste Handlungsfeld Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit folgende Erkenntnisse festhalten.

- *Strategische Nutzung des Audits:* Einige Kommunen nutzen das Audit als umfassendes Managementsystem und siedeln es direkt unter der Verwaltungsspitze an, um eine höhere Verbindlichkeit innerhalb der Kommunalverwaltung zu erzielen. Andere Kommunen hingegen nutzen stärker die Außenwirkung des Siegels, um ihre Attraktivität bei unterschiedlichen Zielgruppen zu steigern.
- *Beteiligung:* Die Notwendigkeit, Bürgerinnen und Bürger an sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen, wird von den Kommunen zunehmend erkannt. Die Beteiligungsmöglichkeiten werden in den untersuchten Kommunen unterschiedlich gehandhabt.
- *Familienbegriff:* Die Auseinandersetzung mit dem Familienbegriff im Audit beeinflusst die kommunale Perspektive auf Familien. Die Erweiterung des Blicks von der Kernfamilie auf sämtliche Lebensbereiche des Sozialraums und Generationen als auch die Loslösung der biologischen Abhängigkeit von Familien werden überwiegend theoretisch betrachtet. In der Praxis kommunaler Familienpolitik werden Handlungsfelder nicht in diesem gesamtgesellschaftlichen Sinne, sondern nach wie vor zielgruppenspezifisch bearbeitet.
- *Finanzierung:* Kommunale Familienpolitik kann ihre Aufgaben ohne finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder nur unzureichend erfüllen. Die finanzielle Situation der meisten Kommunen ist angespannt, sodass sie ohne diese Zusatzfinanzierungen ihren familiengerechten Ambitionen nicht nachkommen, sondern bestenfalls ihre familienpolitischen Pflichtausgaben erfüllen können. Diese haben aber zumeist nicht Familien als Ganzes, sondern nach wie vor einzelne Zielgruppen (z. B. Jugendliche, Familien in schwierigen Lebenslagen, Alleinerziehende) im Blick. Im Umkehrschluss ist erkennbar, dass Kommunen Themenfeldern, die nicht durch Bundes- oder Landesmittel bezuschusst werden, entsprechend weniger Aufmerksamkeit widmen.

Für das zweite Handlungsfeld Familie und Arbeitswelt, Betreuung lassen sich zusammenfassend folgende Erkenntnisse festhalten:

- *Kinderbetreuung:* Die Debatte um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird dominiert von der ausreichenden Ausstattung an Kinderbetreuungsplätzen. Hier gewinnt eine Zusammenarbeit zwischen der Kommunalverwaltung und den ansässigen Unternehmen zunehmend an Bedeutung.
- *Denken in Zielgruppen:* Bei der Betreuung schulpflichtiger Kinder wird ersichtlich, dass sich kommunale Familienpolitik nicht an Kindern und Familien als Kontinuum orientiert, sondern segmentiert in Themenfeldern agiert. Dies wird am Beispiel Kindertagesstätten- und Schulplanung deutlich: Ihre Handhabung wird vom Auditierungsprozess kaum beeinflusst, sondern wie in Vergangenheit fortgesetzt.
- *Familie als Querschnittsaufgabe:* In Einzelfällen ist eine Querschnittsbetrachtung des Themas Familie zu verzeichnen, beispielsweise wenn nicht originär für Familienpolitik zuständige Stellen in die Verbesserung der Familiengerechtigkeit mit einbezogen werden, z. B. das Bauamt für barrierefreies Wohnen.
- *Pflichtige und freiwillige Aufgaben:* Es zeigt sich, dass die kommunalen Pflichtaufgaben deutlich leichter in die Zielrichtung des Audits eingebettet werden können. Darüber hinausgehende Aufgaben sind jedoch sehr schwer im Haushalt zu berücksichtigen. Doch gerade diesen wird eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Familiengerechtigkeit in Kommunen zugeschrieben.

Auch im Handlungsfeld Bildung und Erziehung wird deutlich, dass vom Audit inhaltlich keine neuen Impulse für die Schulentwicklungsplanung hervorgehen. Es bewirkt lediglich zusätzliche familienunterstützende Maßnahmen.

Für das vierte Handlungsfeld Beratung und Unterstützung sind zusammenfassend folgende Erkenntnisse zu verzeichnen:

- *Investitionen in Familien:* Das Audit hat nicht automatisch zur Folge, dass Kommunen mehr Geld für die Unterstützung der Familien bereitstellen, sie bündeln ihre Ressourcen vielmehr mit Blick auf bestimmte Bedarfslagen.
- *Familien(service)büros:* Hier werden Ansätze einer Querschnittssichtweise auf Familien erkennbar, weil versucht wird, Ratsuchenden Hilfe gebündelt und unmittelbar anzubieten, ohne dass diese sich an verschiedene Zuständigkeiten in der Kommunalverwaltung wenden müssen.

Für das fünfte Handlungsfeld Wohnumfeld und Lebensqualität sind insbesondere zwei Erkenntnisse festzuhalten:

Das Handlungsfeld 6 Senioren und Generationen wird in den Interviews „stiefmütterlich“ berücksichtigt. Es fällt auf, dass die meisten Aussagen zu Senioren bestätigen, dass dieses Thema in der kommunalen Familienpolitik deutlich zu kurz kommt. Das „Miteinander der Generationen“ wird zwar gerne als Slogan einer guten Familienpolitik genannt, verharnt aber weitgehend auf theoretischer Ebene. Obwohl Generationengerechtigkeit im Audit auch auf die Großeltern und andere ältere Menschen ausgeweitet wurde, fokussieren sich diesbezügliche Maßnahmen stark auf die Entwicklung von Familienzentren, die aber überwiegend auf die Schaffung von Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs von jungen Eltern ausgerichtet sind. Die inhaltliche Arbeit und Auseinandersetzung mit dem Miteinander der Generationen erscheint deshalb von den übrigen Handlungsfeldern des Audits getrennt, hier ist der Querschnittsgedanke in den Kommunalverwaltungen offenbar noch nicht sehr ausgeprägt.

## 8 Auswertung des politischen Diskurses zu Familien in den politischen Gremien der Untersuchungskommunen

Für den Blickwinkel der Kommunalpolitik auf die Familiengerechtigkeit und familienpolitische Themen im Allgemeinen wurde von einer narrativen Befragung einzelner Politikerinnen oder Politiker abgesehen, da das Risiko bestand, dass Einzelmeinungen zu stark gewichtet würden, was wiederum nicht zu kontrollieren ist. Stattdessen wurden die Ratsprotokolle und die Niederschriften des Jugendhilfeausschusses oder des jeweiligen Äquivalents des Jahres 2017 mit einer Schlagwortsuche nach entscheidenden Passagen durchsucht und im Anschluss wurde wieder die Kategorisierung in die Handlungsfelder des Audits Familiengerechte Kommune und weiteren Unterkategorien vorgenommen. Die Unterkategorien entsprechen zugleich denen der Interviewcodierung in Kapitel 7. Mit dieser Vorgehensweise kann herausgearbeitet werden, wie im politischen Diskurs der einzelnen Kommunen über Familien gesprochen wird, und lässt sich zugleich ein diskurstypübergreifender interkommunaler Vergleich ziehen.

Hier werden die Rahmenbedingungen dadurch gebildet, dass es zwar gesetzliche Regelungen zur Arbeit mit Familien in der Jugendhilfe gibt, wie die Hilfen zur Erziehung im Allgemeinen und die sozialpädagogische Familienhilfe im Speziellen (§ 31 SGB VIII). Allerdings ist nicht geregelt, wie genau die Hilfen familiäre Beziehungen adressieren und wie genau sie mit anderen kommunalen Angeboten verknüpft werden. Daher liegt trotz der komplexen Materie die Frage auf der Hand, welches Bild von Familie in der politischen Diskussion zu erkennen ist und wie Familie bei Diskussionen im politischen Raum, auch in Bezug auf die Ausgestaltung der Pflichtaufgaben nach dem SGB VIII, mit einzubeziehen ist. Daher lässt sich aus dem politischen Diskurs ableiten, ob familiäre Beziehungen adressiert oder Familien eher in Subgrup-

pen unterteilt und adressiert werden, was zwar einem funktionalistischen, aber keinem ganzheitlichen familienpolitischen Ansatz entsprechen würde, der durch das Audit Familiengerechte Kommune mitgeprägt werden sollte.

### 8.1 Beschreibung der Daten und des Vorgehens der Auswertung der Niederschriften politischer Debatten

Die erste Hürde war, zunächst alle Niederschriften der Kommunen für die Analyse zusammenzusuchen und abzulegen. In sechs Kommunen waren die gewünschten Ratsprotokolle online verfügbar, drei Verantwortliche in den Kommunalverwaltungen schickten die Protokolle auf Anfrage per E-Mail zu. Aus Landau in der Pfalz waren keinerlei Protokolle einsehbar. Daher fiel diese Kommune aus der Analyse der Ratsprotokolle und Niederschriften des Jugendhilfeausschusses heraus. Eine weitere Schwierigkeit bei der Beschaffung der Protokolle war die unterschiedliche Ausgestaltung des Jugendhilfeausschusses. Insbesondere in kleineren Kommunen ist dieser Ausschuss inhaltlich weiter gefasst und somit auch für Themen außerhalb der klassischen Jugendhilfe zuständig. Dies muss im Sinne der Vergleichbarkeit in gewissem Maße mitberücksichtigt werden. In Görlitz ist der vergleichbare Ausschuss kein entscheidender, sondern lediglich beratender Ausschuss, weshalb auch die Niederschriften nicht mit denen der anderen Kommunen vergleichbar gewesen wären. Aus dieser Kommune wurden deshalb nur die Ratsprotokolle, nicht aber die eines Fachausschusses bei der Auswertung berücksichtigt. Insgesamt flossen 63 Ratsprotokolle mit 1.433 Seiten und 48 Niederschriften der entsprechenden Aus-

schüsse mit 350 Seiten in die Analyse ein. Doch nicht nur die Anzahl, sondern auch die Länge der jeweiligen Niederschriften muss bei der Analyse mitbedacht werden, wobei die Länge der Sitzungen und die Ausführlichkeit der Niederschriften zwischen den Kommunen variiert. In einigen Kommunen bestanden die dieser Untersuchung zur Verfügung stehenden Protokolle aus nicht viel mehr Inhalten als den Tagesordnungspunkten. In anderen Kommunen wurden Debatten wortwörtlich festgehalten.

Die insgesamt 111 Dokumente wurden mit der in Tabelle 18 aufgeführten Schlagwortliste abgesehen. Dabei wurden nicht nur die Themen der einzelnen Handlungsfelder, sondern auch die Begriffe des erweiterten Familienbegriffs, die sich durch die Analyse der von den Kommunen erstellten Dokumente (siehe Kapitel 6.2) ergeben haben, und Metathemen kommunaler Familienpolitik in die Suche aufgenommen. Aus Gründen der Praktikabilität wurden die Schlagworte Wohnen, Wohnungen, Wohnungsbau und Wohnumfeld zu dem Schlagwort Wohn zusammengefasst. Ebenso steht das Schlagwort Demogra für demographischer Wandel, Demographie, demografischer Wandel und Demografie, um auch Treffer der neuen deutschen Rechtschreibung mit erfassen zu können.

Die durch die Suche dieser Schlagwörter gefundenen Abschnitte in den Dokumenten wurden auf ihren Inhalt und die Zugehörigkeit zum weiten Feld der Familienpolitik hin untersucht und dann den in Tabelle 17 dargestellten Kategorien und Unterkategorien zugeordnet. Ausschussnamen (z. B. Ausschuss für Familie, Soziales und Kultur) oder Örtlichkeiten (z. B. Beratungsraum) mussten dabei beispielsweise herausgefiltert werden und sind nicht in die Auswertung eingeflossen. Die Codierung wurde von mehreren Personen unabhängig, aber zur gleichen Zeit am gleichen Ort mit gelegentlichen Absprachen vorgenommen. So wurde eine höhere Interrater-Reliabilität erzeugt. In Tabelle 19 werden die Zuordnungen der Abschnitte aus den 1.783 Seiten der Protokolle zu den jeweiligen Codes dargestellt. Bei der Zuordnung der Codes wurde auf eine Doppelcodierung verzichtet, um den Auswertungsprozess praktikabel zu gestalten. So wurde die Kategorie Beratung dem vierten Handlungsfeld zugeordnet, obwohl die Seniorenberatung auch dem sechsten und Pflegeberatung dem zweiten Handlungsfeld zugeordnet werden könnten. Da jedoch mit der Auswertung ein über alle zehn Kommunen geltender Überblick geschaffen werden sollte, wurde darauf verzichtet.

TABELLE 18 Dreidimensionale Schlagwortliste

Handlungsfelder	Steuerung	Vernetzung	Netzwerk	Nachhaltig
	Ziel	Betreuung	Vereinbarkeit	Erziehung
	Bildung	Familie	Beratung	Unterstützung
	Lebensqualität	Generationen		
	(Prävention)	(Integration)	(Akzeptanz)	
Lebensspannen	Schwangerschaft	Neugeborenen	Kind	Kindertagesstätte
	Kita	Kindergarten	Eltern	Schule
	Jugend	Senioren	Ältere	Pflege
	Tagespflege	Tagesmutter		
Metathemen	Familienpolitik	Übergang	Wohn	Demogra
	Beteiligung	Partizipation		

Quelle: eigene Darstellung

**TABELLE 19** Anzahl der verwendeten Kategorien in der Auswertung der Ratsprotokolle und Niederschriften

		N = 781
<b>1.</b>	<b>Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit</b>	<b>210</b>
	Steuerung	14
	Vernetzung	19
	Beteiligung	119
	Nachhaltigkeit und Sicherung	12
	Audit	46
<b>2.</b>	<b>Familie und Arbeitswelt, Betreuung</b>	<b>161</b>
	Vereinbarkeit und Arbeitgeber	3
	Elterngeld & Unterhalt	9
	Alleinerziehende	7
	schulische Betreuung	6
	Elementarbereich	78
	Kinderbetreuungskosten	51
	Kindertagespflege	7
<b>3.</b>	<b>Bildung und Erziehung</b>	<b>115</b>
	Bildungsangebote	6
	Bildungskosten	19
	Schule	68
	Erwachsenenbildung	7
	musisch-künstlerische Bildung	7
	Erziehung	8
<b>4.</b>	<b>Beratung und Unterstützung</b>	<b>72</b>
	Beratung	21
	Unterstützung	25
	Jugendhilfe	26
<b>5.</b>	<b>Wohnumfeld und Lebensqualität</b>	<b>313</b>
	Wohnen & Bauen	28
	Stadtplanung & Lebensqualität	113
	öffentliche Einrichtungen	101
	Verkehr	29
	Freizeit	19
	Unterkünfte und ökonomisch Schwache	23
<b>6.</b>	<b>Senioren und Generationen</b>	<b>25</b>
	Senioren	12
	Mehrgenerationen- und Familienzentren	13
Codes mit einer Zuordnung von N < 3 wurden nicht ausgewiesen		
Quelle: eigene Darstellung		

Im Folgenden wird nun der politische Diskurs in den zehn untersuchten Kommunen betrachtet. Dafür werden die Codes den jeweiligen Handlungsfeldern zugehörig ausgewertet. Dabei wird keine Unterscheidung zwischen den Kommunen vorgenommen, da es nicht um einen Vergleich der einzelnen Kommune, sondern um Aussagen zum Instrument selbst geht.

## 8.2 Empirische Ergebnisse des politischen Diskurses

Die Zuordnung zu den einzelnen Kategorien und Codes beruht bei der Analyse lediglich auf einer analytischen Trennung. Je stärker die Themenfelder auch zwischen den Kategorien verschmelzen, desto mehr wird die Arbeit an der Familiengerechtigkeit der Kommune als Querschnittsthema deutlich.<sup>15</sup>

### 8.2.1 Ergebnisse der Auswertung der Niederschriften politischer Debatten im Handlungsfeld 1

Im ersten Handlungsfeld lässt sich ein klarer Schwerpunkt auf der Kategorie Beteiligung (N=119) erkennen. Mit über die Hälfte (N=46) der Textstellen sind Thematiken zum Audit Familiengerechte Kommune mit den Subkategorien Ergebnisse und Ziele vertreten. Die Kategorien Steuerung, Vernetzung und Nachhaltigkeit sind mit ca. zehn Textstellen weitaus unterrepräsentiert.

Die Kategorie Beteiligung setzt sich aus unterschiedlichen Aspekten der Bürgerbeteiligung zusammen. Dabei nimmt die direkte Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern, Kindern und Jugendlichen in die politischen Sitzungen unter anderem durch die Einwohnerfragestunden einen hohen Stellwert ein. Ergebnisse von Jugendforen, Partizipation in der Kindertagesstätte sowie die Stärkung der politischen Bildungsarbeit werden im Sinne von Beteiligungsformen ebenso in den politischen Gremien diskutiert:

<sup>15</sup> Die Codierungen wurden deshalb anhand von der bestmöglichen Passung zu einer Kategorie vorgenommen, was nicht ausschließt, dass nicht auch punktuell eine andere Zuteilung möglich gewesen wäre.

*„Beschluss: Das Bezirksamt wird ersucht, gemeinsam mit den Fraktionen und Ausschüssen der BVV die politische Bildungsarbeit in Lichtenberg zu stärken. Dabei sind die Stadtteilzentren, lokale Vereine, Träger und Bürger\*innen-initiativen, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportvereine, die bezirklichen Einrichtungen der kulturellen Bildung und die Volkshochschule, Jugendorganisatorinnen, Senior\*innenbegegnungsstätten und die Senior\*innenvertretung einzubeziehen. (...) Schwerpunkte sollen hierbei sein:*

- (1) Informationen über Möglichkeiten der Bürger\*innenbeteiligung.*
- (2) Vorstellung der Arbeit des Bezirksamtes und der BVV u. a. in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen durch Vertreter\*innen des Bezirkes.*
- (3) Öffentliche Diskussionen über aktuelle kommunalpolitische Themen und Vorhaben mit Vertreter\*innen aus Bezirksamt und BVV.*
- (4) Informationen über Möglichkeiten sich politisch zu engagieren.*
- (5) Vorstellung und Diskussion der Partizipationsmöglichkeiten von und für Bürger\*innen in bezirklichen Gremien“*  
(aus dem Protokoll der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, Mai 2017, Seiten 26 f.).

Ebenfalls werden Formate wie Kinder- und Jugendparlamente bzw. -konferenzen institutionalisiert und Workshops zu bestimmten Themen mit Beteiligten durchgeführt. Dazu zählt beispielsweise die aktive Einbeziehung von Kindern bei der Planung und Sanierung von Spielplätzen. Deutlich wird, dass die Beteiligungsformen in den Kommunen vielfältig gedacht werden und möglichst viele Bürgerinnen und Bürger durch einzelne Initiativen erreicht werden sollen. Auch unterschiedlichste Berichte über bereits durchgeführte Beteiligungsformen werden in politischen Debatten diskutiert bzw. in Auftrag gegeben. Auf Jugendliche im Jugendhilfebereich wird dabei ebenso eingegangen wie auf generelle Onlinebeteiligung auf Bürgerbeteiligungsplattformen. Ein weiterer viel besprochener Aspekt sind die Kosten der Bürgerbeteiligung. Der Umgang mit der Kostendeckung wird unterschiedlich gehandhabt. Ein Vorschlag des Lichtenberger Jugendhilfeausschusses ist,

*„finanzielle Mittel ressortübergreifend zusätzlich zum Jugendetat einzustellen. [Mit der Begründung, dass] Kinder- und Jugendbeteiligung eine Querschnittsaufgabe [sei], welche in allen bezirklichen Ressorts stattfindet“*  
(aus dem Protokoll des Jugendhilfeausschusses Berlin-Lichtenberg, September 2017, Seite 2).

In der Kategorie Beteiligung wird versucht, sämtliche Zielgruppen des Audits einzubeziehen, wenn auch in unterschiedlichen Formaten.

Über das Audit Familiengerechte Kommune wurde in der Auswertung der politischen Debatten in 46 Textstellen gesprochen, wobei die Berichterstattung über die Sachstände des Audits den größten Teil einnimmt. In drei der untersuchten Kommunen ist auch die Bilanzauditierung im Gespräch. Des Weiteren ließen sich Textstellen diesem Code zuordnen, die die Definition der Begriffe „Familie“, „Familiengerechtigkeit“ und „Familienfreundlichkeit“ beinhalten. Der Jugendhilfeausschuss in Görlitz hat beispielsweise die drei Fakten zur Familie wie folgt festgehalten:

*„1. Familien sind ‚harter‘ Standortfaktor, 2. alle Entscheidungen der Stadtpolitik betreffen Familien, 3. Familie besteht aus allen Generationen“*  
(aus dem Protokoll des Görlitzer Stadtrates, Juni 2017, Seite 4).

Durch die verschiedenen Dokumente, die während des Auditierungsprozesses verbindlich angefertigt und von den politischen Gremien verabschiedet werden müssen, ist eine kontinuierliche Beschäftigung der Gremien mit dem Thema gewährleistet. Doch nachdem die Zertifizierung abgeschlossen ist, wird lediglich die Frage der Bilanzauditierung in den Gremien besprochen, es werden aber keine weiteren inhaltlichen Debatten über die familienpolitischen Herausforderungen geführt.

Ziele der Kommunen, die im Kontext des Auditierungsprozesses genannt wurden, sind die Barrierefreiheit von Veranstaltungen und kontinuierliche, bedarfsgerechte, wohnort- und lebensweltnahe Eltern- und Familienangebote. Zudem

*„wird angeregt „Familien“ stärker auch namentlich in den Begrifflichkeiten aufzunehmen“*  
(aus dem Protokoll des Jugendhilfeausschusses Berlin-Lichtenberg, Mai 2017, Seite 3).

Weitere Ziele, welche sich aus dem politischen Diskurs herausarbeiten lassen, sind im Bereich der

Bildung unter anderem Übergänge zwischen den Schulformen, Einbeziehung der Elternarbeit, Digitalisierung und Berufsorientierung. Ebenso werden der Ausbau der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und die Kooperation von Ämtern innerhalb der Verwaltung zu den Themen Gemeinwesenentwicklung und Präventionsmaßnahmen angestrebt. Doch neben den Zielen konnten auch bereits einige Erfolge aus den Ratsprotokollen herausgearbeitet werden. Die Eröffnung von Familienbüros, die Verankerung des Themas Familie in der städtischen Politik und Verwaltung, die offensivere Beteiligung von Familien und die Etablierung von Runden Tischen und Netzwerken sind Ergebnisse, die direkt mit der Zielvereinbarung des Audits in Verbindung gebracht werden. Ebenso wie die Umgestaltung von öffentlichen Einrichtungen werden als Ziele des Audits formuliert:

*„Im Wartebereich des Einwohnermeldewesens wurden wieder Spielmöglichkeiten für Kinder geschaffen, Toiletten in der Jägerkaserne wurden mit Toilettensitzen und Waschbeckentritt-erhöhungen für Kinder ausgestattet“*

(aus dem Protokoll des Görlitzer Stadtrates, Juni 2017, Seite 20).

Auch für einzelne Zielgruppen, wie Jugendliche, ältere Menschen und generell Menschen in Krisensituationen, konnten bereits Erfolge erreicht werden. Hinzuzufügen ist die Nennung von Preisen, z. B. Lichtenberger Preis für Demokratie und Toleranz (aus dem Protokoll der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, März 2017, Seite 5).

Im Handlungsfeld 1 mit dem Titel Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit spielen die darin genannten Schlagworte jedoch in den Kategorien Beteiligung und Audit eine untergeordnete Rolle. Die meisten Zuordnungen dieser drei Kategorien ließen sich zur Kategorie Vernetzung (N=19) vornehmen. Netzwerke bzw. Veranstaltungshinweise in Bezug auf Netzwerktreffen haben dabei den größten Anteil. Kooperationsvereinbarungen zwischen der Verwaltung und Forschungszentren oder Stiftungen, Zusammenarbeit und Arbeits-

kreise zwischen den Ämtern als auch die Bildung von Netzwerken bestimmter Institutionen und Personengruppen, wie beispielsweise unter Alleinerziehenden, werden in den politischen Gremien beschlossen, besprochen und zur Kenntnis genommen:

*Den „Arbeitskreisen ist gemein, dass über die enge Vernetzung und persönliche Bekanntschaft der Teilnehmer auch eine zeitnahe telefonische oder elektronische Information über aktuelle, stadtübergreifende Themen sichergestellt ist“*

(aus dem Protokoll des Rates Düsseldorf, September 2017, Seite 19).

Die Vorteile der Zusammenarbeit und ressortübergreifenden Querschnittsdenkens verschiedenster Themen sind somit in der politischen Debatte angekommen. Die konkrete Umsetzung dessen bestimmt jedoch die aktuelle Diskussion. Öffentliche Treffpunkte in den Kommunen werden errichtet, sodass sich Bürgerinnen und Bürger austauschen und gegenseitig in ihren Angelegenheiten unterstützen können. Familienbüros und Familien-Apps werden eingerichtet, um den Austausch professionell voranzutreiben.

In der Kategorie Steuerung konnten lediglich 14 Textstellen zugeordnet werden. Hauptsächlich handelt es sich dabei um die (Aufgaben-)Verteilung der einzelnen Ämter innerhalb der Kommunalverwaltung sowie deren Personalressourcen. In diesem Zuge werden einzelne Abläufe besprochen, wie beispielsweise die „schnellere Bearbeitung von Wohngeld- und Wohnberechtigungsanträgen“ (aus dem Protokoll der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, Februar 2017, Seite 2). Ein weiterer großer Anteil ist die Bestimmung von Haushalten und die Diskussion der Themen, welche dabei besonders berücksichtigt werden sollten, auch wenn eine Bundes- bzw. Landesfinanzierung ausbleiben wird. Die Kinder- und Jugendarbeit als auch insbesondere die Schulsozialarbeit wurden dabei mehrfach genannt.

Die Kategorie Nachhaltigkeit und Sicherung (N=12) gliedert sich in zwei Themenblöcke. Zum einen wurde über Nachhaltigkeit durch Finanzen (z. B. Investitionsfonds) und Förderungen (z. B. die Frauenquote in politischen Gremien) diskutiert. Hier ist auffällig, dass oft das Wort „Generationengerechtigkeit“ fällt. Standortanalysen, integrierte Handlungskonzepte zu Nachbarschaftskonzepten und „die Art und Weise, wie Geld angelegt werde“ (aus dem Protokoll des Kreistages Osnabrück, Dezember 2017, Seite 13) sind ebenfalls in diesem Zusammenhang zu nennen. Zum anderen wurde Nachhaltigkeit im ökologischen Sinne thematisiert, wobei das

*„Ziel ist [...], dass unsere Nachkommen in der Zukunft weiterhin gern und gut in der Stadt leben können“*

(aus dem Protokoll des Sozialausschusses Oranienburg, September 2017, Seiten 2 f.).

### 8.2.2 Ergebnisse der Auswertung der Niederschriften politischer Debatten im Handlungsfeld 2

Die Kategorie Elementarbereich nimmt den Großteil (N=78) der in diesem Handlungsfeld zugeordneten Passagen ein. Darauf folgen Textstellen über die Kinderbetreuungskosten (N=51). Die fünf weiteren Kategorien sind mit jeweils unter zehn Passagen deutlich unterrepräsentiert. Daran lässt sich bereits ablesen, dass für die politische Debatte der Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt die Kleinkinderbetreuung am relevantesten ist und die Kosten der Kinderbetreuung der maßgebende Diskussionsgegenstand der kommunalen Gremien sind.

In der Kategorie Elementarbereich wird in den politischen Gremien vor allem über die bedarfsgerechte Bereitstellung von Betreuungsplätzen, -zeiten und -formen diskutiert. Über Onlineportale und Elternbefragungen werden Bedarfsanalysen durchgeführt. Um den Zuzug und steigende Geburtenzahlen zu kompensieren, versuchen die Kommunen, den gestiegenen Bedarf an Betreuungsplätzen zeitnah zu decken:

*„Ratsherr Schreiber erklärt, dass jeder, der politisch unterwegs ist, Gespräche mit Eltern führt, die verzweifelt einen Betreuungsplatz suchen und nicht finden. Dies stellt eine sehr große Belastung für die Familien dar, vor allem auch in finanzieller Hinsicht. Die Zahlen sind bereits seit vielen Jahren sehr gut und mit jährlich 1.000 neuen Plätzen ist die Verwaltung bemüht, wirklich jedem Kind einen Betreuungsplatz zu bieten“* (aus dem Protokoll des Jugendhilfeausschusses Düsseldorf, September 2017, Seiten 8–9).

Relativ viele Neu-, Um- und Anbauprojekte sind in Planung, in deren Zuge auch der Optimierung der Essensversorgung und der Raumgestaltung viel Aufmerksamkeit zukommt. Auch die Einrichtung von Betriebskindergärten und kurzfristige Unterstützungsangebote freier Träger werden diskutiert. Die Themen Fachkräftemangel und die dringend notwendige Entlastung des pädagogischen Personals werden dabei ebenfalls in den Blick genommen. Des Weiteren werden erweiterte Angebote in den Kindertagesstätten – überwiegend in den Jugendhilfe- bzw. Sozialausschüssen – vorgestellt.

Im Zuge der Kinderbetreuungskosten wird über mögliche finanzielle Entlastungen der Kommunen durch Zuwendungen aus Bundes- und Landesmitteln gesprochen:

*„Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann betont ebenfalls die enormen Zahlen, die zeigen, dass die Familien nicht nur kommen, sondern auch bleiben. Sie begrüßt die Unterstützung des Landes, da es haushalterisch alleine nicht zu stemmen ist. Daher wünscht sie sich, dass Bund und Land weiterhin erkennen, dass die Kinder-versorgung nicht allein über die kommunalen Haushalte geleistet werden kann“*

(aus dem Protokoll des Jugendhilfeausschusses Düsseldorf, September 2017, Seiten 8–9).

Ebenfalls wird über städtische Investitionszuschüsse an freie Träger und die Höhe der Elternbeiträge beratschlagt. In diesem Kontext fällt in zwei Kommunen die Begründung der Familiengerechtigkeit:

*„Als familienfreundliche Kommune mit dem Ziel, sich auch als eine solche auditieren zu lassen, ist es nicht vereinbar, die Gebühren für die Nutzung der Kindertagesstätten zu erhöhen, da sie eigentlich, zumindest im Bereich der Vormittagsbetreuung für 3- bis 6-Jährige, weiter sinken bzw. abgeschafft werden müssten. Von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bebra sollte deshalb keinerlei Signal ausgehen, welches den Status einer familienfreundlichen Kommune im Empfinden der Bevölkerung, insbesondere der Familien, oder/und im Auditierungs-Prozess gefährdet oder zumindest ankratzt.“*

(aus dem Protokoll des Ausschusses für Familie, Soziales und Kultur Bebra, März 2017, Seiten 3 f.).

Die direkte Nennung des Audits zeigt den Einfluss auf kommunale Entscheidungen im zweiten Handlungsfeld in zwei Kommunen.

In der Kategorie Elterngeld & Unterhalt (N=9) wird von einer der beiden zuvor aufgeführten Kommunen auf Familienfreundlichkeit in der Vergabe von Elterngeld verwiesen, worüber jedoch keinerlei Konkretisierung dessen vorgenommen wird. Darüber hinaus wird in zwei anderen Kommunen über die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes und die damit einhergehende Überarbeitung der Richtlinien von Bund und Ländern diskutiert. Die Verlängerung der Unterhaltszahlungen bis zum 18. Lebensjahr würde die Anzahl der Anträge noch weiter erhöhen, doch die Wartezeiten seien bereits zum Zeitpunkt der Protokollierung zu lang.

Der Kategorie Kindertagespflege wurden sieben Textstellen zugeordnet, die sich größtenteils mit Neufassungen der Tagespflegerichtlinien auseinandersetzen. Es wird über den Vertretungsfall, das Zuzahlungsverbot für Eltern und die Bedeutung der Tagespflege „als wachsende Säule der Kinderbetreuung“ (aus dem Protokoll des Jugendhilfeausschusses Düsseldorf, Juni 2017, Seiten 13-14) gesprochen.

Über Alleinerziehende (N=7) wird lediglich in Düsseldorf und Berlin-Lichtenberg debattiert. Der

Bezirk Lichtenberg möchte bei einer Bilanzauditierung des Zertifikats Familiengerechte Kommune auch die Zielgruppe der alleinerziehenden Eltern berücksichtigen:

*„Begründung: Berlinweit besteht ca. ein Drittel aller Familien aus einem alleinerziehenden Elternteil mit Kind(ern). In Lichtenberg betrifft dies fast die Hälfte aller Familien. Besonders hoch ist dieser Anteil bei Familien mit staatlichen Transferleistungen“*

(aus dem Protokoll des Jugendhilfeausschusses Berlin-Lichtenberg, April 2017, Seiten 1 f.).

Dafür wurden bereits in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) die Ergebnisse eines Fachtages für Alleinerziehende in Kooperation mit den Trägern vorgestellt.<sup>16</sup> Für einen neuen Maßnahmenplan sollen Finanzierungen aus dem Landshaushalt eingefordert sowie finanzielle Planungen auch in den Bezirkshaushalt mit eingestellt werden. Ein Netzwerk für Alleinerziehende wurde ebenfalls gegründet.

Auch in Düsseldorf wird

*„die Verwaltung [...] beauftragt, in der Fortschreibung der Jugendhilfeplanung die besondere Situation alleinerziehender Mütter und Väter als eigenständigen Schwerpunkt zu berücksichtigen und passgenaue Unterstützungsangebote bereitzustellen“*

(aus dem Protokoll des Rates Düsseldorf, November 2017, Seite 4).

Die schulische Betreuung (N=6) wird einzig in Bochum und im Kontext von außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten an Grund- und Förderschulen im Primarbereich und Elternbeiträgen angesprochen.

<sup>16</sup> „Im Ergebnis des Fachtages wurde klar, dass es in der Hauptsache nicht um mehr Haushaltseinkommen für Alleinerziehende geht, sondern viel mehr auch um die Schaffung bzw. Optimierung gesellschaftlicher Bedingungen, welche eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unter Beachtung der Interessen von Kindern und ihren alleinerziehenden Eltern, ermöglichen“ (aus dem Protokoll des Jugendhilfeausschusses Berlin-Lichtenberg, April 2017, Seiten 1 f.).

Ein Schwerpunkt des Landkreises Osnabrück ist das Qualitätssiegel „Familienfreundliche Arbeitgeber in der Region Osnabrück“<sup>17</sup>, das sich in der Kategorie Vereinbarkeit und Arbeitgeber deutlich hervorhebt:

*„In der Region Osnabrück gibt es zahlreiche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die mit verschiedenen Maßnahmen und Angeboten zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Dass dies zwingend notwendig ist, verdeutlichen vor allem demografische Entwicklungen, die immer mehr Unternehmen vor die Herausforderung stellen, gut qualifizierte Fachkräfte zu halten und neues Personal zu gewinnen. [...] Ziel des Qualitätssiegels ist es, Familienfreundlichkeit als Wettbewerbsvorteil herauszustellen, welcher die Personalfindung und -bindung positiv unterstützt und zu einer Steigerung der Unternehmensattraktivität führt. Außerdem steht es für ein Mindestmaß an familienfreundlichen Standards. Eine breite Akzeptanz und das vermehrte Bemühen unterschiedlicher lokaler Firmen um diese Auszeichnung fördern nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Pflege, sondern schaffen zudem Standortvorteile für die Region“*

(aus dem Protokoll des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie Landkreis Osnabrück, Januar 2017, Seiten 4 f.).

Auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber vor Ort werden demnach als Bedingung des Gelingens der Familiengerechtigkeit angesehen und müssen in den Prozess eingebunden werden. Dabei kann politische Steuerung einen großen Beitrag leisten. Im Görlitzer Rat werden die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber über das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinaus auch im Kontext einer „Verjüngung der Stadt und [einer] Anhebung des sozialen Niveaus“ (aus dem Protokoll des Stadtrates Görlitz, Juni 2017, Seite 10) betrachtet.

<sup>17</sup> Dieses Siegel wurde gemeinsam von Wirtschaftsförderungen und den Familienbündnissen von Stadt und Landkreis Osnabrück, der Handwerkskammer, der Agentur für Arbeit, dem Bistum, dem Industriellen Arbeitgeberverband, der Koordinierungsstelle „Frau & Betrieb“, der Gleichstellungsbeauftragten und dem Fachbereich Personal und Organisation der Stadt Osnabrück, der Hochschule Osnabrück sowie Unternehmensvertreterinnen und -vertretern entwickelt.

Besonders wird dabei auf Angehörige freier Berufe geschaut. Da sich diese „selbständig machen und auch Familien gründen“, standortunabhängig sind und ihren Wohnort frei wählen können, sollten „für die Ansiedlung dieser Menschen [...] Mittel eingestellt werden“ (aus dem Protokoll des Stadtrates Görlitz, Juni 2017, Seite 10). Das zweite Handlungsfeld lässt demnach auf unterschiedlichsten Ebenen Veränderungen hin zu einer familiengerechteren Arbeitswelt zu, die jedoch nicht unbedingt auf das Audit zurückzuführen sind. Die Kindertagesstättenplanung ist auch ohne den Auditierungsprozess handlungsleitend für die kommunale Familienpolitik – allein durch die Erfüllung gesetzlicher Auflagen.

### 8.2.3 Ergebnisse der Auswertung der Niederschriften politischer Debatten im Handlungsfeld 3

Das dritte Handlungsfeld Bildung und Erziehung setzt sich aus den Kategorien Bildungsangebote (N=6), Bildungskosten (N=19), Schule (N=68), Erwachsenenbildung (N=7), musisch-künstlerische Bildung (N=7) und Erziehung (N=8) zusammen, wobei der Schwerpunkt mit über der Hälfte der gefundenen Passagen auf der schulischen Bildung liegt. In der Stadt Bebra konnten keine Textabschnitte diesem Handlungsfeld zugeordnet werden.

Über bauliche Maßnahmen und die Ausstattungen von Schulen wurde in den Protokollen 19 Passagen gefunden. Dabei wurden Raumprogramme für einzelne Schulen als auch Kooperationen mehrerer Schulen (beispielsweise von örtlich nahe gelegenen Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien oder die attraktive Gestaltung von Übergängen von der Realschule zum Gymnasium) besprochen sowie die Schließung und Neueröffnung von Schulen diskutiert. Auch das Vorantreiben der Digitalisierung und die damit einhergehende Verbesserung von Internetzugängen waren Themen im politischen Diskurs. Die integrierte Schulentwicklungsplanung berücksichtigte auch die Auswirkungen der Rückkehr zu G9 und die notwendige Erhöhung der Zügigkeit in vielen Schulen. Die begrenzten Aufnahmekapazitäten der Schu-

len führten zu einer Neuzuschneidung von Einzugsbereichen bis hin zum Ausschluss auswärtiger Schülerinnen und Schüler bei zu zahlreichen Anmeldungen.

Die Bereitstellung der Essensversorgung an Schulen und der erhöhte Schul- und Unterrichtsausfall durch Lehrkräftemangel führten in mehreren Kommunen zu Diskussionen. Im Hinblick auf die schulische Inklusion wurden die Bedarfe in den einzelnen Kommunen dargestellt und es wurde über kommunale Inklusionsplanung gesprochen. Manche Schulen wurden um einen Förderschwerpunkt erweitert, in anderen Debatten ging es um die Schließung von Förderschulen. Bezüglich der Offenen Ganztagschulen bestimmten Rechtsgutachten und Genehmigungen die Verhandlungen. In Gladbeck wurde darüber hinaus über familienfreundlichere Teilnahmeregelungen durch einzelne Modifizierungen des Resolutionstextes von Angeboten der Offenen Ganztagschule diskutiert. Dafür wurden der Betreiber der Offenen Ganztagschulen und Elternvertreterinnen und -vertreter eingeladen, um den Mitgliedern des Rates ihre Erfahrungen zu schildern.

Weitere Themen im politischen Diskurs sind Drogenprobleme, Gewaltdelikte und Sachbeschädigung an verschiedenen Schulen sowie die Mitgestaltung des türkischen Islamverbandes DITIB im Religionsunterricht. Bezogen auf die Ziele des Audits, Familien stärker im kommunalen Handeln zu berücksichtigen, findet sich im Diskurs über die Ausstattung von Schulen demnach nur ein Anhaltspunkt in lediglich einer Kommune. Eine Interpretation wäre, dass die Kommunen Familien nicht systematisch mitbedenken, wo nur eine Altersgruppe, in diesem Fall Schulkinder, direkt betroffen sind.

Der Kategorie Bildungskosten wurden ausschließlich Passagen der Protokolle des Kreisrates im Landkreis Osnabrück und der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenbergs zugeordnet. Hauptsächlich ging es dabei um die Kostendeckung des Haushaltes im Hinblick auf Bildungsthemen. Eine viel diskutierte Meinung lässt sich durch den folgenden Auszug zeigen:

*„Eine gezielte und dauerhafte Entlastung bei den Kita- und Schulsachkosten sei insbesondere für finanzschwache Kommunen vorteilhafter als die Senkung der Kreisumlage“*

(aus dem Protokoll des Kreisrates im Landkreis Osnabrück, März 2017, Seite 7).

Auch die Finanzierung eines kommunalen Schulsanierungsprogramms, die Erhöhung des Lehr- und Lernmittelbudgets und in diesem Zuge auch die Ausstattung der Schulen mit schnellem Internet wurden beschlossen. Doch nicht nur im Sinne der Einrichtung wurde über Bildungskosten debattiert, sondern auch die ausgelaufene Bundesförderung für das Programm Bildung und Teilhabe (BuT), das nun von der Kommune selbst übernommen werden muss, und die Förderung der Schulsozialarbeit auch an Grundschulen waren im Gespräch. Bei der Schulkostendeckung im Allgemeinen wurde das Argument hervorgebracht, dass auch

*„die Mittel für das Familienzentrum [...] und für die Sportförderung belegten, dass Bildung, Erziehung und Jugend die Schlüsselbereiche einer erfolgreichen Politik im Landkreis Osnabrück bleiben würden“*

(aus dem Protokoll des Kreisrates im Landkreis Osnabrück, März 2017, Seite 10).

Auch generationsübergreifende Argumente wurden bei der Debatte um die Vergünstigung der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für Schülerinnen und Schüler mitbedacht. Beides sind Hinweise einer Erweiterung des Blicks für Querschnittsthemen im politischen Geschehen im Zuge der Auditierung.

Die Ausstattung von Einrichtungen im Hinblick auf schulsozialpädagogische Arbeit an Schulen und deren Fördermöglichkeiten sind in der Kategorie Erziehung maßgeblich. Dabei solle

*„die Schulsozialarbeit [...] weder den Zugang zu Bildung ermöglichen noch die Aufgaben der Schulen und der Jugendarbeit ersetzen, sondern ergänzend und flankierend wirken“*

(aus dem Protokoll des Kreistages des Landkreises Osnabrück, März 2017, Seite 10).

Darüber hinaus forderten die Räte, dass die Verwaltung mögliche Maßnahmen zur besseren Übergangsgestaltung zur inklusiven Beschulung eruieren und die Erzieherinnen und Erzieher als Mangelberuf einstufen solle.

Alles in allem zeigt sich, dass Familien als Querschnittsthema des kommunalen Geschehens im politischen Diskurs zu Themen dieses Handlungsfeldes allenfalls zurückhaltend angesprochen werden. Ein integriertes Verständnis von Familien, das sich nicht auf einzelne Lebensphasen, wie Jugend oder Erwerbstätigkeit, bezieht, fehlt offenbar. Nur in wenigen sekundären Themen bezieht die Kommunalpolitik in den dokumentierten Debatten Fragen der Familiengerechtigkeit ein, wie beispielsweise bei der Gestaltung sicherer Schulwege.

Sieben Passagen über Bedarfe von Kursen und deren Deckung in den Volkshochschulen, wobei nicht nur über Sprachbildung und -förderung, sondern auch die Vermittlung von Kenntnissen über die Weltreligionen gesprochen wurde, sind in der Kategorie Erwachsenenbildung eingeordnet. Auch Beschlüsse und Hinweise über die Ausbildung von Fachkräften im Amt und in kommunalen Ausbildungsverbunden wurden hier einsortiert. Die Hervorhebung von Hochschulstandorten als der „Schlüssel zur Integration“ (aus dem Ratsprotokoll Düsseldorf, März 2017, Seite 43) durch die gute Vernetzung in die regionale Wirtschaft wurde ebenfalls betont. Eine solche integrierte Perspektive spricht für ein modernes Verständnis von Bildung, allerdings nur in Bezug auf den Prozess, aber nicht auf die Einbindung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Konkret bedeutet dies, dass zwar Angebote für Menschen einzelner Lebensphasen bestehen, Familien aber nicht direkt adressiert werden.

In der Kategorie der musisch-künstlerischen Bildung (N=7) wurden größtenteils finanzielle und konzeptuelle Änderungen für Musikschulen bestimmt und die Kooperation von Musikschule und Kindergarten beantragt. Darüber hinaus wurde über die Bestandsaufnahme der Kulturentwicklungsplanung einer Kommune zu zahlreichen Ko-

operationen zwischen Schule, Hochschule, Museen und dem Kulturamt diskutiert. Eine weitere Kommune möchte das kommunale Museum zukunftsfähiger gestalten und nennt dabei auch den Aspekt der Familienfreundlichkeit.

In der Kategorie Bildungsangebote wurde vor allem über strategische Ziele debattiert. Das bedeutet, dass in den politischen Gremien vor allem über die Umsetzung von gesamtstädtischen Bildungsstrategien diskutiert und weniger auf konkrete Angebote eingegangen wurde. Hier zeigt sich auch die Einbeziehung externer Expertise für Entscheidungsprozesse. So wurde in der Samtgemeinde Neuenkirchen einer Studentin innerhalb ihrer Bachelorarbeit das Zusammentragen aller Bildungsangebote und die darauf aufbauende Erstellung eines Bildungskonzeptes aufgetragen.<sup>18</sup>

#### 8.2.4 Ergebnisse der Auswertung der Niederschriften politischer Debatten im Handlungsfeld 4

Im vierten Handlungsfeld sind die Kategorien Beratung, Unterstützung und Jugendhilfe untergeordnet. Insgesamt wurden 72 Passagen dem Code zugeordnet, wobei die Verteilung auf die drei Kategorien ungefähr gleich groß ausfällt. In den Dokumenten der Stadt Bebra konnte jedoch nichts zu diesem Handlungsfeld in der Schlagwortsuche gefunden werden.

In der größten Kategorie Jugendhilfe (N=26) dieses Handlungsfeldes konnten folgende Inhalte kommunenübergreifend herausgearbeitet werden: Besprochen wurden die Investitionszuschüsse und Projektförderungsanträge der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe und die Neubesetzung von Stellen. Auch Qualitätsstandards von Handlungsfeldern und ein Gesetzesentwurf zum SGB VIII kamen in diesem Zuge zur Sprache. Die finanziellen und inhaltlichen Gesichtspunkte sind in den

<sup>18</sup> Die betont enge Kooperation mit dem Stiftungsnetzwerk und einer Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement wird unter der Kategorie Vernetzung im ersten Handlungsfeld beschrieben. Die Nutzung des Campus für Demokratie für Bildungszwecke findet im ersten Handlungsfeld unter der Kategorie Beteiligung eine weitgehende Betrachtung und wird deshalb hier nicht explizit ausgeführt.

Gesprächen der politischen Gremien relativ ausgewogen, was ein deutliches Interesse der Politik an Themen der Jugendhilfe verdeutlicht. Hervorzuheben ist, dass in den Auditkommunen im Kontext der Jugendhilfe als gesetzlicher Auftrag, trotz Auditierung, nicht über Familie debattiert wurde. Das gibt einen Hinweis darauf, dass es im politischen Raum ein inhaltliches Kerngeschäft gibt, das nicht vom Audit mit seinem Implementierungsanspruch berührt wird.

In der um eine Textpassage kleineren Kategorie Unterstützung lassen sich die 25 Passagen folgendermaßen zusammenfassen. Alltagsnahe und niedrigschwellige Unterstützungsangebote für spezifische Zielgruppen, wie Familien, alleinerziehende Eltern, Wohnungslose und arbeitslose Jugendliche, werden teils einstimmig beschlossen, teils zwischen den einzelnen Fraktionen ambivalent diskutiert. Handlungsleitend ist hierbei immer das aus unterschiedlichen Blickwinkeln gesehene Wohl der Familien in den Kommunen. Ebendiese Thematisierung ist eines der Ziele des Audits und findet sich demnach im Diskurs wieder, wobei unklar ist, ob eine solche Debatte kausal mit dem Audit Familiengerechte Kommune verknüpft ist. Auch verwaltungsinterne Veranstaltungen sollen für eine Bestandsaufnahme zu bestehenden Angeboten erfolgen, um so Begegnungsmöglichkeiten mit den Kolleginnen und Kollegen der Jugendarbeit bzw. der Jugendsozialarbeit zu ermöglichen.

Verwaltungsinterne Problematiken wie die Wartezeiten der Bearbeitung von Anträgen wurden ebenfalls thematisiert, da diese zu einer Verschärfung von Notlagen führen können. Zwei weitere größere Thematiken, die der Kategorie Unterstützung zugeordnet wurden, sind einerseits Beschlüsse über finanzielle Beihilfen, beispielsweise für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige, die in stationären Einrichtungen oder Pflegefamilien und Gastfamilien untergebracht sind, sowie Kinder, die in Bereitschaftspflegefamilien leben, oder auch Weihnachtsbeihilfen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in jeglichen betreuten Wohnformen befinden. Andererseits wird in mehreren Kommunen über Präventionsketten

und eine ressortübergreifende Präventionspolitik verhandelt.<sup>19</sup>

*„Ziel sei es, die Entwicklungs- und Teilhabechancen aller Kinder bis zu zehn Jahren – insbesondere der Kinder, die unter benachteiligten Bedingungen aufwachsen – umfassend zu fördern“*

(aus dem Protokoll des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie Landkreis Osnabrück, Juni 2017, Seite 5).

Ebenso wurde ein Anliegen an die Presse weitergeleitet, beispielsweise mit der Bitte, über den großen Bedarf an Familienhebammen zu berichten. So zeigt sich, dass die einzelnen Unterstützungsangebote nicht nur durch die Finanzierung und Durchführung von Projekten, sondern auch in der inhaltlichen Ausgestaltung, in der verwaltungsinternen Vernetzung und in der Öffentlichkeitsarbeit in politische Gremien eingebracht werden.

In den Ausschüssen der Kommunen wird über die Finanzierung einzelner Beratungsangebote gesprochen, aber auch die Berichterstattung der Angebote eingefordert. Die Einführung und der Sachstand von Familienbüros oder anderen Anlaufstellen (z. B. für Beratungen über Inklusion, Erziehung, psychisch Kranke und Süchtige, queere Menschen) und weitere bürgernahe Leistungen wie Frauenhäuser werden über das gesamte Jahr hin immer wieder diskutiert. Folgender Auszug einer Niederschrift zeigt auch die inhaltliche Auseinandersetzung des Jugendhilfeausschusses:

*„Nach einleitenden Worten durch Frau Stappert berichtet Frau Dahlmann von der Caritas in Gladbeck unter Zuhilfenahme einer Power-Point-Präsentation über ihre Tätigkeit als Inklusionsfachberaterin. Danach beantwortet sie die Fragen der Ausschussmitglieder“*

(aus der Niederschrift des Gladbecker Jugendhilfeausschusses von Mai 2017, Seite 5).

<sup>19</sup> In diesem Zusammenhang werden unterschiedliche Projekte genannt, wie „Präventionsketten in Niedersachsen – Gesund aufwachsen für alle Kinder!“ oder „Kein Kind zurücklassen!“.

Ebenso die

*„Aufgaben der Kinderschutzambulanz, zu denen unter anderem die Diagnostik mit Kindern und Familien, die Fachberatung, die Baby- und Kleinkindsprechstunde, aber auch Krisenintervention sowie Familienberatung gehören“*

(aus dem Protokoll des Rates Düsseldorf, November 2017, Seiten 4 f.).

Durch diese vielfältige Beschäftigung der Kommunalräte und Ausschüsse wird die Bedeutsamkeit solcher Einrichtungen für kommunale Familienpolitik deutlich. Darüber hinaus werden nicht nur punktuell zugeschnittene Beratungsangebote in die Ratssitzungen eingebracht, sondern auch die aktuellen Stände von übergreifend eingerichteten Beratungsbüros, wie beispielsweise der Drehscheibe (aus dem Protokoll des Samtgemeinderates Neuenkirchen, September 2017, Seite 2).

### 8.2.5 Ergebnisse der Auswertung der Niederschriften politischer Debatten im Handlungsfeld 5

Dem fünften Handlungsfeld Wohnumfeld und Lebensqualität konnten mehr als ein Drittel aller zugeordneten Textabschnitte aus den kommunalpolitischen Protokollen vergeben werden. Die meisten Zuordnungen konzentrieren sich dabei auf die Kategorien Stadtplanung & Lebensqualität (N=113) und öffentliche Einrichtungen (N=101). Den anderen vier Kategorien wurden jeweils unter 30 Textpassagen zugeordnet.

In der Kategorie Stadtplanung & Lebensqualität wurden die Textabschnitte mit den Unterkategorien öffentliche Bebauungspläne, Inklusion, Natur und Ökologie, Anwohnerschutz und Erhöhung der Sicherheit und ärztlichen Versorgung zusammengefasst. Dominant sind dabei die Debatten und Abstimmungen über öffentliche Bebauungspläne und städtische Investitionspläne, Umbaumaßnahmen, Anmietungen von Flächen als auch Umwidmung von Gebäuden, Umgestaltung von Plätzen und die Entwicklung der Gemeinde im Allgemeinen. Die Wohnmöglichkeiten von Familien wurden hier weitgehend mitgedacht.

Auch altersgerechte Wohnbebauung wurde vertraglich abgestimmt, woraus die Beschäftigung mit dem weitreichenden Thema der Familiengerechtigkeit auch bei baulichen Fragen abzuleiten ist. Ebenso stellen die Kommunen Bebauungspläne auf mit dem Ziel, die öffentliche Daseinsvorsorge (Schule, Kindertagesstätte und Jugendeinrichtungen) zu sichern und die sozialen Infrastrukturbedarfe zu decken. Auffällig ist, dass Bürgerinnen und Bürger, einzelne Träger, ansässige Einzelhändlerinnen und -händler sowie Netzwerke in die Planungen und Umbauprozesse miteinbezogen werden.

Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen ist ebenfalls ein mehrfach diskutiertes Themenfeld in den politischen Gremien der betrachteten Kommunen:

*„Im Rahmen des Audits familienfreundliche Kommune sollen Projekte für Menschen mit und ohne Behinderung realisiert werden“*

(aus dem Protokoll des Sozialausschusses Oranienburg, September 2017, Seiten 3 f.).

Mit Verweis auf das Grundgesetz (GG), das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) sowie die UN-Behindertenrechtskonvention werden Aspekte wie Barrierefreiheit und Steigerung von Lebensqualität der Menschen mit Beeinträchtigungen diskutiert. Der Dialog bezieht auch die Beteiligung von behinderten und nicht behinderten Bürgerinnen und Bürgern mit ein sowie die Notwendigkeit, dass

*„Mitarbeitende der Verwaltung im Umgang mit behinderten Menschen geschult“ werden*

(aus dem Protokoll des Sozialausschusses Oranienburg, Juni 2017, Seite 4).

Aspekte der Kategorie Natur und Ökologie werden auch unter den Erfordernissen zur Beschleunigung des Wohnungsbaus gesichert (aus dem Protokoll der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, April 2017, Seite 15). Dabei wird auf ökologisches Grünflächenmanagement bzw. die Erhaltung von Naturflächen und Grünanlagen

geachtet, um die biologische Vielfalt und ein naturnahes Lebensumfeld der Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken. Auch die ärztliche Versorgung soll zur Steigerung der Lebensqualität in den Kommunen führen. In den Texten fanden sich auch Diskussionen um den notwendigen Ausbau bedarfsgerechter stationärer Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit geistiger Behinderung sowie psychisch erkrankten Menschen, aber auch der fachärztlichen und kinderärztlichen Versorgung.

Die zweitgrößte Kategorie dieses Handlungsfeldes befasst sich mit öffentlichen Einrichtungen jeglicher Art. Die Neubauten, Sanierungen und Umbauten von Gebäuden stellen dabei die deutliche Mehrheit der zugeordneten Textstellen. Zu diesem Zweck besichtigen die Zuständigen in Eigentum der Kommunen befindliche Gebäude, um sich über ihre Bauqualität bzw. ihren Zustand ein Bild zu machen. Im Sinne der Barrierefreiheit prüfen sie, ob Aufzüge errichtet werden können und die betreffenden Immobilien je nach Bedarf umgebaut und anders gestaltet werden müssten. Des Weiteren sind Neubauten von Kinder-, Jugend- und Familienzentren und Seniorenbegegnungsräumen, aber auch von Schulen- und Kindertagesstätten zum Ausbau der sozialen Infrastruktur Gegenstand der Diskussionen in politischen Gremien. In dieser Kategorie spielt Familiengerechtigkeit eine untergeordnete Rolle, hier richtet sich der Blick überwiegend auf die Bedarfe der einzelnen Zielgruppen.

In der Kategorie Verkehr (N=29) wurden die Unterkategorien Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Verkehrsführung und Verkehrssicherheit herausgearbeitet. Einzelne Viertel und Ortsteile der Kommunen, aber auch Einrichtungen, wie beispielsweise das Jobcenter oder eine Fachhochschule, sollen besser an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden werden. Umwelt- und klimapolitische Erwägungen spielen dabei ebenso eine Rolle wie die attraktive Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs. Auch Fahrdienste zur Beförderung der Kinder und Jugendlichen in Schulen und Kitas sind Thema dieser Diskussionen.

Für eine bessere Verkehrsführung planen zwei Kommunen die Sanierung bzw. den Neubau einer Brücke. Eine Herausforderung besteht darin, bei der dafür notwendigen Umleitung des Verkehrs eine anwohnerfreundliche Lösung zu finden. In der Unterkategorie Sicherheit überwiegen Debatten über Geschwindigkeitsbeschränkungen und die Gestaltung der Fußgängerführungen, um die Schulwege noch sicherer zu machen und die Passierbarkeit für Seniorinnen und Senioren durch Vermeidung von starken Gefällen oder hohen Bordsteinen zu verbessern. In den Protokollen der Räte und Ausschüsse finden sich auch Textstellen zur Barrierefreiheit von Haltestellen und zum Umgang mit Dieselfahrzeugen.

In der Kategorie Wohnen und Bauen (N=28) überwiegen Diskussionen um den Erhalt und die Schaffung von Wohnraum:

*„Die Stadt Bebra möchte potenzielle Kaufinteressenten wie z. B. Familien und alle weiteren natürlichen Personen beim Erwerb von Wohneigentum im Stadtgebiet unterstützen und gleichzeitig einen städtebaulichen Beitrag zur Belebung der Wohnquartiere der Kernstadt und den Ortsteilen leisten“*

(aus dem Protokoll der Stadtverordnetenversammlung Bebra, Dezember 2017, Seiten 10–11).

Vor allem junge bzw. kinderreiche Familien werden beim Erwerb von leerstehenden bzw. potenziell leerstehenden Wohnimmobilien in den Kommunen bevorzugt behandelt, nicht nur, um für Familien attraktiver zu werden und so langfristig der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken, sondern auch, um den Bewohnerinnen und Bewohnern alternative Lebensformen zu ermöglichen. In dieser Kategorie ist eine eindeutige Betrachtung der Familiengerechtigkeit erkennbar.

In der Kategorie Unterkünfte und ökonomisch Schwache, in der 23 Textabschnitte zugeordnet wurden, sind Debatten über die Unterstützung bei Wohnungsfragen für Menschen in vielfältigen Lebenslagen inbegriffen. Zu den wichtigsten Themen gehören Hilfen für Wohnungslose,

Errichtung eines Wohnheims für Auszubildende, Förderung von Frauennotwohnungen, die Wohnsituation von hilfebedürftigen Familien einschließlich Fragen zum Mieter- und Milieuschutz und schnelle Hilfe bei Strom-, Gas- und Wassersperren. Darüber hinaus wird

*„das Bezirksamt [...] ersucht, schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die langen Wartezeiten bei der Bearbeitung von Anträgen für Wohngeld bzw. Wohnberechtigungsscheinen deutlich zu senken. Sofern dabei neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt werden, sollen diese nach Möglichkeit unbefristete Arbeitsverträge erhalten“*

(aus dem Protokoll der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, Februar 2017, Seite 18).

Verwaltungsinterne Maßnahmen wie diese sollen dazu beitragen, die Situation bei der Beantragung von Wohngeld und Wohnberechtigungsscheinen zu entschärfen.

In der Kategorie Freizeit (N=19) wird unter anderem auf Sport, Ferienpassaktionen, Großveranstaltungen und Ehrenämter Bezug genommen. Ein besonderer Fokus liegt auf den Themen Gesundheit und Inklusion. Eine direkte Verbindung zur Familiengerechtigkeit ist in dieser Kategorie nicht zu verzeichnen.

### 8.2.6 Ergebnisse der Auswertung der Niederschriften politischer Debatten im Handlungsfeld 6

Dem sechsten Handlungsfeld Senioren und Generationen sind zwei Kategorien zuzuordnen: Senioren und Mehrgenerationen- und Familienzentren. Die 25 Passagen, die diesem Handlungsfeld zugeordnet wurden, teilen sich zu fast gleichen Teilen auf diese beiden Kategorien auf. Nur in den Protokollen der Samtgemeinde Neuenkirchen wurde keine in diesen Kategorien zu codierende Passage gefunden.

In der Kategorie Mehrgenerationen- und Familienzentren (N=13) überwiegt in mehreren Kom-

munen die Diskussionen rund um den Ausbau und die Finanzierung von Familienzentren – auch mit Blick auf Landesmittel. In den Niederschriften fanden sich aber infrage kommende generationsübergreifende Maßnahmen, z. B. die Teilnahme am Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus, der Bau eines Mehrgenerationenbades, die Einführung eines Mobilitätstages für alle Generationen oder die Erweiterung eines Spielplatzkonzeptes, das die Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigt.

Das Hauptaugenmerk bei den Passagen der Kategorie Senioren (N=12) liegt auf der Gestaltung eines seniorenfreundlichen Umfeldes in den Kommunen. Die Vorschläge reichten von gesundheitlichen Auswirkungen der Schließung einer Sporthalle auf bislang Sport treibende Seniorinnen und Senioren, über die Anschaffung bzw. Wiederaufnahme von Friedhofsmobilen, bis hin zu Problemen der Ausstattung öffentlicher Toiletten sowie zur Planung von Sitzflächen und Anordnung von Sitzbänken im öffentlichen Raum. Darüber hinaus wurden im Jahr 2017 in einigen Kommunen die Berichte der Seniorenvertretung oder Stellungnahmen des Seniorenrates in die politischen Gremien involviert und Möglichkeiten der vereinfachten Beteiligung an Sitzungen der Jugend- und Seniorenbeiräte diskutiert.<sup>20</sup> Bezogen auf das Audit ist auch hier festzustellen, dass Generationenfragen eher isoliert und im politischen Diskurs noch nicht als Teil von Familienpolitik betrachtet werden.

## 8.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Niederschriften politischer Debatten

Die Auswertung des politischen Diskurses führte zu folgenden zentralen Ergebnissen:

- **Familien- vs. Zielgruppenorientierung:** Auffällig ist, dass die Familien nicht als Kontinuum, sondern als einzelne Zielgruppen wahrgenom-

<sup>20</sup> Bebauungspläne von Seniorenzentren wurden bereits in Abschnitt 8.2.5 zum fünften Handlungsfeld vorgestellt und hier nicht noch einmal codiert.

men werden, die je nach Alter und Kenntnisstand unterschiedliche Partizipationsformen benötigen. Es werden demnach zwar viele verschiedene Gruppen einbezogen, jedoch getrennt voneinander betrachtet.

- *Bauen und Wohnen:* Familiengerechtigkeit ist Querschnittsthema in baulichen und städteplanerischen Themenfeldern. Eine eindeutige Betrachtung der Familiengerechtigkeit ist aus Debatten um ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum herauszuarbeiten.
- *Vereinbarkeit:* Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber werden in der politischen Debatte der Familiengerechtigkeit in den meisten Kommunen noch nicht mitgedacht.
- *Beratung:* Die hohe Bedeutsamkeit von Beratungsangeboten und -einrichtungen für die kommunale Familienpolitik spiegelt sich auch in der vielfältigen Beschäftigung der politischen Gremien mit diesem Thema wider. Hier bewirkte das Audit eine Weitung des Blicks auf vielfältige Zielgruppen und mit der Etablierung von Familienbüros auch eine Zusammenführung der einzelnen Beratungsstellen.
- *Politische Nachhaltigkeit:* Die Verwendung der Bezeichnung „Audit Familiengerechte Kommune“ wird durch deren häufige Erwähnung in den Dokumenten, die innerhalb des Auditierungsprozesses verbindlich angefertigt und von den politischen Gremien verabschiedet werden müssen, vorangetrieben. Nach der Zertifizierung findet sich diese Bezeichnung lediglich in Debatten über die Frage der Bilanzauditierung. Das Thema Familie wird zwar durch das Audit stark vorangetrieben, rückt aber schnell wieder in den Hintergrund des politischen Alltags.
- *Generationengerechtigkeit:* Dieses Thema wird im politischen Diskurs isoliert vom Audit und nicht als Teil der Familienpolitik betrachtet.

## 9 Auswertung der Pressemeldungen zur Familiengerechtigkeit in den Untersuchungskommunen

Die zusätzliche Betrachtung des Pressediskurses bietet eine weitere Perspektive auf die Familienpolitik in den ausgewählten Kommunen. Die lokalen Printmedien bieten den Kommunen nicht nur eine Vermarktung der Familienorientierung, sondern sind zudem eine Informationsplattform, die die Einwohnerinnen und Einwohner in ihrem regionalen Umfeld erreicht. Die Auswertung der Medienberichte liefert damit einen doppelten Beitrag zur Studie. Zum einen können Einzelaspekte zu den Handlungsfeldern materialübergreifend untersucht werden, wodurch Ergebnisse aus den Kapiteln 7 und 8 validiert oder limitiert werden können (vgl. Kapitel 10). Zum anderen wird die Außenwirkung der Kommunen in Bezug auf Familienpolitik deutlich, was häufig die Sphäre ist, die von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen wird. Kurzum: Nur wenn es einer Kommune gelingt, ihre familienpolitischen Anstrengungen in öffentlich wahrnehmbare Berichte zu übersetzen, besteht die Möglichkeit, dass breitere Teile der Bevölkerung angesprochen werden und Familien davon profitieren können. Damit verlässt die Untersuchung der Medienberichte die verwaltungsinterne Perspektive und rückt ihren Output in das Blickfeld.

### 9.1 Beschreibung der Daten und der Zeitungsanalyse

Da für diese Analyse besonders die Lokalzeitungen von Interesse sind, wurde die Pressedatenbank GENIOS ([www.genios.de](http://www.genios.de)) mit folgendem Suchstring durchsucht:

*(Bebra and („Audit Familiengerechte Kommune“ or „familiengerechte Kommune“ or „familienfreundliche Kommune“ or „kommunale Familiengerechtigkeit“ or „familiengerechte Gemeinde“ or „familiengerechter Kreis“ or „familiengerechter Landkreis“ or „kommunale Familienpolitik“ or „kommunale Familienfreundlichkeit“ or „kommunale Familiengerechtigkeit“ or „familienfreundliche Stadtplanung“ or „familienfreundliche Stadtentwicklung“ or „familiengerechte Stadtplanung“ or „familiengerechte Stadtentwicklung“ or „Miteinander der Generationen“ or „familiengerechte Wirtschaftsförderung“ or „familienfreundliche Wirtschaftsförderung“ or „lokale Bündnisse für Familie“ or „familiengerechte Verwaltung“ or „familienfreundliche Verwaltung“ or familiengerecht\$ or familienfreundlich\$ or familienorientiert\$ or kinderfreundlich\$ or kindergerecht\$ or kinderorientiert\$ or seniorengerecht\$ or seniorenfreundlich\$ or seniorenorientiert\$ or Jugendbeteiligung or Seniorenbeteiligung or Vereinbarkeit or Familienpolitik)) and xw>200*

Dieses Beispiel bezieht sich auf die hessische Kleinstadt Bebra. Der Name der Kommune wurde bei jeder der zehn Suchanfragen jeweils angepasst. Der Suchstring ergab sich aus den Begriffen, die aus den Vorgaben des Audits selbst entnommen wurden und die Familienpolitik an sich beschreiben, sowie aus Begriffen, die den erweiterten Familienbegriff abbilden sollten. Dabei wurde auf ausreichend Spezifität und gleichzeitigen Umfang geachtet, sodass die Suche möglichst viele Treffer erbrachte, jedoch nicht zu viel Irrelevantes ergab. Das Stichwort Jugendbeteiligung wurde in der Hoffnung gewählt, dass durch die bestimmte Schreibweise von Kinder- und Jugendbeteiligung auch die Beteiligung von Kindern gefunden wird.

Um kleinere Artikel, wie Veranstaltungsankündigen, auszuschließen, wurde eine Eingrenzung von Artikeln mit unter 200 Wörtern vorgenommen. Die zeitliche Eingrenzung ergab sich aus dem Wunsch der Vergleichbarkeit der im Rat und Ausschuss diskutierten Themen und den in der Presse veröffentlichten Inhalten. Darüber hinaus wurde noch eine weitere Eingrenzung vorgenommen: die Suche nach jeweils Regionalpresse Nord, Ost, Süd und West. Das hatte den Vorteil, dass sich beispielsweise die Suche nur auf Inhalte von Landau in der Pfalz bezog und nicht auch die von Landau an der Isar einschloss. Auch für die Treffsicherheit in Bochum hatte dies den Vorteil, dass ohne diese Eingrenzung alle am Audit teilnehmenden Kommunen aus ganz Deutschland, die den Verein Familiengerechte Kommune e. V. mit Sitz in Bochum erwähnten, bei der Suche mitberücksichtigt worden wären.

Aus dieser Grundgesamtheit der so eingegrenzten Artikel wurde anschließend nach inhaltlichen Gesichtspunkten die endgültige Auswahl getroffen. Dabei wurden Artikel herausgefiltert, die beispielsweise über kinderfreundliche Wartezimmer in Arztpraxen oder familienfreundliche Umzüge der Karnevalsvereine berichtet hatten. Der Fokus lag also auf gemeinwesenorientierten und auf die Kommune selbst bezogenen Inhalten. Landespolitische Aspekte oder nicht die Kommune selbst betreffende Inhalte wurden auch dann ausgeschlossen, wenn sie familienpolitisch zu verorten waren. Deshalb wurden insbesondere in der Landeshauptstadt Düsseldorf zahlreiche Artikel aus der durch die Suche in GENIOS entstandenen Grundgesamtheit heraussortiert. Zudem wurden Artikel, die in unterschiedlichen Zeitungen mit gleichem Wortlaut oder mit nur wenigen wörtlichen Abweichungen veröffentlicht wurden, wie Duplikate behandelt und ausgeschlossen. Die endgültige Anzahl der ausgewerteten Artikel ist in Tabelle 20 dargestellt.

TABELLE 20 Anzahl der ausgewerteten Presseberichte nach Kommunen

Kommune	Anzahl Artikel	Kommune	Anzahl Artikel
Bebra	0	Görlitz	29
Berlin-Lichtenberg	3	Landau	2
Bochum	3	Landkreis Osnabrück	20
Düsseldorf	41	Oranienburg	3
Gladbeck	2	Samtgemeinde Neuenkirchen	5

Quelle: eigene Darstellung

Die insgesamt geringe Zahl der Artikel, mit Ausnahme der Stadt Düsseldorf, der Stadt Görlitz und des Landkreises Osnabrück, ist auffällig. Hier sind drei Interpretationsstränge denkbar. Ersten könnte dies an einer relativ schlechten Ausstattung von Lokalredaktionen liegen, sodass weniger Artikel in Kommunen mit kleineren Lokalredaktionen von Tageszeitungen veröffentlicht werden. Zweitens, dass in der Datenbank GENIOS die Tageszeitungen unterschiedlich erfasst sind, sodass systematische Ausfälle zu verzeichnen sind.<sup>21</sup> Konkret bedeutet dies, dass wenn eine Tageszeitung nicht in die Datenbank einfließt, auch keine Artikel verfügbar sind, sodass es zu einer Unterschätzung von Berichten über kommunale Familienpolitik kommen kann. Allerdings unterliegt der Ausfall von Zeitungen keinem Kriterium, welches in einem inhaltlichen Zusammenhang mit der hier getätigten Recherche zusammenhängt, sodass wir für die hier vorgelegte Arbeit mit einem unsystematischen Ausfall rechnen, der das Gesamtbild nicht verzerrt. Drittens, dass es Familie auch in den Auditkommunen nicht schafft, in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit zu kommen. Letzteres wäre ein Hinweis auf die Wirkungsreichweite des Audits. Tabelle 21 zeigt die Häufigkeiten der Codes der Auswertung der Zeitungsartikel.

<sup>21</sup> Siehe zur Struktur der GENIOS Datenbank: [https://www.genios.de/info/ueber\\_genios](https://www.genios.de/info/ueber_genios) (Download: 1.1.2019).

TABELLE 21 Häufigkeitsverteilung medialer Diskurs

		N = 411
<b>1.</b>	<b>Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit</b>	<b>64</b>
	Steuerung	12
	Vernetzung	22
	Beteiligung	15
	Nachhaltigkeit und Sicherung	5
	Audit	10
<b>2.</b>	<b>Familie und Arbeitswelt, Betreuung</b>	<b>141</b>
	Vereinbarkeit und Arbeitgeber	53
	Elterngeld & Unterhalt	7
	Alleinerziehende	2
	schulische Betreuung	7
	Elementarbereich	49
	Kinderbetreuungskosten	18
	Pflege und Beruf	5
<b>3.</b>	<b>Bildung und Erziehung</b>	<b>16</b>
	Bildungskosten	4
	Schule	8
	Erwachsenenbildung	4
<b>4.</b>	<b>Beratung und Unterstützung</b>	<b>29</b>
	Beratung	15
	Unterstützung	14
<b>5.</b>	<b>Wohnumfeld und Lebensqualität</b>	<b>90</b>
	Wohnen & Bauen	25
	Stadtplanung & Lebensqualität	31
	öffentliche Einrichtungen	6
	Verkehr	11
	Freizeit	17
<b>6.</b>	<b>Senioren und Generationen</b>	<b>40</b>
	Senioren	24
	Pflege	9
	Mehrgenerationen- und Familienzentren	7

Codes mit einer Zuordnung von N < 3 wurden nicht ausgewiesen

Quelle: eigene Darstellung

Bereits an der Häufigkeitsverteilung zu erkennen ist, dass die unterschiedlichen Handlungsfelder in der öffentlichen Wahrnehmung unterschiedliches Gewicht besitzen. Auch sind nicht alle Unterkategorien des Kategoriensystems besetzt, was einen klaren Unterschied zu den vorangegangenen Datentypen darstellt, welche die verwaltungsbezogene Deutung sowie den protokollierten kommunalpolitischen Diskurs analysieren. Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse des Inhalts der Zeitungsanalyse vorgestellt.

## 9.2 Empirische Ergebnisse der Zeitungsanalyse

Die Ergebnisse der Auswertung des medialen Diskurses in Form von Artikeln aus Lokalzeitungen informieren zum einen über die Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen im Zuge des Auditprozesses. Allerdings sind hier auch intermediäre Organisationen beteiligt, sodass es eines differenzierten Blicks auf die Inhalte der Medienberichte bedarf. Die Häufigkeitsauszählung der Artikel pro Kommune gibt aber bereits einen ersten Hinweis auf das familienpolitische Gewicht in der jeweiligen kommunalen Öffentlichkeit. Zum anderen kann nachvollzogen werden, wie die jeweiligen Handlungsfelder im öffentlichen Diskurs Wiederhall finden. Die Auswertung erfolgt nach Handlungsfeldern und Subthemen.

### 9.2.1 Ergebnisse der Zeitungsanalyse im Handlungsfeld 1

Die Auswertung des Handlungsfeldes 1 umfasst fünf Unterkategorien. Die erste beinhaltet Berichte zur Steuerung im Kontext von Familie in der jeweiligen Kommune. Hier ist die Bandbreite sehr hoch, bezieht sich aber vor allem auf Expertenmeinungen, wie im folgenden Zitat zu erkennen ist:

„Die AWO arbeitet regelmäßig mit der Hochschule Düsseldorf zusammen, um valide Daten über ein Quartier zu bekommen. Als Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Quartiersentwicklung nennt Professor Reinhold Knopp,



bemerkenswerte Wirkung des Audits, was hier allerdings nur als empirisch abgeleitete Hypothese formuliert werden kann.

Die zweite Sorte von Artikeln richtet ihr Augenmerk auf Initiativen der Verwaltung zur Förderung von Familienfreundlichkeit. Beide Berichtstränge im Feld Initiativen passen in die Strategie des Audits. Hier wird zum einen die Vernetzung zwischen familienbezogenen Initiativen gefordert und zum anderen Verwaltungshandeln nach den Anforderungen des Audits ausgerichtet, was zu konkreten Einzelmaßnahmen führen kann bzw. solche indirekt unterstützt.

Für die Unterkategorie Beteiligung liegen zwar relativ viele Textpassagen vor, allerdings nur aus den beiden Kommunen Düsseldorf und Görlitz. In beiden Kommunen wird breit über unterschiedliche Formen der Beteiligung im Kontext der Förderung von Familienfreundlichkeit berichtet:

*„Dazu gehöre neben Geld auch die ‚Qualifizierung einer professionellen Unterstützung von Bürgerbeteiligung‘“*  
(Düsseldorf 20).

*„Das Familienbüro Görlitz hatte zum Fest eine Umfrage unter den Besuchern gestartet: ‚Wie familienfreundlich ist Görlitz?‘. Unter allen Teilnehmenden wurde das Trikot verlost“*  
(Görlitz 20).

Wie die ausgewählten Zitate zeigen, umfasst die Beteiligung sowohl strukturelle Aspekte, wie die Qualifizierung von Personal zur Bürgerbeteiligung, aber auch konkrete Einzelmaßnahmen, wie Stadtführungen mit Schwerpunkt Familienfreundlichkeit. Das zweite Zitat weist auf die indirekte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern anhand von Umfragen hin. Mit ihrer Teilnahme an solchen bieten die Befragten der Kommunen Informationen für die Steuerung familienfreundlicher Maßnahmen „aus erster Hand“: die Meinung der betroffenen Familien. Die Unterkategorie Beteiligung im Kontext der lokalen Medienberichterstattung hat demnach sowohl positiv zu bewertende inhaltliche Aspekte hervorgebracht, aber

eben auch strukturelle Schwächen vor Augen geführt. Diese lassen Rückschlüsse in zweierlei Hinsicht zu: Entweder lassen die anderen Kommunen eine Kultur der Beteiligung von Familien generell vermissen oder die betreffenden Kommunalverwaltungen haben versäumt, dieses Thema im Untersuchungszeitraum in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die Unterkategorie Nachhaltigkeit und Sicherung bezieht sich vor allem auf die Sicherung einer Struktur, die familienfreundliche Rahmenbedingungen in der jeweiligen Kommune garantiert, wie folgende Passage im Hinblick auf Unternehmen zeigt:

*„Die Niels-Stensen-Kliniken sind jetzt zum dritten Mal mit dem Qualitätssiegel ‚audit beruf- undfamilie‘ der renommierten Hertie-Stiftung ausgezeichnet worden und gehören damit deutschlandweit zu den Unternehmen, die besonders nachhaltig Maßnahmen einer familienbewussten Personalpolitik erfolgreich gestalten“*  
(Osnabrück 2).

In einem anderen Artikelausschnitt zur Verwaltung heißt es:

*„Die beschriebenen vier Szenen, die Schlussfolgerung: Der Auftritt des neuen Düsseldorf kann auf viele positive, emotionale Bilder setzen. Bei aller Euphorie muss ein Gedanke trotzdem bearbeitet werden. Die Stadt befindet sich in einer Übergangsphase. Viele der genannten Attraktionen sind familienfreundlich und nachhaltig. Der Erfolg beruht darauf, dass das authentisch ist und bleiben muss. Das bedeutet aber auch, dass höhere oder zum Teil überhaupt Eintrittspreise ausscheiden und viele Unternehmen als Sponsoren automatisch nicht in Betracht kommen. Die jungen Attraktionen sind Glücksfälle. Dieses Glück braucht Pflege, die Veranstaltungen brauchen noch Hilfe, damit sie bleiben“*  
(Düsseldorf 41).

Beide Zitate dokumentieren die Anstrengungen zur Schaffung einer tragfähigen Angebotslandschaft für Familien. Kritisch anzumerken ist aller-

dings, dass mit fünf Textpassagen aus vier Kommunen dies offenbar ein Feld ist, das entweder in der Berichterstattung wenig Beachtung findet oder im Auditierungsprozess von den Kommunen vernachlässigt wird. Für die Wirkung des Audits Familiengerechte Kommune in die Verwaltung bedeuten beide Aspekte, bei der Weiterentwicklung dieses Instruments die Nachhaltigkeit besonders nicht aus den Augen zu verlieren.

Eine weitere Unterkategorie umfasst die Berichterstattung über das Audit Familiengerechte Kommune selbst. In allen Berichten, die häufig anlässlich der Zertifizierung verfasst worden sind, wird der Auditprozess positiv bewertet und teils mit Stolz vorgetragen:

*„Wir haben uns ganz bewusst als familiengerechte Stadt zertifizieren lassen. Wir wollen ein Umfeld fördern, in dem sich junge Menschen und Familien mit ihren Kindern wohlfühlen“*  
(Görlitz 1).

Damit trägt das Audit zum Imagegewinn für die Stadt bei. Sowohl die Zertifizierung als auch das symbolische „Siegel“ (was es so nicht ist) steigern die außenwirksame Adressierung von Familien. Wie diese Wirkung zu bewerten ist, lässt sich allerdings nicht abschätzen.

### 9.2.2 Ergebnisse der Zeitungsanalyse im Handlungsfeld 2

Das Handlungsfeld 2 wurde in sechs Unterkategorien unterteilt. Vereinbarkeit und Arbeitgeber ist die erste Unterkategorie und weist bei der Auswertung der Presseartikel die höchste Fallzahl (N=53) im Vergleich zu den anderen Handlungsfeldern auf. Wie die relativ hohe Zahl der zugeordneten Textpassagen vermuten lässt, verzeichnet dieses Handlungsfeld eine hohe Bandbreite an Themen. Für Unternehmen steht die Sicherung von Fachkräften im Mittelpunkt, was vor allem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Blickpunkt der Betrachtung rückt. Entsprechend ist in mehreren Berichten ist von flexiblen Arbeitszeiten und Betriebsmodellen zu lesen, vereinzelt wird aber auch auf Lücken in der Sozialgesetzgebung hingewiesen:

*„Dort werden Lösungen wie flexible Arbeitszeiten oder die Arbeit vom heimischen Schreibtisch aus als Schritte für die Vereinbarkeit genannt. Dort ist zu lesen: ‚Das Home-Office bringt den Beschäftigten im Schnitt 4,4 Stunden mehr frei verfügbare Zeit pro Woche.‘ Aber auch die Arbeitgeberseite soll laut dem Ministerium profitieren: 71 Prozent der Unternehmen gäben an, ihre Produktivität dadurch zu erhöhen – zum Beispiel, weil ihre Angestellten motivierter seien und effizienter arbeiteten. Katja Knauthe sucht aber nach Ansätzen, die darüber hinausgehen. Denn es ist nicht immer mit den beschriebenen Möglichkeiten getan. Im Moment ist zum Beispiel geregelt, dass Unternehmen mit mehr als 25 Arbeitnehmern Pflegezeit gewähren müssen. Anders als bei der Elternzeit erhalten die Pflegenden dafür allerdings keinerlei finanziellen Ausgleich“*  
(Görlitz 14).

Doch auch in Bezug auf die Verwaltung selbst, als Hauptadressat des Audits Familiengerechte Kommune, sind solche Bemühungen zur Fachkräftesicherung zu erkennen:

*„Verwaltung ist überaltert: 38 Beschäftigte gehen in Ruhestand – Behörde wirbt mit Familienfreundlichkeit. Das Hauptzollamt Osnabrück setzt auf Familienfreundlichkeit, um den Personalmangel zu beheben. Nachwuchs wird beim Zoll dringend benötigt, denn im Schnitt sind die Beamten älter als 50 Jahre. Bis 2020 gehen 38 Beschäftigte beim Hauptzollamt in den Ruhestand“*  
(Osnabrück 7).

Des Weiteren weckt Familienfreundlichkeit aber auch als Attribut in anderen Kontexten mediales Interesse, beispielsweise bei der Auszeichnung von Unternehmen:

*„Zu den Auswahlkriterien zählen neben dem wirtschaftlichen Erfolg auch der Innovationsgehalt der Geschäftsidee. Und nicht zuletzt gibt die Unternehmensphilosophie einen Ausschlag. So fließen Ansätze zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Übernahme ökologischer Ver-*

*antwortung und soziales oder gesellschaftliches Engagement in die Bewertung ein“*

(Bochum 2).

Alles in allem dokumentiert die Berichterstattung über Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber deren Bemühungen, mittels Familienfreundlichkeit zur Fachkräftesicherung beizutragen, was aufgrund des demographischen Wandels an Bedeutung gewinnt. Das Audit kann die Entwicklung zu einem familienfreundlichen Arbeitgeber vor allem in Kommunalverwaltungen positiv begleiten, die sich dabei zudem als Informationsplattform für interessierte Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber weiterentwickeln und profilieren können. Daher kommt dem Audit in dieser Kategorie eine eher thematisierende und begleitende Bedeutung zu, da es nicht originär den Auftrag und das Ziel hat, Abläufe von verwaltungsexternen Organisationen zu verändern.

Textpassagen, die der Unterkategorie schulische Betreuung zugeordnet sind, berichten allesamt von den bestehenden oder gerade eingerichteten Angeboten der Übermittagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler. Folgendes Zitat belegt dies exemplarisch:

*„Die Grundschule Merzen startet am 1. August mit einem offenen Ganztagsangebot. 41 Kinder haben sich angemeldet. Zurzeit baut die Samtgemeinde Neuenkirchen in der Schule eine Mensa. Pünktlich zum Beginn des neuen Schuljahres verbessert die Grundschule Merzen die Betreuung für Schüler. An vier Tagen in der Woche wird es ein offenes Ganztagsangebot [...] geben. 41 Jungen und Mädchen des ersten und vierten Schuljahres nutzen das neue Angebot. ‚Der Bedarf ist ganz unterschiedlich‘, sagt Samtgemeindebürgermeisterin Hildegard Schwertmann-Nicolay und verweist auf die Anmeldezahlen: Der Dienstag wird von den Eltern besonders gut nachgefragt (30 Anmeldungen), montags sind es 16 Schüler, mittwochs 22 und donnerstags 17 Schüler, die nach dem Unterricht die Angebote nutzen und bis 15 Uhr verlässlich betreut werden“*

(Neuenkirchen 3).

Allerdings ist auffällig, dass die Presseartikel sich vor allem auf zwei relativ kleine Kommunen beziehen. Das lässt den Schluss zu, dass das Thema schulische Betreuung in den meisten Kommunen nicht mehr behandelt wird, weil es bereits Bestandteil des Schulalltags ist und deshalb in der Berichterstattung nicht mehr aufgegriffen wird. Nicht eindeutig herausgelesen werden kann, ob das Audit Familiengerechte Kommune Einfluss auf die Einrichtung der Tagesbetreuung in Schulen hatte.

Presseartikel zum Elementarbereich skizzieren, unabhängig von der demographischen Herausforderung der Kommune, überall das gleiche Bild: Es werden Betreuungsangebote eingerichtet, um den Bedarf zu decken, und es scheint, als sei der Bedarf nirgendwo vollends gedeckt.<sup>23</sup> „Wir müssen in den nächsten Jahren mehr als 1.000 neue Kita-Plätze schaffen“ (Berlin-Lichtenberg 1). Auf Initiativen von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern berichten einige Lokalredaktionen über die Betreuung von Kindern in Betriebskindertagesstätten oder Möglichkeiten, sie bei Engpässen sogar mit ins Büro nehmen zu können:

*„Möller sagt: ‚Ich habe selbst zwei Kinder im schulpflichtigen Alter. Ich weiß, wie wichtig es ist, morgens den Druck rauszunehmen. Wenn das Organisationsmodell zur Kinderbetreuung morgens platzt, dann besteht bei uns auch die Möglichkeit, das Kind zur Arbeit mitzunehmen.‘ In seinem Büro etwa hat er eigens dafür Bastelsachen, Malunterlagen und Buntstifte. Für die jüngeren Kinder der Mitarbeiter würden Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Großtagespflegestellen oder Betriebskitas noch geprüft“*

(Osnabrück 7).

Begleitet wird der Ausbau einer Betreuungsinfrastruktur von Forderungen nach einem kulturellen Wandel der Betreuungsansprüche, insbesondere mit Blick auf die Väter:

<sup>23</sup> Vereinzelnd wird auch über die Tagespflege berichtet.

*„Wichtiger für die Zukunft seien der Ausbau einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung und die Erweiterung des Spektrums der Berufswahl von Frauen. „Aber auch Männer sind gefordert, zum Beispiel bei der Betreuung von Kindern umzudenken.“ (hgb)“*  
(Düsseldorf 6).

Der Tenor der Berichterstattung über alle Kommunen hinweg liegt einheitlich zum einen auf dem Bedarf, zum anderen aber auch auf dem Mangel an Plätzen, was vor allem auf die Großstädte zutrifft. Von daher ist es sinnvoll, dass es neben verwaltungsexternen Impulsen, z. B. Anfragen von Eltern, auch verwaltungsinterne Steuerungsprozesse gibt, die – begleitet durch das Audit – den Ausbau der Kindertagesbetreuung fokussieren. Daher ist für viele familienfreundliche Kommunen ein ausgefeiltes Angebot an Tagesbetreuung mittlerweile keine Option mehr, sondern selbstverständlicher Bestandteil der kommunalen Infrastruktur. Das Audit ist hier vor allem als verwaltungsinternes Steuerungsinstrument zu sehen, da nicht davon ausgegangen wird, dass der Ausbau der Kindertagespflege oder der Kindertagesstätten auf dieses zurückzuführen ist. Der Auditierungsprozess hilft der Verwaltung allerdings, dieses wichtige Thema als Querschnittsaufgabe zu verankern und voranzutreiben, was schlussendlich auch die in den Artikeln dokumentierten Anstrengungen erklärt.

Einhergehend mit der Einrichtung von Betreuungskosten wurden Passagen zu Kinderbetreuungskosten in einer Unterkategorie gebündelt. Während die Berichte in der Unterkategorie Elementarbereich optimistisch waren, sind die Berichte über die Finanzen eher verhalten, vor allem da die Höhe der Beiträge immer wieder Gegenstand kritischer Berichterstattung ist, vor allem wenn sie erhöht wird:

*„Kinder werden wieder teurer. Wer in Görlitz seinen Nachwuchs in Krippe, Kindergarten, Hort oder bei der Tagespflege hat, wird das demnächst zu spüren bekommen. Die Stadt hat die lange erwartete neue Elternbeitragsatzung fertig. Eigentlich soll der Stadtrat sie heute be-*

*schließen. Doch nun sieht es so aus, als würde das auf die Februarsitzung verschoben“*  
(Görlitz 3).

Die Debatte dreht sich um den Kern der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch hinsichtlich der Finanzierung durch die Kommune. Ein Artikel stellt daher die Sichtweise von betroffenen Familien der Sicht eines hauptamtlichen Mitarbeiters aus der Kommunalverwaltung gegenüber:

*„Ich würde Eltern bevorzugt einen Kitaplatz geben, die arbeiten gehen. Wie soll eine Frau ohne Mann einen Vollzeit-Job annehmen, wenn Kitas spät öffnen und schon 16 oder 16.30 Uhr schließen. Unsere Stadträte sollten sich was schämen. Wo ist die kinderfreundliche Stadt Görlitz? [...] Wie viele waren vor etwa einem Jahr dafür, dass der Sozial- und Erziehungsdienst eine saftige Tarifierhöhung bekommt? Die werden aber nun mal nicht von der Gewerkschaft beschäftigt, sondern von den Kommunen. Die betreiben auch die Kitas. Kein Wunder, dass die alten Beiträge nicht mehr kostendeckend sind. Jede Kommune war inzwischen gezwungen, die Elternbeiträge zu erhöhen“*  
(Görlitz 8).

Bereits in diesem Zitat scheint neben den Kosten auch die Debatte um die Qualität der Kinderbetreuung durch. Hier zeigt sich der häufig angenommene Dualismus zwischen vielen und möglichst günstigen Betreuungsplätzen einerseits und solchen mit einer hochwertigen, aber dafür auch teureren pädagogischen Betreuung andererseits. Dass dieser vermeintliche Antagonismus ein Trugschluss sein kann, zeigt folgender Ausschnitt aus einem Interview:

*„[Frage:] Von August 2018 an ist der Kita-Besuch in Berlin grundsätzlich gebührenfrei. Das muss finanziert werden. Wäre es nicht besser gewesen, in die Qualität zu investieren und die Gruppen zu verkleinern?*

*[Antwort:] Es ärgert mich, wenn Gebührenfreiheit und Qualität gegeneinander ausgespielt werden. Wir machen nämlich beides: Wir haben schrittweise die Gebührenfreiheit eingeführt*

*und parallel dazu die Qualität verbessert, zum Beispiel durch mehr Personal für Kinder unter drei Jahren und für Kinder in sozial benachteiligten Gebieten. Wir verbessern den Personalschlüssel auch noch weiter und entlasten Kita-Leitungen. Ich verstehe Kitas als Bildungseinrichtung und deshalb sollen sie gebührenfrei sein. In Berlin lebt jedes dritte Kind in Armut. Es gibt zudem sehr viele Familien, die nur knapp über dem Sozialhilfeniveau liegen. Ich möchte nicht, dass eine Mutter überlegt, ob es sich für sie überhaupt finanziell lohnt zu arbeiten, wenn sie die Kita-Beiträge zahlen muss. Gerade in sozialen Brennpunkten sollen noch mehr Kinder Kitas besuchen. Hier werden auch Weichen für die spätere Schullaufbahn gestellt“* (Berlin-Lichtenberg 3).

Andere Kommunen haben auf die Einführung der Beitragsfreiheit von Kindertagesstätten verzichtet, um im Gegenzug, so das Argument, die Qualität der Betreuung garantierten zu können, was folgender Interviewausschnitt zeigt:

*„[Frage:] Wird es in Düsseldorf Kita-Gebühren für über Dreijährige geben?  
[Antwort:] Ausbau und Qualität sind wichtiger als der Verzicht auf Elternbeiträge“* (Düsseldorf 12).

Die Diskussion um die Elternbeiträge zur Kinderbetreuung führt auch in den Auditkommunen zu keinem eindeutigen Ergebnis, wie die Berichte zeigen. Der Forderung, Betreuungsplätze auszubauen und das pädagogische Fachpersonal besser zu bezahlen, was zu steigenden Kosten führt, stehen Klagen über die finanzielle Belastung für die Kommunen und Eltern gegenüber, die insbesondere eine Benachteiligung ärmerer Familien zur Folge hat. Da sich alle Presseartikel auf Kommunen beziehen, die vom Audit Familiengerechte Kommune zertifiziert wurden, drängt sich die Frage auf, ob und wie das Verhältnis von Qualität und Quantität der Betreuungsplätze mit Blick auf die Kosten für Familien und die Kommune austariert werden kann. Die dokumentierte heterogene Situation in den untersuchten Kommunen legt allerdings den Schluss nahe, dass das Audit hierzu

keine Lösungen bietet, sondern vielmehr diesbezügliche verwaltungsinterne Entscheidungsabläufe strukturieren hilft. Ob und in welchem Maße sich dies auf die Ausgabenstruktur der Kommunen auswirkt, kann der Presseberichterstattung nicht entnommen werden.

Vom Grundsatz umfasst die in der Unterkategorie Pflege und Beruf geführte Diskussion einen ähnlichen Sachverhalt wie der Disput um die Betreuung von Kindern. Allerdings kommt diesem Themenbereich in der Berichterstattung mit nur fünf Nennungen über alle Kommunen hinweg nur eine sehr eingeschränkte öffentliche Aufmerksamkeit zu, woran offenbar auch das Audit Familiengerechte Kommune nichts ändert. Diese Berichte nehmen eher gesetzliche Regelungen in den Blick, wie folgendes Beispiel zeigt:

*„Man kann Pflegeauszeiten nehmen oder bis zu einem ganzen Jahr aus dem Job aussteigen, ohne dass der in der Zwischenzeit verloren geht“* (Görlitz 23).

Allerdings greifen auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf auf bzw. setzen diese zumindest rhetorisch mit der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf gleich, was auf ein ganzheitliches Verständnis von Familienfreundlichkeit hindeutet:

*„Das familienorientierte Angebot der Niels-Stensen-Kliniken mit ihren rund 4.500 Mitarbeitern beinhaltet unter anderem eine Kinderbetreuung in Stadt und Landkreis Osnabrück, Unterstützungsmöglichkeiten bei der Pflege von Angehörigen sowie die Einführung eines Lebensarbeitszeitmodells“* (Osnabrück 2).

Trotz der vereinzelten Pressestimmen, welche über die Vereinbarkeit von Familie und Pflege in der Kommune berichtet haben, ist festzustellen, dass die Angebote zur Förderung dieser Vereinbarkeit in Medien nur auf geringes Interesse stoßen. Das ist umso bemerkenswerter, weil alle untersuchten Kommunen die Zahl der Pflegeplätze steigern müssen, um den Bedarf zu decken. Demnach

schaft es auch das Audit Familiengerechte Kommune nicht in ausreichendem Maße, die öffentliche Aufmerksamkeit vor Ort auf das zwangsläufig wichtige Zukunftsthema Pflege und Beruf zu lenken. Dieses sollte bei der Weiterentwicklung des Audits aufgegriffen werden, was im abschließenden Fazit besprochen wird.

### 9.2.3 Ergebnisse der Zeitungsanalyse im Handlungsfeld 3

Die Zeitungsberichte, die Themen aus dem Handlungsfeld 3 berühren, umfassen drei Unterkategorien. Deren erster, Bildungskosten, wurden vier Zeitungspassagen zugeordnet, die nahezu ausschließlich über die finanzielle Förderung von Kindern aus Familien mit geringem Haushaltseinkommen berichten, darunter beispielsweise die Lernmittelfreiheit:

*„Der Regierende Bürgermeister, Raed Saleh, und ich sind uns einig. Die Lernmittelfreiheit ist eine spürbare Entlastung der Eltern, vor allem für Eltern, die mehrere Kinder haben. Sie erspart übrigens auch viel Organisation – sowohl den Schulen als auch den Eltern. Die Lernmittelfreiheit ist auch richtig, weil Bildung möglichst kostenfrei sein soll“*

(Berlin-Lichtenberg 3).

Die Debatte folgt der Überzeugung, dass durch Mittel kommunaler Sozialpolitik Chancengerechtigkeit für Kinder zumindest mitermöglicht wird und zugleich Familien finanziell entlastet werden. Über die Rolle des Auditierungsprozesses bei solchen Entscheidungen geben die Presseartikel keine Auskunft. Allerdings muss der Kontext einbezogen werden: Da sich alle untersuchten Kommunen haben zertifizieren lassen, ist davon auszugehen, dass sie solche familienorientierten Wirkungen kommunaler Familienpolitik bewusst herbeiführen.

Presseberichte, die der Unterkategorie Schule zugeordnet wurden, beschäftigen sich mit der Anpassung der Schulinfrastruktur an unterschiedlichen demographischen Entwicklungen, wobei diese konträr ausfallen. In Berlin beispielsweise

wird die schlechte bauliche Situation bei gleichzeitig hoher Schülerzahl thematisiert:

*„[...] wir brauchen mehrere neue Schulen, es müssen Schulen und Turnhallen saniert werden“*

(Berlin-Lichtenberg 1).

Wohingegen im ostsächsischen Görlitz die Anpassungen der Schulinfrastruktur an den Rückgang der Schülerzahlen thematisiert wird:

*„Schulschließungen gehörten in den zurückliegenden Jahren in der Region fast zum Alltag. Zahlreiche Grund-, Mittel- (später Oberschulen) und auch Gymnasien mussten aufgrund des Rückgangs der Schüler ihren Betrieb einstellen. Doch jetzt beweist ein Beispiel aus Görlitz, dass es auch anders geht. [...] Für 182 Kinder aus den südlichen Görlitzer Ortsteilen Weinhübel, Hagenwerder und Tauchritz ist das Schuljahr 2016/17 ein ganz besonderes. Denn sie lernen (in) einem völlig neuen Schulgebäude. Unter dem Gesichtspunkt des prognostizierten Geburtenrückganges im ländlichen Raum war eine Entscheidung für den Neubau einer Grundschule durchaus nicht selbstverständlich, sagt der Görlitzer Oberbürgermeister Siegfried Deinege (parteilos). Im Jahr 2013, noch vor Beginn seiner Amtszeit, hatte der Stadtrat einen entsprechenden Beschluss gefasst. Intensive Verhandlungen mit dem Freistaat Sachsen als Fördermittelgeber waren notwendig, um diesen vom Bedarf für eine Grundschule im Süden von Görlitz zu überzeugen. Insbesondere war dafür der Nachweis einer konstanten Geburtenentwicklung erforderlich. Den konnten wir erbringen, so der Oberbürgermeister“*

(Görlitz 1).

In beiden Kommunen wird von Neubau von Schulen berichtet, allerdings unter demographisch sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten, wie die Fallbeschreibungen in Kapitel 5 gezeigt haben. Die Sanierung und der Neubau von Schulen sind zugleich deutschlandweite Themen, doch bei einem Rückgang der Schülerzahlen, vor allem im ländlichen Raum, ist dies dort eine besondere Aufgabe. Für eine nachhaltige Entwicklung ländli-

cher Räume, auch als Lebenswelt für Familien, ist eine Schulinfrastruktur allerdings unumgänglich. Das Audit Familiengerechte Kommune kann die Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik für Folgen demographischer Prozesse sensibilisieren, die daraus kommunalpolitische Handlungsmuster ableiten können. Wie die Auswertung der Interviews in Kapitel 7 zeigt, scheint dies auch zu passieren, wobei sich hierfür keine eindeutigen Anhaltspunkte in der Medienberichterstattung finden.

Bei den vier zugeordneten Zeitungsausschnitten der Unterkategorie Erwachsenenbildung zeigt sich kein eindeutiges Muster. Die Artikel variieren in den Themen, wobei immer jeweils auf die Kommune Bezug genommen wird, wie auch in folgendem Zitat:

*„In Nordrhein-Westfalen finden innovative Existenzgründer eine gute Infrastruktur und alles vor, was sie für Wachstum und wirtschaftlichen Erfolg brauchen: Das historisch gewachsene industrielle Fundament der Region sorgt für enge Kundenbeziehungen, die dichte Hochschullandschaft für ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte“*

(Bochum 2).

Eine eindeutige Familienorientierung oder Bezug auf Erwachsenenbildung sind in den Berichten nicht zu finden. Das legt den Schluss nahe, dass dieses Thema vom Audit Familiengerechte Kommune nicht in einer öffentlichkeitswirksamen Weise berührt wird. Eine Erklärung ist, dass dies zumeist Akteurinnen und Akteure betrifft, die außerhalb der Kommunalverwaltung liegen und sich nicht durch Kommunalpolitik und -verwaltung beeinflussen lassen, was auch bei der Unterkategorie Pflege und Beruf im Handlungsfeld 2 der Fall war.

#### 9.2.4 Ergebnisse der Zeitungsanalyse im Handlungsfeld 4

Dieses Handlungsfeld umfasst zwei Unterkategorien, deren erste Beratung ist. Hier sticht vor allem der Landkreis Osnabrück hervor, in dem es

zahlreiche Beratungsangebote vor allem für Unternehmen gibt:

*„37 Betriebe berät die Diakonie in Stadt und Landkreis, darunter tetra, Schöller und Behörden. Es geht um Suchtberatung, Finanzcoaching oder Krisenintervention. Der Arbeitgeber zahlt die Beratung. Die Rechnung ist einfach: Wenn ein Mitarbeiter private Probleme hat, ist es effektiver und spart damit Geld, wenn der Angestellte professionelle Beratung in Anspruch nimmt“*

(Osnabrück 12).

Zudem findet sich in der Berichterstattung auch die Beratung und Weitergabe von Informationen an Familien bei der Geburt eines Kindes sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie:

*„Und so freut sie sich auch über den dicken Ordner der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ‚Gesund groß werden‘, einen Notfall-Ratgeber, den Familienratgeber der Gemeinde Hasbergen und einen Flyer mit wichtigen Daten zu Kinderbetreuung vor Ort. Weiterhin finden sich in der Stofftasche, die jede Familie eines Neugeborenen bekommt, nützliche Geschenke wie ein Kirschkernkissen der NOZ, eine freundliche Stoff-Handpuppe und ein 25-Euro-Gutschein des Landkreises für ein Bildungsangebot oder zum Beispiel eine Baby-massage. ‚Der Babybesuchsdienst und die mitgebrachten Infos sind eigentlich immer in den Familien willkommen‘, berichtet Katja Mittelberg-Hinxlage. Die Ratsfrau und Hebamme wird ebenso wie die Physiotherapeutin Susanne Holzapfel gern in gesundheitlichen Fragen zurate gezogen. Ein großes Thema ist auch stets die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Betreuungssituation vor Ort in einer der vier Kitas, durch Kindertagespflege oder Babysitter. ‚Durch den Babybesuchsdienst bekommen die Eltern viele Anregungen und Tipps, an wen sie sich wenden können‘, stellt Holzapfel fest. Zudem stehe das Familienbüro in allen Fragen rund um die Familie mit Rat und Unterstützung bereit“*

(Osnabrück 13).

Die Berichte offenbaren auch eine Reihe von Namen von Menschen, die in diesem Themenfeld aktiv sind. Das spricht dafür, dass es eine Reihe von „Kümmerern“ zu diesem Thema in Osnabrück gibt, die es bedienen. Dabei wird auch auf bereits länger ansässige Initiativen, wie das Bündnis für Familien, hingewiesen. Das bedeutet für die Einschätzung der Wirkung des Audits Familienrechte Kommune, dass es wahrscheinlich dort besonders wirksam werden kann, wo bereits eine familienbezogene Trägerlandschaft vor der Auditierung vorhanden war. Durch das Audit wird dieses Engagement von Initiativen und aktiven Einzelpersonen ermöglicht und unterstützt.

Die zweite Unterkategorie Unterstützung beinhaltet Artikel zu unterschiedlichen Angeboten für Familien, darunter der Vorstellung von lang gewachsenen Initiativen in einer der Kommunen, was die Verknüpfung zur ersten Unterkategorie des Handlungsfeldes darstellt:

*Der Verein ‚Görlitz für Familie e. V.‘ wurde vor genau zehn Jahren, am 14. März 2007, gegründet. Darauf macht Magdalena Forchmann vom Familienbüro Görlitz in einer Pressemeldung aufmerksam und verweist in diesem Zusammenhang auf aktuelle Angebote, die der Verein gemeinsam mit dem gleichnamigen lokalen Bündnis ‚Görlitz für Familie‘ auf die Beine stellt. ‚Jeden zweiten Dienstag im Monat treffen sich Vertreter der sozialen Träger, Politik, Verwaltung, Kirchen und engagierte Bürger zum Austausch über die kommunale Familienpolitik, soziale Fragen und gemeinsame Projekte‘, erklärt Forchmann. Das Bündnistreffen sei dabei eines der bekanntesten Gremien in Görlitz und habe sich über die Jahre immer wieder neu erfinden können. Großer Höhepunkt sei das jährliche Familienfest auf dem Marienplatz, bei dem sich das Lokale Bündnis geschlossen präsentiert. Zu den neueren Projekten gehören das Schutzinselprojekt ‚Elchstark‘, die Engagierte Stadt Görlitz und das Familienbüro; bereits seit längerer Zeit etabliert sind die kostenlosen Elternbriefe und die Görlitzer Elternwerkstatt. Derzeit hat der Verein nach eigenen Angaben 18 Mitglieder. Seit neustem besteht auch die Mög-*

*lichkeit, Fördermitglied zu werden – für Leute, die den Verein unterstützen wollen, aber wenig Zeit haben. Die Anzahl der fest angestellten Mitarbeiter wachse stetig, ebenso wie die Aufgaben und die Reichweite. ‚Die Hauptsache ist: Es gibt keinen Stillstand, immer eine Weiterentwicklung‘, sagt Forchmann. Diese stünden im Vordergrund – darum sei es gar nicht so schlimm, wenn die Görlitzer mit dem Vereinsnamen selbst nicht so viel anfangen können, sondern ihnen eher die konkreten Projekte bekannt sind. ‚Denn es geht darum, konkrete Projekte umzusetzen, die Görlitzer Familien zugute kommen.‘ Dabei diene der ‚Görlitz für Familie e. V.‘ als Trägerverein des Lokalen Bündnisses. Gegründet worden sei er vor allem, um leichter Fördermittel beantragen zu können und um verbindliche Strukturen für das Projekt zu schaffen. (SZ)“*  
(Görlitz 5).

Auch das Thema Prävention wird als Untersetzung für Familien verstanden und thematisiert. Daher hat sich das Konzept der Präventionsketten etabliert, von dem im folgenden Ausschnitt eines Zeitungsartikels berichtet wird:

*„Es verbessert die Präventionskette. Ein Beispiel: Hört ein Kind schlecht, ist die Gefahr groß, dass es auch sprachlich zurückfällt. Wird das frühzeitig bemerkt, können Nachteile gleich zu Beginn des Schullebens vermieden werden“*  
(Düsseldorf 12).

Des Weiteren finden sich Berichte über Einzelangebote sowie kommunale Strategien, wie der Besuch von Neugeborenen. Die Vielzahl der Aktivitäten, die aus den verschiedenen Auditkommunen berichtet wird, legt den Schluss nahe, dass sich Unterstützungsangebote sowie familienunterstützende Strukturen in den Auditkommunen relativ leicht etablieren können. Das Audit trägt demnach dazu bei, dass sich interessierte Akteurinnen und Akteure ohne besondere Einschränkungen in der Kommune engagieren, auch weil dies Teil der kommunalen Strategie ist und sie von der Kommune zumindest ideelle Unterstützung erwarten können.

### 9.2.5 Ergebnisse der Zeitungsanalyse im Handlungsfeld 5

Dieses Handlungsfeld besteht aus sechs Unterkategorien, von denen Lebensqualität die erste bildet. Da diese Unterkategorie mit 23 Artikeln relativ stark besetzt ist, verwundert es auch nicht, dass sich eine hohe Bandbreite an Themen findet. Diese lässt sich in drei Diskursstränge einteilen. Der erste beschäftigt sich mit der Objektivierung der Lebensqualität in der Kommune, die sich beispielsweise in den Ergebnissen einer Bürgerumfrage widerspiegelt:

*„Die Ergebnisse: Lebensqualität. Die gute Nachricht: Die meisten Düsseldorfer leben gerne in der Stadt. Das gaben 90 Prozent der Befragten an. Die übrigen würden lieber im Umland, woanders in Deutschland oder sogar im Ausland leben. Das gute Ergebnis freut auch den Oberbürgermeister. Dass so viele Bürger an der Umfrage teilgenommen hätten, zeige, dass ihnen ihre Stadt am Herzen liege und sie gerne daran mitwirken wollen, sie noch attraktiver zu machen, sagte Thomas Geisel (SPD). Auch die Lebensqualität bewerten 88 Prozent der Befragten als gut. Das gute Ergebnis ist keine Überraschung: Auch bei den Bürgerbefragungen in den Jahren 2015 und 2016 sah es so ähnlich aus“ (Düsseldorf 28).*

Allerdings finden sich hier keine klaren Bezüge zu Familien. Lebensqualität wird demnach global verstanden und auch in den Auditkommunen nicht auf das Wohlbefinden von Familien im Besonderen bezogen. Hierzu finden sich im zweiten Diskussionsstrang eher kleinteilige Projekte vor Ort, die sich direkt an das Lebensumfeld von Familien wenden, um z. B. Orte der Begegnung zu schaffen, wie im folgenden Textabschnitt dargestellt ist:

*„Für Bezirksbürgermeister Uwe Sievers (SPD) ist das wiedereröffnete Café in der Freizeitanlage dabei ein zentraler Baustein. Er erhofft sich, dass solche Treffpunkte für eine Tasse Kaffee oder einen Mittagsimbiss mehr Leben in den Stadtteil bringen“ (Düsseldorf 2).*

Diese Aussage betrifft auch auf das Thema Wohnen zu, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Kommunen sowohl für Familien als auch für Hochbetagte Wohnraum zur Verfügung stellen müssen. Lebensqualität, und geht auch aus dem nachfolgenden Zitat eines Presseberichtes hervor, bedeutet auch günstige Mieten und eine demographisch gemischte Bevölkerungsstruktur:<sup>24</sup>

*„[Frage:] Wenn so viele Menschen zuziehen: Wie ändert sich die Bevölkerungsstruktur, kommen mehr junge Familien?  
[Antwort:] Ja, und das freut mich. Da wir aber auch zunehmend hochbetagte Menschen haben, stellt uns das vor neue Herausforderungen, zum Beispiel, wenn die Infrastruktur in einem Wohngebiet nicht adäquat ist. Viele Menschen ziehen aus der Innenstadt nach Lichtenberg, weil die Mieten bei uns immer noch vergleichsweise günstig sind. Zwei Drittel der Wohnungen im Bezirk sind im Besitz des Landes oder von Genossenschaften, das wirkt preisdämpfend [...]“ (Berlin-Lichtenberg 1).*

Der dritte Diskussionsstrang bezieht sich auf die Zertifizierung als familiengerechte Kommune. Damit wird die Familienfreundlichkeit der Kommune eng mit Lebensqualität verknüpft, auch in Statements von Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung und -politik:

*„Wir haben uns ganz bewusst als familienrechte Stadt zertifizieren lassen. Wir wollen ein Umfeld fördern, in dem sich junge Menschen und Familien mit ihren Kindern wohlfühlen“ (Görlitz 1).*

Aus diesem Zitat geht hervor, dass Familienfreundlichkeit auch als Alleinstellungsmerkmal im interkommunalen Wettbewerb gesehen wird. Die drei Diskussionsstränge zur Lebensqualität weisen darauf hin, dass das Audit als Quali-

<sup>24</sup> In einer Untersuchung von 74 Kommunen kommen Helbig und Jähnen (2018) zum Ergebnis, dass nicht allein die soziale, sondern auch die demographische Segregation in deutschen Städten zunimmt. Das bedeutet, dass Jung und Alt nicht mehr so häufig im selben Stadtteil wohnen. Im hier besprochenen Beispiel ist dies nicht der Fall, sodass dieser Aspekt bei der Bewertung der empirischen Ergebnisse besonders zu beachten ist.

tätssiegel für eine hohe Lebensqualität in Kommunen wahrgenommen wird. Allerdings können harte Faktoren, z. B. die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt, diese positive Außenwirkung konterkarieren. Damit ist Lebensqualität für Familien eine zentrale familienpolitische Zielsetzung der zertifizierten Kommunen, allerdings immer im Spannungsfeld zu verwaltungsexternen Faktoren, auf die nur indirekt Einfluss genommen werden kann.

Damit ist auch die zweite Unterkategorie Wohnen und Bauen angesprochen, in der das Thema Bestandsanpassung dominiert, das sich häufig auf seniorengerechtes Wohnen bezieht:

*„Kommwohnen-Chef Arne Myckert sieht aber auch die Ergebnisse der Befragung als wichtig für die weitere Entwicklung seines Unternehmens an. So hätten viele Probewohner angegeben, dass sie in den drei Probewohnungen in der Schwarzen Straße einen Balkon und einen Aufzug vermissen. Beides sei in seinem Unternehmen ein Dauerthema, seit er vor acht Jahren nach Görlitz gekommen ist: ‚Seither haben wir die Zahl unserer Wohnungen mit Aufzug verzehnfacht.‘ Diese Entwicklung muss weitergehen, das zeigt ihm auch die jetzige Auswertung: ‚Beim Anbau von Balkonen hingegen sind uns durch das Landesdenkmalgesetz Grenzen gesetzt.‘“*

(Görlitz 2).

Liegen Wohnungsbaugesellschaften in kommunaler Hand, was nicht immer der Fall sein muss, können sie von der Kommune beauftragt werden, verstärkt in die Wohnraumanpassung zu investieren. Andernfalls bleibt den Kommunen nur die Möglichkeit, durch Anreize steuernd auf die Modernisierung und Anpassung von Wohnraum einzuwirken. Nach Maßgabe der jeweiligen kommunalen Handlungsspielräume ist damit auch der Wirkungsgrad des Audits Familiengerechte Kommune auf den Wohnungsmarkt beschränkt. Hier sind eher Instrumente gefragt, die unmittelbar in die

Wohnungswirtschaft einwirken.<sup>25</sup> Andere Artikel berichten über seniorengerechte Wohnungen:

*„Vorangehen soll es hingegen in Sachen Wohnungen. Bei ganzen Wohnblöcken der Wohnungsbaugesellschaften stehen Sanierungen an. Sie sollen seniorengerecht werden, unter anderem Aufzüge erhalten. ‚Das alles bei laufendem Betrieb‘, berichtet der SPD-Mann. Am Ende sollen aber alle profitieren. Damit es endlich losgehen kann, steht aber erst mal eines an: Anträge. Garath soll Fördergelder vom Land erhalten. Sievers: ‚Wir nutzen alle Möglichkeiten. Die Chancen stehen gut.‘“*

(Düsseldorf 2).

Neben der Bestandsanpassung sind umgekehrt auch Möglichkeiten der Umverteilung des Wohnraums nach haushaltsbezogenem Bedarf Gegenstand der lokalen Berichterstattung. Dabei geht es häufig um Prozesse des haushaltsbezogenen Lebenszyklus, bei dem nach dem Auszug der Kinder für die „verbliebenen“ Eltern pro Kopf eine hohe Wohnfläche zur Verfügung steht. Ein häufig vorgetragener Vorschlag ist, ältere Alleinlebende sollten kleinere Wohnungen beziehen, damit große Wohnungen für Familien zur Verfügung stehen:

*„Darauf verweist auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen. Sie lehnt das Thema Wohnungstausch aber nicht rundweg ab. ‚Wenn das auf einer freiwilligen Basis passiert, spricht da ja nichts gegen‘, sagt Sprecherin Ursula Lenz. Viele Senioren sähen ein, dass junge Familien Wohnraum bräuchten. Zudem könne es ein starker Anreiz sein, durch einen Umzug in eine seniorengerechte Wohnung nicht ins Heim zu müssen. Für Senioren, die im fünften Stock ohne Aufzug wohnen, ist das eine reale Gefahr. Aber: ‚Es darf kein Druck ausgeübt werden‘, sagt Lenz. Mo-*

<sup>25</sup> Vor diesem Hintergrund wurde vom Audit Familiengerechte Kommune e. V. das Instrument „Audit generationengerechtes Wohnen im Quartier“ entwickelt (<https://www.familiengerechte-kommune.de/index.php/instrumente/audit-generationengerechtes-wohnen-im-quartier/>, Download 20.9.2018). Zur Notwendigkeit der Einbeziehung der Wohnungswirtschaft in Prozesse sozialer Quartiersentwicklung siehe auch Kurtenbach 2018.

*tivieren zum Umzug würde Senioren nur eins: persönliche Ansprache.“*  
(Düsseldorf 18).

Die finanzielle Belastung von Familien – insbesondere in Ballungsgebieten – aufgrund hoher Mieten oder Grundstückspreise kann alle anderen familienfreundlichen Bemühungen der betreffenden Kommunen konterkarieren.<sup>26</sup> Hier kann das Audit nur in geringem Maße einwirken, bestenfalls zu langfristiger Sensibilisierung anregen.

Stadtplanung als dritte Unterkategorie des fünften Handlungsfeldes umreist vor allem die strategischen Überlegungen der Stadtentwicklung. Ein Beispiel ist die Flächennutzungsplanung, die einen direkten Einfluss auf das Stadterleben von Familien hat:

*„Wir haben inzwischen die gleiche Flächenkonkurrenz wie die Innenstadtbezirke. Wir müssen auch Gewerbegebiete und Grünflächen sichern. Wir haben derzeit 284.000 Einwohner, vor wenigen Jahren waren es 260.000. Aber wir können nicht überall Wohnungen bauen. Außerdem fehlen uns mehrere Hundert Kita-Plätze. Das noch größere Problem aber ist der Fachkräftemangel im Kita-Bereich. Weder die freien Träger noch der Kita-Eigenbetrieb finden gut ausgebildetes Personal, der Markt ist leer gefegt“*  
(Berlin-Lichtenberg 1).

Aus dem Ausschnitt dieses Presseberichtes geht hervor, dass Familie bei der grundlegenden Überlegung der Stadtplanung eine zentrale Rolle einnimmt. Dies ist auch auf das Audit Familiengerechte Kommune zurückzuführen, das als strategisches Steuerungsinstrument Impulsgeber für strategische Entscheidungen, z. B. bei der Flächennutzung, ist. Einen noch konkreteren Bezug der Stadtplanung auf die Familiengerechtigkeit in der Kommune offenbart folgende Textpassage:

<sup>26</sup> Das Problem steigender Mieten und zu wenig bezahlbaren Wohnraums in Großstädten ist mittlerweile ein breit untersuchtes Forschungsfeld (z. B. Blasius, Friedrichs und Rühl 2016; Holm 2012), zu dem es auch unterschiedliche Lösungsvorschläge gibt, die allesamt von verschiedenen Seiten befürwortet oder abgelehnt werden (Aring et al. 2016; Beirat des Wirtschaftsministeriums 2018).

*„Gebraucht werde eine seniorengerechte Stadtentwicklung: ‚Die Stadt tut unheimlich viel für Kinder und Flüchtlinge, zu Recht. Aber wir dürfen die alten Menschen nicht vernachlässigen‘, sagt Fischer“*  
(Düsseldorf 23).

Hier wird deutlich, dass die Kommune ein generationsübergreifendes Verständnis von Familie hat, das für die Orientierung spricht, die das Audit Familiengerechte Kommune prägt. Aus diesem Zitat lässt sich, ebenso wie aus dem voranstehenden, die strategische Wirkung des Audits Familiengerechte Kommune auf die Stadtentwicklung ableiten.

Die nachfolgenden sechs Zitate aus den der Unterkategorie öffentliche Einrichtungen zugeordneten Zeitungsberichten thematisieren die familienorientierte Optimierung öffentlicher Einrichtungen, die zumeist auf das Thema Kinderfreundlichkeit abstellt:

*„Nach etwa vier Jahren bilanzierte Kubasch nun, ein gutes Stück vorangekommen zu sein – eben mit konkreten Maßnahmen wie kinderfreundlichen WCs im Technischen Rathaus – der Jägerkaserne. Zudem sei im Einwohnermeldeamt eine Spielecke eingerichtet worden“*  
(Görlitz 11).

Adäquat zur interkulturellen Öffnung im Kontext der kommunalen Integrationspolitik nimmt diese Kategorie die intergenerationelle Öffnung der kommunalen Familienpolitik in den Blick. Diesem Thema bietet das Audit wichtige Impulse, da es vor allem verwaltungsinterne Prozesse auf Familienfreundlichkeit hin überprüft und so beispielsweise dazu beiträgt, die Betreuungsqualität für die jüngsten Bürgerinnen und Bürger in öffentlichen Kindertageseinrichtungen zu verbessern.

In der Unterkategorie Verkehr beziehen sich alle Presseberichte – bis auf einen – auf die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Düsseldorf. Dort sind die Eindämmung des Straßenverkehrs, Reduzierung der Geschwindigkeit und der Umstieg vom Auto auf das Fahrrad zentrale Anliegen der kommunalen Verkehrspolitik. Ein klarer Bezug zur Fa-

milienfreundlichkeit als kommunale Strategie findet sich allerdings nur in der folgenden Textpassage:

*„Es heißt, die Gegend hier sei die kinderreichste Düsseldorfs, zudem sind drei Schulen direkt an der Bilker Allee. ‚Wenn man ernst nähme, wenn die Politik wieder von Kindeswohl und Familienfreundlichkeit redet, dann müsste man doch davon ausgehen, dass Tempo 30 auf der Bilker Allee sich schnell umsetzen ließe‘, sagt Hanke“* (Düsseldorf 11).

Dieser Antrag wurde abgelehnt. Es wundert, dass Familienfreundlichkeit im Kontext von Verkehr, im Gegensatz zur Stadtentwicklung, keinen prominenten Platz einnimmt. Allerdings lässt sich aus dieser einzig auf eine Kommune bezogenen Beobachtung keine generelle Beurteilung für den Einfluss des Audits Familiengerechte Kommune auf die kommunale Verkehrspolitik insgesamt ableiten.

Die Unterkategorie Freizeit umfasst zwei Themenkomplexe. Zum einen berichten Lokalmedien über einzelne Events mit Freizeitwert für Familien, wie folgender Textausschnitt exemplarisch zeigt:

*„Willy Xylander, Direktor des Naturkundemuseums, hat mit seinen Mitarbeitern vor wenigen Tagen ein Familienfest gefeiert, zu dem sie ihre Kinder mitbringen konnten. Aber vor allem ist Senckenberg großzügig, was die flexible Gestaltung der Arbeitszeiten angeht. Man kann sich Zeiten ins Wochenende verlegen oder das Wochenende generell freihalten. Man kann Pflegeauszeiten nehmen oder bis zu einem ganzen Jahr aus dem Job aussteigen, ohne dass der in der Zwischenzeit verloren geht. Es gibt Sonderregelungen für Mitarbeiter mit gesundheitlichen Problemen und vieles mehr. ‚All diese Dinge tragen zum Wohlbefinden unserer Mitarbeiter bei‘, sagt Willy Xylander. ‚Ich glaube, jeder von ihnen ist mit Begeisterung bei der Arbeit. Aber Leistungsfähigkeit und Verantwortungsgefühl lassen sich nur erhalten, wenn die Mitarbeiter auch einen Ausgleich dazu in ihrer Freizeit haben.“* (Görlitz 23).

Auf diesen Aspekt hat das Audit Familiengerechte Kommune nur indirekten Einfluss, indem es dazu beiträgt, Strukturen zu schaffen und zu stärken, die sich für Familien einsetzen. Wenn die so gestärkten Träger Freizeitangebote für Familien unterstützen, kann diese indirekte Wirkung zum Tragen kommen. Demgegenüber weist der zweite Themenkomplex dieser Unterkategorie darauf hin, dass Freizeitangebote wie generationengerechte Spielplätze für Familien geschaffen werden:

*„Fakt ist: Derzeit sind die meisten städtischen Spielplätze überwiegend für Schulkinder angelegt. Das soll sich ändern. Im Konzept seien diejenigen Spielplätze aufgelistet, die gründlich überarbeitet werden müssen, damit das Spielangebot zeitgemäß und bedarfsgerecht wird“* (Düsseldorf 16).

Auf diesen strategischen Aspekt hat das Audit Familiengerechte Kommune einen direkten Einfluss, wie auf die anderen Kategorien dieses Handlungsfeldes, abgesehen vom Verkehr, auch. Offenbar wirkt das Audit Familiengerechte Kommune eher indirekt, wenn es darum geht, Strukturen für die direkte Arbeit mit Familien und die Kooperation mit der Kommunalverwaltung zu unterstützen. Wichtige Impulse setzt das Audit auch bei strategischen Entscheidungen darüber, wie Familiengerechtigkeit in der Stadtentwicklung mitbedacht werden kann (vgl. Kapitel 7).

### 9.2.6 Ergebnisse der Zeitungsanalyse im Handlungsfeld 6

Die Berichterstattungen, die in das sechste Handlungsfeld sortiert wurden, umfassen drei Unterkategorien, wobei Senioren die erste bildet. Dem Handlungsfeld lassen sich 24 Zeitungspassagen zuordnen, die aufgrund dieser Anzahl – nicht verwunderlich – über ein breites Themenfeld berichten. Dieses lässt sich in Beiträge über Strukturen für und von Seniorinnen und Senioren sowie über konkrete Hilfeangebote für Familien untergliedern:

*„Der Arbeitskreis ‚Seniorinnen und Senioren‘ vervollständigt das Netzwerk, Seniorenbeauftragte Gabi Linster berichtete von der Ausbildung von ‚Tageskindern‘ zur Entlastung pflegender Angehöriger oder von der Aktion ‚Digitalisierung im Alter‘, die älteren Menschen die Scheu vor Tablet und Smartphone nehmen soll, damit diese Kontakt mit Kindern und Enkelkindern halten können. Alle Arbeitskreise stellten sich auch auf Stellwänden vor“*  
(Osnabrück 13).

Das Audit Familiengerechte Kommune unterstützt die Kommunalverwaltung vor allem bei der Entwicklung der Strukturen für die Vernetzung mit generationenrelevanten Akteurinnen und Akteuren. Doch bei Einzelthemen und konkreter Maßnahmengestaltung benötigt es für die zukünftige Entwicklung des Audits eine Weiterentwicklung. Ein Beispiel liefert folgendes Zitat:

*„„Natürlich hat es auch vor 30 Jahren in Düsseldorf zum Teil dieselben sozialen Probleme gegeben“, sagt Uta Lode, Projektmanagerin bei der Awo für die Quartiersentwicklung, „aber vieles hat sich – etwa durch den demografischen Wandel – verschärft: zum Beispiel die Vereinsamung im Alter.“ Ein Grundprinzip ist laut Lode das Bestreben, ein Quartier ‚demografiefest‘ zu machen: „Das heißt, dass alle Bewohner so lange wie möglich dort wohnen bleiben können – und zwar nicht einsam und verlassen.““*  
(Düsseldorf 20).

Die Auswertung legt nahe, dass das Audit Strukturen und Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren zur Unterstützung älterer Bürgerinnen und Bürger fördert, die kleinräumige Ebene, z. B. das im Zitat erwähnte Quartier, als Adressat von Familien- und Generationengerechtigkeit aber eher vernachlässigt, was allerdings auch für andere von der Verwaltung implementierte Instrumente zutrifft. Allerdings hat dies Auswirkungen auf die Angebotsstruktur als indirekte Folge des Audits, wodurch die Ressourcen kommunaler Familienpolitik Gefahr laufen, nicht zielgenau eingesetzt zu werden.

Die Berichte in der Unterkategorie Pflege weisen allesamt auf den bevorstehenden Pflegenotstand und die Anpassung der Wohninfrastruktur an die Bedürfnisse von pflegebedürftigen Personen hin:

*„Die Wohlfahrtsverbände schlagen Alarm: Angesichts der demografischen Entwicklung müsse die Stadt dringend die Infrastruktur für die Altenpflege ausbauen. ‚Wir schieben ein Riesenproblem vor uns her‘, warnt DRK-Chef Stefan Fischer, derzeit Sprecher der Liga (mit u. a. Awo, Caritas, Diakonie)“*  
(Düsseldorf 23).

Auffallend ist, dass das Audit Familiengerechte Kommune, wie bereits in der Auswertung der Unterkategorie Pflege und Beruf im Handlungsfeld 2 (Kapitel 9.2.2) gezeigt, das Thema Pflege offenbar nicht in den öffentlichen Fokus des kommunalen Handelns rückt, obwohl es eines der Kernthemen familienpolitischer Aufgaben ist. In der Außen-darstellung erweckt dies den Eindruck, zumindest bezogen auf die verstehende Wirkung des Audits als Auftrag der vorliegenden Evaluationsstudie, dass Familienpolitik ihr Augenmerk eher auf die Belange von Kindern und in Teilen von ihren Eltern richtet und nicht unbedingt auf die Bedürfnislagen älterer Menschen.

Mit Ausnahme eines Artikels sind alle Berichte in der Unterkategorie Mehrgenerationen- und Familienzentren auf die Stadt Düsseldorf bezogen. Hier wird über die Eröffnung und Einrichtung verschiedener generationsübergreifender Einrichtungen berichtet, wie folgende Textpassage exemplarisch zeigt:

*„Superintendentin Henrike Tetz spricht bereits euphorisch ‚von einem Ort der Begegnung, einer Heimat für alle Generationen, die auch unterschiedliche Lebenssituationen berücksichtigt und in das Quartier ausstrahlen wird. Dieses sieht Thorsten Nolting ohnehin zu Unrecht verunglimpft: ‚Oberbilk wird oft schlecht geredet. Es ist aber sehr lebendig, bunt und nicht zuletzt äußerst vielfältig.““*  
(Düsseldorf 14).

Ähnliche Berichte, etwa zum Ausbau von Spielplätzen zu generationengerechten Aufenthaltsorten, finden sich in der weiteren Berichterstattung. Es ist bemerkenswert, dass das Thema der Generationengerechtigkeit im öffentlichen Diskurs nur am Rande erwähnt wird, denn es wird vom Audit Familiengerechte Kommune klar benannt und findet sich auch in den Dokumenten, die in Kapitel 8 ausgewertet wurden. Die Gründe können auf Basis des Materials nicht herausgearbeitet werden. Sie zu eruieren wäre wichtig, weil dieses für die Weiterentwicklung des Audits von zentraler Bedeutung ist.

### 9.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Zeitungsanalyse

Die Auswertung des medialen Diskurses hat folgende zentrale Ergebnisse erbracht:

- *Vereinbarkeit*: Der thematische Schwerpunkt der Medienberichterstattung liegt auf der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, stellt aber vor allem auf die Betreuung von Vorschulkindern ab. Hier dokumentieren die Presseberichte die erheblichen Anstrengungen der Kommunen, die aber auch mit erhöhten finanziellen Belastungen für Eltern einhergehen.
- *Öffentliche Verwaltung*: Das Audit zeigt eine eindeutige Wirkung in Bezug auf die generationengerechte Öffnung der Verwaltung, was durch zahlreiche Hinweise in der Lokalpresse auf die Kinderfreundlichkeit öffentlicher Einrichtungen dokumentiert ist.
- *Pflege*: Unterrepräsentiert in der öffentlichen Berichterstattung ist das Thema Pflege. Das betrifft sowohl die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf als auch das Thema Pflege selbst, vor allem beim Vergleich mit dem medialen Interesse an Angeboten für Kinder im Vorschulalter.
- *Nachhaltigkeit*: Die Analyse der Zeitungen lässt den Schluss zu, dass die Nachhaltigkeit von Projekten und die Beteiligungskultur eher zu-

rückhaltend von den Medien aufgenommen werden, obwohl beide Themen wichtige Bausteine des Audits Familiengerechte Kommune sind.

- *Strukturfördernde Effekte*: Es wurde deutlich, dass das Audit vor allem auf der strukturellen Ebene Öffentlichkeitswirksamkeit erzielt. Durch die Zentrierung familienbezogener Themen im kommunalpolitischen Handeln wird die Kommunalverwaltung als vernetzender Akteur wahrgenommen.

Die strukturfördernde Wirkung des Audits führt offensichtlich auch dazu, dass die Berücksichtigung von Familien bei strategischen Entscheidungen über die Stadtentwicklung auf mediales Interesse stößt.

# 10 Integrierte Analyse

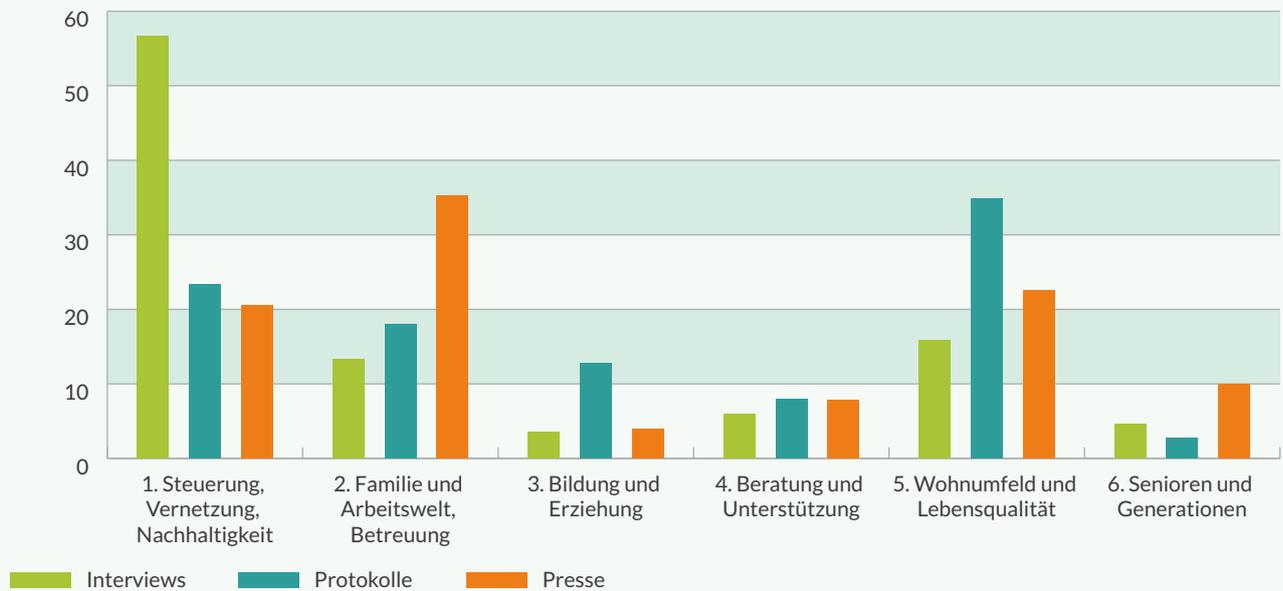
Nach den drei Teilauswertungen wird in diesem abschließenden empirischen Kapitel eine integrierte Auswertung vorgenommen. Ziel ist es, die Ergebnisse der Teilauswertungen in Bezug zueinander abzuwägen und Widersprüche, Gemeinsamkeiten und Ergänzungen aufzudecken. Dazu werden die relativen Häufigkeiten der Codierungen herangezogen und diese handlungsfeldvergleichend und diskursvergleichend diskutiert. Die Grundlage bilden die Häufigkeiten der Tabellen 17, 19 und 21. Da die gesetzten Codierungen zwischen den Materialtypen variieren (Interview N=1.045, Protokolle politischer Debatten N=781, Zeitungsartikel N=411), wurde zudem für das Gesamtbild das arithmetische Mittel über die relativen Häufigkeiten berechnet, da ansonsten ein Diskurstyp überbetont würde. Im Mittelpunkt der integrierten Betrachtung steht damit der themenbezogene Perspektivenvergleich, wobei wir annehmen, dass je häufiger ein Thema genannt wurde, es auch eine verstärkte Aufmerksamkeit erhält.<sup>27</sup> Dabei wird auf eine detaillierte diskurspezifische Interpretation verzichtet, da sie bereits in den vorangegangenen Kapiteln vorgenommen wurde. Daher ist vor allem von Interesse, ob es Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten in der Betonung von Themen gibt oder ob es Themen(-felder) gibt, welche vergleichsweise unterbelichtet sind.

<sup>27</sup> Hier kann es allerdings auch zu Verzerrungen kommen, die mit den Erkenntnissen aus den Kapiteln 7 bis 9 reflektiert werden können. Ein Beispiel ist die Kategorie Senioren und Generationen, da in den meisten Textstellen davon gesprochen wird, dass das Thema in den Kommunen zu kurz komme.

## 10.1 Handlungsfeldübergreifende integrierte Auswertung

Abbildung 28 vergleicht die Diskurstypen nach Handlungsfeldern. Beim Handlungsfeld 1 ist eindeutig zu erkennen, dass die dazugehörigen Themen alle bei den Experteninterviews angesprochen wurden. Das erscheint auch plausibel, da die lokalen Akteurinnen und Akteure vor allem mit Aufgaben der Vernetzung und Steuerung betraut sind und solche Aufgaben weniger Aufmerksamkeit im politischen oder medialen Diskurs finden. Beim Handlungsfeld 2, das Familien und Arbeitswelt thematisiert, ist eine Häufung im medialen Diskurs zu erkennen. Es gibt demnach eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit zu den handlungsfeldbezogenen Themen, was auch als Erfolg des Audits gewertet werden kann, wobei sich allerdings nur relativ wenige Aussagen dazu in den Interviews oder Protokollen politischer Diskussionen finden. Anders wiederum ist das Bild beim Handlungsfeld 3, das Bildung und Erziehung zum Gegenstand hat. Hier wird vor allem in politischen Gremien diskutiert und nur wenig in den anderen Diskursarenen. Das Handlungsfeld 4 zeigt nur wenig Differenz in den Häufigkeiten zwischen den Aussagen aus den Interviews, politischen Protokollen und Zeitungsartikeln. Das Handlungsfeld 5, das das Thema Wohnen adressiert, wird deutlich überrepräsentiert im politischen Diskurs thematisiert und findet in den Interviews sowie in den lokalen Medien offenbar relativ wenig Beachtung. Im Handlungsfeld 6 werden eher Themen diskutiert, die die Belange Älterer in den Mittelpunkt stellen. Hier ist der Anteil über alle Diskurse hinweg sehr gering, wenn es auch einen Schwerpunkt auf die Medienberichterstattung gibt.

ABBILDUNG 28 Häufigkeitsverteilung der Codierung nach Handlungsfeldern, in Prozent



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

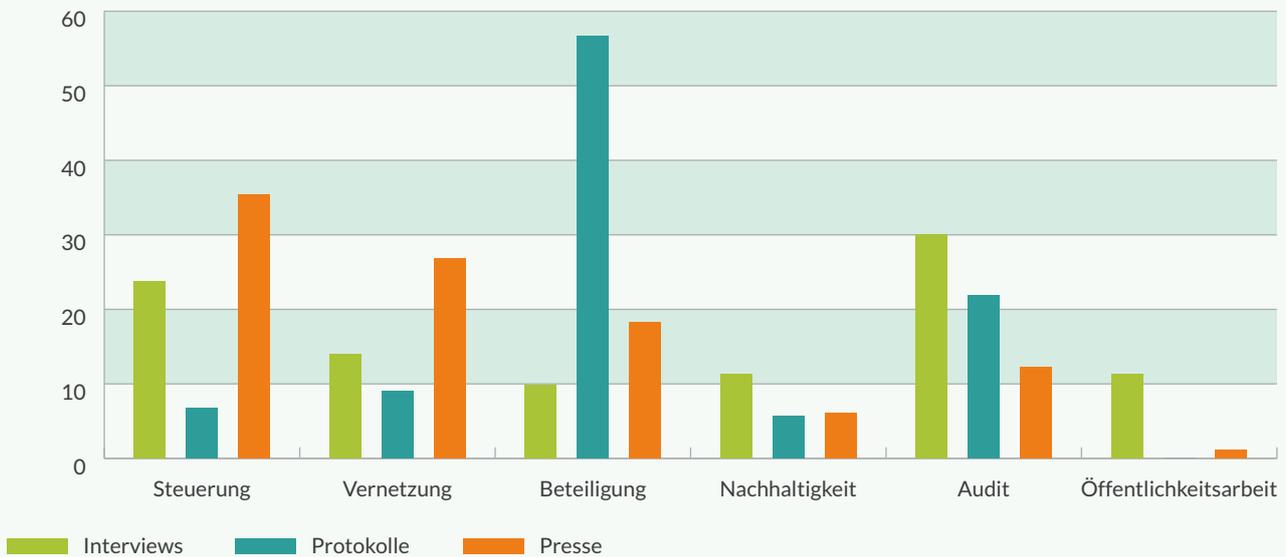
Der Vergleich zeigt, dass die interviewten lokalen Akteurinnen und Akteure aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft eher mit Themen der Steuerung und Vernetzung befasst sind, was auch Teil ihres Alltagshandelns ist. Dadurch fallen aber thematische Schwerpunkte zurück. Im politischen Diskurs wird vor allem Bildung und Wohnen diskutiert, was jeweils aber nur geringe Effekte auf die Wahrnehmung der Interviewpartnerinnen und -partner oder lokalen Medien hat. Beides sind zudem politische Dauerthemen, bei denen die Kommune zugleich Gestaltungsspielraum hat, dieser aber deutlich von finanziellen Ressourcen sowie verfügbarem Bauland abhängt. Bemerkenswert ist, dass Familien im medialen Diskurs deutlich adressiert werden. Die Belange von Familien sind demnach klar in der Medienberichterstattung verankert, sodass das Audit auch von der öffentlichen Meinung getragen wird. Anzumerken ist allerdings auch, dass weder aus der Perspektive lokaler Expertinnen und Experten noch in den politischen Debatten das Thema der Älteren wirklich thematisiert wird, was, auch in Verbindung mit den Ergebnissen aus Kapiteln 7 bis 9,

darauf schließen lässt, dass in der Praxis Familien eher als Haushalte gesehen werden, in denen auch Minderjährige leben. Intergenerationelle Beziehungen werden demnach nicht als Teil familienpolitischer Aufgaben gesehen.

## 10.2 Handlungsfeldspezifische integrierte Auswertung

Folgend werden nun in gleicher Vorgehensweise die Handlungsfelder einzeln, aufgegliedert nach Subthemen, besprochen. Abbildung 29 zeigt die Verteilung der Themen im Handlungsfeld 1. Beim Themenbereich Steuerung ist aus den Häufigkeitsverteilungen zu entnehmen, dass dies vor allem für die interviewten lokalen Akteurinnen und Akteure, die zugleich auch die Umsetzungsebene des Audits bilden, Relevanz hat. Die konkrete Umsetzung von Familienpolitik liegt zugleich auch in ihrem Verantwortungsbereich. Vernetzung wiederum wird eher in der lokalen Öffentlichkeit besprochen und relativ wenig auf der Umsetzungsebene. Im politischen Raum wird im

ABBILDUNG 29 Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 1, in Prozent



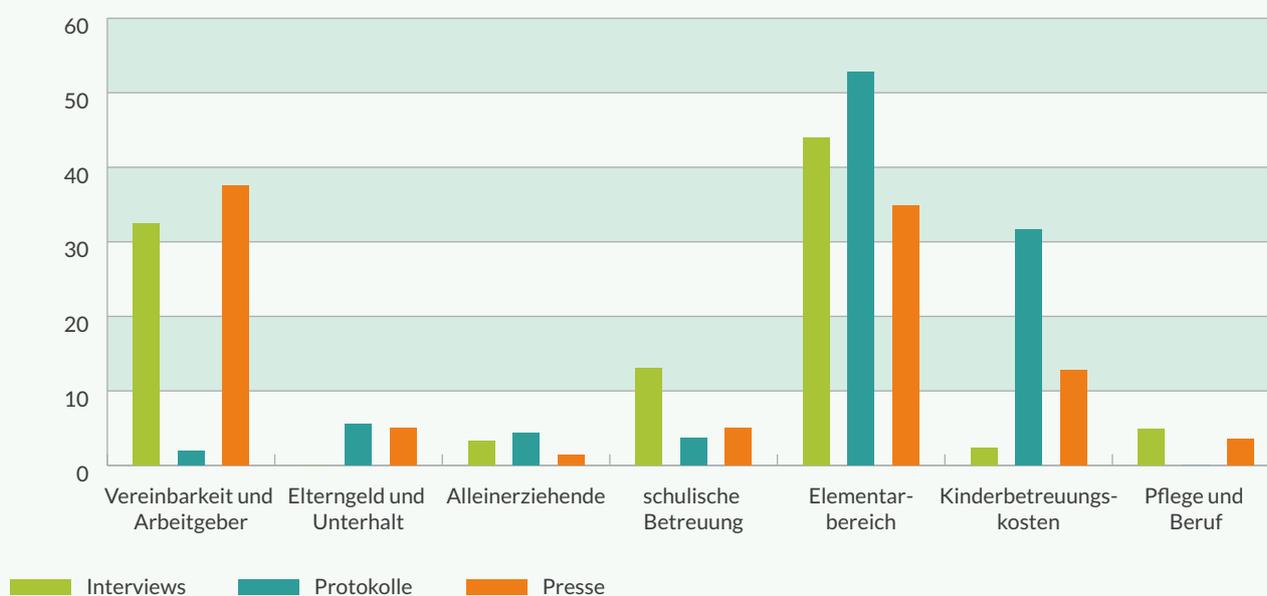
Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

Zusammenhang mit Familien häufig über Beteiligung debattiert, ebenso finden sich relativ viele Berichte dazu in den lokalen Medien, sodass diese im Mittel die am stärksten ausgeprägte Unterkategorie im ersten Handlungsfeld ist. Allerdings findet das Thema Beteiligung auf der Umsetzungsebene der lokalen Akteurinnen und Akteure relativ wenig Beachtung. Kaum Unterschiede sind beim Themenbereich Nachhaltigkeit und Sicherung zu erkennen, welchem insgesamt eine geringe Aufmerksamkeit zuteilwird. Das Audit selbst wird in allen drei Diskursen diskutiert, was für seine breite Verankerung in Politik, Öffentlichkeit und Verwaltungshandeln spricht. Allerdings wurde dies explizit in den Interviews erfragt bzw. war auch Anlass zur Kontaktaufnahme, sodass es hier zu positiven Beeinflussungen gekommen sein kann. Das Thema Öffentlichkeitsarbeit fand insgesamt wenig Beachtung, aber vor allem in den geführten Experteninterviews, was darauf zurückzuführen ist, dass es im Leitfaden angesprochen wurde.

Die Häufigkeitsverteilungen zum Handlungsfeld 2 zeigt Abbildung 30. Das Themenfeld Vereinbarkeit und Arbeitgeber findet sowohl auf der Umsetzungsebene der lokalen Akteurinnen und Akteure als auch im medialen Diskurs hohe Aufmerksamkeit, allerdings nur sehr wenig im kommunalen politischen Diskurs. Eine plausible Erklärung ist, dass es in der Regel bereits Konzepte dazu gibt, die politisch beschlossen wurden und sich in der Umsetzung befinden. Elterngeld und Unterhalt sind für Familien zwar häufig von essenzieller Bedeutung, hier haben die Kommunen aber keinen Gestaltungsspielraum, was sich auch in den Diskursen widerspiegelt. Bemerkenswert ist, dass über die Gruppe der Alleinerziehenden, die hohen Unterstützungsbedarf hat, ebenso wenig diskutiert oder berichtet wurde. Allerdings hat die tiefgehende Untersuchung in Kapitel 7.2.2 gezeigt, dass das Thema auf der operativen Ebene eine hohe Aufmerksamkeit genießt. Das Thema schulische Betreuung wurde vor allem von den interviewten Expertinnen und Experten benannt und findet in der politischen Diskussion auf der kommunalen Ebene sowie in der lokalen Medienberichterstattung wenig Anklang. In allen drei Perspektiven

ABBILDUNG 30 Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 2, in Prozent



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

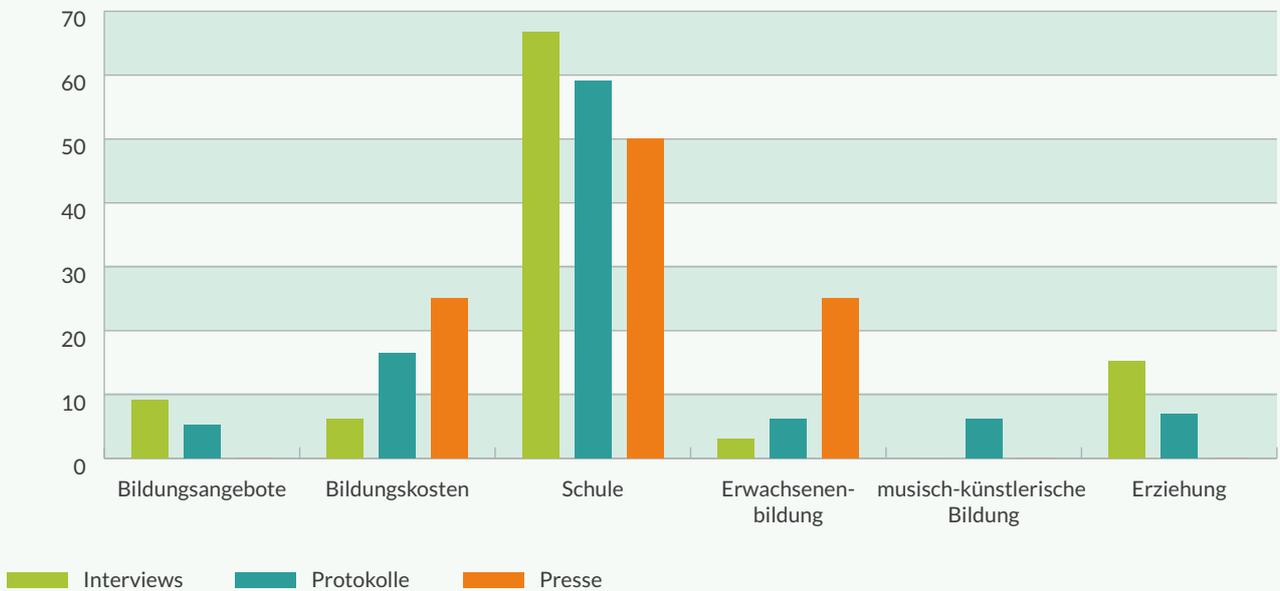
genießt der Elementarbereich die größte Aufmerksamkeit, was belegt, dass hier auch dauerhaft großer Handlungsbedarf zu bestehen scheint. Damit hängt auch das Thema der Betreuungskosten zusammen, über welche die lokale Politik befinden muss, weswegen bei dieser auch eine relationale große Anzahl an Treffern vorzufinden ist. Wenig Aufmerksamkeit kommt dem Themenbereich der Kindertagespflege zuteil. Sowohl die Kindertagespflege als auch der Elementarbereich sind durch gesetzliche Regelungen deutlich im kommunalen Handeln verankert, was auch ohne das Audit der Fall wäre. Ihre konkrete Ausgestaltung kann aber durch eine Orientierung an Familiengerechtigkeit beeinflusst sein. Dem Themenfeld Pflege und Beruf kommt trotz des sich deutlich abzeichnenden demographischen Wandels nur wenig Aufmerksamkeit zu.

Das dritte Handlungsfeld beinhaltet sechs Unterkategorien, die in der Häufigkeitsverteilung in Abbildung 31 dargestellt sind. Bildungsangebote werden nur relativ wenig thematisiert und das eher von den interviewten Expertinnen und Ex-

perten in den Kommunen. Bildungskosten wiederum werden eher in den lokalen Nachrichten besprochen und etwas weniger in der Gewichtung im politischen Raum. Dominiert wird das gesamte Handlungsfeld vom Thema Schule, das aus allen drei Perspektiven das mit Abstand wichtigste Thema ist, obwohl die Kommunen nur geringen inhaltlichen Gestaltungsspielraum haben. Im medialen Diskurs wird im Vergleich zu den anderen Diskursen eher Erwachsenenbildung thematisiert, die in den Kommunen häufig an die Volkshochschulen übertragen wird, und daher ist es plausibel, dass dies in den Interviews und politischen Debatten kaum Erwähnung findet. Die musisch-künstlerische Bildung wird insgesamt kaum und einzig im politischen Diskurs angesprochen. Bezüge zu Erziehung wiederum finden sich vor allem in den Interviews und, im geringen Ausmaß, auch in den politischen Debatten wieder, allerdings überhaupt nicht im medialen Diskurs.

Das Handlungsfeld 4 beinhaltet nur drei Themen, wie in Abbildung 32 abzulesen ist. Das Thema Beratung findet sich vor allem im medialen Diskurs

ABBILDUNG 31 Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 3, in Prozent



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

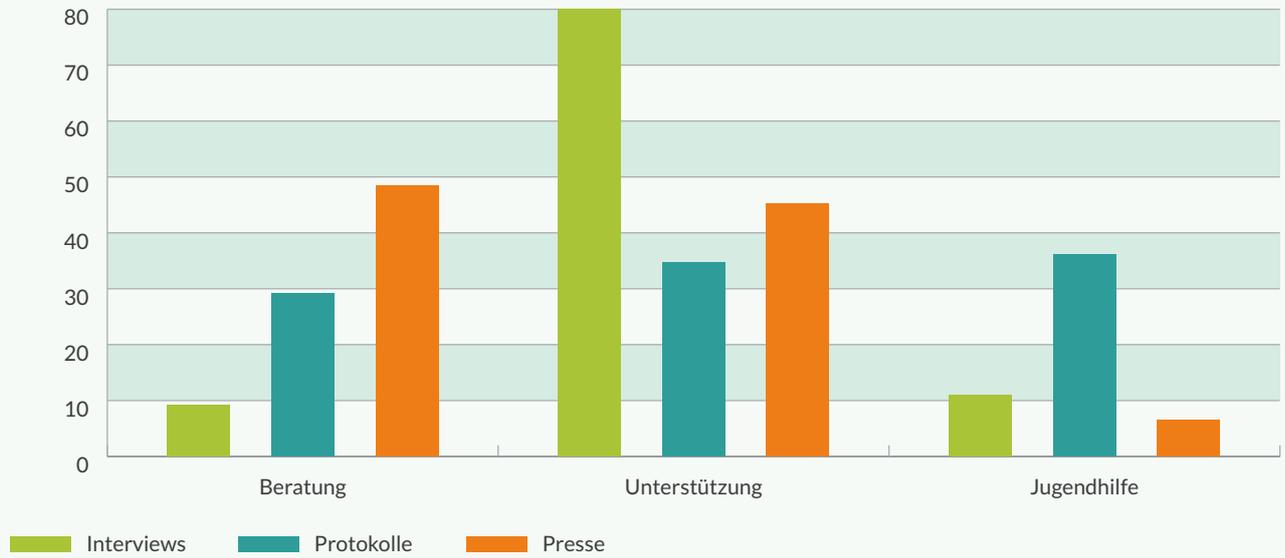
wieder, geringer, aber ebenso im politischen Diskurs und nahezu gar nicht auf der Umsetzungsebene. Das spricht dafür, dass einerseits Bedarf gesehen wird, andererseits es an der Umsetzung hadert. Das Thema Unterstützung von Familien wird in allen Diskursen deutlich thematisiert und ist demnach als Bedarf anzusehen, der erkannt und umgesetzt wird. Das Thema Jugendhilfe wird vor allem im politischen Diskurs thematisiert, was plausibel ist, da auch Protokolle des Jugendhilfeausschusses (oder Äquivalent) aus den Kommunen mit eingeflossen sind.

Die Verteilung der Kategorien im fünften Handlungsfeld über die Typen des empirischen Materials hinweg findet sich in Abbildung 33. Das Thema Wohnen und Bauen wird deutlich in der medialen Debatte zur Sprache gebracht, ebenso auf der Umsetzungsebene, aber relativ wenig im politischen Bereich. Ob dies an bereits beschlossenen Wohnkonzepten liegt oder an Gestaltungszurückhaltung, lässt sich aus dem Material nicht eindeutig schließen. Stadtplanung und Lebensqualität wiederum wird in allen drei Perspektiven am häufigsten beachtet.

Bemerkenswert ist, dass öffentliche Einrichtungen zwar im politischen Diskurs in Bezug auf Familie sehr häufig besprochen werden, sich allerdings in den protokollierten Aussagen der interviewten Expertinnen und Experten dazu nur wenige Nennungen finden, ebenso wie beim medialen Diskurs. Der Code Verkehr wurde auf geringem Niveau etwa in gleicher Gewichtung in allen drei Perspektiven genannt. Freizeitangebote für Familien wiederum wurden im politischen Diskurs im Vergleich zu den anderen beiden Perspektiven wenig genannt, was darauf schließen lässt, dass dies zwar ein wichtiges Thema für Familien ist, aber Kommunalpolitik hier keine Veranlassung sieht, sich gestaltend mit dem Komplex zu befassen.

Das Handlungsfeld 6 beinhaltet, ebenso wie das vierte Handlungsfeld, nur drei Codes, deren Häufigkeitsverteilung in der Analyse in Abbildung 34 dargestellt sind. Zugleich ist es, wie Abbildung 28 gezeigt hat, das Handlungsfeld mit den wenigsten gesetzten Codierungen aller sechs Handlungsfelder des Audits Familiengerechte Kommune. Die

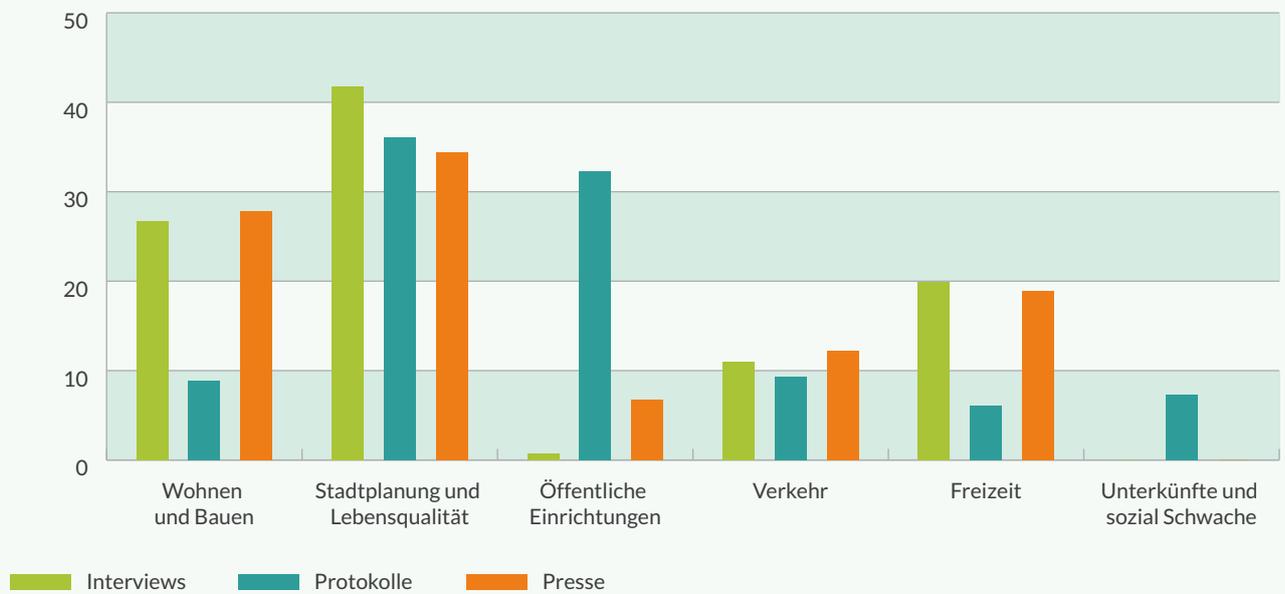
ABBILDUNG 32 Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 4, in Prozent



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

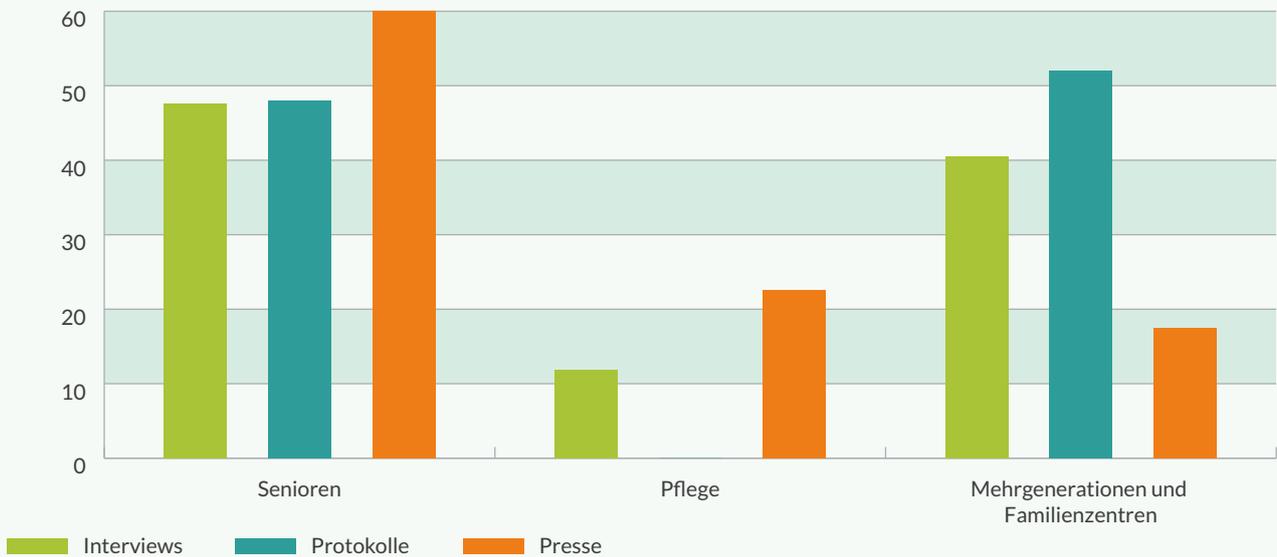
ABBILDUNG 33 Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 5, in Prozent



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 34 Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 6, in Prozent



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

erste Kategorie Senioren und die dritte Kategorie Mehrgenerationen- und Familienzentren werden in allen drei Perspektiven häufig genannt, so dass es sich um ein konsistentes Muster handelt. Pflege wiederum wird im kommunalpolitischen Diskurs überhaupt nicht im Zusammenhang mit Familie debattiert und auch auf der Umsetzungsebene oder im medialen Diskurs findet das Thema nur wenig Beachtung. Da es sich zugleich um ein Handlungsfeld mit nur wenigen Codierungen handelt, ist der Befund umso alarmierender, da es, bedingt durch den demographischen Wandel, bereits jetzt absehbar zu einer Versorgungslücke kommen wird (Bertelsmann Stiftung 2012: 51).

### 10.3 Gesamtbewertung der Analysen des Audits Familiengerechte Kommune

Bei einer Gesamtbetrachtung der Ergebnisse fächert sich das Bild in zahlreiche Aspekte auf, welche für das Audit Familiengerechte Kommune von Relevanz sind. Offenbar hilft das Instrument der Steuerung familienpolitischer Prozesse auf kommunaler Ebene. Zudem genießt Familie Aufmerksamkeit im kommunalen Handeln, aber auch in der öffentlichen Wahrnehmung auf lokaler Ebene, was zumindest für die Kommunen gilt, in denen überhaupt über Familien berichtet wurde. Bei den Ergebnissen selbst fallen mehrere Punkte auf, die noch einmal hervorgehoben werden sollten. Beteiligung von Familien wird als Absicht in der Politik wahrgenommen, verliert aber offenbar im Verwaltungshandeln relativ an Aufmerksamkeit. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Perspektive von Familien nicht in ausreichendem Maße bei der Planung und Umsetzung von Projekten mit einbezogen wird. Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Themenfeld Beratung, das ebenso eine hohe politische Aufmerksamkeit genießt und vom medi-

alen Diskurs getragen wird, aber auf der Umsetzungsebene offenbar nicht implementiert wird; eine Ausnahme bilden eingerichtete Familienbüros. Dabei gibt es ebenso Themen, die nur im beschränkten Ausmaß von der Kommune direkt beeinflusst werden können, allerdings einen hohen Stellenwert für Familien genießen und dadurch trotzdem für Kommunen von (politischer) Bedeutung sind. In den hier diskutierten Themen sind dies vor allem Schule sowie Wohnen und Bauen.

Dabei gibt es mit Alleinerziehenden einen spezifischen Typ von Familienhaushalten, der besonderer Unterstützung bedarf. Kommunale Familienpolitik kann vor allem hier gestaltend wirken, es ist aber festzustellen, dass dies nur in einzelnen Fällen geschieht. Bei einer möglichen Weiterentwicklung des Audits könnten solche strategischen Lücken adressiert werden. Auch ist festzustellen, dass Nachhaltigkeit in Bezug auf kommunale Familienpolitik kaum Beachtung findet. Es ist aber sinnvoll, eine Ergebnissicherung zu betreiben, damit erreichte Erfolge nicht an Einzelpersonen hängen, sondern strukturell erhalten bleiben. Allerdings muss dies ohne einen erhöhten bürokratischen Aufwand umsetzbar sein, da bereits der hohe Aufwand bei der Erstellung einzelner Berichte im Rahmen des Audits beklagt wurde.

Zu unterstreichen ist, dass die Ansprüche des Audits in Bezug auf Pflege und Generationengerechtigkeit nicht erreicht werden, wie auch die Ergebnisse der Auswertung in Kapiteln 7 bis 9 gezeigt haben. Familie wird offenbar nur als Haushalte verstanden, in denen auch Minderjährige leben. In Bezug auf die Versorgung Älterer oder ihre strukturelle Miteinbeziehung bei der Planung kommunaler Familienpolitik besteht eindeutig Nachholbedarf, auch wenn dieser Bedarf von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern laut der interviewten Expertinnen und Experten noch nicht gesehen wird. Das ist umso dringender, da durch den demographischen Wandel der Pflegebedarf in den kommenden Jahren wesentlich wachsen wird, was auch immer mehr Familien betrifft. Auch kommunale Familienpolitik kann einen Beitrag zur Bewältigung dieser demographischen Mammutaufgabe leisten.

TABELLE 22 Übersicht der Ergebnisse der Evaluationsstudie nach Handlungsfeld

Handlungsfeld	Interviewauswertung	Auswertung politischer Diskurs	Auswertung medialer Diskurs	Gesamtbewertung
1. Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit	++	+	+	++
2. Familie und Arbeitswelt, Betreuung	+	+	+	+
3. Bildung und Erziehung	+	+	+	+
4. Beratung und Unterstützung	+	++	++	++
5. Wohnumfeld und Lebensqualität	-	++	-	+
6. Senioren und Generationen	0	--	-	-

-- = Anspruch eindeutig nicht erreicht; - = Anspruch mit Einschränkungen nicht erreicht; 0 = keine eindeutige Tendenz; + Anspruch mit Einschränkungen erreicht; ++ Anspruch eindeutig erreicht

Quelle: eigene Darstellung

Das Audit wurde nun in drei – bzw. mit der integrierten Perspektive vier – Aspekten untersucht, sodass wir nun ein komplexes Bild skizzieren können. Tabelle 22 gibt einen Überblick zu den Ergebnissen der verstehenden Evaluationsstudie. Grundlage der Bewertung sind die in Kapitel 3 formulierten Ansprüche des Audits, aufgelistet nach Handlungsfeld.<sup>28</sup>

Das Handlungsfeld 1 des Audits Familiengerechte Kommune, das sich vor allem um Steuerung und Vernetzung dreht, ist in seiner Implementierungswirkung erfolgreich, vor allem für verwaltungsinterne Akteurinnen und Akteure. Zwar wird es strategisch unterschiedlich genutzt, doch diese Offenheit wird als großer Vorteil des Audits verstanden. Demnach sind hier die Ansprüche weitestgehend erfüllt, wenn auch es Abstriche in Bezug auf Vernetzung und Nachhaltigkeit gibt. Im Handlungsfeld 2 werden Themen wie Arbeitswelt und Betreuung subsumiert. Mit Ausnahme der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wird hier

<sup>28</sup> Eine Übersicht zum Stand des Audits in der jeweiligen Kommune, nach Handlungsfeld, findet sich in Kapitel 6.

offenbar durch den Prozess des Audits Fortschritt erzielt. Ebenso werden im Handlungsfeld 3 in den Kommunen die Ansprüche erfüllt, wobei es eine Überbetonung des Themenfeldes Schule gibt, das durch die kommunale Ebene nur indirekt beeinflusst werden kann. Zudem werden Bildungskosten nur marginal thematisiert. Im Handlungsfeld 4 sind die Ansprüche des Audits ebenso weitestgehend erfüllt. Ein heterogenes Bild ergibt sich bei der perspektivenabhängigen Bewertung des fünften Handlungsfeldes. Wohnen und Beteiligung werden zwar als wichtige Faktoren benannt, hier ist aber kaum Konsistenz im Hinblick auf praktisches Handeln und politische Debatte zu erkennen. Für sich allein betrachtet ist jede Perspektive plausibel, allerdings führt dies offenbar zu ungeklärten Verantwortlichkeiten, trotz drängenden Handlungsbedarfs, wie die Medienberichte nahelegen. Im Handlungsfeld 6 hat die Evaluationsstudie ergeben, dass die Herausforderungen von Pflege und Alter bislang noch nicht in die Planung kommunaler Familienpolitik entsprechend eingeflossen sind, obwohl dies in diesem Handlungsfeld des Audits ausdrücklich beabsichtigt wird.

# 11 Fazit

Die vorliegende Studie hatte zum Ziel, die Wirkung des Audits Familiengerechte Kommune verstehend zu untersuchen. Dafür wurden zehn Auditkommunen ausgewählt und fallübergreifend untersucht. Nach einer beginnenden Beschreibung der Fallbeispiele wurden drei Perspektiven auf das Audit eingenommen. Erstens wurden Akteurinnen und Akteure aus der Praxis aus den Untersuchungskommunen leitfadengestützt interviewt, um die Implementierung des Audits im Verwaltungshandeln, aber auch in Kooperation mit der Kommunalverwaltung besser zu verstehen. Zweitens wurden Protokolle politischer Debatten untersucht, um herauszuarbeiten, ob das Audit Familiengerechte Kommune tatsächlich in den Mittelpunkt kommunalpolitischen Handelns stellt. Drittens wurden Berichte aus Lokalzeitungen der Untersuchungskommunen mit Bezug zu Familien analysiert, um die öffentliche Meinung und die Diskurse den verwaltungsbezogenen Debatten an die Seite zu stellen, wodurch die Wirkung des Audits untersucht werden kann. In einer anschließenden integrierten Analyse wurden die Diskurstypen nach den Handlungsfeldern des Audits verglichen.

## 11.1 Beantwortung der Forschungsfragen

Die Untersuchung spannte sich entlang dreier Forschungsfragen auf, deren erste *„Wie wirkt sich das Audit Familiengerechte Kommune in der Wahrnehmung beteiligter Akteurinnen und Akteure innerhalb der Kommunalverwaltung aus?“* lautete. Sie kann folgend beantwortet werden: Für die Umsetzungsebene hat das Audit drei Effekte. Erstens gewinnt Familienpolitik in der Kommune an Verbindlichkeit, da Ratsbeschlüsse vorliegen und fi-

nanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen. Zweitens wird ein strukturgebendes Element für die thematische Implementierung von Familienpolitik in der gesamten Verwaltung etabliert. Drittens, und aus den beiden vorangegangenen Punkten folgend, verzeichnet die Verwaltungsspitze einen Zugewinn der Steuerungsmöglichkeit kommunaler Familienpolitik, was eine kohärente Strategieentwicklung ermöglicht.

Die zweite Forschungsfrage *„Wie wirkt sich das Audit Familiengerechte Kommune auf den kommunalpolitischen Diskurs aus?“* ist wie folgt zu beantworten: Familien scheinen durch das Audit an politischer Aufmerksamkeit zu gewinnen, wobei mit dem vorliegenden Design keine kausalen Schlüsse zum Diskurs gezogen werden können. Auch der Umkehrschluss ist plausibel, dass Kommunen, die Familien als politisches Aufgabenfeld identifiziert haben, dazu neigen, das Audit in Anspruch zu nehmen. Daher gehen wir von einer politischen Verankerung des Themas Familie im politischen Diskurs durch das Audit aus, auch wenn es Aufmerksamkeitskonjunkturen gibt, wie z. B. eine erhöhte Aufmerksamkeit rund um die Auditierung und ein Nachlassen hinterher.

Die dritte Leitfrage *„Wie wirkt sich das Audit Familiengerechte Kommune auf den medialen Diskurs aus?“* ist wie folgt zu beantworten: Das Audit selbst beeinflusst den medialen Diskurs nur indirekt, da es mehr Anlässe gibt, um über kommunale Familienpolitik zu berichten. Allerdings kann dadurch auch eine Selbstverstärkung zu einer erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit zum Thema entstehen, was wiederum mehr Berichterstattung über Familien zur Folge hätte. Bedenklich ist allerdings, dass nur in drei Kommunen (Görlitz, Landkreis Osnabrück und Düsseldorf) die Anzahl der

auswertbaren Zeitungsartikel höher als zehn pro Jahr lag (siehe Tabelle 20 in Kapitel 9.1).

## 11.2 Zentrale Erkenntnisse der Evaluationsstudie

Neben den forschungsleitenden Fragen wurden zahlreiche Erkenntnisse zum Audit Familiengerechte Kommune gewonnen, die einer Beachtung bedürfen. Insgesamt hat sich das Audit als strategisches Instrument kommunaler Familienpolitik bewährt. Durch den Auditierungsprozess und nicht zuletzt durch den dahinterstehenden politischen Beschluss wird eine Vorgehensweise evidenzbasierter kommunaler Familienpolitik entwickelt und zugleich ein Steuerungsinstrument implementiert, das auf die jeweilige kommunale Situation anwendbar ist. Darüber hinaus lassen sich aus der umfangreichen Analyse folgende Ergebnisse ableiten:

- **Kommunale Aufgabenwahrnehmung:** Das Audit Familiengerechte Kommune strukturiert vor allem freiwillige Aufgaben der kommunalen Ebene. Das gesetzlich geregelte Kerngeschäft der Kommunen bleibt relativ unberührt, was unter anderem die Ergebnisse der Analyse des politischen Diskurses und hier vor allem der Jugendhilfeausschüsse zeigen.
- **Aufgabeneffizienz:** Durch intensive Bestandsanalysen wird innerhalb der Verwaltung Transparenz geschaffen und es werden Parallelstrukturen verhindert bzw. abgebaut.
- **Steigerung der Vernetzungsintensität:** Durch das Audit steigt die Vernetzungsintensität der familienpolitischen Akteurinnen und Akteure. Das gilt besonders für Kommunen, in denen bereits vor dem Auditprozess eine differenzierte Akteurslandschaft vorhanden war. Unter solchen Voraussetzungen ist die Wirkung des Audits höher einzuschätzen als an Orten, in denen die Strukturen erst zeitintensiv aufgebaut werden müssen.
- **Bürokratieineffizienz:** Die Interviews mit den lokalen Akteurinnen und Akteuren zeigen, dass ein Risiko der Dokumentierungsüberforderung besteht.
- **Familie als Ansammlung von Zielgruppen:** Zwar liegt dem Audit selbst eine ganzheitliche Definition von Familie zugrunde, allerdings werden in der kommunalen Praxis offenbar weiterhin Zielgruppen identifiziert (z. B. Jugendliche, Kinder oder Mütter) und nicht stringent ein ganzheitliches Bild von Familien durchgehalten. Hier bleibt das Ergebnis in der Kommune hinter dem Anspruch des Auditprozesses zurück, da nur punktuell in familiäre Beziehungen investiert wird.
- **Unsichtbarkeit von Pflege und Älteren:** Kritisch anzumerken ist, dass Pflege und Ältere in der kommunalen Familienpolitik in den untersuchten auditierten Kommunen offenbar nur sehr zurückhaltend thematisiert werden.
- **Kreisangehörige Kommunen als große Gewinner:** Der strukturierende Charakter des Audits für verwaltungsinterne Abläufe, die durch ein politisches Mandat gedeckt sind, ist vor allem für kreisangehörige Kommunen mit einer weniger ausdifferenzierten Verwaltungslogik vorteilhaft.
- **Beteiligung:** Das Audit Familiengerechte Kommune führt in einem Teil der Kommunen zur Etablierung einer Kultur der Beteiligung von Familien.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Evaluation werden im Folgenden Impulse für die Weiterentwicklung des Audits formuliert.

### 11.3 Impulse für die Weiterentwicklung des Audits Familiengerechte Kommune

Vor dem Hintergrund der breiten Beschäftigung mit dem Audit Familiengerechte Kommune werden nachfolgend noch weitere Anmerkungen getroffen, welche die Weiterentwicklung des Audits Familiengerechte Kommune unterstützen können.

- *Konkurrierende Logiken:* Es besteht das Risiko, dass sich das Audit nicht kommunalpolitischen Logiken unterwirft, sondern den Regeln der Kommunalverwaltung. Dadurch wird es systemimmanent, wodurch seine reformerische Wirkung eingeschränkt werden könnte.
- *Nachhaltigkeitsstrategie:* Es stellt sich die Frage, wie das Audit eine Nachhaltigkeit garantieren kann. Dafür braucht es noch mehr Verbindlichkeit, regelmäßige Berichte im Rat. Ein Vorschlag wäre, dass einmal pro Wahlperiode eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Vereins Audit Familiengerechte Kommune vor dem Stadtrat aus externer Perspektive über den Stand der Familiengerechtigkeit der Kommune berichtet. Weiterhin sollten die Kommunen alle drei Jahre evaluiert werden, auch indem eine repräsentative Familienbefragung durchgeführt und veröffentlicht wird.
- *Politische Verankerung:* Eine politische Verankerung von Familie kann zusätzlich durch die Einrichtung eines Familienausschusses oder auch namentliche Angliederung an einen bestehenden Ausschuss erreicht werden.
- *Finanzieller Gegenwert:* Für die Legitimationssteigerung des Audits wäre es hilfreich, auch seinen finanziellen Gegenwert darzustellen. Damit könnten die eingesetzten Kosten einem Nutzen gegenübergestellt werden, was vor allem in Entscheidungssituationen hilfreich ist.
- *Gewinnung von Schlüsselpersonen:* Familienorientierung wird stark von Schlüsselpersonen geprägt. Daraus folgt die Herausforderung, wie solche Schlüsselpersonen für ein bestimmtes Thema gewonnen werden können, wenn sich diese (noch) nicht für Familienpolitik engagieren.
- *Dialogformate:* Bürgerbeteiligung wurde mehrfach als wichtiges Element kommunaler Familienpolitik benannt. Hier bedarf es allerdings mehr Wissens über geeignete Dialog- und Beteiligungsformate als bisher.

Doch sind auch drei Anmerkungen für die kommunale Ebene zu formulieren, welche sich aus der Evaluationsstudie ergeben:

- *Personal:* Familienpolitik braucht neben politischer auch personelle Aufmerksamkeit, was eine grundsätzliche strategische Entscheidung ist. Wenn Familien den Kommunen als wichtiges Handlungsfeld erscheinen, dann sollte es nicht allein durch Projektfinanzierungen bedacht werden, was selbstverständlich abhängig von der kommunalen Finanzsituation ist.
- *Kommunale Implementationsstrategie:* Kommunen sind aufgefordert, Implementationsfähig zu werden, indem sie ihre Anforderungen noch klarer formulieren und so externe Ergebnisse und Impulse besser aufnehmen können. Es ist nicht zielführend, Kommunen immer ausdifferenzierte Strategievorschläge und Handreichungen anzubieten. Die kommunale Selbstverwaltung sollte konsequent ernst genommen werden. Das bedeutet, dass die Kommunen selbst „implementierungsfähig“ werden müssten. Das bedeutet vor allem, dass eine Kommune explizit formulieren sollte, was umgesetzt werden soll, was wie lange braucht, was die Verwaltung ämterübergreifend bereit ist, dafür zu tun, und wer dafür die Verantwortung trägt. Das ist aber zuallererst eine kulturelle Frage. Wenn eine solche Klarheit fehlt oder die einzusetzenden Mittel mit den Zielen

nicht übereinstimmen, kann es ggf. sinnvoll sein, eine externe Unterstützung einer Kommunalverwaltung zu unterlassen.

- *Familie als Querschnittsthema*: Auch außerhalb der klassischen Themen, wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ist es sinnvoll zu prüfen, ob Familien z. B. seitens des Bauamts oder des Grünflächenamts bedacht werden. Wenn Familie tatsächlich ein Querschnittsthema ist, dann sollte es auch in der gesamten (!) Kommunalverwaltung thematisiert werden und nicht allein an Stellen, welche ohnehin mit klassischen Themen der Familienpolitik berührt sind.

Abschließend lässt sich feststellen, dass das Audit Familiengerechte Kommune ein flexibles und innovatives Instrument zur evidenzbasierten (Selbst-)Strukturierung kommunaler Familienpolitik ist. Es wird mit hoher Anerkennung vom Verein Familiengerechte Kommune umgesetzt und leistet einen signifikanten Beitrag, Familie dauerhaft in den Mittelpunkt kommunalen Handelns zu stellen. Die formulierten Ergebnisse können helfen, dieses Instrument weiterzuentwickeln, denn Familienpolitik wird vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden demographischen Wandels eine immer wichtigere Rolle spielen. Mit dem Audit Familiengerechte Kommune steht somit ein Instrument zur Verfügung, um auf die jeweiligen kommunalen Herausforderungen adäquat reagieren zu können.

# Literaturverzeichnis

- Aring, Jürgen, Arno Bunzel, Bernd Hallenberg, Martin zur Nedden, Ricarda Pätzold und Fabian Rohland (2016). Wohnungspolitik neu positionieren. Plädoyer von vhw und Difu für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik. Berlin.
- Blasius, Jörg, Jürgen Friedrichs und Heiko Rühl (2016). „Gentrifikation in zwei Wohngebieten von Köln“. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (68) 3. 541–559. <https://doi.org/10.1007/s11577-016-0372-7> (Download 8.4.2019).
- Beirat des Wirtschaftsministeriums (2018). Soziale Wohnungspolitik. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Berlin.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012). Themenreport „Pfleger 2030“. Was ist zu erwarten – was ist zu tun? Gütersloh.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2009). Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik. Monitor Familienforschung. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik (20). Berlin.
- Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2013): Integrierte Stadtentwicklungsplanung und Stadtentwicklungsmanagement. Strategien und Instrumente nachhaltiger Stadtentwicklung. Berlin, Köln. [http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/mat\\_integrierte\\_stadtentwicklungsplanung\\_2013\\_web.pdf](http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/mat_integrierte_stadtentwicklungsplanung_2013_web.pdf) (Download 11.6.2018).
- Dienel, Christian (2007). „Lokale Bündnisse für die Familie – die Erneuerung eines Politikfeldes vor Ort“. Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? 1. Auflage. Hrsg. Lilian Schwalb und Heike Walk. Wiesbaden. 300–313.
- Engelbert, Angelika (2014). Das Audit Familiengerechte Kommune. Ergebnisse und Wirkungen aus der Sicht der beteiligten Akteure. Hrsg. Familiengerechte Kommune. e. V. Bochum.
- Engelbert, Angelika, und Beatrix Schwarze (2010). Familienunterstützende Dienstleistungen. Informationen und Handlungsansätze für die kommunale Praxis. Hrsg. Zentrum für Interdisziplinäre Regionalforschung, Ruhr-Universität Bochum. Bochum. [http://www.zefir.rub.de/mam/content/handreichung\\_online-version.pdf](http://www.zefir.rub.de/mam/content/handreichung_online-version.pdf) (Download 7.6.2018).
- Helbig, Marcel, und Stefanie Jähnen (2018) Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Berlin.
- Helfferrich, Cornelia (2014). „Leitfaden- und Experteninterviews“. Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Hrsg. Nina Baur und Jörg Blasius. Wiesbaden. 559–574.
- Holm, Andrej (2012). „Gentrification“. Handbuch Stadtsoziologie. Hrsg. Frank Eckardt. Wiesbaden. 661–687.
- Kurtenbach, Sebastian (2018). „Quartiersmanagement und Community Organizing: zwei Seiten derselben Medaille?“. Forum Wohnen, 4 (September). 174–176.
- Schultz, Annett, Klaus Peter Strohmeier und Holger Wunderlich (2009). „Örtliche Familienpolitik – warum und wie?“. der moderne staat – dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 2 (1). 185–206. <https://www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/2874/2409> (Download 23.5.2019).
- Strohmeier, Klaus Peter (1989). „Familie und Gemeinde“. Handbuch der Familien- und Jugendforschung. Hrsg. Rosemarie Nave-Herz und Manfred Markefka. Neuwied. 453–473.
- Wunderlich, Holger (2010). Audit Familiengerechte Kommune – Evaluation der Test- und Pilotphase in NRW. Bochum.

## Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1	Auditierungsprozess	13	ABBILDUNG 33	Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 5, in Prozent	119
ABBILDUNG 2	Übersicht der sechs Handlungsfelder	13	ABBILDUNG 34	Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 6, in Prozent	120
ABBILDUNG 3	Demographisches Profil	17			
ABBILDUNG 4	Streudiagramm zum demographischen Profil 2016	17			
ABBILDUNG 5	Soziales Profil	18			
ABBILDUNG 6	Streudiagramme zum sozialen Profil 2016	19			
ABBILDUNG 7	Streudiagramm zum ökonomischen Profil 2016	20			
ABBILDUNG 8	Wanderungsprofil Bebra 2009–2012	23			
ABBILDUNG 9	Demographischer Wandel in Bebra	23			
ABBILDUNG 10	Wanderungsprofil Berlin 2009–2012	26			
ABBILDUNG 11	Demographischer Wandel in Berlin	26			
ABBILDUNG 12	Wanderungsprofil Bochum 2009–2012	31			
ABBILDUNG 13	Demographischer Wandel in Bochum	31			
ABBILDUNG 14	Wanderungsprofil Düsseldorf 2009–2012	34			
ABBILDUNG 15	Demographischer Wandel in Düsseldorf	34			
ABBILDUNG 16	Wanderungsprofil Gladbeck 2009–2012	39			
ABBILDUNG 17	Demographischer Wandel in Gladbeck	39			
ABBILDUNG 18	Wanderungsprofil Görlitz 2009–2012	43			
ABBILDUNG 19	Demographischer Wandel in Görlitz	43			
ABBILDUNG 20	Wanderungsprofil Landau in der Pfalz 2009–2012	47			
ABBILDUNG 21	Demographischer Wandel in Landau in der Pfalz	47			
ABBILDUNG 22	Wanderungsprofil Landkreis Osnabrück 2009–2012	51			
ABBILDUNG 23	Demographischer Wandel im Landkreis Osnabrück	51			
ABBILDUNG 24	Wanderungsprofil Oranienburg 2009–2012	54			
ABBILDUNG 25	Demographischer Wandel in Oranienburg	54			
ABBILDUNG 26	Wanderungsprofil Samtgemeinde Neuenkirchen 2009–2012	58			
ABBILDUNG 27	Demographischer Wandel in Neuenkirchen	58			
ABBILDUNG 28	Häufigkeitsverteilung der Codierung nach Handlungsfeldern, in Prozent	115			
ABBILDUNG 29	Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 1, in Prozent	116			
ABBILDUNG 30	Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 2, in Prozent	117			
ABBILDUNG 31	Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 3, in Prozent	118			
ABBILDUNG 32	Häufigkeitsverteilung der Codierung im Handlungsfeld 4, in Prozent	119			

## Tabellenverzeichnis

TABELLE 1	Empirisches Vorgehen	14
TABELLE 2	Indikatoren zur Profilierung der Auditkommunen	16
TABELLE 3	Ökonomisches Profil	20
TABELLE 4	Dokumente der Kommunen	22
TABELLE 5	Deskriptive Indikatoren Bebra	22
TABELLE 6	Deskriptive Indikatoren Berlin	25
TABELLE 7	Deskriptive Indikatoren Bochum	30
TABELLE 8	Deskriptive Indikatoren Düsseldorf	33
TABELLE 9	Deskriptive Indikatoren Gladbeck	37
TABELLE 10	Deskriptive Indikatoren Görlitz	42
TABELLE 11	Deskriptive Indikatoren Landau in der Pfalz	46
TABELLE 12	Deskriptive Indikatoren Landkreis Osnabrück	50
TABELLE 13	Deskriptive Indikatoren Oranienburg	53
TABELLE 14	Deskriptive Indikatoren Samtgemeinde Neuenkirchen	57
TABELLE 15	Überblick der ausgewählten Kommunen	61
TABELLE 16	Leitfragen der qualitativen Interviews	63
TABELLE 17	Handlungsfelder und zugehörige Kategorien der Interviewcodierung	64
TABELLE 18	Dreidimensionale Schlagwortliste	82
TABELLE 19	Anzahl der verwendeten Kategorien in der Auswertung der Ratsprotokolle und Niederschriften	83
TABELLE 20	Anzahl der ausgewerteten Presseberichte nach Kommunen	97
TABELLE 21	Häufigkeitsverteilung medialer Diskurs	98
TABELLE 22	Übersicht der Ergebnisse der Evaluationsstudie nach Handlungsfeld	121

---

## Autoren

*Dr. Sebastian Kurtenbach* ist Vertretungsprofessor für Sozialpolitik mit dem Schwerpunkt kommunale Sozialpolitik an der Fachhochschule Münster.  
kurtenbach@fh-muenster.de

*Sinje Mareille Brinkmann* arbeitet an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld.  
sinje.brinkmann@uni-bielefeld.de

## Impressum

© Oktober 2019

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Str. 256

33311 Gütersloh

Telefon + 49 5241 81-0

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

### Verantwortlich

Dr. Kirsten Witte

### Autoren

Dr. Sebastian Kurtenbach (Fachhochschule Münster)

Sinje Mareille Brinkmann (Universität Bielefeld)

### Lektorat

Rudolf Jan Gajdacz, München

### Grafikdesign

Nicole Meyerholz, Bielefeld

### Bildnachweis Titelfoto

© annanahabed | stock.adobe.com

Das eingebundene **Titelfoto** ist urheberrechtlich geschützt, unterfällt nicht der genannten CC-Lizenz und darf nicht verwendet werden.



Der **Text und die Abbildungen** werden unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>

DOI 10.11586/2018047



### **Adresse | Kontakt**

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0

### **Dr. Kirsten Witte**

Director  
Programm LebensWerte Kommune  
Telefon +49 5241 81-81030  
kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)